

GENDER

Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft

Kahlert/Schäfer (Hrsg.) |
Geschlechterverhältnisse in postsozialistischen Zeiten

Fuchs | Geschlechterbilder und geschlechterpolitische Konflikte im postsozialistischen Polen

Friedrich | Der Einfluss der postsozialistischen Wandlungsprozesse auf die Aushandlung der Geschlechterrollen in Serbien

Knaut | Ungleiche Schwestern? Abgeordnete aus Ost und West im Bundestag

Wenzel | Konvergenz oder Divergenz? Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Ost- und Westdeutschland

Hanappi/Hermann/Hofmann | Mikrokredite für Frauen: Instrument zur Akkumulation von symbolischem Kapital?!

Wegener | Pacific Trans-Formations: Politische Ökonomie, Körper und Geschlecht in Larissa Lais *Salt Fish Girl* (2002)

Lamazares | Unpacking Feminist Consciousness and Racial Politics: Representation and the Vanguard in Contemporary Cuban Visual Culture

Gramespacher/Melzer | Dual-Career-Strategien als Teil gender- und diversity-gerechter Personalentwicklung an Hochschulen

Macha/Bauer | Women Leading in Education Across the Continents

3 | 10
2. Jahrgang

GENDER

**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft**

Heft 3

2. Jahrgang 2010

ISSN 1868-7245

GENDER**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft****Geschlechterverhältnisse in postsozialistischen Zeiten**

Heike Kahlert Sabine Schäfer	Vorwort	7
---------------------------------	---------	---

Schwerpunkt

Gesine Fuchs	Geschlechterbilder und geschlechterpolitische Konflikte im postsozialistischen Polen	9
Stefanie Friedrich	Der Einfluss der postsozialistischen Wandlungsprozesse auf die Aushandlung der Geschlechterrollen in Serbien	28
Annette Knaut	Ungleiche Schwestern? Abgeordnete aus Ost und West im Bundestag	40
Stefanie Wenzel	Konvergenz oder Divergenz? Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Ost- und Westdeutschland	59

Offener Teil

Edeltraud Hanappi-Egger, Anett Hermann, Roswitha Hofmann	Mikrokredite für Frauen: Instrument zur Akkumulation von symbolischem Kapital?! Empowermentmaßnahmen als Basis für genderspezifischen sozialen Wandel am Beispiel des Mikrokreditsektors in Mittelägypten	77
Susanne Wegener	Pacific Trans-Formations: Politische Ökonomie, Körper und Geschlecht in Larissa Lais <i>Salt Fish Girl</i> (2002)	92
Alexander Lamazares	Die Entschleierung des feministischen Bewusstseins und der Rassepolitiken: Repräsentation und Avantgarde in der zeitgenössischen visuellen Kultur Kubas	107

Aus Forschung, Politik & Praxis

Elke Gramespacher, Kerstin Melzer	Dual-Career-Strategien als Teil gender- und diversity-gerechter Personalentwicklung an Hochschulen	123
Hildegard Macha, Quirin J. Bauer	Women Leading in Education Across the Continents	134

Tagungsberichte

Kathrin Houda, Jennifer Jäckel	Neue Karrierewege für Frauen an der Hochschule? Tagung vom 22.–23. Juli 2010 in Frankfurt am Main	143
Rita Schäfer	kursWECHSELN. Alternative NobelpreisträgerInnen in Bonn. Konferenz am 16. September 2010 in Bonn	150

Rezensionen

Ulrike Vogel	Renate Tobies, 2010: „Morgen möchte ich wieder 100 herrliche Sachen ausrechnen“. Iris Runge bei Osram und Telefunken	155
Verena Schuh	Heinz Jürgen Voß, 2010: Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive	157
Eva Buchholz	Barbara Kavemann, Heike Rabe (Hrsg.), 2009: Das Prostitutionsgesetz. Aktuelle Forschungsergebnisse, Umsetzung und Weiterentwicklung	159
Gertrude Eigelsreiter-Jashari	Christa Wichterich, 2009: Gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung	162

GENDER

Journal for Gender, Culture und Society

Gender relations in post-socialist times

Heike Kahlert, Sabine Schäfer	Foreword	7
----------------------------------	----------	---

Essays

Gesine Fuchs	Gender images and political conflicts over gender in post-socialist Poland	9
Stefanie Friedrich	The influence of post-socialist transformation processes on gender roles in Serbia	28
Annette Knaut	Unequal Sisters? Representatives from East and Western Germany	40
Stefanie Wenzel	Convergence or divergence? Attitudes towards the employment of mothers in East- and West-Germany	59

Essays: Open Part

Edeltraud Hanappi-Egger, Anett Hermann, Roswitha Hofmann	Micro credits for Women: Instruments for accumulating symbolic capital?! Empowerment measures as a basis for a gender specific change using the example of the micro credit sector in Middle Egypt	77
Susanne Wegener	Pacific Trans-Formations: Political Economy, Corporeality and Gender in Larissa Lai's <i>Salt Fish Girl</i> (2002)	92
Alexander Lamazares	Unpacking Feminist Consciousness and Racial Politics: Representation and the Vanguard in Contemporary Cuban Visual Culture	107

From Research, Politic & Practice

Elke Gramespacher, Kerstin Melzer	Dual career strategies as part of gender- and diversity-oriented human resource development at universities	123
Hildegard Macha, Quirin J. Bauer	Women Leading in Education Across the Continents	134

Conference Proceedings

Kathrin Houda, Jennifer Jäckel	New career paths for women at the university? Conference on the 22th and 23th July 2010 in Frankfurt/Main	143
Rita Schäfer	kursWECHSELN. Bearers of the ‚Alternative Nobel Prize‘ in Bonn. Conference in Bonn at 16th of September	150

Book Reviews

Ulrike Vogel	Renate Tobies, 2010: „Morgen möchte ich wieder 100 herrliche Sachen ausrechnen“. Iris Runge bei Osram und Telefunken	155
Verena Schuh	Heinz Jürgen Voß, 2010: Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch- medizinischer Perspektive	157
Eva Buchholz	Barbara Kavemann, Heike Rabe (Hrsg.), 2009: Das Prostitutionsgesetz. Aktuelle Forschungsergebnisse, Umsetzung und Weiterentwicklung	159
Gertrude Eigelsreiter- Jashari	Christa Wichterich, 2009: Gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung	162

Geschlechterverhältnisse in postsozialistischen Zeiten

Heike Kahlert, Sabine Schäfer

Am 9. November 2009 jährte sich zum 20. Mal der Fall der Berliner Mauer, der den historischen Startpunkt für die ein Jahr später erfolgte deutsch-deutsche Wiedervereinigung und damit auch für die politische und soziale Transformation der ehemaligen sozialistischen Gesellschaften im Osten Europas darstellte. Aus diesem Anlass laden wir im vorliegenden Schwerpunktheft der Zeitschrift GENDER dazu ein, über die Einflüsse der damaligen Reformprozesse auf die Geschlechterverhältnisse, die bis zum heutigen Zeitpunkt fortwirken, zu reflektieren.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa sind im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse kaum zu verkennen: Während beispielsweise die Frauenemanzipation in der ehemaligen DDR „von oben“, also staatlicherseits verordnet wurde, resultierte sie im Westen seit den 1970er Jahren in erster Linie aus sozialen und politischen Bewegungen von Frauen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse „von unten“ her zu verändern trachteten. Ein Ergebnis dessen waren erhebliche Differenzen im Bereich der Frauenerwerbsbeteiligung und bei den staatlichen Regelungen zur Kinderbetreuung. Diese Differenzen gehen bis heute mit unterschiedlichen Einstellungen gegenüber der Müttererwerbstätigkeit einher.

Mit Beginn der 1990er Jahre wurde – zum Teil intensiv – über die Vereinigung zweier Patriarchate und über den vermeintlichen Gleichstellungsvorsprung der osteuropäischen Staaten gegenüber den westeuropäischen Nachbarn diskutiert. Allerdings thematisierte die phasenweise stark geförderte Transformationsforschung die Bedeutung der unterschiedlichen Geschlechterordnungen in Ost- und Westeuropa für die tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen eher am Rande. Doch besteht in der Geschlechterforschung weitgehende Einigkeit darüber, dass die Geschlechterungleichheit ein konstitutives Merkmal sowohl kapitalistischer als auch sozialistischer Gesellschaften ist und insofern auch unter postsozialistischen Bedingungen Wirkmächtigkeit beansprucht. Entsprechend wurde gerade in sozialistischen Gesellschaften die Gleichstellung der Geschlechter so verstanden, dass Frauen ebenso in die Erwerbsarbeit integriert werden sollten wie Männer. Allerdings wurde dabei weder die geschlechtliche Segregation des Arbeitsmarktes noch die geschlechtliche Arbeitsteilung im Privaten aufgehoben.

Inzwischen sind insbesondere in der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung sowie den Gender Studies kritische Analysen zu Bedingungen, Stand und Folgen der Transformation und deren Implikationen für die Geschlechterverhältnisse in Ost- und Westeuropa wieder weniger geworden. Nach wie vor ist weder die historische Bedeutung der Systemkonkurrenz zwischen Ost- und Westeuropa aus Gender-Perspektiven zur Gänze begriffen noch sind alle drängenden Fragen zur gegenwärtigen postsozialistischen Konstellation mit ihren Auswirkungen beantwortet. So bleibt in der Forschung bisher oft unterbelichtet, inwiefern der Mauerfall die Geschlechterverhältnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und die Lebensrealitäten in Ost und West beeinflusst hat und welche Auswirkungen dies auf die Geschlechterkonstruktionen hat. Auch stellt sich die Frage, wie der vermeintliche Gleichstellungsvorsprung der Frauen

in den sozialistischen Staaten zu bewerten ist und welche Effekte auch heute noch spürbar sind.

Die im Schwerpunkt des vorliegenden Hefts versammelten Aufsätze leisten einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücken. *Gesine Fuchs* setzt sich in ihrem Aufsatz mit Geschlechterbildern und geschlechterpolitischen Konflikten im postsozialistischen Polen auseinander. Dabei zeigt sie am Beispiel von Parlamentsdebatten zu einem Gleichstellungsgesetz Widersprüche zwischen den verschiedenen Leitbildern sowie zwischen der dominierenden traditionellen Vorstellung von natürlichen Geschlechterrollen und dem hohen Stellenwert weiblicher bzw. mütterlicher Erwerbstätigkeit in der Bevölkerung auf. *Stefanie Friedrich* untersucht in ihrem Artikel am Beispiel Serbiens den Einfluss politischer und sozialer Wandlungsprozesse auf die Aushandlung der Geschlechterrollen. Sie legt dar, dass im sozialistischen Jugoslawien trotz der bestehenden rechtlichen Gleichstellung deren praktische Umsetzung sowohl hinsichtlich der Frauenerwerbstätigkeit als auch der unbezahlten Familienarbeit nur unzureichend verwirklicht war. Der Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren habe die Geschlechterrollen militarisiert und eine genderspezifische Trennung von privaten und öffentlichen Geschlechterverhältnissen befördert, die sich seit Kriegsende auch unter Bedingungen von Demokratisierung und marktwirtschaftlichen Prinzipien verstärkt.

Zwei weitere Beiträge richten den Blick auf die Folgen der deutschen Wiedervereinigung. *Annette Knaut* befasst sich mit Geschlechterleitbildern in Ost- und Westdeutschland. Auf der Basis von 28 qualitativen Tiefeninterviews mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags zeigt sie, dass die nach wie vor unterschiedliche Sozialisation in beiden Teilen Deutschlands das Rollenverhalten und die Handlungsstrategien von Parlamentarierinnen prägt. Frauen aus dem Osten sind demnach stärker vom Ausschluss aus parlamentarischen Strukturen betroffen als ihre Kolleginnen aus dem Westen. *Stefanie Wenzel* analysiert unter Rückgriff auf Daten des ALLBUS aus dem Jahr 2008 die Einstellungsunterschiede zur Müttererwerbstätigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland. Auch fast zwei Jahrzehnte nach der Wende sind die jeweils traditionellen Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit in den beiden Teilen Deutschlands erhalten geblieben.

Die hier versammelten Beiträge können nicht alle wichtigen Fragen zu den Geschlechterverhältnissen beantworten, die sich in postsozialistischen Zeiten stellen. Uns geht es vor allem darum, die Debatte wieder aufzunehmen und produktiv für das Nachdenken über politische Systeme zu nutzen, die immer auch Einfluss auf die Geschlechterordnungen haben und durch diese mit geprägt werden. Im kommenden Jahr werden daher weitere Beiträge zu diesem Thema in einem englischsprachigen Sonderheft der Zeitschrift GENDER veröffentlicht, die die Verhältnisse in verschiedenen postsozialistischen Staaten Europas detailliert beleuchten.

Gesine Fuchs

Geschlechterbilder und geschlechterpolitische Konflikte im postsozialistischen Polen

Zusammenfassung

Seit 1989 gibt es in Polen große geschlechterpolitische Konflikte, in denen sich propagierte Geschlechterordnung, vorherrschende Normen und soziale Realität oft nicht decken. Wie lässt sich dies am besten verstehen und erklären? Ausgehend von Birgit Pfau-Effingers Konzept des Geschlechter-Arrangements zeigt der Artikel Dissonanzen in Geschlechterkultur und -ordnung Polens auf und analysiert exemplarisch die Argumentationen in vier Parlamentsdebatten zwischen 1999 und 2005 zu einem Gleichstellungsgesetz. Es zeigt sich, dass im Vergleich zur Bevölkerung national-konservative Diskurse über Geschlechtermodelle und Mütterrollen in der Debatte überrepräsentiert sind. Liberale Voten sind kaum vorhanden und linke BefürworterInnen entwickeln nur wenige positive Bilder über Gleichstellung. Der Artikel stellt die These auf, dass der vergangene Staatssozialismus noch immer bewirkt, dass AkteurInnen rhetorisch und inhaltlich Distanz zu ihm markieren müssen. Darüber hinaus werden Gründe für die Lücke zwischen national-konservativen Diskursen, tatsächlichen Lebensmodellen und Geschlechterpolitik diskutiert.

Schlüsselwörter

Geschlechterpolitik, Geschlechterregime, politischer Diskurs, Polen, Postsozialismus

Summary

Gender images and political conflicts over gender in post-socialist Poland

Since 1989, Poland has experienced strong political conflicts over gender. However, promoted gender order, prevalent norms, and social reality often diverge. How can this fact be understood and explained? Taking Birgit Pfau-Effinger's concept of gender arrangement as a starting point, the article shows inconsistencies between gender culture and gender order in Poland and analyses argumentative patterns in four parliamentary debates on a gender equality law between 1999 and 2005.

Ultimately, it is shown that national-conservative discourses on gender models and mothers' roles are over-represented compared to the population. Liberal voices are almost absent and leftist proponents barely develop positive visions on gender equality. The article hypothesizes that past state socialism continues to influence the debate, as actors still rhetorically and politically distance themselves from the old regime. Furthermore, reasons for the gap between the hegemonic national-conservative discourses, actual ways of living and gender policies are discussed.

Keywords

Gender politics, gender regime, political discourse, Poland, post socialism

Für Anna Walentynowicz und Izabela Jaruga-Nowacka,
gestorben am 10. April 2010 bei Smolensk¹

1 Einleitung

Polen erscheint häufig als Land, in dem konservativ-nationalistische Vorstellungen der Frauen- und Mütterrollen hegemonial sind und die katholische Kirche sich einen starken politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu sichern weiß, wohingegen liberale oder feministische Kräfte unterliegen. National wie international ist dieses Bild nicht zuletzt geprägt von der Doppelherrschaft der Kaczyński-Zwillinge im Amt des Präsidenten und des Regierungschefs von 2005–2007. Tatsächlich sind die meisten Aspekte der Geschlechterpolitik erschreckend reaktionär (vgl. Chołuj 2006). Polen hat eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa, doch illegale Abtreibungen sind relativ leicht zugänglich. In den letzten zehn Jahren gab es mehrere landesweite Krankenschwesternstreiks für bessere Arbeitsbedingungen (Chołuj 2007), zwischen 2004 und 2007 verklagten über hundert Kassiererinnen ihren Arbeitgeber, die Supermarktkette „Biedronka“, wegen unbezahlter Überstunden und Verletzung des Arbeitsschutzes (Fuchs 2010: Pkt. 3.4). Seit 2004 wurden Demonstrationen für LGBT-Rechte (Lesbian, Gay, Bi- and Transsexual People) verboten, später aber höchstrichterlich erlaubt. Im größten ostmitteleuropäischen Land treffen konservative, katholische und moderne, liberale Geschlechterkonzeptionen besonders deutlich und konfliktgeladen aufeinander. Diese sind, wie auch das politische Denken, stark von historischen Bezügen geprägt (vgl. Loew 2008: 85f.). Die Dissonanzen zwischen sozialen Realitäten und dominanten Diskursen sind in Polen besonders groß und deswegen erklärungsbedürftig.

Die Systemtransformation hat die Geschlechterverhältnisse in Bezug auf Arbeit und Erwerb, soziale Sicherung und Sorgearbeit profoundly verändert; das Verhältnis zwischen Geschlecht, Staat und Nation wurde neu bestimmt (Gal/Kligman 2000b: 15–36). Diagnosen 20 Jahre nach dem demokratischen Übergang in Osteuropa zeigen, dass die gleichstellungspolitischen Herausforderungen in den Ländern der Europäischen Union ähnlich sind (vgl. Baer/Hoheisel 2008). Ein genauerer historischer Blick verdeutlicht auch spezifische postsozialistische Entwicklungen, wobei die Rede von Retraditionalisierung die Veränderungen nicht genügend beschreibt. Insgesamt sind die Veränderungen der Geschlechterarrangements in den postsozialistischen Ländern sehr unterschiedlich.

Die in Polen von politischen AkteurInnen propagierten Leitbilder, die Lebensmodelle und die gelebten Wertvorstellungen widersprechen sich häufig. Wie lässt sich dies am besten verstehen und erklären? Im Folgenden dient mir das Konzept des Geschlechter-Arrangements von Birgit Pfau-Effinger (2000) als heuristischer Ausgangspunkt. In

1 Anna Walentynowicz war unabhängige Gewerkschaftsaktivistin in Gdańsk. Proteste gegen ihre Entlassung lösten die Streikwelle im August 1980 aus, die zur Gründung der Gewerkschaft „Solidarność“ führte. Izabela Jaruga-Nowacka war 1993/97 und ab 2005 Sejmabgeordnete, 2001/04 Gleichstellungsbeauftragte und 2004/05 Vizepremierministerin, zudem in den 1990er Jahren langjährige Vorsitzende der Liga Polnischer Frauen. Für hilfreiche Kommentare danke ich Joanna Barełkowska, Sabine Kubli und der Gutachterin. Die Arbeit wurde ermöglicht durch eine Projektförderung des Schweizerischen Nationalfonds.

ihrer Studie zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in Westeuropa unterscheidet Pfau-Effinger Geschlechterkultur, -ordnung und -arrangement. Unter *Geschlechterkultur* versteht sie Normen und Leitbilder zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und gesellschaftlichen Integration sowie zu Generativität und Generationsbeziehungen. Dabei können mehrere Leitbilder in einer Gesellschaft (und in einem Individuum, vgl. Kapitel 2) existieren, die historisches Ergebnis von Konflikten und Aushandlungen sind und als Normen im institutionellen System verankert sind (Pfau-Effinger 2000: 68–71). *Geschlechterordnung* meint die real vorfindlichen Strukturen des Geschlechterverhältnisses und die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Institutionen bezüglich geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, wofür besonders Arbeitsmarkt, Familie, Wohlfahrtsstaat und intermediärer Sektor relevant sind. Mit *Geschlechterarrangement* bezeichnet sie das sich aus beiden Faktoren ergebende Profil, „das die Geschlechterbeziehungen in einer Gesellschaft annehmen“ (Pfau-Effinger 2000: 71). Die kulturellen und institutionellen Grundlagen des Arrangements werden unter anderem durch machtgeladene Aushandlungsprozesse zwischen sozialen AkteurInnen gebildet. Je nach Stärke der Widersprüche und der Konflikte können Geschlechterkultur und -ordnung stärker oder schwächer integriert werden. Diese Perspektive auf reale widersprüchliche Konfigurationen von Kultur und Ordnung bietet die Möglichkeit, Konflikte und Ungleichzeitigkeiten zu verstehen und die Dynamik des realen Geschlechterarrangements als politischen Konflikt zu analysieren.

Im Folgenden sollen daher Geschlechterleitbilder in Polen grob umrissen werden, die von Staatssozialismus, historischen und katholischen Einflüssen sowie der Systemtransformation beeinflusst sind. Zudem werden die wichtigsten institutionellen Veränderungen der Geschlechterordnung benannt. Anschließend wird untersucht, wer mit welchen Argumenten Leitbilder und Geschlechterpolitik propagiert. Dazu werden exemplarisch vier Parlamentsdebatten zwischen 1999 und 2005 für ein Gleichstellungsgesetz analysiert. Welche Argumente und Bezugsrahmen zu Geschlechterleitbildern und Vorstellungen einer Geschlechter- bzw. Frauenpolitik werden hier angeführt? Wie werden die bestehenden Verhältnisse bewertet und wie wird auf den Staatssozialismus Bezug genommen? Parlamentsdebatten sind für den öffentlichen Diskurs besonders relevant, da die PolitikerInnen immer auch mit Blick auf die Öffentlichkeit, die massenmediale Veröffentlichung und die Beeinflussung des Wahlvolks sprechen. In den vorliegenden Beratungen werden zudem explizit Aussagen zum Geschlechterverhältnis gemacht, während die Geschlechterdimension bei Diskussionen über andere Politikfelder meist unbeachtet bleibt. Nicht analysiert wird hingegen der Diskurs, der sich in Zivilgesellschaft und Kultur entfaltet und an dem auch andere als die parteipolitischen AkteurInnen teilnehmen. Allerdings ging gerade der erste Gesetzentwurf auf eine Initiative des frauenpolitischen Milieus zurück (vgl. Fuszara/Zielińska 2000).

In der Analyse überprüfe ich erstens die These, dass das Erbe des sogenannten ‚paternalistischen Staatssozialismus‘ (vgl. Dölling 1991; Verdery 1994; s. a. Kraft 2006: Abs. 5–9) entscheidend auf die Form und die Schwerpunkte der geschlechterpolitischen Diskurse nach 1989 einwirkt, indem konservative und liberale Kräfte in ihrer politischen Tätigkeit auch heute noch eine deutliche Distanz zu diesem alten Regime und seinen politischen Zielsetzungen markieren müssen. Zweitens zeige ich durch die Kontrastierung verschiedener Geschlechterkulturen und der Geschlechterordnung die Inkohärenz des

Geschlechterarrangements auf und stelle Vermutungen zur fehlenden Durchsetzbarkeit national-konservativer Vorstellungen an.

2 Der lange Schatten des paternalistischen Staatssozialismus

Die staatssozialistischen Entwicklungen in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg in Bezug auf Geschlechtergleichheit waren hoch ambivalent. Frauen und Männer erhielten formal gleiche Rechte in Familie, Politik, Beruf und Bildung. Während der De-Stalinisierung wurde 1956–1959 eine soziale Indikation für Abtreibungen eingeführt, was Frauen wesentliche persönliche Autonomie über ihre Körper gab. Gemäß einer verkürzten sozialistischen Emanzipationsphilosophie, die ich mit den Worten „Frauenbefreiung ist Erwerbsarbeit plus Elektrifizierung des ganzen Haushalts“ bezeichnen würde,² wurden Frauen sukzessive in die Erwerbsarbeit integriert und Müttern die Doppelrolle mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Zuschüssen und Freistellungsregelungen erleichtert. Weiterer sozialer und familiärer Wandel, insbesondere aufseiten der Männer, fand nicht statt und konnte ohne Meinungs- und Organisationsfreiheit auch nicht Gegenstand breiter, offener Reflexion oder verändernder Praxen werden (Dölling 1991: 26).³ Staat und Partei traten als traditionaler „pater familias“ (Verdery 1994: 227) auf, der soziale Wohltaten wie Arbeit, Wohnung oder Bildung nicht als individuelle Rechte, sondern als Schutzzusagen vergab. Frauen wurden also unabhängig vom Ehemann, aber abhängig vom Staat (Dölling 1991: 28). Diese Sozialleistungen wurden zum zentralen Legitimationskriterium des Regimes, sodass mit dem wirtschaftlichen Niedergang auch die Unterstützung der Bevölkerung schwand.

Aufgrund der Schwäche des kommunistischen Regimes in Polen entstand nach 1945 eine geteilte Wertordnung, bei der sich kommunistische Ideologie, katholisch-traditionelle Werte und später Forderungen nach Demokratie und Bürgerrechten gegenüberstanden. Das national-katholische Sinnbild der Matka Polka, der Mutter Polin, steht für die aufopferungsvolle und selbstverleugnende Arbeit als Mutter, Lehrerin und Gestalterin der polnischen Kulturation. Dem sind die individuellen Ambitionen und Rechte der Frauen stets untergeordnet. Im Staatssozialismus war die Familie wichtiger Rückzugsort von politischer Bevormundung und die Privatsphäre für die Oppositionsbewegungen der Bereich, in dem sich der Aufbau der Zivilgesellschaft vollziehen konnte. „Das Private ist politisch“ fand darum kein Echo und die Frauenfrage wurde auch in der Opposition als Nebenwiderspruch wahrgenommen. Charakteristischweise konnten Elemente dieser moralischen Bezugssysteme bei Individuen und in Gruppen gleichzeitig auftreten. Für Frauen führte dies zur Herausbildung eines „Superfrauen-Syndroms“,⁴ das Elemente staatssozialistischer und konservativ-katholischer Ideale miteinander verbindet, da beide Orientierungen bedeutende Vorteile haben: Erstere gaben rechtliche

2 Ich beziehe mich hier auf Lenins Aussage „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“ bei der Propagierung des Elektrifizierungsplans in den 1920er Jahren.

3 Wissenschaftlich wurde dies aber in Ansätzen diskutiert, vgl. Kraft 2006: Abs. 9.

4 So der Titel „Superwoman and the Double Burden“, ein von Chris Corrin herausgegebener Sammelband.

Individualisierung, persönliche ökonomische Unabhängigkeit und dadurch mehr Selbstbewusstsein. Letztere ermöglichten Frauen eine positive Identifikation, Anerkennung ihrer Leistungen und Selbstverwirklichung im als authentisch empfundenen Raum der Familie (Limanowska 1993).

Die staatssozialistische Frauenpolitik hatte für die Politisierung des Geschlechterverhältnisses vor allem zwei Konsequenzen: Erstens konnten nach dem Systemübergang Gleichstellungsforderungen kaum in der „total kompromittierten Sprache des Realsozialismus“, also mit Verweis auf soziale Gerechtigkeit, gestellt werden. So wurde der Bezugsrahmen der internationalen Menschen- und Frauenrechte geschaffen, mit dem auch an die Rechts-Rhetorik der Opposition seit den 1970er Jahren (Příban 2005) angeknüpft werden konnte.⁵ Folglich hat sich die entstehende Frauenbewegung kaum mit sozialen und ökonomischen Konflikten beschäftigt, die für Frauen in der Transformation relevant wurden. Zweitens nutzten neue politische Akteure, darunter die katholische Kirche, die Forderung nach Verschärfung des Abtreibungsrechts, um sich symbolisch vom alten kommunistischen Regime abzugrenzen und das neue zu legitimieren.⁶ Abtreibungsgegner betonten den Vorrang von Familie, Gemeinschaft und Gesellschaft gegenüber Individualrechten von Frauen. Diese wurden in der Diskussion nur schwach propagiert (vgl. Nowicka 2007: 168 und 176f.).

3 Geschlechterkulturen nach 1989: Modernisierung oder Retraditionalisierung?

Im europäischen Vergleich scheinen die in Polen vorherrschenden Vorstellungen von Geschlechterrollen eher konservativ und stark von Differenzvorstellungen geprägt. 2004 meinten 41 % der Befragten (44 % Männer, 38 % Frauen), dass Männern ein größeres Recht auf einen Arbeitsplatz in Krisenzeiten zustünde – doppelt so viele wie in Deutschland (22 %). Polen ähnelt hier sowohl anderen postsozialistischen Staaten als auch katholischen südeuropäischen EU-Mitgliedern.⁷ Polinnen und Polen sind im EU-Vergleich unterdurchschnittlich von Frauendiskriminierung überzeugt (Europäische Kommission 2007: 20–25), doch steigt deren Wahrnehmung tendenziell an (CBOS 2006b).

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich: Die Legitimität und der Stellenwert der Erwerbsarbeit für Frauen sind heute höher als Anfang der 1990er Jahre. Ein Nur-Hausfrauendasein wird kritischer bewertet und es sinkt die Zustimmung zur Bevorzugung von Männern bei Arbeitsplatzmangel (vgl. Michoń 2009: 170–175). Im Jahr 2000 favorisierten 42 % der Befragten das männliche Ernährermodell und 38 % ein partnerschaftliches Zweiverdienermodell – 2006 war die Zustimmung zum Ernährermodell auf 32 % gesunken und für das partnerschaftliche Modell auf 41 % gestiegen (CBOS 2006a: 5f.). Aussagen zu bevorzugten Lebensmodellen, Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung werden allerdings

5 Diskussionsbeitrag von Barbara Limanowska auf der Diskussionsveranstaltung „Polska jest kobietą – ale jaką?“ (Polen ist eine Frau – aber welche?), Warschau, 5. November 2009.

6 Zu weiteren Gründen vgl. Gal/Kligman 2000a/b, bes. 2000b: 15–36.

7 Eigene Berechnungen nach European Social Survey 2004. Ausgewählte Zustimmungsraten: Tschechien 37 %, Ungarn 57 %, Slowakei 32 %, Irland 24 %, Portugal 39 %, Spanien 31 %, Dänemark, Norwegen und Schweden je 8 %.

durch strukturelle Faktoren wie reale Familienpolitik und die Kosten, Qualität und Zugänglichkeit der Betreuung beeinflusst (Plomien 2009: 140).

Die hier grob skizzierten Veränderungen und Einstellungen zeigen, dass es in der Bevölkerung keine konsistente Tendenz zur Retraditionalisierung gibt, sondern dass angesichts von Marktwirtschaft, Globalisierung und europäischer Integration differenzierte Modernisierungsprozesse ablaufen, deren genauere Untersuchung lohnend ist. So ist die Bedeutung der Erwerbsarbeit für beide Geschlechter enorm gestiegen, und zwar als Faktor für ein erfülltes Leben und als notwendige Voraussetzung für ökonomische Unabhängigkeit (vgl. Michoń 2009: 187).

4 Geschlechterordnung im Wandel

In den 1980er Jahren war das sozialistische Familien- und Zweiverdienermodell mit der Frau als Betreuerin von Kind und Haushalt institutionell durch Sozialleistungen, Sonderregelungen für Mütter und Kinderbetreuungseinrichtungen abgesichert. Die Installation der Marktwirtschaft durch eine „Schocktherapie“ ab 1990 war mit zahlreichen Krisenerscheinungen verbunden, die Frauen stärker als Männer trafen, wie insbesondere Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen und der Abbau betrieblicher wie staatlicher Sozialleistungen. Viele Leistungen wurden wieder privat erbracht (Siemieńska 1996: 563f.). Die Entwicklung leistete offener Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt Vorschub (Nowakowska/Swedrowska 2000; Kozek 2009). Allerdings spielten auch Bildung und Schicht eine wichtige Rolle: Für gut ausgebildete Frauen, etwa bei Banken und Versicherungen, eröffneten sich berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, für einen Arbeiter der Schwerindustrie verringerten sie sich.

Ein Überblick über zentrale Kennzahlen der Gleichberechtigung der Geschlechter kurz nach dem EU-Beitritt (Pascall/Kwak 2009: 129–148) zeigt, dass die bestehende Diskriminierung von Frauen in der Region geringer als in der alten EU-15 ist, etwa in Bezug auf Armutsgefährdung, Erwerbsquoten, Teilzeit oder Einkommen. Neuere Studien zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Osteuropa haben Polen dem Typ des „impliziten Familialismus“ zugeordnet, in dem Frauen wenig dabei unterstützt werden, eine Arbeit aufzunehmen oder ihre Kinder zu Hause zu betreuen (Michoń 2009: 182f.; Szelewa/Polakowski 2008: 126). 2003 standen nur für 2 % der unter Dreijährigen Betreuungseinrichtungen zur Verfügung (Michoń 2009: 179). Die Preise für Betreuung sind einkommensunabhängig und damit für viele zu teuer. Unflexible Elternzeitregelungen und bedarfsgeprüftes Elterngeld hemmen eine egalitäre Arbeitsteilung bei Paaren (Michoń 2009; Plomien 2009). Zurzeit nimmt nur die Hälfte der jungen Mütter Elternurlaub, wobei die wenigsten die drei Jahre ausschöpfen (Plomien 2009: 142f.).

Tatsächlich arbeiten Mütter zwischen 25 und 44 mit einer Quote von 60 % häufiger als der Durchschnitt der Frauen in Polen (50,6 % 2007, Plomien 2007: 146). Drei von zehn polnischen Paaren zwischen 20 und 49 Jahren leben nach einem männlichen Ernährermodell, doch bei der Hälfte der Paare sind beide voll erwerbstätig (Michoń 2009: 187). Die starken Spannungen zwischen Mutterschaft und Erwerbsarbeit unter postsozialistischen Umständen haben nicht dazu geführt, dass sich eine bürgerliche Geschlechterordnung durchsetzt, sondern dass sich Frauen bei schlechten Vereinbar-

keitsbedingungen zwischen Familie und Beruf für letzteres entscheiden (vgl. Plomien 2009: 146).

5 Eckpfeiler des geschlechterpolitischen Diskurses

Die Kombination aus implizitem Familialismus und hohen moralischen Ansprüchen an Mütter lässt sich individuell auch heute mit dem Vorbild der „Superwoman“ kaum bewältigen. Zentrale geschlechterpolitische Konflikte kreisen um Mutterschaft und Reproduktion: Der bereits erwähnte Konflikt um die Abtreibung seit 1989 gab der im Entstehen begriffenen Frauenbewegung zwar ein einmaliges politisches Gelegenheitsfenster, doch weder konnte sie eine restriktive Änderung verhindern noch eine neuerliche Liberalisierung erreichen. Reproduktive Rechte bleiben geschlechterpolitisch das „*pièce de résistance*“, doch sind sie tabuisiert (Überblick bei Nowicka 2007). LGBT-Rechte (Lesbian, Gay, Bi- and Transsexual People) wurden im Konflikt um die „Gleichheitsparaden“ öffentlich diskutiert. Diese wurden 2005/06 mehrmals verboten und gewaltsam aufgelöst. Ihre Gegner rührten an die Grundpfeiler demokratischer Konsolidierung und zweifelten Legalität und Legitimität der Demonstrationsfreiheit an, indem das Anliegen als etwas „Fremdes“, „Unpolnisches“ diffamiert und die polnische Nation als „natürlich“ heterosexuell und traditionell definiert wurde (ausführlich Keinz 2008: 218–243). Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte brachte schließlich 2007 Klarheit, dass die Verbote das Recht auf Versammlungsfreiheit und das Diskriminierungsverbot verletzt hatten,⁸ sodass weitere Demonstrationen legal stattfinden konnten (UNDP 2007: 94). Gleichberechtigte politische Partizipation stand bei den überparteilichen Frauenwahlkoalitionen im Fokus, die in der ersten Hälfte der 2000er Jahre für die Wahl von Frauen und gesetzliche wie parteiinterne Quotenregelungen lobbyierten; der Frauenanteil in den Parlamenten stagniert seit Anfang des Jahrtausends etwa bei einem Fünftel (vgl. Fuszara 2005). Exekutive Gleichstellungsinstitutionen sind traditionellerweise außerordentlich instabil. Ausstattung und Kompetenzen sind abhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung. Als Teil der Regierungskanzlei

„the Plenipotentiary exists only as long as the Prime Minister is incumbent (or wishes for the office to exist), thus being vulnerable to co-optation, re-engineering according to the political will of whoever is the ruling party, and outright liquidation. [...] a Plenipotentiary is necessarily temporary and can therefore never count on enduring beyond the government's term.“ (Gerber 2010: 34).

So gab es Regierungsbeauftragte für Frauen und Familie, Familie und Frauen, Familie und schließlich für Gleichstellung von Frauen und Männern (2001–2005). Seit 2008 existiert wiederum die Stelle der „Regierungsbeauftragten für Gleichbehandlung“ (für alle diskriminierten Gruppen).

Die wortgetreue Übernahme der EU-Direktiven zur Geschlechtergleichstellung ins Arbeitsgesetz erfolgte 2001, doch fehlen Umsetzungsvorschriften sowie eine Übernahme weiterer Antidiskriminierungsrichtlinien und eine starke, unabhängige Gleichstellungsbehörde. Bei Drucklegung lief deswegen gegen Polen ein Vertragsverletzungs-

8 Baczkowski and others vs. Poland, Application no. 1543/06, Urteil vom 3. Mai 2007, sinnigerweise der Jahrestag der ersten polnischen Verfassung von 1791.

verfahren. Ende Oktober 2010 verabschiedete der Sejm eine komplizierte gesetzliche Minimallösung mit zahlreichen Ausnahmen, die Diskriminierungsoffern lediglich das Recht auf Entschädigung zugesteht, die sie auf dem normalen zivilrechtlichen Weg einklagen müssen.⁹

6 Parlamentsdebatten um ein Gleichstellungsgesetz: Geschlechterversionen im Widerstreit?

Wie wird vor diesem Hintergrund um die politische Regulierung von Geschlechterverhältnissen gestritten? Der folgenden Analyse liegen vier Debatten von zwei Gesetzesentwürfen für ein „Gesetz über gleichen Status von Frauen und Männern“ von 1999 (Rückweisung) sowie 2003, 2004 und 2005 zugrunde (drei Lesungen mit zwischenzeitlichen Arbeiten in der zuständigen Parlamentskommission).¹⁰ 1999 war eine konservative, 2001–2005 eine postkommunistische Regierung an der Macht. Die stenografierten Wortbeiträge wurden im Hinblick auf die Existenz von Diskriminierung, Begründungsmuster für oder gegen ein Gesetz, Geschlechterverhältnisse und -rollen (bzw. Frauenrollen) kodiert.¹¹ In der Auswertung wurde das Augenmerk auf die beiden letzten Themen und die Bezüge zum Staatssozialismus gelegt, dabei vor allem auf die sachliche Diagnose und Prognose, und nur in Ansätzen auf Beziehungs-Aussagen. Für die Stärke der jeweiligen Standpunkte wurde neben der Länge der Beiträge auch die Zahl der Argumente herangezogen.

Tabelle 1: Parteien/Fraktionen in der Debatte¹²

Kürzel	Name	Ausrichtung
AWS	Akcja Wyborcza Solidarność – Wahlaktion Solidarität	Bündnis christdemokratischer, konservativer und nationalistischer Kräfte, zerfallen
LPR	Liga Polskich Rodzin – Liga Polnischer Familien	Nationalistisch
SO	Samobrona – Selbstverteidigung	Populistische Bauernpartei
PO	Platforma Obywatelska – Bürgerplattform	Liberal-konservativ
PiS	Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit	Konservativ-nationalistisch
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Volkspartei	Zentristisch
SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej – Vereinigte Demokratische Linke	Sozialdemokratisch

9 Vgl. orka.sejm.gov.pl/proc6.nsf/opisy/3386.htm (17. November 2010), Śmiszek 2008 und persönliche Mitteilung Krzysztof Śmiszek an die Autorin, 12. März 2010.

10 Debatte vom 4. März 1999, zitiert als III/45, das heißt: 3. Amtsperiode, 45. Sitzung. Zweiter Entwurf aus dem Senat: 1. Lesung am 12. Juni 2003, zitiert als IV/50; 2. Lesung am 22. September 2004, zitiert als IV/84; 3. Lesung am 16. Juni 2005, zitiert als IV/105. Abrufbar unter www.orka.sejm.gov.pl.

11 Kodierung und Auswertung erfolgten mit dem qualitativen Tool maxqda. Dabei wurde in etwa 80 inhaltliche Aussagen differenziert.

12 Die Abgeordneten wurden mit ihrer Zugehörigkeit zu Beginn der Legislatur erfasst. Zum polnischen Parteiensystem siehe Ziemer 2009.

6.1 Die Gesetzentwürfe

Der erste Entwurf (druk nr 569/1998) lehnte sich eng an das norwegische Gleichstellungsgesetz von 1978 an und wurde von Wissenschaftlerinnen aus dem frauenpolitischen Milieu erarbeitet. Er sah ein Verbot der Diskriminierung vor, erlaubte positive Diskriminierung, definierte direkte und indirekte Diskriminierung und verpflichtete den Staat zu gleichstellungsfördernden Maßnahmen. Für alle von staatlichen Organen ernannten oder gewählten Gremien wurde eine Geschlechterquote von 40 % festgeschrieben. Weitere Artikel betrafen Antidiskriminierung im Erwerbsleben, in Bildung und bei der Elternschaft. Zur Überwachung des Gesetzes waren eine Ombudsperson und eine ihr zuarbeitende Kommission vorgesehen. Im Entwurf waren verschiedene institutionelle Schieflagen angelegt und der Maßnahmen-Mix provozierte Abwehrreaktionen (nach Fuchs 2003: 172ff.). Der zweite Entwurf vom Dezember 2002 (druk nr. 1313/2003) kam aus der zweiten Parlamentskammer, dem Senat, in den Sejm. Wesentliche Änderung war das vorgesehene Amt für Gleichstellung (Art. 9–11), das vor allem für Beratung, Zusammenarbeit, Information, Forschung, Monitoring und Sensibilisierung zuständig sein sowie Betroffene beraten und unterstützen sollte. Starke (Untersuchungs-)Kompetenzen des Amtes und damit spezifische Verfahren zur Rechtsdurchsetzung waren nicht vorgesehen. 2004 wurden die Quotenvorgaben im Entwurf gestrichen und durch eine weiche Soll-Bestimmung ersetzt. 2005 wurden schließlich andere Diskriminierungsgründe wie ethnische Zugehörigkeit, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung eingefügt.

6.2 Die Debatten 1999 und 2003/05

Allgemeines

1997–2001 betrug der Frauenanteil im Sejm 13 %, 2001–2005 immerhin 20 %. In der Debatte sind Frauen aber deutlich überrepräsentiert: Zwei Drittel der RednerInnen sind weiblich, bei der SLD sogar drei Viertel, und für die konservativen Parteien PO und PiS sprechen nur Frauen.

Tabelle 2: RednerInnen, Mandate und ungefähre Redezeit nach Partei

	Frauen	Männer	Gesamt	Mandatsanteil 2001–2005	Ca. Redezeit der Parteien 2003/04	Zahl der Bei- träge 03/04 o. Fragen
AWS	4	4	8	--	--	--
LPR	4	2	6	8,3%	27,4%	8–27,5%
PiS	2	0	2	9,6%	13,7%	3–10,3%
PO	2	0	2	14,1%	13,4%	3–10,3%
PSL	0	3	3	9,1%	7,1%	2–7%
SLD	8	3	11	47%	28,7%	10–34,5%
SO	3	1	4	11,5%	10,6%	3–10,3%
UW	1	0	1	--	--	--
Gesamt	24 (65%)	13 (35%)	N = 37	100%	100%	29 (100%)

Das Missverhältnis zwischen der Zahl der Beiträge und der Mandate ist 2003/04 bei der Familienliga groß, die drei Mal so viele Beiträge macht wie ihrem Mandatsanteil entspräche; bei der Sozialdemokratie ist das Verhältnis umgekehrt. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei der Redezeit. Die Debatten sind also offensichtlich ein Profilierungsfeld der nationalkatholischen Familienliga, während die Sozialdemokratie sich mit der Werbung für ihr eigenes Projekt zurückhält. Liberal(-konservative) Kräfte und Männer meiden das Thema und damit eigene Positionen zum Gesetz eher. Pro und Contra sind klar verteilt: die SLD für ein Gesetz, AWS, LPR, PiS und PO dagegen. SO und PSL haben kritische Einschätzungen. In den verschiedenen Lesungen werden grosso modo die gleichen Argumente gebraucht, die sich später lediglich ausdifferenzieren. Ein „deliberativer Fortschritt“ ist kaum festzustellen. Nur die populistische Samoobrona erkennt anfangs Frauendiskriminierung und Handlungsbedarf, schwenkt aber später auf die konservative Linie ein.

Gibt es Diskriminierung in Polen?

Ein Gleichstellungsgesetz ist nur dann sinnvoll, wenn Diskriminierung ein tatsächliches gesellschaftliches Problem ist. Darüber herrscht erwartungsgemäß keine Einigkeit, weil die Auffassungen über den Charakter der Geschlechterunterschiede auseinandergehen. Fast ein Drittel (11 von 37 Abgeordneten) bestreitet explizit Frauendiskriminierung (AWS, LPR, PiS, PSL, SO). Eine Strategie lautet ‚Negierung durch Überhöhung‘. Demnach gibt es viele Frauen in Führungspositionen, wenn es durchaus gönnerhaft heißt: „Wir haben in Polen viele Frauen, die sich durch ein Hochschulstudium auszeichnen und den Titel eines Professors tragen, darunter auch ordentliche“ (Zbigniew Sosnowski, PSL, IV/84). Auch würde Frauen Diskriminierung nur eingeredet und tatsächliche Ungleichbehandlungen seien keine Diskriminierung, da sie in der Mutterrolle wurzelten. Hingegen konstatieren 16 Abgeordnete, davon lediglich die Hälfte von der SLD, 58 Mal explizit Diskriminierung. Fünf Mal weisen SozialdemokratInnen dabei auf die Diskriminierung von Männern hin, besonders beim Sorgerecht. Am Weitesten geht der Konsens bei der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, wo auch eine LPR-Abgeordnete Handlungsbedarf sieht. Daneben werden Rollenstereotypen, Politik und Gewalt in der Familie genannt. Das Abtreibungsgesetz wird nur zwei Mal verurteilt. Diskriminierung wird in der 1999er Debatte am häufigsten konstatiert. Möglicherweise ist diese Tatsache später im Parlament schon breiter akzeptiert, ähnlich wie in der Bevölkerung.

Geschlechterrollen

Eine positive Zielvorstellung von Gleichstellung wird von den BefürworterInnen eines Gesetzes nur schwach konturiert und nimmt 2003/05 sogar noch ab. Gleichstellung nütze den Frauen und damit der gesamten Gesellschaft, führt Danuta Waniek (SLD) 1999 an. Gleichstellung bedeute, dass Frauen und Männer tatsächlich gleiche Rechte im Beruf, bei der sozialen Sicherung und bei Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hätten (Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska, SLD, IV/105). Dazu müssten einengende Rollenstereotypen bekämpft werden, sei es in Schulbüchern oder in der Politik:

„Gemäß Umfragen interessieren sich Frauen weniger für Politik. Ich ziehe daraus jedoch umgekehrte Schlüsse als die Gegner des Gesetzes. Ich denke, dass man angesichts dieser Rollen und Stereotypen

sich Gedanken machen sollte über rechtliche Regelungen, die neben konkreten Lösungen auch die Erziehung zur Gleichheit einschließen, denn das fehlt uns vor allem.“ (Katarzyna Śledzińska-Katarasińska, UW, III/45)

2004 und 2005 bleibt es der damaligen Gleichstellungsbeauftragten Magdalena Środa als Vertreterin der Exekutive überlassen, das Wesen der Diskriminierung zu erklären sowie die Abhilfemaßnahmen und deren Nutzen aufzuzählen.

Gegenüber einem positiven Entwurf von Gleichheit dominieren in allen Debatten Hinweise auf die natürliche Differenz zwischen Frauen und Männern, die teilweise aus Traktaten der vorletzten Jahrhundertwende stammen könnten:

„Wir wurden unterschiedlich geschaffen, nicht damit wir uns angleichen, sondern um uns zu ergänzen. Die Tatsachen auf der anatomisch-physiologischen Ebene haben ihre Spiegelung auf der psychischen, geistigen Ebene. Sogar die Liebe der Mutter und Frau hat eine andere Färbung als die männliche Liebe, doch beide sind gleichermaßen unentbehrlich für das richtige Funktionieren der Familie und die Kindererziehung.“ (Urszula Krupa, LPR, IV/50).

Die Natürlichkeit der Geschlechterdifferenz wird mit Verweis auf Gott, das Episkopat, Johannes Paul II., die Geschichte und, noch mehrheitsfähiger, aufgrund wissenschaftlicher Forschungsergebnisse bekräftigt. Eine Aufhebung der Geschlechterunterschiede, wie vom Gesetz vorgesehen, sei daher nicht möglich oder geradezu schädlich für die polnische Nation:

„Man muss die Veranlagungen der Frau in die richtige Richtung entwickeln, um ihr zu helfen, diese zu retten und ihre Würde zu verstehen, denn wenn man die Frau rettet, rettet man die ganze Nation“. (Barbara Frączek, AWS, III/45)

Nur zwei Mal wird dieser Differenz-Biologismus angegriffen.

„Tatsächlich gab es zwischen Männchen und Weibchen im Stadium der Affen der Gruppe der Australoiden einen biologischen Unterschied, der darin bestand, dass das Männchen aufgrund physischer Überlegenheit dominierte. Die heutige dominierende Rolle der Männer in der Gesellschaft ist ein Relikt aus dem Paläolithikum, als die Männer mit physischer Kraft sich das Übergewicht erkämpften, das sie bis heute nicht abgeben haben. [...] Blondinenwitze oder solche über Frau am Steuer [sind] Teil der Ideologie, die das Primat der einen Gruppe der polnischen Gesellschaft über die andere verteidigen soll.“ (Piotr Ikonowicz, SLD, III/45).

Diese Äußerung ist selbst nicht ganz frei von Essentialismus; die Existenz natürlicher Geschlechterdifferenzen scheint nicht nur in der breiten Bevölkerung, sondern auch im Parlament außer Frage zu stehen.

Braucht Polen ein Gleichstellungsgesetz?

Wo positive Ausformulierungen der Gleichstellung fehlen, können sie nicht als Argument für ein Gesetz verwendet werden. Stattdessen wird sehr oft auf die Verpflichtungen verwiesen, die Polen durch internationale Abkommen und durch den (angestrebten) Beitritt zur Europäischen Union eingegangen ist. Diese Abkommen und Pakte werden teils ausführlich zitiert und sind Teil fast jeden Redebeitrags der SLD. Zwischen 1999 und 2003/05 wird der Bezug auf die EU stärker.¹³ Eine idealtypische Begründung lautet etwa:

13 Zum EU-Diskurs vgl. Horolets 2006; Fuchs/Payer 2007: 170ff.

„In vielen westlichen Ländern wurden in den letzten 30 Jahren Gleichstellungsgesetze erlassen. Die Bedeutung dieser Normen wurde viele Male in den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften, den Dokumenten des Europarats und der UN unterstrichen. Auch in der polnischen Verfassung finden sich Vorschriften zum Verbot jedweder Diskriminierung und Garantien der Rechtsgleichheit aller Bürger. Wie jedoch die Praxis zeigt, bieten die verständlicherweise allgemeinen Vorschriften in vielen Lebensbereichen keinen ausreichenden Schutz. Das Gleichstellungsgesetz hat die Aufgabe, diese bestehende Lücke zu füllen.“ (Joanna Sosnowska, SLD, III/45)

In jeder Debatte werden auch positive Beispiele, etwa für Quotenregelungen, aus anderen Ländern angeführt. Dies kann in das sogenannte „Naming and Shaming“ übergehen, das heißt: Polen wird wegen einer im internationalen Vergleich rückständigen Praxis kritisiert. Hinsichtlich des EU-Beitritts heißt es, er bedeute nicht nur eine ökonomische Aufholjagd, sondern gleichermaßen

„die Annahme von Normen, die das gesellschaftliche Leben regeln, denn erst dann können wir von uns selbst sagen, dass wir im gleichen Zivilisationskreis leben wie der Rest Europas“. (Bożena Kizińska, SLD, IV/84)

„Seien wir nicht die letzten“, empfiehlt Danuta Polak (SLD, IV/84), schließlich hätten schon Tschechien, Litauen und Slowenien als neue Mitgliedsstaaten Gesetze verabschiedet. Interessanterweise wird parallel zu den steten Verweisen auf katholisch-polnische Traditionen mehrmals auf das fortschrittliche Erbe verwiesen, also ein eigener historischer Bezug hergestellt:

„Polen hat 1918 als eines der ersten Länder der Welt den Frauen das Wahlrecht gegeben. Die erste Regierung der unabhängigen Republik nach 130 Jahren Sklaverei anerkannte, dass ohne Garantie dieser Rechte Polen kein wirklich freies und gerechtes Land sein kann.“ (Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska, SLD, IV/84)

Die GegnerInnen bestreiten die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Gesetzes vor allem mit dem Argument, Gleichberechtigung und Diskriminierungsverbot seien bereits gesetzlich verankert und damit umgesetzt. Besonders Quoten werden als verfassungswidrig bezeichnet. Sie schränken zudem die Wahlfreiheit ein, degradierten Frauen zu Quotenfrauen und entwerteten Qualifikationen – 11 Abgeordnete führen hier insgesamt 19 Argumente an. Die Pro-Seite kontert, Quoten dienen dazu, dass in Entscheidungsgremien die Männer- und die Frauensicht berücksichtigt werden (Teresa Jasztal, SLD, III/45); sie hätten auch den unbestrittenen Vorteil, wirksam zu sein (7 Äußerungen). Die Gegner führen schließlich die Nutzlosigkeit eines Gesetzes an, das die soziale Praxis nicht verändern könne:

„Die Bürgerplattform nimmt Frauenrechte und Gleichberechtigung sehr ernst [...] doch es lässt sich die Gleichheit von Frauen und Männern nicht dekretieren. Entweder fühlt man, dass Frauen und Männer gleich sein sollen, oder nicht. Ein Gesetz erledigt die tatsächliche Gleichstellung überhaupt nicht.“ (Marta Fogler, PO, IV/84)

Argumente zu unnötiger Gesetzgebung halten sich mit denen zur notwendigen Konkretisierung der Verfassungsvorschriften etwa die Waage (15 zu 16 Erwähnungen). Daneben lösen das Thema sexuelle Belästigung und die Bekämpfung von Stereotypen teilweise emotionale und polemische Proteste aus. Bei der LPR mündeten sie gar in die Konstruktion einer versteckten Agenda, was möglicherweise homophobe Ressentiments gegen das Gesetz mobilisieren soll:

„Die Vorschrift in Artikel 8 jedoch über das Verbot der Diskriminierung von Männern, die sich an Erziehungsaufgaben beteiligen wollen, auch außerhalb der Ehe, erlaubt es zwei Männern, Kinder zu erziehen und zu betreuen. Geht es in Wirklichkeit darum beim Gleichstellungsgesetz? Geht es um Demoralisierung?“ (Urszula Krupa, LPR, IV/50)

Das vorgesehene Gleichstellungsamt, von der Pro-Seite häufig als wichtige institutionelle Stabilisierung der Politik bezeichnet, ist für die GegnerInnen eine Lizenz zur Verschwendung von Steuergeldern. Liberale Argumente gegen das Gesetz wie der Schutz der Privatsphäre oder der Angriff auf die Vertragsfreiheit gehen in der Masse unter. Einzig das bereits genannte liberale Argument der angeblichen sozialen Wirkungslosigkeit von Gesetzen findet auch konservative Zustimmung.

Der Schatten des Staatssozialismus

In allen Debatten ziehen GegnerInnen Parallelen zwischen einer aktiven Gleichstellungspolitik und dem vergangenen staatssozialistischen Regime. In der Debatte 2003/05 werden auch Feministinnen (persönlich) angegriffen, es gibt ein regelrechtes „Bashing“, wobei Feminismus mit Sozialismus und „Zwangsbeglückung“ gleichgesetzt wird (Elżbieta Kruk, PiS, IV/84).¹⁴ Gleichstellungspolitik wird als Ausdruck einer glücklicherweise vergangenen Zeit bezeichnet, als man glaubte, „sozialtechnologisch“ die Gesellschaft verändern zu können:

„Die besprochene Initiative täuscht tatsächliche Sorge um das Schicksal der Frauen vor, so wie das Propaganda-Lächeln der Traktoristin Hela vom sozialistischen Propagandaplakat oder wie die damalige Präsenz von Vertreterinnen der Liga Kobiet und des Kolo Gospodyń Wiejskich¹⁵ an Staatsfeierlichkeiten die vollkommene Gleichheit zwischen Frauen und Männern simulierten, die weder jemals bestand, noch bestehen konnte.“ (Elżbieta Kruk, IV/50)

Wenn die eigenen Auffassungen über Geschlechterrollen als natürliche Ordnung betrachtet werden, die nicht verändert werden soll, so ist jede aktive Gleichstellungspolitik, ob vergangen oder modern, negativ. Diese Vorwürfe an die Adresse der SLD werden in der Debatte kaum pariert, sondern die vielfach hergestellten Bezüge zu Europa, zu internationalen Organisationen und Abkommen, die nichts mit dem Staatssozialismus zu tun haben, sind die indirekten Gegenargumente:

„Ein anderes Verständnis der Frauenrechte in den Ländern Westeuropas ist das Ergebnis eines zwanzigjährigen harten Kampfes von Frauenorganisationen, die Menschenrechte verteidigen. In Polen, wo man seit 15 Jahren allen einredet, Frauenemanzipation sei gleichbedeutend mit einer Vorliebe fürs Traktorfahren, erklärt sich der Widerstand gegen die Gleichheit der Geschlechter aus dem Wunsch der Machterhaltung.“ (Małgorzata Winiarczyk-Kossakowska, SLD, IV/84)

Feministinnen wird vorgeworfen, dass sie nicht für die polnischen Frauen sprechen würden, sondern es ihnen nur um die Durchsetzung der eigenen Weltsicht gehe. Zudem solle die Verankerung eines Gleichstellungsamtes ihre persönlichen Pfründe, Arbeitsplätze und teuren Dienststreifen sichern (so etwa Renata Beger SO, IV/105; Elżbieta Kruk IV/105; Antoni Stryjewski LPR IV/84).

14 Indirekt zeigt sich daran das Erstarken feministischen Gedankenguts in Polen, denn offenbar hielt die Gegenseite 1999 eine solche Kritik noch für unnötig.

15 Frauenliga und Kreis der Landfrauen

Die so angegriffenen SLD-Abgeordneten widersprechen diesem Zerrbild nicht. Nur die (ehemaligen) Gleichstellungsbeauftragten Izabela Jaruga-Nowacka und Magdalena Środa, die Rederecht in der Debatte haben, rechtfertigen ihre eigene Arbeit, und zwar weniger inhaltlich als mit bürokratischen Kriterien, von denen wohl auch gegnerische Akzeptanz erwartet wird: Ihre Arbeit sei stets professionell, sparsam, anstrengend und vernetzt. Die parlamentarische Linke, das heißt die PostkommunistInnen, ist aus mehreren Gründen angreifbar. Grundsätzlich hat sie sich ein soziales Image bewahrt, unterstützte jedoch immer (diskret) die marktwirtschaftlichen Reformen und hat viele Transformationsgewinner in ihren Reihen (Zaluska 2009: 3f.). Zudem gab es bei den PostkommunistInnen keine offensiven Bemühungen zur Aufarbeitung der Vergangenheit – sie „schweigen beschämt“¹⁶ darüber. Das gilt auch für die ambivalente Geschlechterpolitik vor 1989, deren Unterschiede zu heute kaum differenziert benannt werden (können). Der außerparlamentarischen Linken, wie sie sich im Umfeld der Zeitschrift *krytyka polityczna* etabliert (www.krytykapolityczna.pl, s. Szumlewicz 2009), geht es dabei ähnlich. Es scheint für beide Gruppen schwierig, eine moderne, tragfähige und linke Gleichstellungspolitik zu formulieren. Als die SLD zwischen 2001 und 2005 regierte, brach ihr gesellschaftlicher Rückhalt durch politische Affären und eine unsoziale Politik nach und nach weg. Auch gleichstellungspolitisch geriet die Regierung in die Defensive. Sie hatte 2004 die Alimentenbevorschussung abgeschafft und den Mutterschaftsurlaub auf generell 18 Wochen gekürzt (UNDP 2007: 77).

„Dieses Gesetz ist ein typisches Wahlgeschenk [„Wahlwurst“]. Die Linke hat die Frauenfrage ungelöst gelassen. Sie hat ihnen keine Arbeitsplätze gesichert, den Alimentenfonds weggenommen und die Sozialleistungen beschnitten. Im Austausch dafür gibt sie ihnen totes Recht auf dem Papier, durch das es weder Arbeit noch Brot geben wird.“ (Renata Beger, SO, IV/105)

Diese sozialen Kürzungen werden insgesamt 15 Mal als frauenfeindlich gebrandmarkt und häufig mit Familienfeindlichkeit gleichgesetzt. Die Frauenfrage scheint für beide Seiten vor allem eine Mütterfrage zu sein, wie im Folgenden deutlich wird.

Welche Geschlechterordnung ist erstrebenswert?

Im Gegensatz zur Pro-Seite erklärt die Contra-Seite ihre angestrebte Geschlechterordnung relativ breit und genau. Es lassen sich dabei männliches Ernährermodell, „echte Wahlfreiheit für Frauen“ und ein Vereinbarkeitsmodell ausmachen. Die rhetorische Verknüpfung von Geschlecht, Familie und Nation, die Rolle der Frau als Hüterin der Familie und der Nation sowie die Schädigung der Nation durch fremdes Gedankengut sind sehr deutlich in den Äußerungen der AWS und LPR, aber auf diese beschränkt und nicht dominant. Die Vision eines bürgerlichen männlichen Ernährermodells taucht 1999 und 2004 nur je einmal auf:

„Erlaubt es polnischen Frauen, ihre Kinder in Ruhe und einem Gefühl der Sicherheit großzuziehen! Wertschätzt ihre Rolle im Haus, auch wirtschaftlich! Nehmt sie nicht aus dem Haus, trennt sie nicht von den Kindern ...

(Zwischenruf: Schluss, Schluss. Die Zeit ist vorbei!)

... stellt die polnischen Frauen nicht ihren Männern und den Vätern ihrer Kinder entgegen. Erlaubt

16 Persönliche Mitteilung von Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut Darmstadt, 3. Juni 2010.

auch den Polen männlichen Geschlechts, ehrlich zu arbeiten und anständig zu verdienen, damit sie ihre Ehefrauen und Kinder ernähren und Häuser bauen können.“ (Antoni Stryjewski, LPR, IV/2004)

Daran schließt die Forderung nach Wahlfreiheit an. Hierzu müssten die mütterlichen Aufgaben sozial aufgewertet werden; die programmatische Forderung der Familienliga nach einem Mütterlohn (Elżbieta Ratajczak, IV/105) wurde politisch allerdings nie konkretisiert. Die natürliche Rolle der Frau als Mutter wird an weiteren Stellen von Abgeordneten der AWS und der LPR beschworen, meist aber ohne einen direkten Angriff auf berufstätige Mütter. Verbreiteter ist die Forderung nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar bis ins linke Lager hinein. Offensichtlich steht den Abgeordneten ein modernisiertes Familienmodell vor Augen, in dem beide Partner arbeiten, aber die Mutter für die Betreuung verantwortlich bleibt. Dem widmet sich besonders ausführlich Elżbieta Kruk (PiS):

„Ein grundlegender Nachteil des Gesetzentwurfs ist das Fehlen der Identifikation und der Lösung der wirklichen Probleme der Frauen, und zwar vor allem des Problems der Vereinbarkeit der beruflichen Aspirationen und des beruflichen Potenzials der Frauen mit ihrer Verantwortung für die Familie.“ (IV/105)

Veränderungen in der tatsächlichen Geschlechterordnung werden fast immer als Krise der Familie interpretiert, die vornehmlich auf politisch-ideologische Kräfte zurückgeführt wird, nicht auf die oben skizzierten ökonomischen und sozialen Veränderungen. Linke Regierungen sparten auf Kosten der Frauen und „propagierten eine frauenfeindliche, familienfeindliche Ideologie“, so Kruk (IV/105).

Die konservative Seite sieht die Lösung des Problems in Erziehungsurlaub sowie praktischen und kulturellen Veränderungen der Arbeitswelt, etwa bei flexibler Arbeitszeit (Elżbieta Kruk, PiS, IV/84). Auch Magdalena Środa definiert Vereinbarkeit als Frauenproblem und sieht aufgrund europäischer Erfahrungen in der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen den Schlüssel zu mehr Kindern. Sie nennt die Erhöhung der Erwerbsquoten von Frauen gemäß der Europäischen Beschäftigungsstrategie einen Schwerpunkt ihrer Arbeit (Elżbieta Kruk, PiS, IV/105). Die Verengung von Gleichstellung als Vereinbarkeitsproblem von Frauen ist sicher problematisch, doch kann dies auch als Beginn eines Bewusstseinsprozesses interpretiert werden. Von den Abgeordneten werden nur wenige konkrete politische Maßnahmen zur Vereinbarkeit benannt, die zudem auf Oppositionsseite relativ ungefährlich gemacht werden können und nach 2005 nicht konkretisiert wurden. Der bereits konstatierte implizite Familialismus spiegelt sich hier im Ensemble der Aussagen.

6.3 Zusammenfassung

Obgleich die Debatten unter verschiedenen Regierungsmehrheiten stattfinden, sind die Gegner eines Gesetzes quantitativ und von der Breite der Argumentation her vorherrschend. Die sozialdemokratische Seite arbeitet mit einem kleinen Bündel von Argumenten, nämlich mit dem Bezug auf internationales und EU-Recht und dem Bedarf nach einer institutionell stabilen Umsetzung der Verfassung. Geschlechterunterschiede seien nicht natürlich, sondern kulturell und sozial bedingt, sodass schädliche Stereotypen bekämpft werden sollten. Die Gegenseite postuliert natürliche Geschlechterdifferenzen und bestreitet Notwendigkeit und Nutzen eines Gesetzes, weil es nach ihrer Meinung keine

tatsächliche Diskriminierung von Frauen gibt. Wenn es doch dazu käme, so seien dies soziale Phänomene, die nicht mit einem Gesetz zu ändern seien. In allen Debatten wird aktive staatliche Gleichstellungspolitik mit staatssozialistischem Denken gleichgesetzt und kaum zurückgewiesen. Der Pro-Seite fehlt es hingegen an einer ausgearbeiteten positiven Vision ihres Ziels. Männer sind auf beiden Seiten eine Leerstelle, sieht man von der Erwähnung diskriminierter Väter auf der Pro-Seite und der zweimaligen Beschwörung des männlichen Ernährers bei katholischen Abgeordneten ab. Etwas häufiger erklingt allerdings der Ruf nach Wahlfreiheit für Frauen, damit diese auch eine Erfüllung ihrer ‚natürlichen‘ Aufgaben wählen können. Schließlich trifft der Slogan nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen bei allen Beteiligten, auch den Linken, auf Resonanz. Die Gegner eines Gesetzes zeigen kaum auf, mit welchen politischen Maßnahmen sie ihre Vorstellungen umsetzen wollen. Ihre Stärke in der Debatte, so lässt sich folgern, beruht nicht auf griffigen Konzepten, sondern wesentlich auf der Schwäche der Linken.

7 Schlussfolgerungen

Die Analyse hat gezeigt, dass Widersprüche zwischen verschiedenen Geschlechterleitbildern sowie zwischen der dominanten traditionellen Vorstellung von natürlichen Geschlechterrollen und dem hohen Stellenwert weiblicher (mütterlicher) Erwerbstätigkeit in der Bevölkerung bestehen. Statt einer „Retraditionalisierung“ werden offenbar wie schon vor 1989 verschiedene Orientierungen individuell miteinander verbunden. Das Vereinbarkeitsmodell mit privatisierter weiblicher Mehrarbeit für Haus und Kinder ist derzeit womöglich der praktische und diskursive Konsens in Polen – dafür sprechen die Arbeitspensen und die Umfragedaten ebenso wie die Verweise auf Vereinbarkeit bzw. die fehlenden offenen Attacken auf arbeitende Mütter in der Debatte. Der ‚Schatten des paternalistischen Staatssozialismus‘ hat sich auch in der defensiven Haltung der parlamentarischen Linken gezeigt, deren Politik als mütterfeindlich wahrgenommen wird. Sie entwickelt keine positiven Visionen. Ohne eine reflektierte Position zur staatssozialistischen Geschlechterpolitik muss sie ihre Anliegen ohne sozialpolitisches Vokabular legitimieren.

Die analytische Trennung von Geschlechterkultur, -ordnung und -arrangement hat sich als nützlich erwiesen, um die Widersprüche und Inkonsistenzen zwischen verschiedenen Leitbildern sowie zwischen diesen und der bestehenden Geschlechterordnung zu erkennen, anstatt Diskurse als alleiniges Maß gesellschaftlicher Wirklichkeit zu interpretieren. Die soziale Wirksamkeit von Diskursen muss differenzierter betrachtet werden. Hieran schließen sich allerdings viele Fragen zu kollektiven Aushandlungsprozessen an:

Warum hat der in der Debatte dominante national-konservative Diskurs von Geschlechterdifferenz und Hochschätzung traditioneller Frauenrollen kaum Spuren in der Familienpolitik hinterlassen, etwa in Form von mehr Leistungen für alle Familien oder finanziellen Belohnungen für Hausfrauen-Mütter? Hier drängt sich die These vieler polnischer Feministinnen auf, die Geschlechterpolitik werde der politischen Rechten als Profilierungsfeld überlassen, um sich Zustimmung zu anderen Themen zu erkaufen. Damit wären reale konservative Machtressourcen eher gering. Auffallend ist tatsächlich die liberale Leerstelle in der analysierten Debatte, also fehlende politische Positionsbezüge und die fehlende Formulierung eines liberalen Frauenbilds. Dazu passen die

langsame Arbeit an der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien, schlechte Gesetzentwürfe und ein schwaches Amt der Gleichstellungsbeauftragten unter der jetzigen Regierung Tusk. Selbst die Wiedereinführung des abgeschafften Alimentenfonds 2008¹⁷ ging nicht auf eine Initiative der Familienliga, sondern auf ein „bürgerschaftliches Gesetzesprojekt“ alleinerziehender Mütter zurück, das mit 300 000 Unterschriften versehen im Parlament eingereicht wurde.

Die hier konstatierte Hegemonie eines konservativen Diskurses bei vielfältigeren Lebensrealitäten hemmt eine offene Deliberation, verstellt den Blick auf politische Gelegenheiten in der Gleichstellungspolitik – wie sie sich im Zusammentreffen von EU-Gleichstellungsdoktrin und „Superwoman“-Selbstbild ergeben könnte – und sorgt nicht zuletzt für eine verkürzte Wahrnehmung der polnischen Gesellschaft im Ausland. Offenbar ist es schwierig, bei einem so wertgeladenen Thema offen katholische Vorstellungen anzugreifen, weil in der politischen Kultur weiter der „Wir-gegen-Sie“-Antagonismus wirkt und aus Gegnern in einer Diskussion gleich Feinde werden.

Es braucht daher weitere Untersuchungen zu den Mechanismen, Gelegenheiten und Beschränkungen sowohl des öffentlichen Diskurses wie der konkreten Politik. Politikfeld-Analysen bieten sich besonders an, um die Entwicklung und Governance konkreter Maßnahmen zu analysieren und zu erfahren, welche Positionen sich bei den kollektiven Aushandlungsprozessen tatsächlich durchsetzen können. Dabei muss im Auge behalten werden, dass gleichstellungspolitische Impulse kaum von PolitikerInnen ausgingen, sondern dass bisher die Zivilgesellschaft, die Frauenbewegung und außerparlamentarische Bündnisse immens wichtig waren und es wohl auch in Zukunft sein werden. Am 18. Februar 2010 wurde ein weiteres bürgerschaftliches Gesetzesprojekt im Sejm debattiert. Es war vom überparteilichen Frauenkongress (www.kongreskobiet.pl) initiiert worden und sieht eine 50%-Geschlechterquote für Wahllisten vor.¹⁸ Geschlechterpolitik bleibt in Polen auf der Agenda.

Literaturverzeichnis

- Baer, Susanne & Hoheisel, Miriam. (Hrsg.). (2008). *Between success and disappointment. Gender equality policies in an enlarged Europe*. Bielefeld: Kleine
- CBOS. (2006a). *Polityka państwa wobec rodziny oraz dyskryminacja w miejscu pracy kobiet w ciąży i matek małych dzieci [Staatliche Familienpolitik und Diskriminierung am Arbeitsplatz von Schwangeren und Müttern mit kleinen Kindern]*. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej
- CBOS. (2006b). *Kobiety w społeczeństwie - równouprawnienie czy dyskryminacja [Frauen in der Gesellschaft – Gleichberechtigung oder Diskriminierung]*. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej
- Chołuj, Bożena. (2006). Nach den Wahlen: Frauenpolitik in Polen. *femina politica*, 15 (1), 111–114
- Chołuj, Bożena. (2007). Im Osten nichts Neues oder: Wie der polnische Staat die Frauen missachtet. *femina politica*, 16 (2), 109–113

17 Dziennik Ustaw 2005 nr 86 poz. 732 (Ustawa z dnia 22 kwietnia 2005 r. o postępowaniu wobec dłużników alimentacyjnych oraz zaliczce alimentacyjnej) – [Gesetz über das Vorgehen bei Alimentenschuldnern und über Alimentenbevorschussung].

18 Gazeta Wyborcza, Parytet siedzi w kuchni [Die Parität sitzt in der Küche], 15. März 2010.

- Corrin, Chris. (Hrsg.). (1992). *Super-Woman and the Double Burden*. London: Scarlett Press
- Dölling, Irene. (1991). Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch. *UTOPIE kreativ*, 2 (7), 25–32
- Europäische Kommission. (2007). Diskriminierung in der Europäischen Union (Eurobarometer Spezial 263). Brüssel
- European Social Survey Round 2 Data. (2004). *Data file edition 3.1*. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data
- Fuchs, Gesine. (2003). *Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess*. Frankfurt a. M./New York: Campus
- Fuchs, Gesine. (2010). *Legal Mobilization for Women's Rights: Movement Success and Political Restrictions in Poland*. Unveröff. Manuskript. Basel
- Fuchs, Gesine & Payer, Sylvia. (2007). Women's NGOs in EU governance. Problems of finance and access. In Daniela Obradovic & Heiko Pleines (Hrsg.), *The Capacity of Central and East European Interest Groups to Participate in EU Governance* (S. 163–181). Stuttgart: ibidem
- Fuszara, Małgorzata. (2005). *Kobiety w polityce [Frauen in der Politik]*. Warszawa: Wydawnictwo Trio
- Fuszara, Małgorzata & Zielińska, Eleonora. (2000). Krótka acz zawiła historia ustawy równościowej [Kurze doch verwickelte Geschichte des Gleichstellungsgesetzes]. *Ośka Pismo* no. 3. Zugriff am 13. Oktober 2009 unter www.oska.org.pl/biuletyn/3/30.pdf
- Gal, Susan & Kligman, Gail. (Hrsg.). (2000a). *Reproducing gender. The Politics of Gender after Socialism*. Princeton: Princeton University Press
- Gal, Susan & Kligman, Gail. (2000b). *The Politics of Gender after Socialism. A comparative-historical essay*. Princeton: Princeton University Press
- Gerber, Alexandra. (2010). The letter versus the spirit: Barriers to meaningful implementation of gender equality policy in Poland. *Women's Studies International Forum*, 33 (1), 30–37
- Horolets, Anna. (2006). Pulling Europe Closer: the Strategy of Shame in Polish Press Discourse on Europe. In Amelie Kutter & Vera Trappmann (Hrsg.), *Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa* (S. 155–169). Baden-Baden: Nomos
- Keinz, Anika. (2008). *Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989*. Bielefeld: transcript
- Kozek, Bartłomiej. (2009). Praca, płaca i uprzedzenia, czyli rynek pracy z perspektywy genderowej [Arbeit, Lohn und Vorurteile, also der Arbeitsmarkt aus der Genderperspektive]. In Fundacja Feminoteka (Hrsg.), *Raport: 20 lat - 20 zmian. Kobiety w Polsce w okresie transformacji 1989–2009 [Report: 20 Jahre – 20 Veränderungen. Frauen in Polen in der Zeit der Transformation 1989–2009]* (S. 39–49). Warszawa: Fundacja Feminoteka
- Kraft, Claudia. (2006). Paradoxien der Emanzipation. Regime, Opposition und Geschlechterordnungen im Staatssozialismus seit den späten 1960er Jahren. Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 3 (3). Zugriff am 3. Juni 2010 unter www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Kraft-3-2006
- Limanowska, Barbara. (1993). Dlaczego w Polsce nie ma feminizmu? [Warum gibt es in Polen keinen Feminismus?]. *Pełnym Glosem*, 1 (1), 3–24
- Loew, Peter Oliver. (2008). Helden oder Opfer? Erinnerungskulturen in Polen nach 1989. *Osteuropa* (58), 6, 85–102
- Michoń, Piotr. (2009). „Bleib zu Hause, Liebling“ – Mütter, Arbeitsmarkt und staatliche Politik in Polen und den baltischen Ländern. In Christina Klenner (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten* (S. 163–192). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Nowakowska, Urszula & Swedrowska, Anna. (2000). Women in the labour market. In Urszula Nowakowska (Hrsg.), *Polish Women in the 90's. The report by the Women's Rights Center* (S. 41–80). Warsaw: Centrum Praw Kobiet

- Nowicka, Wanda. (2007). The Struggle for Abortion Rights in Poland. In Rosalind Petchesky Richard & Robert Sember (Hrsg.), *SexPolitics – Reports from the Front Lines* (S. 167–196). New York: Sexuality Policy Watch
- Pascall, Gillian & Kwak, Anna. (2009). Geschlechterregime im Wandel: Gleichberechtigung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. In Christina Klenner (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten* (S. 123–161). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Pfau-Effinger, Birgit. (2000). *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich
- Plomien, Ania. (2009). Welfare State, Gender, and Reconciliation of Work and Family in Poland: Policy Developments and Practice in a New EU Member. *Social Policy & Administration*, 43 (2), 136–151
- Přibán, Jiří. (2005). Political Dissent, Human Rights, and Legal Transformations: Communist and Post-Communist Experiences. *East European Politics and Societies*, 19 (4), 553–572
- Siemieńska, Renata. (1996). Gendered Perceptions: Women in the Labour Market in Poland. *Women's History Review*, 5 (4), 553–566
- Śmiszek, Krzysztof. (2008). Obecny projekt ustawy o równym traktowaniu nie przeciwdziała zjawisku dyskryminacji [Das aktuelle Gesetzesprojekt über Gleichbehandlung bekämpft das Phänomen der Diskriminierung nicht]. In Fundacja Feminoteka (Hrsg.), *Gendermeria równościowy monitoring. Raport [Gendermerie – Gleichstellungsmonitoring]* (S. 119–122). Warszawa: Fundacja Feminoteka
- Szelewa, Dorota & Polakowski, Michał P. (2008). Who cares? Changing patterns of childcare in Central and Eastern Europe. *Journal of European Social Policy*, 18 (1), 115–131
- Szumlewicz, Katarzyna. (2009). Feministki wobec transformacji: ewolucja ruchu [Feministinnen gegenüber der Transformation: die Entwicklung einer Bewegung]. In Jakub Majmurek & Piotr Szumlewicz (Hrsg.), *Stracone szanse? Bilans transformacji 1989–2009 [Verlorene Chancen? Bilanz der Transformation 1989–2009]* (S. 165–178). Warszawa: Delfin
- UNDP. (2007). *Polityka równości płci – Polska 2007. Raport [Gleichstellungspolitik – Polen 2007]*. Warszawa: Program Narodów Zjednoczonych ds. Rozwoju
- Verdery, Katherine. (1994). From Parent-State to Family Patriarchs: Gender and Nation in Contemporary Eastern Europe. *East European Politics and Societies*, 8 (2), 225–255
- Zaluska, Wojciech. (2009). Die polnische Linke auf der Suche nach der Zukunft. *Polen-Analysen*, 48, 2–8
- Ziemer, Klaus. (2009). Die politische Ordnung. In Dieter Bingen & Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.), *Länderbericht Polen* (S. 147–191). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Zur Person

Gesine Fuchs, Dr., Politikwissenschaftlerin. Arbeitsschwerpunkte: Politische Partizipation, Gleichstellungspolitik und Osteuropa. Zur Zeit vergleicht sie die Mobilisierung des Rechts durch soziale Bewegungen in Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Polen. Ihr neues Projekt an der Universität Zürich widmet sich der Entstehung und Governance schweizerischer Gleichstellungspolitik. Mehr Informationen unter www.gesine-fuchs.net.

Kontakt: Drahtzugstrasse 28, CH 4057 Basel

E-Mail: post@gesine-fuchs.net

Der Einfluss der postsozialistischen Wandlungsprozesse auf die Aushandlung der Geschlechterrollen in Serbien

Zusammenfassung

In dem Artikel wird am Beispiel Serbiens der Einfluss politischer und sozialer Wandlungsprozesse auf die Aushandlung der Geschlechterrollen verdeutlicht. Im Zentrum der Betrachtung steht der Zeitraum von 1980 bis 2009. Obwohl die Geschlechter de jure bereits gleichgestellt waren, blieb die praktische Umsetzung der Gleichstellung im sozialistischen Jugoslawien, zum Beispiel hinsichtlich unbezahlter Familienarbeit und Erwerbstätigkeit, trotz sichtbarer Fortschritte problematisch. Eine mit dem Zerfall Jugoslawiens und den kriegerischen Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren einhergehende Militarisierung der Geschlechterrollen verschärfte auch die genderspezifische public-private-division erneut. Erst seitdem mit dem Sturz Miloševićs der eigentliche Demokratisierungsprozess begann, treten nationalistische Gendervorstellungen wieder in den Hintergrund. Die praktische Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Geschlechtern wird nun zunehmend von marktwirtschaftlichen Prinzipien geprägt.

Schlüsselwörter

Gender, Serbien, Sozialismus, Krieg, Demokratisierung, Marktwirtschaft

Summary

The influence of post-socialist transformation processes on gender roles in Serbia

In the following article the influence of social and political developments on the negotiation of gender roles will be outlined using the example of Serbia. The analysis will focus on the years 1980 to 2009. Even though in socialist Yugoslavia gender equality had been legally confirmed its de facto implementation remained problematic. This will be demonstrated using, for instance, the example of the division of paid and unpaid work. When Yugoslavia was falling apart and a violent war of secession was being carried out in the region the gender-specific public-private-division in Serbia was even more enforced by an increasing militarization of society. It was only when Milošević was overthrown that the democratisation of Serbia could really begin. Since then nationalistic gender roles have slowly lost importance again. Instead the division of responsibilities between women and men has become more and more influenced by the implementation of market economy.

Keywords

Gender, serbia, socialism, war, democratisation, market economy

Die Geschichte der Geschlechterrollen in Serbien ist nach wie vor kaum dokumentiert. Um diese Forschungslücke zumindest in Teilen zu schließen, soll im Folgenden ein Einblick in die sich wandelnde Frauenrolle zwischen 1980 und 2010 gegeben werden. Die dargestellten Erkenntnisse sind das Ergebnis einer umfangreichen Studie der deutschen, englischen, serbischen und kroatischen Fachliteratur sowie von Beobachtungen der Autorin während mehrmonatiger Feldaufenthalte zwischen 2007 und 2009.

Gerade weil sich die Geschichtsschreibung lange auf männlich geprägte gesellschaftliche Eliten konzentriert hat, könnte der Eindruck entstehen, dass Frauen als gesellschaftliche Akteurinnen von geringerer Relevanz und somit primär von gesellschaftspolitischen Prozessen betroffen waren, die andere verursachten. Um einer stereo-

typen passiven Darstellung von Frauen etwas entgegenzusetzen, soll in diesem Beitrag auch darauf eingegangen werden, welche aktive Rolle Frauen in den sozialen und politischen Wandlungsprozessen in Serbien zukam.

„Women have not been mere passive objects of this history, they have taken active part in it, and in doing so they have not just changed the world around them but their own identity as well.“ (Magaš 1999: 275f.)

Der Beginn der weiblichen Emanzipation in Serbien

Einhergehend mit politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozessen unterlagen die Geschlechterrollen in der Region des heutigen Serbiens spätestens seit dem Abzug der Osmanen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einem deutlichen Wandlungsprozess. Im Zuge der nun einsetzenden Modernisierung konnten Frauen ihren Wirkungskreis zunächst innerhalb von Familie und Haushalt und bald auch darüber hinaus ausweiten. In der Folgezeit drangen sie zunehmend in andere gesellschaftliche Bereiche wie etwa die schulische Ausbildung, die Erwerbstätigkeit und das zivilgesellschaftliche Engagement vor (vgl. Božinović 1996; Calic 1994; Nikolova 1998; Perišić 1998; Sundhaussen 2007). Bald begannen Frauen auch, ihre rechtliche Gleichstellung mit Männern aktiv einzufordern. Diese sollte ihnen aber zunächst noch verwehrt bleiben (Cvetković 1998; Draškić/Popović-Obradović 1998; Emmert 1999).

Während bürgerliche Frauenaktivistinnen sich seit Ende des 19. Jahrhunderts für eine Erweiterung der Rechte und Teilhabemöglichkeiten von Frauen im bestehenden, männlich dominierten System einsetzten, stieg ab Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Anzahl der Frauen, die der Meinung waren, dass Gleichberechtigung am ehesten im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Umbruchs erreichbar wäre (Emmert 1999: 49). Bald wandten sich deshalb immer mehr Frauen sozialistischen Gruppierungen zu (Božinović 1996: 86ff.; Ramet 1999: 92f.). Als der Zweite Weltkrieg die Region 1941 erreichte, sollten die Rollenerwartungen gerade in den sozialistischen Vereinigungen auf die Probe gestellt werden. Während Frauen in den anderen Kriegsparteien nach wie vor fast ausschließlich „versorgende“ Tätigkeiten zugeordnet wurden, wurden sie – entgegen einigem Widerstand – in der kommunistischen PartisanInnenbewegung unter Josip Broz „Tito“ auch in die direkten Kampfhandlungen einbezogen (Jancar-Webster 1999; Wiesinger 2008; Wiesinger 2009).

Frauen im sozialistischen Jugoslawien

Nachdem die PartisanInnenbewegung den Ausgang des Krieges für sich entscheiden konnte, wurden die Geschlechter, aufbauend auf marxistischem Gedankengut und auch in Anerkennung der Leistungen, die Frauen zuvor als Kämpferinnen und Unterstützerinnen der PartisanInnenarmee erbracht hatten, de jure in allen Lebensbereichen gleichgestellt. Mit der Verfassungsgebung der sozialistischen Föderativen Volksrepublik Jugoslawien 1946, die neben Serbien die Republiken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Slowenien sowie die beiden Autonomen Provinzen Woïwo-

dina und Kosovo umfasste, wurde die gesetzliche Gleichberechtigung der Geschlechter offiziell eingeführt (Božinović 1996: 265; Ramet 1999: 94f.).

Während der folgenden, über 40-jährigen Herrschaft des sozialistischen Regimes sollte die Emanzipation der Frau im Rahmen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erreicht werden. Somit wurde die Gleichstellung in einem streng definierten Rahmen politisch unterstützt und sollte als „Emanzipation von oben“ durchgesetzt werden. In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, wie dem Bildungs- und Berufswesen und der verfassten politischen Repräsentation, wurde in der Folgezeit eine vermehrte Einbindung von Frauen erzielt (Ramet 1999: 96–101). Einhergehend mit dem neuen, politisch forcierten Leitbild für Frauen, das sich an der „sozialistischen Vollzeitarbeiterin“ orientierte, stieg der Frauenanteil unter den Erwerbstätigen in Jugoslawien bis zum Jahr 1988 auf 39,3 % (Božinović 1996: 248).

Wie sich schon in den ersten Jahren der sozialistischen Staatsführung herausstellte und auch durch spätere Beobachtungen immer wieder bekräftigt wurde, waren die gesetzliche Gleichstellung und die Unterstützung der weiblichen Emanzipation in der politischen Rhetorik jedoch nicht ausreichend, um de facto eine Gleichstellung der Geschlechter zu erzielen. Sowohl im Bildungsbereich als auch im Erwerbssektor und in der verfassten politischen Repräsentation blieben bedeutsame genderspezifische Diskriminierungsfaktoren erhalten. Die auch weiterhin bestehende strukturelle Benachteiligung von Frauen wird unter anderem daran deutlich, dass der Erwerbssektor nach wie vor einer genderspezifischen horizontalen und vertikalen Aufteilung unterlag: Zum einen bestand eine inhaltliche Aufteilung der Arbeitsbereiche zwischen den Geschlechtern fort, nach der Frauen vor allem in sozialen und versorgungsbezogenen Berufen tätig waren, zum anderen waren Frauen deutlich häufiger als Männer auf den niedrigeren Hierarchieebenen vorzufinden. So konzentrierte sich die weibliche Erwerbstätigkeit im Vergleich zur männlichen auf geringer bezahlte Positionen mit niedrigerem Ansehen und weniger Verantwortung (Andjelkovic 1998: 236f.; Božinović 1996: 248f.; Dobos 1983: 47; Rueschemeyer 1998: 6; Ramet 1999: 96–101).

Im Gegensatz zu den anderen sozialistischen Ländern Osteuropas wurden in Jugoslawien im Rahmen des sogenannten Selbstverwaltungssozialismus bereits in den 1960er Jahren Versuche unternommen, die wirtschaftliche Entscheidungsmacht des Staates zu dezentralisieren und den einzelnen Betrieben bzw. ihren MitarbeiterInnen mehr Mitspracherechte zu gewähren. Im Gegenzug dafür sollten diese einen Teil des Risikos tragen (Sundhaussen 1982: 163f.). Je mehr marktwirtschaftliche Anreize dadurch geschaffen wurden, umso deutlicher sank der Anteil der Frauen an der Belegschaft, da diese, nicht zuletzt aufgrund ihrer Aufgaben in den Familien, als unprofitable Arbeitskräfte galten. Erst als der Staat sich dieses Problems annahm und beispielsweise die Bezüge in der Elternzeit aus staatlichen Mitteln finanzierte, stieg der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen wieder (Dobos 1983: 50ff.).

Die fortbestehende Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich die Gendervorstellungen in der Familie nur langsam wandelten. Auch wenn die „Vollzeitarbeiterin“ zum gesellschaftlichen Leitbild für Frauen erhoben wurde, unterlagen die Rolle der Frau in der Familie und die Aufteilung der vermeintlich privaten Haushalts- und Familienarbeit fast keiner Neuverteilung (Bijelić 2005: 296; Olujić 1990: 481; Rueschemeyer 1998: 4).

„The inefficacy of the socialist regime in challenging the ‘bastions of patriarchy’ enabled the patriarchal tradition to persist in a society as a coherent social order during [...] communism. The ideal socialist ‘superwoman’ embodied emancipation, education, and employment, but never at the expense of her family.“ (Bijelić 2005: 297)

Die unbezahlten Tätigkeiten im Haushalt und für das Wohlergehen der Familie wurden weiterhin primär von Frauen getragen. So wurde beispielsweise der Bereich der Kindererziehung – trotz anderweitiger gesetzlicher Möglichkeiten, die zum Beispiel einen Vaterschaftsurlaub ermöglicht hätten – nach wie vor fast ausschließlich Frauen zugerechnet (Massey/Hahn/Sekulić 1995: 359). Da die Infrastruktur zur Kinderbetreuung anders als in anderen sozialistischen Staaten Osteuropas nur langsam und zudem nicht flächendeckend ausgebaut wurde, bedeutete die Mutterschaft für viele Frauen einen zumindest mehrmonatigen, häufig jedoch auch längeren Berufsausstieg. Dieser wurde ferner staatlich gefördert, indem umfangreiche Regelungen des Mutterschutzes eingeführt wurden (Dobos 1983: 50ff.; Olujić 1990: 481). Auch die sozialen Rollen und die gesellschaftliche Anerkennung von Frauen richteten sich nach wie vor in besonderem Maße nach ihren Tätigkeiten in Haushalt und Familie.

Eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter wurde nicht zuletzt dadurch behindert, dass eine mögliche Unabhängigkeit der sogenannten „Frauenfrage“ vom sozialistischen Diskurs ebenso vehement negiert wurde wie das Recht, sich in politisch unabhängigen Frauenverbänden zu organisieren (Božinović 1996: 266–269; Ramet 1983). Wechselnde parteigebundene Frauenorganisationen, wie die *Antifaschistische Frauenfront* (Antifašistička front žena), die *Union der Frauengesellschaften Jugoslawiens* (Savez ženskih društava Jugoslavije) und die *Konferenz für die Sozialen Aktivitäten der Frauen* (Konferencija za društveno aktivnost žena) sollten das einzige frauenpolitische Sprachrohr sein. Dementsprechend wurde die Emanzipation der Frauen häufig als von oben verordnet wahrgenommen und blieb auch in den folgenden Jahren nur ungenügend in der Gesellschaft verankert (Benderly 1997: 185; Kreisky 1996). Dass der Versuch, eine vollständig in das sozialistische Gedankengut eingebundene „Emanzipation von oben“ zu verordnen, jedoch nicht selten an den gesellschaftlichen Realitäten vorbeiging, zeigte sich auch daran, dass Männer trotz anderweitiger politischer Agenda noch in den 1980er Jahren die Führungspositionen des „öffentlichen Lebens“ dominierten, während die tatsächliche soziale Position von Frauen noch immer stark durch ihre häuslichen Tätigkeiten bestimmt wurde. Aufgrund dieser Erkenntnis begannen jugoslawische Frauen seit 1978 erneut, sich entgegen anderweitiger Gesetzeslage aktiv in parteiunabhängigen Frauengruppen zu organisieren (Benderly 1997: 191ff.; Ramet 1983: 543). Obwohl diese in der Folgezeit zunehmend an Einfluss gewannen, sollten Frauen sich aufgrund der bereits genannten Faktoren jedoch noch zu Beginn der politischen Umbruchprozesse der späten 1980er und frühen 1990er Jahre in einer deutlich schwierigeren Ausgangslage befinden als Männer.

Die Krise der sozialistischen Staatsführung und die Wiederbesinnung auf „traditionelle“ Geschlechterrollen

In den 1980er Jahren erfasste Jugoslawien eine weitreichende soziale, ökonomische und politische Krise, in deren Verlauf die Frage nach einer Föderalisierung oder (Re-)Zentralisierung des Staates in den Mittelpunkt der politischen Debatten rückte. Vor allem von den ökonomisch stärkeren Republiken Slowenien und Kroatien wurde eine noch größere Öffnung für marktwirtschaftliche Prinzipien sowie eine Verminderung der staatlichen Umverteilung zwischen den Republiken gefordert. Als wirtschaftlich schwächere Region gehörte Serbien hingegen zu der Gruppe der Republiken, die sich für den Beibehalt des sozialistischen Staatssystems beziehungsweise sogar für eine erneute Zentralisierung der Entscheidungsgewalt aussprachen. Wachsende Rivalitäten zwischen den staatskonstituierenden Republiken bereiteten bald den Boden für wachsende Unabhängigkeitsbestrebungen. Damit einhergehend begannen ein Prozess der Abwendung vom Prinzip des multiethnischen Staates und eine erneute Betonung ethnisch definierter Nationalität. In diesem Zusammenhang erfuhr auch die religiöse Verortung als vermeintlicher Bestandteil nationaler Zugehörigkeit wieder eine deutliche Aufwertung (Sundhaussen 2007: 377ff.).

Als die öffentliche Zustimmung zur sozialistischen Ordnung abnahm, wurden auch viele Wertvorstellungen abgelehnt, die damit in Verbindung gebracht wurden. Dies betraf auch die Gleichstellung der Geschlechter. Stattdessen rückten andere Wertvorstellungen, wie der Zusammenhalt der Familie, wieder ins Zentrum. Eine damit einhergehende Veränderung der sozialen Rolle, die Frauen als vermeintlichem Mittelpunkt der Familie zugeschrieben wurde, kann nach Bracewell seit den 1980er Jahren festgestellt werden (Bracewell 1996: 26; vgl. Andjelkovic 1998: 241; Bijelic 2005: 287f.; Blagojević 1995: 33ff.). Die zuvor verbreitete kollektive Anforderung, dem sozialistischen Arbeiterinnenideal zu entsprechen, trat dabei immer weiter in den Hintergrund.

Das Gefühl, durch einen möglichen Zerfall Jugoslawiens bedroht zu sein, führte zu einem wachsenden Nationalismus, der sich auch auf die Konzeption der Geschlechterrollen auswirkte. Einhergehend mit sinkenden Geburtenraten ethnischer Serbinnen war der Anteil der SerbInnen an der jugoslawischen Bevölkerung seit Jahren zurückgegangen. Als nun im öffentlichen und politischen Diskurs die Befürchtung aufkam, dass SerbInnen zur Minderheit in Jugoslawien werden könnten, wurde zunehmend an serbische Frauen appelliert, mehr Kinder zu gebären (Bracewell 1996: 26f.; Sundhaussen 2007: 379ff.). Somit wurde ihnen immer stärker die Rolle der biologischen und kulturellen Reproduktionsgarantin zugeschrieben: Aus der „Hüterin des Hauses“ wurde nun die „Mutter der Nation“ (Andjelkovic 1998: 241). Gleichzeitig wurde der Zugang von Frauen zur Erwerbsarbeit durch eine Abwendung von der sozialistischen Ordnung erschwert. Seit Beginn der 1990er Jahre wurden vielfältige Maßnahmen gekürzt, die zuvor die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und familiären Verpflichtungen erleichtert hatten (Andjelkovic 1998: 239f.).

Der Zerfall Jugoslawiens, die Kriege und die Militarisierung der Geschlechterrollen in Serbien

Zum Ende der 1980er Jahre verloren die gemeinsamen politischen Entscheidungsgremien des jugoslawischen Staates aufgrund der sich zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen den Republiken immer stärker an Handlungsfähigkeit. Als mit dem Zerfall des Ostblocks auch der äußere Druck auf das Land wegfiel, wurden in allen Republiken erstmals wieder mehrparteiliche Wahlen zugelassen. Während es infolgedessen beispielsweise in Slowenien und Kroatien zu einem Regierungswechsel kam, konnten sich die VertreterInnen des ehemaligen Bundes der Kommunisten in Serbien, angeführt durch Slobodan Milošević, weiter an der Macht halten. Aufgrund der weiterhin bestehenden Uneinigkeiten zwischen den Republiken entbrannten ab 1991, angefangen in Slowenien, gewaltsame Sezessionskriege. Schon mit der Unabhängigkeit Sloweniens 1991 wurde deutlich, dass Jugoslawien in Zukunft nicht mehr als Gesamtstaat existieren würde. Würde Jugoslawien allerdings entlang der Republikgrenzen geteilt werden, würden nur 76 % aller zuvor in Jugoslawien gezählten SerbInnen im serbischen Staat leben; ohne die Serbien zugerechneten autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo wären es nicht einmal 60 % (Sundhaussen 2007: 379–385). Die aggressive Territorial- und Bevölkerungspolitik des serbischen Präsidenten Milošević orientierte sich nun daran, alle ethnischen SerbInnen in einem möglichst ethnisch homogenen „großserbischen Staat“ zu vereinen. Die Territorialansprüche Serbiens, die die Grenzen Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas deutlich überschritten und eine Unabhängigkeit des Kosovos lange Zeit unmöglich machten, begründeten Serbiens Rolle in den nun folgenden Kriegen in Kroatien (1991–1992), Bosnien-Herzegowina (1992–1995) und dem Kosovo (1999).

Die Einbindung in die Kriegshandlungen wurde von einer starken Militarisierung der Gesellschaft begleitet, die deutliche genderspezifische Züge aufwies. Während Männern nun vor allem die Rolle der „heldenhaften Vaterlandsverteidiger“ zugedacht wurde, die bereit waren, ihr Leben für die serbische Nation zu opfern, wurde Frauen primär die Rolle der „aufopferungsvollen Mütter der Nation“ zugeschrieben. Ihre vermeintliche Pflicht wurde vor allem darin gesehen, dass sie als nationale Reproduktionsgarantinnen den biologischen und kulturellen Fortbestand der serbischen Bevölkerung sicherten. So sollten sie möglichst viele Kinder und vor allem zukünftige Soldaten gebären und „im Sinne der Nation“ erziehen (Andjelkovic 1998: 241; Bijelić 2005: 287). VertreterInnen der Politik, der Wissenschaft und der serbisch-orthodoxen Kirche nutzten ihre Möglichkeiten, um familienpolitische Bestimmungen in diesem Sinne zu beeinflussen. Ferner begannen sie auch, direkt an Frauen zu appellieren, dieser neuen Rolle gerecht zu werden.

Die kirchliche Unterstützung der nationalistisch und militaristisch geprägten Mutterrolle wurde unter anderem im Jahr 1993 deutlich, als die serbisch-orthodoxe Kirche begann, Orden an Mütter mit mehr als vier Kindern zu verteilen. Diese Auszeichnungen waren symbolisch nach der historischen Figur der „Mutter der Jugovići“ benannt, die all ihre Söhne im Krieg verlor, aber statt zu trauern mit großem Stolz erfüllt war, dass diese sich für die Nation geopfert hatten (Bracewell 1996: 30). Zwei Jahre später wandte sich der Patriarch Pavle als Vorstand der serbisch-orthodoxen Kirche in seiner Weihnachtsrede speziell an die serbischen Frauen, um in drastischer Weise gegen die sinkende Geburtenrate, die er als „weiße Plage“ bezeichnete, zu appellieren. Wenn Frauen sich

gegen das Gebären entscheiden würden, sei dies ihm zufolge „Kindesmord“ und in vielfacher Hinsicht eine Sünde: gegen sich selbst, gegen die ungeborenen Kinder, gegen die serbische Nation und gegen Gott (Papić 1999: 160f.).

Die Reduzierung der Frauen auf die Mutterrolle und die Politisierung der reproduktiven Fähigkeiten und Tätigkeiten gingen Hand in Hand mit einer erneuten Verdrängung von Frauen aus dem „öffentlichen Leben“ (Bracewell 1996; Papić 1999). Da der „private Raum“ wieder umso stärker als zentraler Bestimmungsort von Frauen galt, sprechen verschiedene Autorinnen von einer „Retraditionalisierung“ der Geschlechterrollen (Bijelić 2005: 286f.; Pešić 2004).

„The rhetoric of nationalist populism, fostered by the ruling Socialists [...] constantly promoted nationalism as an ideology of everyday life which soon turned out to involve [...] the retraditionalization of gender roles. In addition to the nationalist ideology, militarism also promoted an image of women serving a political purpose as reproductive vehicles.“ (Bijelić 2005: 286f.)

Obwohl dies als Rückschlag für die weibliche Emanzipation gedeutet werden kann, ist es doch wichtig festzuhalten, dass nicht wenige Frauen die von Militarismus geprägte Rolle der „Mutter der Nation“ befürworteten und sich teilweise dadurch sogar gestärkt fühlten. Dass Frauen diese Neudefinition weiblicher sozialer Rollen auch aktiv förderten, zeigt sich an der Gründung der Frauenvereinigung „Nur eine Serbin kann einen Serben retten“ (Samo Srpkinja Srbina spasava), deren Aktivistinnen die nationalistische Geburtenpolitik voll unterstützten (Bracewell 1996: 28f.). Während eine weitere, vergleichsweise große Anzahl an Frauen die neue Rolle, die ihnen im serbisch-nationalistischen Diskurs zugeordnet wurde, zumindest zu akzeptieren schien, wurden jene, die sich dieser widersetzen, öffentlich als „Verräterinnen“ diffamiert. Gerade Feministinnen und überzeugte Sozialistinnen wurden nun beschuldigt, für die „Notlage der serbischen Nation“ – sprich für die geringe Geburtenrate – verantwortlich zu sein (Bijelić 2005: 294; Bracewell 1996: 27; Djurić Kuzmanović 2002: 42f.).

Frauen im Widerstand gegen die Kriege und das nationalistische Regime

Trotz aller Widerstände wurden Frauen mit die schärfsten Gegnerinnen des nationalistischen Regimes unter Milošević. Zum einen formierte sich schon in den frühen 1990er Jahren aktiver Widerstand aus den Reihen der feministischen Frauenrechtlerinnen, zum anderen übernahmen Frauen führende Funktionen in der serbischen Friedensbewegung, wobei im Bereich des Frauen- und Friedensaktivismus enge personelle und organisatorische Überschneidungen vorherrschten (Benderly 1997: 197f.; Bijelić 2005: 288ff.; Djurić Kuzmanović 2002: 43). Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Belgrader feministischen Frauenfriedensorganisation „Frauen in Schwarz“ (Žene u crnom) (Zajović 1995: 49ff.; Benderly 1997: 202ff.). Die Aktivistinnen dieser Gruppe organisierten in den 1990er Jahren unter anderem regelmäßige Mahnwachen schweigender, schwarz gekleideter Frauen. So wollten sie als Frauen, die nun vor allem aufgrund ihrer Körperlichkeit wahrgenommen wurden, aber gesellschaftlich über keine Stimme verfügten, zum Ausdruck bringen, dass sie die Kriege in Jugoslawien verurteilten.

Der Sturz des Milošević-Regimes

Einhergehend mit einer sich zuspitzenden wirtschaftlichen Krise, die eine um sich greifende Massenarmut und -arbeitslosigkeit mit sich brachte, und der erneuten Einbindung in kriegerrische Auseinandersetzungen Ende der 1990er Jahre wuchs im inzwischen nur noch aus Serbien (mit der Wojwodina und dem Kosovo) und Montenegro bestehenden „Restjugoslawien“ der Widerstand gegen das Milošević-Regime. In der jugoslawischen Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 wurde dieser schließlich formell gestürzt und wenige Tage später nach einem Sturm der Massen auf das Parlament auch praktisch entmachteter. Mit dem national-konservativen Koštunica übernahm ein Vertreter der Demokratischen Opposition Serbiens das Präsidentenamt. Dieser Zusammenschluss von 18 Parteien konnte auch in den folgenden serbischen Parlamentswahlen die Mehrheit für sich gewinnen, sodass der pro-europäische Politiker Djindjić das Amt des serbischen Ministerpräsidenten übernehmen konnte (Sundhaussen 2007: 451ff.). Dieser politische Umbruch im Jahr 2000 stellt den eigentlichen Beginn der Demokratisierungsprozesse in Serbien dar.

Der Einfluss der Demokratisierung und wirtschaftlichen Transformation auf die Aushandlung der Geschlechterrollen

Auch wenn der Sturz des Milošević-Regimes als ein Wendepunkt der serbischen Geschichte bezeichnet werden kann, ist dieser jedoch nicht mit dem sofortigen Ende des ethnischen Nationalismus in der Region gleichzusetzen (Pavlaković 2005: 14). Vielmehr setzte nun ein Prozess ein, in dem sowohl nationalistische Diskurse als auch pro-westlichere, demokratischere und tolerantere Ideen bis heute nebeneinander existieren und miteinander konkurrieren. Eine friedliche, demokratische, pro-westliche Ausrichtung Serbiens gewinnt jedoch auch weiterhin an Unterstützung. Dies wurde durch die gewaltfreie Ablösung Montenegros 2006 und die Unabhängigkeit des Kosovos 2008 sowie durch die Ergebnisse der Wahlen 2007 und 2008, die die westlicher ausgerichteten Parteien erneut für sich entscheiden konnten, bestätigt.

Ebenso wie das Fortbestehen eines gewissen Nationalismus muss jedoch auch die nur langsam voranschreitende Aufarbeitung von Kriegsverbrechen nach wie vor als problematisch bezeichnet werden, weshalb die Zusammenarbeit Serbiens mit internationalen Organisationen noch immer belastet ist. Zudem stellte sich die Verankerung marktwirtschaftlicher Prinzipien als langsamer Prozess heraus, wodurch auch eine Integration in den europäischen Markt weiterhin nicht unproblematisch ist. Dennoch kann inzwischen in vielfacher Hinsicht von einer sichtbaren Annäherung Serbiens an die EU gesprochen werden, die nicht zuletzt durch Serbiens Antrag auf Mitgliedschaft im Dezember 2009 noch einmal verdeutlicht wurde.

Mit dem Beginn der politischen Transformation im Jahr 2000 wurde ein Prozess der Entnationalisierung und Entmilitarisierung der Geschlechterrollen in Gang gesetzt. Seitdem ist eine erneut deutlich wachsende Einbindung von Frauen in gesellschaftliche Bezüge festzustellen, die über das familiäre Leben hinausgeht. Die Ausgestaltung der Geschlechterrollen in Serbien wird nach wie vor durch den diskursiven Umgang mit

der Frage bestimmt, ob an patriarchalischen Gesellschaftswerten festgehalten werden soll oder nicht. Auf der Einstellungsebene werden diesbezüglich relevante Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Milieus deutlich: Während jüngere, städtische und gebildete Menschen die Emanzipation von Frauen stärker befürworten, halten ältere, weniger gebildete Menschen und BewohnerInnen des ländlichen Raums stärker an den „traditionellen“ Rollenverteilungen fest (Organizacija za europsku bezbednost i saradnju 2003: 56ff.; Babović 2008: 82).

Über die Einstellungsebene hinaus spielt vor allem der zunehmende Einfluss marktwirtschaftlicher Prinzipien auf die serbische Gesellschaftsordnung eine bedeutsame Rolle bei der Aushandlung der Geschlechterrollen. Ein Teil der Bevölkerung inklusive der Frauen verfolgt inzwischen einen als individualisiert und erfolgsorientiert zu beschreibenden Lebensweg. Nachdem gerade Frauen ihre individuellen Bedürfnisse jahrzehntelang für das vermeintliche kollektive Wohl zurückstellen sollten, tritt nun – nicht ohne auf gesellschaftlichen Widerstand zu treffen – eine Generation von Frauen in den Vordergrund, die dezidiert gesellschaftlichen Einfluss, Bildungserfolg und eine berufliche Karriere anstrebt. Die Bildungsmöglichkeiten von Frauen und Männern haben sich inzwischen rein numerisch betrachtet beinahe angeglichen, Unterschiede bestehen jedoch nach wie vor bei der inhaltlichen Ausrichtung der Ausbildungen (Statistical Office of the Republic of Serbia 2008: 103–109). Sichtbar wird eine noch immer bestehende strukturelle Benachteiligung sowohl im höheren Erwerbssektor als auch in der verfassten Politik. So sind DirektorInnen- und MinisterInnenposten beispielsweise nach wie vor deutlich häufiger männlich besetzt (Statistical Office of the Republic of Serbia 2008: 139f.; Bajić 2005: 13). Noch immer besteht eine genderspezifische, hierarchische und inhaltliche Aufteilung des Arbeitsmarktes ebenso fort wie geschlechtsbezogene Lohnunterschiede („Gender Pay Gap“) (Statistical Office of the Republic of Serbia 2008: 130, 135; Bajić 2005: 12, 16). Zudem übernehmen auch erwerbstätige Frauen nach wie vor den Großteil der Haushalts- und Familienarbeit (Bajić 2005: 11).

Betrachtet man die vorliegenden marktwirtschaftlichen Zwänge, die aufgrund einer wenig verankerten institutionalisierten Kinderbetreuung gegebenen Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die generell geringeren Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten von Frauen, ist es nicht verwunderlich, dass sich ein anderer Teil der Bevölkerung, teils auch aus pragmatischen Gründen, wieder dem „traditionellen“ Modell zugewandt hat, nach dem der Mann die Rolle des „erwerbstätigen Familiernährers“ übernimmt und die Frau vor allem die weniger prestigeträchtigen, unbezahlten häuslichen und familiären Pflichten erfüllt. So sind Frauen auch heute noch deutlich seltener erwerbstätig als Männer. Während 49,3 % der Männer im Jahr 2006 erwerbstätig waren, waren es nur 32,0 % der Frauen (Statistical Office of the Republic of Serbia 2008: 125; vgl. Bajić 2005: 11). Als Grund für ihre Erwerbslosigkeit geben Frauen dementsprechend 17-mal häufiger als Männer familiäre Verpflichtungen an (Statistical Office of the Republic of Serbia 2008: 131). Im Gegensatz zu anderen Ländern ist der Anteil der Teilzeitstellen in Serbien zudem verschwindend gering. Nur 0,9 % der Frauen gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach (Statistical Office of the Republic of Serbia 2008: 125).

Fazit

Abschließend kann festgehalten werden, dass eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter auch nach über 60 Jahren rechtlicher Gleichstellung nicht erreicht wurde. Die soziale Rolle von Frauen blieb im betrachteten Zeitraum – wie aufgezeigt wurde – trotz der umfangreichen sozialen und politischen Veränderungen stark durch ihre Tätigkeiten in Haushalt und Familie definiert, während eine Einbindung von Männern in diese Bereiche kaum gefördert wurde. Entgegen verschiedener Rückschläge, von denen die Militarisierung der Geschlechterrollen in den 1990er Jahren als der drastischste bezeichnet werden kann, gelang es Frauen jedoch, sich zunehmend in den Bereichen Bildung, Erwerbstätigkeit und Politik zu etablieren. Dennoch sind bis heute in all diesen Bereichen genderspezifische strukturelle Differenzen festzustellen (Bajić 2005). Zum Bildungserwerb von Frauen kann festgehalten werden, dass im Verlauf der Jahre ein relativ kontinuierlicher Anstieg stattfand. Betrachtet man die Gesamtbevölkerung, sind zwar noch Geschlechterdifferenzen zuungunsten von Frauen vorzufinden, bei jüngeren Kohorten zeigt sich jedoch, dass Frauen auch beim Erwerb der höheren Bildungsabschlüsse aufholen. Im Bereich der Erwerbstätigkeit zeichnet sich ein gegenteiliger Trend ab: Obwohl der Frauenanteil unter den Berufstätigen in Serbien auch aufgrund des sozialistischen Erbes nach wie vor hoch ist, wurde deutlich, dass die durch eine Hinwendung zur freien Marktwirtschaft in Gang gesetzten Wandlungsprozesse die weibliche Berufstätigkeit eher behindern als fördern. Die verfasste politische Repräsentation unterlag einer grundlegenden Umwandlung. Nachdem Frauen mit der Einführung des Mehrparteiensystems sehr deutlich aus politisch-repräsentativen Ämtern verdrängt worden waren, steigt ihre Repräsentation insbesondere seit dem Regimewechsel im Jahr 2000 wieder an. Dennoch ist ihre Einbindung in Entscheidungspositionen der verfassten Politik nach wie vor als gering einzustufen. Fasst man die betrachteten Aspekte zusammen, kann festgehalten werden, dass Männer nach wie vor den Bereich des „öffentlichen Lebens“ und insbesondere die dort angesiedelten Führungspositionen dominieren.

Literaturverzeichnis

- Andjelkovic, Branka. (1998). Reflections on Nationalism and its Impacts on Women in Serbia. In Marilyn Rueschemeyer (Hrsg.), *Women in the Politics of Postcommunist Eastern Europe* (S. 235–248). (2. Aufl.). London: M. E. Sharpe
- Babović, Marija. (2008). *The Position of Women on the Labour Market in Serbia*. Belgrad: United Nations Development Programme. Zugriff am 12. Dezember 2009 unter www.undp.org.rs/?event=public.publicationsDetails&&revid=07687A0D-3FF2-8C75-2131FD94DB6CD5FA
- Bajić, Vesna. (2005). The Social and Economic Position of Women in Serbia. *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs*, 2, 7–22
- Benderly, Jill. (1997). Feminist Movements in Yugoslavia 1978–1992. In Melissa K. Bokovoy, Jill A. Irvine & Carol S. Lilly (Hrsg.), *State-Society relations in Yugoslavia 1945–1992* (S. 183–210). Scranton: Haddon Craftsmen
- Bijelić, Biljana. (2005). Nationalism, Motherhood, and the Reordering of Women's Power. In Sabrina P. Ramet und Vjeran Pavlaković (Hrsg.), *Serbia since 1989* (S. 286–305). Seattle: University of Washington Press

- Blagojević, Marina. (1995). Women and War: The Paradox of Self-Sacrifice or the Anatomy of Passivity. In Marina Blagojević, Daša Duhaček & Jasmina Lukić (Hrsg.), *East European Feminist Conference – What Can We Do For Ourselves?* (S. 32–42). Belgrad: Center for Women's Studies
- Božinović, Neda. (1996). *Žensko pitanje u Srbiji u XIX i XX veku*. [Die Frauenfrage in Serbien im 19. und 20. Jahrhundert]. Belgrad: Pinkpress
- Bracewell, Wendy. (1996). Women, Motherhood, and Contemporary Serbian Nationalism. *Women's Studies International Forum*, 19 (1–2), 25–33
- Calic, Marie-Janine. (1994). *Sozialgeschichte Serbiens 1815–1941. Der unaufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag
- Cvetković, Slavoljub. (1998). Borba za ravnopravnost i jednakost žena kao deo klasnog i modernizacijskog procesa u Srbiji. [Der Kampf um die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen als Teil des Klassenbildungs- und Modernisierungsprozesses in Serbien.] In Latinka Perović (Hrsg.), *Srbija u modernizacijskim procesima 19. i 20 veka. 2. Položaj žene kao merilo modernizacije* [Serbien in den Modernisierungsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Stellung der Frau als Kriterium der Modernisierung] (S. 309–316). Belgrad: Naučni skup
- Djurić Kuzmanović, Tatjana. (2002). *Gender and Development in Serbia. From directed non-development to transition*. Novi Sad: Budućnost
- Dobos, Manuela. (1983). The Women's Movement in Yugoslavia: The Case of the Conference for the Social Activity of Women in Croatia. 1965–1974. *Frontiers*, 7 (2), 47–55
- Draškić, Marija & Popović-Obradović, Olga. (1998). Pravni položaj žene prema srpskom građanskom zakoniku (1844–1946). [Die rechtliche Stellung der Frau gemäß des Serbischen Bürgerlichen Gesetzbuchs (1844–1946)]. In Latinka Perović (Hrsg.), *Srbija u modernizacijskim procesima 19. i 20 veka. 2. Položaj žene kao merilo modernizacije* [Serbien in den Modernisierungsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Stellung der Frau als Kriterium der Modernisierung] (S. 11–25). Belgrad: Naučni skup
- Emmert, Thomas A. (1999). Ženski Pokret. The Feminist Movement in Serbia in the 1920s. In Sabrina Ramet (Hrsg.), *Gender Politics in the Western Balkans* (S. 33–50). University Park: Pennsylvania State University Press
- Jancar-Webster, Barbara. (1999). Women in the Yugoslav National Liberation Movement. In Sabrina Ramet (Hrsg.), *Gender Politics in the Western Balkans* (S. 67–88). University Park: Pennsylvania State University Press
- Kreisky, Eva. (1996). Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie. Der politische Systemwechsel in Osteuropa aus der Gender-Perspektive. In Eva Kreisky, *Vom patriarchalen Staatssozialismus zur patriarchalen Demokratie* (S. 7–22). Wien: Verlag für Gesellschaftskritik
- Magaš, Branka. (1999). Afterword. In Sabrina Ramet (Hrsg.), *Gender Politics in the Western Balkans* (S. 275–290). University Park: Pennsylvania State University Press
- Massey, Garth; Hahn, Karen & Sekulić, Duško. (1995). Women, Men, and the “Second Shift” in Socialist Yugoslavia. *Gender & Society*, 9 (3), 359–379
- Nikolova, Maja. (1998). Školovanje ženske mladeži u Srbiji do 1914. [Mädchenbildung in Serbien bis 1914]. In Latinka Perović (Hrsg.), *Srbija u modernizacijskim procesima 19. i 20 veka. 2. Položaj žene kao merilo modernizacije* [Serbien in den Modernisierungsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Stellung der Frau als Kriterium der Modernisierung] (S. 73–82). Belgrad: Naučni skup
- Olujić, Maria B. (1990). Economic and Demographic Change in Contemporary Yugoslavia: Persistence of Traditional Gender Ideology. *East European Quarterly*, 23 (4), 477–485
- Organizacija za evropsku bezbednost i saradnju, Misija u Srbiju i Crnoj Gori. [Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Mission in Serbien und Montenegro]. (2003).

- Jednake mogućnost*. [Chancengleichheit]. Belgrad: Organizacija za evropsku bezbednost i saradnju
- Papić, Žarana. (1999). Women in Serbia: Post-Communism, War and Nationalist Mutations. In Sabrina Ramet (Hrsg.), *Gender Politics in the Western Balkans* (S. 153–170). University Park: Pennsylvania State University Press
- Pavlaković, Vjeran. (2005). Serbia Transformed? Political Dynamics in the Milošević Era and After. In Sabrina P. Ramet und Vjeran Pavlaković (Hrsg.), *Serbia since 1989* (S. 13–54). Seattle: University of Washington Press
- Perišić, Miroslav. (1998). Žena u društvenom životu grada u Srbiji krajem 19. veka. [Die Frau im urbanen gesellschaftlichen Leben Ende des 19. Jahrhunderts]. In Latinka Perović (Hrsg.), *Srbija u modernizacijskim procesima 19. i 20 veka. 2. Položaj žene kao merilo modernizacije* [Serbien in den Modernisierungsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Stellung der Frau als Kriterium der Modernisierung] (S. 211–217). Belgrad: Naučni skup
- Pešić, Jelena. (2004). *Re-traditionalization of Serbian society in the late eighties and the early nineties*. Unveröff. Bachelorarbeit. Belgrad
- Ramet, Pedro. (1983). Gleichberechtigung der Geschlechter, Parteipolitik und Feminismus in Jugoslawien. *Osteuropa*, 33, 539–546
- Ramet, Sabrina. (1999). In Tito's Time. In Sabrina Ramet (Hrsg.), *Gender Politics in the Western Balkans* (S. 89–106). University Park: Pennsylvania State University Press
- Rueschemeyer, Marilyn. (1998). Introduction. In Marilyn Rueschemeyer (Hrsg.), *Women in the Politics of Postcommunist Eastern Europe* (S. 3–7). (2. Aufl.). London: M. E. Sharpe
- Statistical Office of the Republic of Serbia. (2008). *Women and Men in Serbia 2008*. Zugriff am 5. Februar 2010 unter <http://webzr.statserb.sr.gov.yu/axd/en/dokumenti/razno/MuZe08e.pdf>
- Sundhaussen, Holm. (1982). *Geschichte Jugoslawiens 1918–1980*. Stuttgart: Kohlhammer
- Sundhaussen, Holm. (2007). *Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert*. Wien: Böhlau
- Wiesinger, Barbara N. (2008). *Partisaninnen. Widerstand in Jugoslawien (1941–1945)*. Wien: Böhlau
- Wiesinger, Barbara N. (2009). Partisaninnen. Bewaffneter Widerstand von Frauen in Jugoslawien (1941–1945). In Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hrsg.), *Jahrbuch 2009* (S. 235–250). Wien: Lit-Verlag
- Zajović, Staša. (1995). I am Disloyal. In Marina Blagojević, Daša Duhaček & Jasmina Lukić (Hrsg.), *East European Feminist Conference – What Can We Do For Ourselves?* (S. 49–51). Belgrad: Center for Women's Studies

Zur Person

Stefanie Friedrich, Master of Philosophy, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung, Transformations- und Demokratisierungsforschung, Konflikt- und Friedensforschung, Partizipationsforschung
 Kontakt: Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft, Scharnhorststr. 100, 48151 Münster
 E-Mail: stefanie.friedrich@uni-muenster.de

Ungleiche Schwestern? Abgeordnete aus Ost und West im Bundestag

Zusammenfassung

Mit der Wiedervereinigung trafen neben ökonomischen, kulturellen und politischen Differenzen der Deutschen in Ost und West auch unterschiedliche Geschlechterbilder aufeinander. Frauen in der DDR, so wollte es die offizielle sozialistische Doktrin, waren gleichberechtigt. Entlang dieser Doktrin richtete sich der Alltag aus. In der Bundesrepublik hatte sich ein traditionelles Verständnis der Geschlechterverhältnisse durchgesetzt. Daneben gab es Frauen, die in der Frauenbewegung gegen Marginalisierung und Ungleichheit kämpften. Diese unterschiedliche Sozialisation prägt bis heute Rollenverhalten und Handlungsstrategien von Frauen im Parlament. Folge der unterschiedlichen Geschlechter-(selbst-)bilder ist, dass Frauen aus dem Osten stärker vom Ausschluss aus parlamentarischen Strukturen betroffen sind als ihre westlichen Schwestern.

Schlüsselwörter

Transformation, Geschlecht, Deutscher Bundestag, Abgeordnete, Sozialisation, Rollenverhalten

Summary

Unequal Sisters? Representatives from East and Western Germany

With German reunification not only did economic, cultural and political differences clash, but also differences concerning (the representation of) gender issues. Women living in the German Democratic Republic were considered equal; at least this was the goal the socialist doctrine strived for. Women's role in everyday life had been shaped by this perception. In the Federal Republic of Germany a traditional understanding of gender roles was predominant. Simultaneously some women were active in the feminist movement fighting against inequality and marginalisation. These different socialisations continue to influence the behaviour and strategies of women in parliament up to the current day. Due to the different (self-)images of gender women from Eastern Germany are more often excluded from the main parliamentary structures than their western sisters.

Keywords

Transformation, gender, German Parliament, representatives, political socialisation, role behaviour

1 Das Selbstverständnis von weiblichen Abgeordneten aus Ost- und Westdeutschland

1.1 Zwischen Ideologie, Feminismus und Traditionalismus

Ob Frauen in den Deutschen Bundestag integriert sind oder ob sie immer noch, vor allem informellen, Exklusionsmechanismen ausgesetzt sind, wird in der Literatur nicht eindeutig beantwortet. Literatur zu unterschiedlicher Macht- oder Karriereorientierung und zu (Des-)Integration in parlamentarische Strukturen von Abgeordneten aus Ost und West fehlt weitgehend. Ein einziger Artikel in der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* thematisiert die Integration von ostdeutschen Abgeordneten in den Bundestag (Patzelt

2000).¹ Spezifika politischer Sozialisation von Frauen in unterschiedlichen Systemen sind ebenfalls kaum untersucht (Geißel 1995: 20). Welche Auswirkungen hat die Sozialisation in BRD und DDR auf die Integration von Frauen in Strukturen und Gremien des Bundestags angesichts eines normativen Anspruchs auf eine ausreichende Repräsentation von spezifischen Fraueninteressen und -bedürfnissen?

Es ist zu vermuten, dass die unterschiedlichen Sozialisationen bis heute nachwirken und unterschiedliche Rollenbilder und Handlungsstrategien bewirken. In der Tat gibt es Hinweise, dass die Herkunft aus neuen oder alten Bundesländern noch immer eine Rolle spielt. Bei qualitativen Tiefeninterviews, die die Autorin 2007 mit 28 Abgeordneten des Bundestags im Rahmen ihrer Dissertation führte (Knaut 2010), waren Unterschiede in Sprech- und Denkweisen so offensichtlich, dass eine Recodierung für den vorliegenden Beitrag lohnenswert erschien. Für die in diesem Aufsatz vorgestellten Ergebnisse wurden die vorhandenen Daten erneut im Sinne der ‚grounded theory‘ (Strauss 1998) axial und selektiv codiert.² Für diese explorativ angelegte Studie wurde auf das Datenmaterial aus den elf Interviews mit weiblichen Abgeordneten zurückgegriffen. Die Interviewpartnerinnen verteilen sich wie folgt auf die Fraktionen: drei Abgeordnete der SPD (alle West), eine der CDU (West), zwei der FDP (eine Ost und eine West), zwei der Grünen (beide West) und drei der Fraktion Die Linke (alle Ost). Ziel der hier vorliegenden Untersuchung ist es, erste Erkenntnisse über das Rollenverständnis und die Handlungsstrategien von weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag aus Ost und West zu gewinnen.

Dass selbst bei jüngeren Frauen, die die Teilung nicht mehr erlebt haben, die ‚DDR-Wurzeln‘ über ihre Mütter noch eine Rolle spielen, bestätigt die Studie ‚Frauen auf dem Sprung‘ (Allmendinger 2009). Sie kommt zu dem Schluss, dass es zwar viele Gemeinsamkeiten zwischen jungen ost- und westdeutschen Frauen gibt, aber dass dennoch „zwischen ihnen auch heute noch Welten“ (Allmendinger 2009: 76) liegen. So bewerten ostdeutsche Frauen die Berufstätigkeit höher als westdeutsche und sehen es zum Beispiel als normal an, nach der Geburt eines Kindes rasch an den Arbeitsplatz zurückzukehren und ihr Kind in eine Betreuungseinrichtung zu geben. Es lässt sich festhalten: „Tradition und kulturelle Normierungen haben zwanzig Jahre überlebt.“ (Allmendinger 2009: 78) Diese in den unterschiedlichen Familien- und Gleichstellungspolitiken der beiden deutschen Staaten wurzelnden Einstellungen haben auch heute noch Auswirkungen auf politische Karrieren.

Wer eine politische Karriere anstrebt, muss bereit sein, Politik zum Vollzeitberuf zu machen, und sich auf die tradierten Strukturen im Bundestag einlassen.³ Glaubt man

1 Auch die Durchsicht der wichtigsten bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften www.vsjournals.de/index.php;do=viewmag/sid=dc078aba162aa34a88b3137d6d595dfd/site=lev/Ing=de/area=soz/id=1/alloc=175 verzeichnet nur vier Aufsätze zur Lebenssituation von Frauen in Ost und West. Eine Ausnahme ist der Band „Irritation Ostdeutschland“ (Schäfer et al. 2005). Auch eine aktuelle Studie zu jungen Frauen in Deutschland von Allmendinger (2009) beinhaltet ein Kapitel zu Frauen in Ost und West.

2 Dabei wurden Bezüge zwischen einzelnen Codes hergestellt, Daten ausgewählt und miteinander verknüpft und zu folgenden neuen Codes zusammengefasst: Selbstdarstellung, Differenzwahrnehmung Frauen-Männer, Selbstwahrnehmung, Netzwerke, politische Karriere und Politikvermittlung. Die Analyse erfolgte entlang der Achse Ostfrau-Westfrau. Für eine ausführliche Darlegung der Codierung siehe Knaut (2010).

3 Damit soll nicht gesagt werden, dass für DDR-Frauen aufgrund besserer Betreuungsmöglichkeiten für Kinder Politik als Beruf besser ‚passt‘ oder dass tradierte Strukturen nicht zu ändern sind. Im Gegenteil: Solche ‚männlichen‘ Strukturen, die mit einer ‚gläsernen Decke‘ versehen sind, können

der vorliegenden Studie (Allmendinger 2009), wird ein Unterschied zwischen Ost- und Westfrauen im Bundestag noch länger zu spüren sein.

Da die unterschiedlichen Gleichstellungspolitiken in der Selbstbeschreibung der Abgeordneten heute noch durchscheinen, sollen sie kurz ins Gedächtnis gerufen werden: Das Grundgesetz garantiert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Allerdings wurde erst 1977 Frauen und Männern die freie Entscheidung über die Aufgabenverteilung in der Ehe zugestanden (Schrutka-Rechtsamm 1992: 17). Ab 1986 konnten nicht nur Mütter, sondern auch Väter Erziehungsgeld und -urlaub in Anspruch nehmen (Schrutka-Rechtsamm 1992: 17). Solche Errungenschaften auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft sind in der BRD vor allem der Frauenbewegung zuzurechnen.

Ziel der DDR-Politik war die ökonomische und soziale Gleichstellung von Männern und Frauen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft. Das Erziehungssystem war darauf ausgerichtet: So waren in Schulen und Parteien Werke zur Frau im Sozialismus von August Bebel oder Clara Zetkin Pflichtlektüre. Die Frauenbewegung war mit dem 1946 gegründeten Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) staatlich organisiert (Helwerth/Schwarz 1995: 43). Im Arbeitsrecht wurde die Gleichberechtigung in den Betrieben in den 1950er Jahren verankert. Das Verhältnis der Ehepartner wurde 1966 im Familiengesetzbuch neu geregelt: Sie wurden verpflichtet, „ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten, dass beide das Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum eigenen und zum gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können“ (Schrutka-Rechtsamm 1992: 17). Allerdings lastete auch in der DDR die Familien- und Hausarbeit auf den Schultern der Frauen (Schrutka-Rechtsamm 1992: 19). Letztlich blieb die traditionelle Rollenverteilung bestehen. „Es waren indes vorwiegend materielle Zwänge und nicht Theorien zur Gleichberechtigung, die die Frauen in die Doppelarbeit in Beruf und Familie trieben.“ (Schrutka-Rechtsamm 1992: 18) Gleichstellung gehörte zum System und konnte weder hinterfragt noch in Richtung einer individuellen Gestaltung von Arbeits- und Lebenswelt entwickelt werden. So war die ostdeutsche Frauenidentität stark vom Systemgedanken und einem sozialistischen Frauenbild geprägt. Andere Vorstellungen von Gleichberechtigung, wie sie beispielsweise im liberalen oder essenzialistischen Feminismus (Holland-Cunz 1999; Kreisky 2004) gepflegt wurden, waren nicht zugelassen – von Gedanken der Selbstverwirklichung der individuellen Persönlichkeit, wie sie in der westdeutschen Frauenbewegung vorherrschend waren, ganz zu schweigen.

Nicht nur Gleichstellungspolitiken beeinflussen Karriereorientierungen und Verhaltensmuster im Beruf ‚Politik‘, sondern essenzielle Brüche im Leben, bedingt durch historische Ereignisse. So ein Ereignis ist der Zusammenbruch des sozialistischen Systems, den Ost- und Westdeutsche vollkommen unterschiedlich erlebt haben. Westdeutsche musste die neue Situation nicht zwingend berühren. Ostdeutsche dagegen waren nach der Wende gezwungen, ihre Werte, Erfahrungen, Normen und alltäglichen Handlungsstrukturen zu überprüfen – gleich MigrantInnen, die in eine fremde Kultur, in ein ihnen fremdes System kommen, hat sich für sie „quasi über Nacht die komplette Lebenswelt verändert: Institutionen, Regeln, Konventionen, Verhaltensmuster, Konsumgüter, Lebensstile.“ (Bittner 2009: 9)

nur über eine feministische Grundeinstellung durchbrochen werden und nicht, indem Frauen zwar beruflich und ökonomisch gleichgestellt werden, sonst aber das tradierte Modell ‚Die Mutter ist für Erziehung und Kinder da‘ leben und zudem der Überzeugung sind, dass zwischen den Geschlechtern ein partnerschaftliches Verhältnis herrscht.

1.2 Karrierewege von Frauen in den Bundestag

Im Prinzip gibt es drei Wege in den Bundestag: Die ‚Ochsentour‘ als häufigster Weg ist gekennzeichnet durch eine allmähliche Übernahme politischer Ämter auf kommunaler und Landesebene bis zu einem Mandat im Bundestag (Weege 2003). Dies ist auch für viele Frauen der gängige Karriereweg. Zunehmend schlagen Abgeordnete einen zweiten Weg ein: Dieser führt vom Studium politiknaher Fächer über Teilzeitjobs in Abgeordnetenbüros und erster Berufstätigkeit in Fraktionen, Parteien oder Ministerien zur Übernahme eines Bundestagsmandats. Diese Abgeordneten hatten nie einen Beruf außerhalb der Politik. In der Regel sind dies männliche Karrieren (Knaut 2010). Der dritte und außergewöhnlichste Weg sind Cross-over-Karrieren (Weege 2003). Hier handelt es sich um Abgeordnete, die aufgrund von Reputation und entsprechenden Spitzenpositionen mit entsprechend langer Berufserfahrung ein Mandat übernehmen. Solche SeiteneinsteigerInnen sind die große Ausnahme, auch wenn es im 12. Bundestag (1990 bis 1994) einen besonderen Typus von SeiteneinsteigerInnen gab: die Abgeordneten, die aus der DDR kamen. Inzwischen kann man Ostfrauen nicht mehr als Seiteneinsteigerinnen bezeichnen, da sie eine zwanzigjährige (demokratisch-politische) Sozialisation erfahren haben. In allen Fraktionen finden sich zudem inzwischen Frauen aus den neuen Bundesländern, die nach 1970 geboren wurden. Über deren Karrierewege gibt es keine systematischen Erhebungen, sodass auf Spezifika jüngerer und älterer Abgeordneter hier nicht eingegangen werden kann. Typisch für Westfrauen ist die ‚Ochsentour‘. Die politische Karriere beginnt in der Kommune, wenn die Kinder größer sind. Da die Ausübung politischer Ehrenämter mit zahlreichen Abend- und Wochenendterminen verbunden ist, werden politisch Aktive begünstigt, die bereit sind, ihre Familienzeit stark einzuschränken. In der Folge haben weibliche Abgeordnete kaum kleine Kinder – nach einer Recherche der Journalistin Corinna Emundts waren dies 2006 weniger als zehn Abgeordnete (Emundts 2006). Wie sich die Verteilung auf Ost- und Westfrauen dabei darstellt, ist anhand der vorhandenen Quellen nicht recherchierbar.

Warum aber wählen Frauen ‚Politik als Beruf‘? In den von der Autorin durchgeführten Interviews ist auffällig, dass weibliche Abgeordnete generell ideelle Ziele nennen, die sie motiviert haben, sich politisch zu engagieren und für Ämter zu kandidieren. Die Westfrauen nennen als Motivation meist konkrete politische oder gesellschaftliche Ereignisse, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der eigenen Lebenswelt standen. Ein solches konkretes Initians verbindet sie mit den Ostfrauen, deren großes gemeinsames Ereignis der Fall der Berliner Mauer und die damit verbundenen gesellschaftlichen Umbrüche waren.⁴ Typisch ist folgende Aussage einer Abgeordneten:

„Also, in die Politik gekommen bin ich mehr durch historische Ereignisse. Bei mir war die Wende, da ich DDR-sozialisiert bin, hat sich das einfach ergeben, ich hab’ in Berlin gewohnt und war mit auf der Straße und dann ist man an bestimmten Stellen gestanden und ratz-fatz ist man dann in die Politik mit gekommen.“⁵

4 Solche konkreten Erfahrungen nennen Männer hingegen kaum. Männliche Abgeordnete schildern eher die Wärme der Jugendorganisation, die sie für politische Inhalte empfänglich gemacht hat, oder das politische Interesse, das durch Vorbilder geweckt wurde (Knaut 2010).

5 Alle separat gesetzten Zitate stammen aus teilstrukturierten Tiefeninterviews, die die Autorin mit Bundestagsabgeordneten 2006/2007 geführt hat.

Alle interviewten Ostfrauen betonen, dass sie die einmalige historische Chance nutzen konnten, um ein Land (neu) mitgestalten zu können. Einig sind sich die Befragten, dass eine politische Karriere für Frauen schwieriger ist als für Männer. West- und Ostfrauen setzen dabei unterschiedliche Akzente: Die Abgeordneten aus der alten BRD ‚kämpfen‘ gegen Männer oder sehen die politische Karriere als Weg an, auf dem zwar Steine liegen, die man aber über den Alltag im Parlament ausräumen kann – ‚learning by doing‘ ist ihr Motto. Die ostdeutschen Frauen sehen im Prinzip kein Problem, ebenso wie Männer Spitzenpositionen einzunehmen. Hindernisse liegen ihrer Meinung nach eher ‚im System‘ selbst. Diese Befunde sind in der Sozialisation verwurzelt: In der DDR „machte selbst mann [sic!] nicht Karriere, sondern ‚übernahm eine Leitungsfunktion‘“ (Helwerth/Schwarz 1995: 105). Die berufliche Existenz war über das System abgesichert.

1.3 Typen von Rollenidealen

Wie verstehen sich die Abgeordneten selbst und wie versuchen sie, ihre Rolle auszufüllen? Als Ergebnis der Analyse der Interviews konnten induktiv drei unterschiedliche Typen von Rollenidealen ermittelt werden: IdealistInnen, ModeratorInnen und RealistInnen (Knaut 2010). Frauen finden sich bei allen Typen, der dominante Typ bei weiblichen Abgeordneten ist aber der der Idealistin. Interessant ist nun die Frage, ob sich hier auch West-Ost-Differenzen feststellen lassen.

Idealistinnen sind davon überzeugt, dass sie die Gesellschaft zum Positiven verändern können. Sie wollen verändern und gestalten im Sinne ihrer Ideale. Solche Ideale wie soziale Gerechtigkeit, Politik vernünftig gestalten oder eine ‚geschlechtergerechte Gesellschaft‘ sind teilweise an konkrete Sachziele gekoppelt, wie etwa die Abschaffung der Atomkraftwerke oder die Verankerung des Kinderschutzes im Grundgesetz. Der Einsatz für mehr Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft und im Parlament ist im Besonderen den weiblichen Abgeordneten wichtig – unter den drei Typen sind bei den IdealistInnen Frauen die größte Gruppe (Knaut 2010).

„Es gibt Themen, die Frauen mehr berühren und wo Frauen auch eher eine gemeinsame politische Struktur auch gegen das, das was ich Männerstruktur, oder gesamtgesellschaftliche Struktur auch, das halte ich für wichtig.“

Bei den Idealistinnen finden sich Frauen aus Ost und West, ohne dass große Differenzen zu erkennen sind. Typisch westlich ist lediglich, dass die eigene Motivation für politisches Engagement eine schon von Kindesbeinen an als ungerecht empfundene Gesellschaft ist:

„Ich habe sozusagen schon als Kind, als kleines Mädchen, ich komme vom Bauernhof, schon immer sehr stark wahrgenommen, dass es eine gewisse Gerechtigkeitslücke gibt zwischen meinem Vater und meiner Mutter, [...] dieser Mangel an Gleichberechtigung und das hat sich dann in meinem Studium fortgesetzt. Ich war Mitglied im AStA als einzige Frau und auch da habe ich gespürt, dass es einen Unterschied ausmacht, welchem Geschlecht man angehört.“

Da im Osten Geschlechtergerechtigkeit als Ideologie verordnet wurde, ist dieses Movens für die Ostfrauen kein Thema. Sie thematisieren eher das Ideal einer besseren, gerechteren Gesellschaft, zu der sie als Politikerin beitragen möchten:

„Und mein Ideal ist, wenn man das so beschreiben kann, ist, dass es mehr Vernunft und Gerechtigkeit oder Gerechtigkeit und Vernunft gibt.“

Idealistinnen sind also in die Politik gegangen, um die Welt lebbarer und gerechter zu gestalten. Dieser Impetus kommt oft aus früher Sozialisation. Die Ideale, die sie verfolgen, wurden in Kindheit und Jugend geprägt.

Bei den *Moderatorinnen* als zweitstärkster Gruppe unter den Rollenideal-Typen sind im Sample kaum Frauen (und darunter keine Ostfrauen) vertreten. Diese Abgeordneten verfolgen weniger die großen, langfristigen Ziele, sondern wollen ihre Vorstellungen in der Legislaturperiode verwirklicht sehen, ohne dass sie ihre Ideale aufgeben. Politik beschreiben sie als das ‚Bohren dicker Bretter‘. Ihr Selbstbild basiert auf Spannungen zwischen Idealen und dem Ziel, realistische Ziele umsetzen zu wollen, sowie auf dem eigenen Anspruch auf die Rolle als Moderatorin mit begrenztem Zeitbudget (Knaut 2010).

Als *Realistinnen* sind nur sehr wenige Abgeordnete, darunter kaum Frauen, zu bezeichnen. Es sind Abgeordnete aus Ost- und Westdeutschland, die ein pragmatisches Bild ihrer Rolle pflegen. Sie wollen konkrete Vorhaben umsetzen und schätzen klare Standpunkte. Festzuhalten bleibt, dass Frauen tendenziell als Idealistinnen zu bezeichnen sind – die Art des Ideals, das sie pflegen, entspringt dabei durchaus systemspezifischen Sozialisationserfahrungen (Knaut 2010).

1.4 Geschlechterbilder

Geschlechterselbstbild und -fremdbild werden über die gesellschaftliche Sozialisation erworben und fließen in die politische Sozialisation ein. Abgeordnete bringen Bilder, Vorstellungen und Verhaltensnormen über Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in den Bundestag mit. Inwiefern spiegeln sich die unterschiedlichen Sozialisationen in BRD und DDR in den Aussagen der Abgeordneten zu ihren Geschlechterbildern?

Die meisten der befragten Frauen thematisieren, dass sie ‚anders‘ arbeiteten als Männer und einen ‚anderen‘ Kommunikationsstil pflegen. Frauen seien kooperativer und das Kommunikationsklima sei besser, was schließlich zu mehr Effizienz führe. Frauen, so diese Abgeordneten, würden integrierender, zielgerichteter kommunizieren und sich nicht so zur Schau stellen,

„ohne diese Eitelkeit und das Brimborium der Durchsetzungsfähigkeit gleichzeitig mitzubedenen.“

Einige der Westfrauen meinen, dass sie besonders hart arbeiten müssten, um bei ‚harten‘ Themen (wie Wirtschaft und Finanzen) Anerkennung zu finden. In Ausschüssen müssten sie besonders kompetent auftreten, um sich durchsetzen zu können und sich letztlich auch durchzusetzen:

„Ich glaube, es ist immer noch so, dass Frauen besser sein müssen, um die gleiche Anerkennung zu erhalten wie ein Mann.“

Diese Selbsteinschätzung wird in den Interviews mit Männern gestützt, von denen einige zwar einen höheren Frauenanteil begrüßen, aber gleichzeitig bedauern, dass Frauen

oft nicht ausreichend qualifiziert seien. Auffallend bei den Ostfrauen ist, dass sie betonen, sie hätten durch ihre Ostsozialisation einen Vorteil gegenüber den Westfrauen:

„Also, [...] ich hab’ gelernt, in der DDR meinen Mann zu stehen als Frau. Deswegen lass ich mir da nicht die Butter vom Brot nehmen.“

Auf dieses „arbeiten können wie ein Mann“, immer eigenes Geld verdient zu haben, sind die Ostfrauen stolz. In diesem Zusammenhang fällt auch auf, dass sie von sich und ihren Geschlechtsgenossinnen immer in der männlichen Form sprechen, während die Westfrauen, zumindest teilweise, eine geschlechtersensible Sprache verwenden. Ein weiterer Unterschied zeigt sich bei der Frage nach der Relevanz der äußeren Erscheinung (Kleidung, Frisur, Aussehen). Westfrauen problematisieren, dass Frauen stärker über ihr Äußeres wahrgenommen würden und dass sie sich dementsprechend verhalten müssten, um positiv wahrgenommen zu werden.

„Genau so wie ich die Strukturen in der CDU kennen muss, muss ich einfach wissen, natürlich kann ich das letzte großkarierte Sakko nehmen, was ich in meinem Kleiderschrank habe, wenn ich in eine Talkshow gehe, ich kann’s aber auch sein lassen, wenn ich nicht will, dass über das Sakko diskutiert wird.“

Andere interviewte Westfrauen argumentieren ähnlich. Sie meinen, Frauen würden viel stärker über ihre Kleidung und ihre Frisur wahrgenommen werden als Männer. Männer könnten eine schlecht sitzende Krawatte eher durch den Machtfaktor bzw. ihre Bedeutung als Abgeordneter ausgleichen. Eine solche Fixierung auf die Wirkung des Aussehens findet sich in den Interviews mit den Ostfrauen nicht. Danach befragt, sagen diese, dass unabhängig vom Geschlecht ‚gutes Aussehen‘ oder bestimmte Charakteristika die Wahrnehmung und die Glaubwürdigkeit von Abgeordneten verbessern würden:

„[...] gutes Aussehen schadet natürlich nicht und es schadet auch nicht, sagen wir mal für bestimmte Sachen im Fernsehen, wenn man besondere äußere Merkmale hat, wie bei Frau Y, die roten Haare, oder so, ne. Weil sich das dann eben auch mehr einprägt. [...] Also, das gute Aussehen heißt ja nicht, dass jemand einen Schönheitswettbewerb gewinnt, sondern dass er irgendwie glaubwürdig rüberkommt.“

Die Ostfrauen sind stärker darauf ausgerichtet, sich einer männlichen Sprache und männlichen Kommunikationsstilen anzupassen, und sind darauf stolz. In ihrer Selbsteinschätzung werden sie wegen ihrer Herkunft aus dem Osten marginalisiert, aber nicht, weil ihr Geschlecht weiblich ist. Diese aus der DDR-Sozialisation übernommene Denkweise ist bei den Abgeordneten, die in der BRD groß geworden sind, nicht zu finden. Westfrauen thematisieren, dass ‚weiche‘ Themen wie Bildung und Familienpolitik eigentlich die ‚harten‘ seien, da es Zukunftsthemen seien und dass dementsprechend Männer umdenken müssten. Dies wird von den Ostfrauen nicht so gesehen, da sie sich als in einer Gesellschaft aufgewachsen sehen, die das Ideal der Gleichberechtigung weitgehend verwirklicht habe. Konsequenz ist in ihrem Selbstbild, dass sie auch im Bundestag nicht gegen Männer kämpfen, sondern gegen Strukturen. Die Einschätzung, auch harte Themen bearbeiten zu können und zu wollen, spiegelt sich allmählich in der Besetzung der Positionen der Ausschussvorsitzenden wider: Im Zeitverlauf sieht man eine deutliche Steigerung. 1990 waren im ersten gesamtdeutschen Bundestag alle männlich konnotierten Ausschüsse mit männlichen Vorsitzenden besetzt. In der 16.

Wahlperiode findet sich immerhin eine Frau als Vorsitzende eines dieser Ausschüsse. In der aktuellen 17. Wahlperiode haben Frauen den Vorsitz des Haushaltsausschusses und des Verteidigungsausschusses inne. Dem Finanz-, Innen- und Auswärtigen Ausschuss stehen Männer vor. Allerdings hat keine Ostfrau den Vorsitz eines solchen männlich konnotierten Ausschusses inne (Bundestag 2010). An Willen und Selbstbewusstsein, alle Themen zu bearbeiten, fehlt es weder bei Ost- noch bei Westfrauen, der Weg in solche Spitzenpositionen ist aber immer noch schwierig. Welche Strategien entwickeln Abgeordnete, um an begehrte Themen oder Positionen zu kommen?

2 Integration in die Strukturen des Bundestages

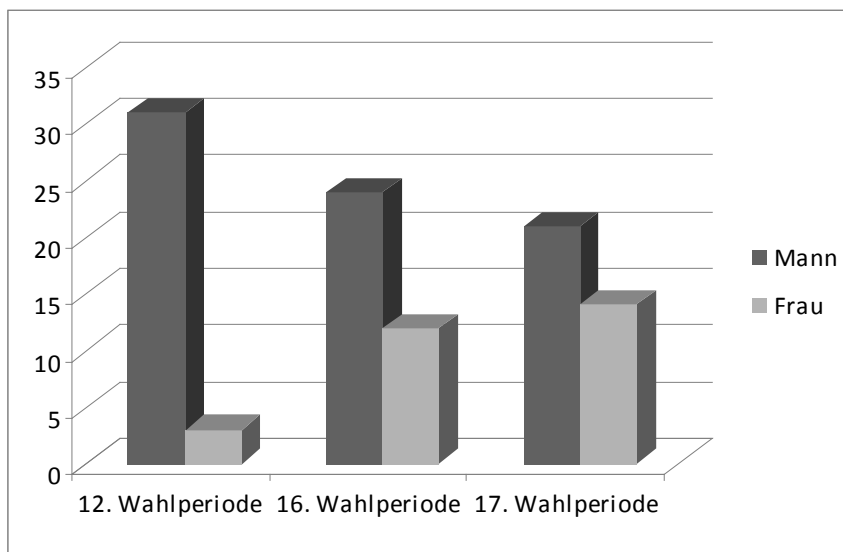
2.1 Frauenanteile im Bundestag

Die Strukturen des Bundestages, jahrzehntelang durch Männer aus der alten BRD geprägt, wurden durch die Wende doppelt mit ‚neuen‘ AkteurInnen konfrontiert. Mit der Wende zusammen fiel ein deutlich ‚weiblicher‘ Bundestag mit 20,5 % Frauenanteil⁶ aufgrund der nun wirkenden Frauenquoten.⁷ Dazu kamen die Abgeordneten aus der ehemaligen DDR. Letztere sind inzwischen als integriert zu bezeichnen (Patzelt 2000). Dieses Urteil lässt sich angesichts unterschiedlicher Machtverständnisse (Penrose 1995) und aktueller Daten zu unterschiedlichen Handlungsorientierungen und Präferenzen von Frauen in Ost- und Westdeutschland (Allmendinger 2009) durchaus infrage stellen. Nimmt man hinzu, dass eine vollständige Integration von Frauen in Spitzenpositionen des Bundestages nach wie vor nicht erreicht ist, stellt sich die Frage, ob die Integration für Frauen aus dem Osten mit doppelten Hindernissen versehen ist. Der Wille, Einfluss zu nehmen und zu gestalten, ist bei den Frauen aus Ost und West im Bundestag vorhanden. Gemeinsam ist den Frauen auch, dass sie Politik als Beruf verstehen und ihn mit einem gesellschaftlichen Ideal verbinden. Dass diesem Selbstbewusstsein im parlamentarischen Alltag zahlreiche Stolpersteine entgegenstehen, zeigen schon die Frauenanteile an den zu vergebenden parlamentarischen Spitzenpositionen (BundestagspräsidentIn, Fraktionsvorsitzende/r, Parlamentarische/r GeschäftsführerIn, Ausschussvorsitzende/r) (siehe Abbildung 1).

6 Im ersten deutschen Bundestag von 1949 saßen 6,8 %, 1987 waren es 15,4 % (nach Hoercker 1994: 559). Geht man von der Annahme einer ‚descriptive representation‘ aus, müsste der Frauenanteil im Bundestag bei 50 % liegen, denn er liegt in der Bevölkerung aller Bundesländer bei 51 % (neue Bundesländer 51,05 %, alte Bundesländer inklusive Berlin 50,88 %) (ZDWA 2010).

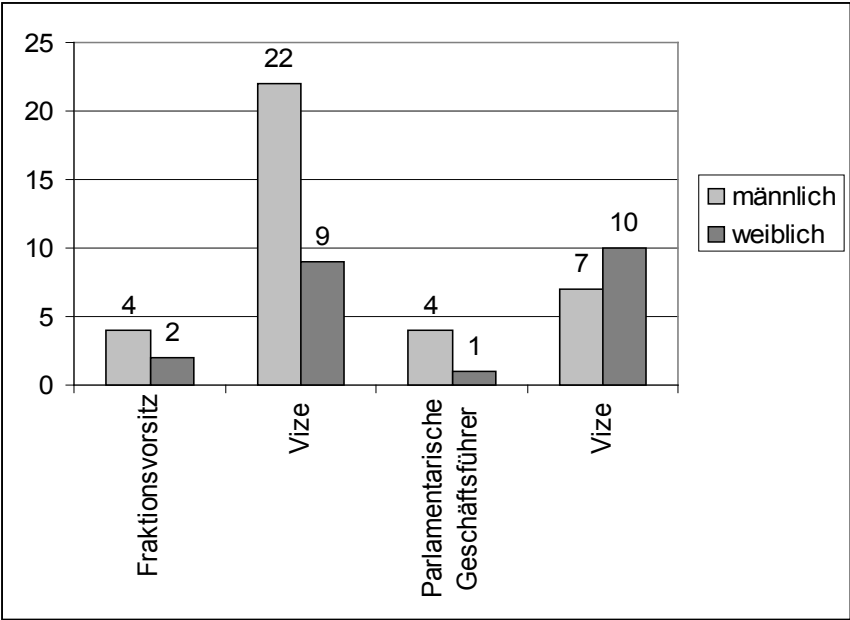
7 1986 führten die GRÜNEN eine 50%-Quote für alle Gremien und Organe des Bundesverbandes ein, die SPD 1988 eine 40/40-Regelung. Die PDS verpflichtete sich 1990 zu einem Frauenanteil von 50 % bei der Nominierung von KandidatInnen (vgl. Inhetveen 2002: 255ff.).

Abbildung 1: Frauen- und Männeranteil an Spitzenpositionen im Bundestag (Bundestag 2010)



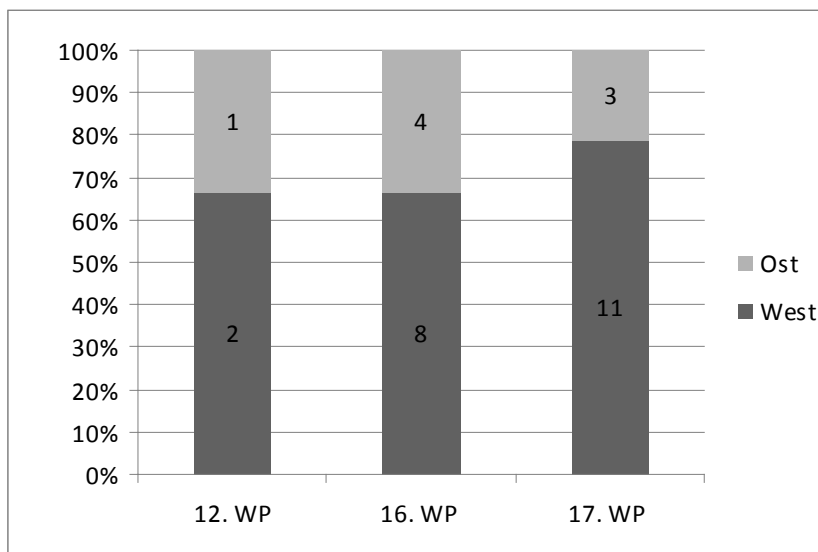
Zwar sind Frauen bei den zu vergebenden Spitzenpositionen in der 17. Wahlperiode besser vertreten als 1990 (12. Wahlperiode), dennoch bleibt eine deutliche Differenz zwischen Männern und Frauen. Etwas besser sieht es aus, wenn man die Stellvertreterinnen in den Überblick mit hineinnimmt. Exemplarisch an der 17. Wahlperiode sieht man, dass Frauen in den Fraktionsvorständen und als Parlamentarische Geschäftsführerinnen deutlich besser vertreten sind (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Frauenanteile Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische GeschäftsführerInnen sowie StellvertreterInnen in der 17. Wahlperiode (Bundestag 2010)



Diese Abbildungen weisen darauf hin, dass die ‚gläserne Decke‘ im Bundestag immer noch vorhanden ist. Argumentiert man, dass die Anteile der Ostfrauen in etwa gleich hoch sein sollten wie die der Westfrauen, verschärft sich das Bild.

Abbildung 3: Anteil der Ost- und Westfrauen an Spitzenpositionen, die im Bundestag von Frauen besetzt sind (Bundestag 2010)



Dass Frauen aus Ost und West zu etwa gleichen Teilen in Spitzenpositionen vertreten sein sollen, ist vielleicht nicht auf Anhieb einleuchtend, da man auf der Basis einer ‚descriptive representation‘ argumentieren könnte, dass Frauen aus der ehemaligen DDR quantitativ geringer vertreten sein müssten, da es weniger neue als alte Bundesländer gibt. Geht man aber davon aus, dass das qualitative Gewicht von spezifischen Interessen und Bedürfnissen von Frauen aus dem Osten genauso hoch zu bewerten ist wie das der Frauen aus dem Westen, ist ein Anteil von jeweils 50 % als Ideal anzusehen. Eine solche Argumentation schließt an Iris M. Youngs Konzeption serieller Kollektive und das Konzept einer ‚substantive representation‘ an. Integration wird in diesem Konzept aufgrund struktureller Merkmale (die ex ante ausschließend wirken) konzipiert (Young 1995, 2000; Knaut 2010). Hinzu kommt meines Erachtens ein weiterer Aspekt: Generell sind innerhalb der Eliten in der BRD ehemalige DDR-BürgerInnen unterrepräsentiert, mit der Folge, dass die Bevölkerung in den neuen Bundesländern diese als von Westdeutschen dominiert wahrnimmt (Koch 1998: 53). Ähnliches gilt für den Bundestag: Wenn die Akzeptanz von Demokratie und PolitikerInnen in den neuen Bundesländern steigen soll,⁸ wäre ein deutliches Sichtbarsein ostdeutscher PolitikerInnen, vor allem auch in Spitzenpositionen, angebracht.

Akzeptiert man diese Annahme einer ‚substantive representation‘, lässt sich eine doppelte Marginalisierung von Ostfrauen diagnostizieren, denn ihnen gelingt es noch weniger als Westfrauen, in zentrale Positionen im Bundestag zu kommen. Wird den Ostfrauen die Übernahme eines Ausschussvorsitzes oder das Amt der Fraktionsvorsit-

⁸ In den neuen Bundesländern ist eine abnehmende Unterstützung von Demokratie zu verzeichnen, neben steigenden Nicht-WählerInnenzahlen, gerade bei jungen Frauen, sowie schwachem Institutionenvertrauen zu Bundestag und Bundesregierung (Gabriel 2000; Niedermayer 2005).

zenden nicht zugetraut oder fühlen sie sich möglicherweise selbst inkompetent? Hier führt die Auflistung der Frauenanteile nicht weiter, denn wie kommt es, dass Frauen überzeugt sind, dass ihre ‚weibliche‘ Persönlichkeitsstruktur nicht gut in die Politik passt (Lawless/Fox 2005: 113)? Zwar wird in den Interviews eine solch ‚extreme‘ Ansicht kaum vertreten, aber auch bei den Befragten gibt es Verunsicherungen darüber, wie ‚man‘ sich als ‚Frau‘ in den politischen Betrieb einfügen soll.⁹ Eine, die es geschafft hat, sagt, man braucht

„männliche Fürsprecher [...] und einen absoluten Willen zur Macht.“

Diese klare Aussage ist aber eine Ausnahme. Eher sagen Frauen, dass sie, um sich durchsetzen zu können, fachlich exzellent sein müssen:

„Und das heißt, man muss im Zweifel arbeiten, arbeiten, arbeiten.“

Frauen aus dem Westen thematisieren zudem den Nachteil, dass sie in der Regel später in die Politik eingestiegen sind als Männer.

„[D]as hat natürlich für viele schon einen strukturellen Nachteil. Viele Männerköpfe sind so strukturiert, dass sie eine lebenslange Mitgliedschaft [in der Partei bzw. in ihren Seilschaften] vorsehen, [...] da entwickelt sich dann schon das Vater-Sohn- und Großvater-Fördersystem.“

Wichtig, um sich im Bundestag zu behaupten und für bestimmte Gebiete als Expertin¹⁰ anerkannt zu werden, ist aus Sicht aller Westfrauen, dass sie mehrere Jahre politische Ämter auf kommunaler, regionaler und Länderebene innehatten. Die Ostfrauen argumentieren ebenfalls mit Erfahrungen, beziehen sich allerdings stark auf berufliche Kompetenzen:

„Also mein Vorteil ist vielleicht, und das gilt dann wahrscheinlich für viele aus dem Osten, dass ich erstens mal was gelernt habe und mit meinem Beruf noch was anfangen kann und doch schon relativ lang im Berufsleben stehe. Ich weiß, dass das völlig exotisch ist, dass man mit 20 Jahren vor seiner ersten Klasse gestanden ist.“

Frauen aus Ost wie aus West nennen zudem als wichtige ‚Durchsetzungsressource‘ die MitarbeiterInnen in ihren Büros in Bundestag und Wahlkreis. Diese werden aufgrund von Fachkompetenzen und Erfahrungen im politischen Betrieb und nicht zuletzt im Hinblick auf journalistische Kenntnisse ausgewählt. Beraten lassen sich die Westfrauen außerhalb des parlamentarischen und persönlichen Umfelds nicht (oder geben dies nicht

9 In anderen Studien mit Politikerinnen in Deutschland sagen Frauen, dass sie davon überzeugt seien, politisch wenig kompetent zu sein, und fürchten, dem politischen Betrieb und seinen von Männern bestimmten Anforderungen schlecht gewachsen zu sein (Schöler-Macher 1994: 236ff.). Bemängelt wird zudem, dass sie im Gegensatz zu männlichen ‚Neulingen‘ im Parlament zu wenig Unterstützung bekommen hätten und sich Wissen über Strukturen und Regeln alleine aneignen mussten (Weber 2000).

10 Eine der Interviewpartnerinnen war Landesministerin und nutzt ihre da erworbene Fachkompetenz, um im Bundestag als Ausschussvorsitzende kompetent und erfolgreich agieren zu können. Eine andere war Vorsitzende der Jugendorganisation ihrer Partei und betont, dass sie dadurch im Bundestag als Politprofi agieren könne.

zu). Ostfrauen sagen hingegen, dass sie sich selbstverständlich beraten lassen, um politisch erfolgreich agieren zu können.

2.2 Netzwerke und schwesterliche Bünde

Ein wichtiger Faktor, um an Spitzenpositionen zu kommen und die ‚gläserne Decke‘ zu durchbrechen, ist für die Frauen die Unterstützung durch Netzwerke. Netzwerke sind, glaubt man Selbstaussagen von Frauen, die es an die Spitze geschafft haben, ihr Erfolgsgeheimnis (Illner 2005). Männer haben es vorgemacht: Dass in Seilschaften nicht nur Kontakte geknüpft, sondern auch Posten vergeben werden, wird publizistisch kommentiert¹¹ wie auch in der wissenschaftlichen Literatur anerkannt (Kreisky 1992; Schöler-Macher 1994; Dümig/Trefs/Zohlhörer 2006: 113). Welche Handlungsstrategien angewandt werden, um die ‚gläserne Decke‘ zu durchbrechen, lässt sich anhand einer von Helwerth/Schwarz (1995) gemachten Typologisierung in traditionell und feministisch orientierte Westfrauen sowie Ostfrauen ausdifferenzieren. Was Männer können, können wir auch, dies ist jedenfalls die Meinung der ‚feministischen‘ Westfrauen im Bundestag: Als Kontrapunkt zu den männlichen Seilschaften gründen sie Frauennetzwerke. Die Überzeugung von der Notwendigkeit solcher schwesterlichen Bünde gehört zur Sozialisation dieses Abgeordnetentypus auf dem Weg in die Politik. Grundsätzlich sind Frauennetzwerke in der Regel in irgendeiner Weise institutionalisiert. Das unterscheidet sie von männlichen Seilschaften, die vor allem dann als erfolgreich gelten, wenn sie der Öffentlichkeit bzw. Außenstehenden nicht bekannt sind (Knaut 2010). Frauennetzwerke in Parteien und Fraktionen sind offen für alle Frauen bzw. sie können qua Geschlecht Mitglied sein, wie bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen oder dem Frauenplenum der Fraktion DIE LINKE, das in der Fraktionsgeschäftsordnung institutionalisiert ist. Solche Netzwerke folgen bestimmten Zyklen des Zusammentreffens, sie geben sich teilweise Geschäftsordnungen und einen Namen, der sie in der Öffentlichkeit erkennbar macht. Dadurch, dass ihre Entstehungsgeschichte nicht von Zufälligkeiten und Spontaneität geprägt ist – im Gegensatz zu den Seilschaften –, sondern mit einem bestimmten Ziel erfolgt, sind sie nach Meinung der Frauen anfällig, bei Konflikten auseinanderzubrechen:

„Und dann glaube ich, dass, selbst wenn Netzwerke geschaffen worden sind, sie störanfälliger sind durch die jeweiligen emotionalen Erwartungsstrukturen an die Frauen, also die realen Mitglieder dieses weiblichen Netzwerkes.“

Bemängelt wird auch, Frauen würden ihre eigenen Geschlechtsgenossinnen nicht so bedingungslos mit nach oben ziehen, wie das Männer von klein auf gewohnt seien:

„Also, es darf keiner hochkommen, sondern er wird dann von den anderen runtergezogen. Also nicht, aha, wir können es ja nicht alle werden, weil die Plätze und Strukturen sind begrenzt.“

Trotzdem sind für die, die in solchen Netzwerken aktiv sind, diese Netzwerke wichtige Institutionen zur gegenseitigen Unterstützung.

11 So bot beispielsweise der Aufstieg Angela Merkels Stoff für zahlreiche publizistische Vermutungen. Hajo Schumacher schreibt, Angela Merkel habe ihren Aufstieg nicht zuletzt durch die Unterstützung von Frauennetzwerken geschafft (Schumacher 2006: 82ff.). Auch das ‚girls camp‘ Angela Merkels wurde als Erfolgsmotor identifiziert (Roll 2005).

Anders als ihre ‚feministischen‘ Schwestern denken die ‚traditionellen‘ Westfrauen. Sie sind eher misstrauisch gegenüber schwesterlichen Bündeln. Frauennetzwerke seien künstlich und aufgrund der Erkenntnis entstanden, man müsste männlichen Seilschaften etwas von Frauen-Seite entgegensetzen:

„Ich halte nichts von Netzwerken ‚Wir Frauen in Deutschland‘ oder ‚Wir liberalen Frauen‘.“

Solche Frauen sind oft nicht Mitglied in den entsprechenden Frauennetzwerken in Partei und Fraktion. Allerdings geht diese Abneigung gegenüber Frauennetzwerken und schwesterlichen Bündeln nicht mit einer generellen Abneigung gegenüber Netzwerken einher. Im Gegenteil: Diese Frauen sind davon überzeugt, dass ‚networking‘ einen Teil des politischen Erfolgs ausmacht. Zum persönlichen Netz gehören FreundInnen, Familie, aber auch MitarbeiterInnen und Fachkontakte. Die Frauen dieses Typus, die schon Spitzenpositionen haben oder hatten, unterstreichen, dass es vor allem wichtig sei, in männliche Seilschaften einzudringen. Dazu gehöre es eben auch, männliche ‚Spiele‘ wie die gemeinsame ‚Nachbereitung‘ von Sitzungen in der Kneipe oder Witze hinzunehmen und Sprüche zu akzeptieren.

In dieser Typologie ist zudem ein anderer Bias auffällig: das Alter. Für ältere Abgeordnete (nicht nur die ‚feministischen‘) ist irgendeine Art von ‚Frauensolidarität‘ wichtig für die politische Karriere oder als emotionale Ressource. Jüngere Abgeordnete aus dem Westen hingegen sind im Allgemeinen misstrauisch, was solche institutionalisierten Frauenzusammenschlüsse angeht. Sie zweifeln den Erfolg solcher Zweckbündnisse an und setzen eher auf eine freundschaftliche Solidarität unter Frauen, genauso wie auf die zwischen Frauen und Männern.

Bei den Abgeordneten, die in der DDR aufgewachsen sind, kommt die Sozialisation in einem Land mit ‚verordneter‘ Gleichberechtigung deutlich zum Tragen. Eine Art ‚Gegnerschaft‘ zu Männern und die Selbstbeschreibung als die eigentlich ‚bessere‘ Hälfte der Menschheit fehlen unter den Ostfrauen. Einerseits halten die Ost-Abgeordneten es für selbstverständlich, dass es institutionalisierte Frauennetzwerke gibt, um eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu verwirklichen, mit der Begründung, Frauen bräuchten hier eine Starthilfe, um sich zu vernetzen,

„weil die Männer ja da einen Vorsprung an Erfahrung haben“.

Abseits davon ist das Thema ‚Geschlecht‘ aber uninteressant. Die Ostfrauen argumentieren durchweg funktional:

„Also, weil erstmal nur, die Frauen sind ja in der Regel in der Minderheit, nur auf die Frauen kann man sich nicht verlassen. Und, wenn man wirklich eine überzeugende Mehrheit haben will, dann braucht man entsprechende männliche Unterstützung.“

Das Thema ‚Netzwerke‘ wird sofort in den Kontext der Durchsetzung von Interessen und des Umgangs mit formellen Strukturen gesetzt:

„Also die wichtigsten Entscheidungsstrukturen informeller Art sind natürlich alle die Strukturen, in denen Dinge vorbereitet werden, bevor sie ins Parlament kommen [...]. Und dann sind die informellen Strukturen also häufig einflussreicher als die formellen.“

Abseits der Typologie ist anzunehmen, dass manche Frauen schwesterliche Bünde, komplementär zu Seilschaften, pflegen. In den Interviews finden sich hierzu von männlicher Seite Hinweise¹² und eine Abgeordnete berichtet, dass es neben dem Frauennetzwerk der Fraktion auch informelle Frauentreffen gäbe:

„Und natürlich trifft man sich bei bestimmten Sachen, also wenn Personalentscheidungen vorzubereiten sind, in kleinen Gruppen.“

Ob solche schwesterlichen Bünde existieren und nicht nur hilfreich im Sinne gegenseitiger Unterstützung sind, sondern auch zur Durchsetzung spezifisch politischer Ziele genutzt werden, sei dahingestellt. Die in den Interviews oft genannten Freundschaften mit Frauen dienen allerdings vermutlich genauso dem ‚Klüngeln‘ und ‚Kungeln‘, auch wenn die Frauen solche Freundschaften nicht als Seilschaften beschreiben.

2.3 Abgeordnete als PolitikvermittlerInnen

Unter dem Aspekt politischen Handelns ist die Frage nach der Politikvermittlung (Sarcinelli 2009) relevant. Abgeordnete vermitteln Politik über Massenmedien und direkte Kommunikation mit BürgerInnen, in Institutionen und Verbänden aller Art und nicht zuletzt in der eigenen Partei, um die Legitimität ihres Handelns zu erhalten bzw. um politisch erfolgreich zu sein (Herzog 1993; Knaut 2010).

Wie Abgeordnete Politik an die BürgerInnen vermitteln, ist in Ost und West im Prinzip gleich: Fast alle Abgeordneten räumen der Arbeit im Wahlkreis und den direkten Kontakten mit Menschen Priorität vor der medialen Politikvermittlung ein. Aber es gibt Differenzen: So fällt bei den Ostfrauen auf, dass sie versuchen, auch zu vermeintlich unpolitischen BürgerInnen Kontakt aufzunehmen, indem sie über ihr Wahlkreisbüro kulturelle und soziale Veranstaltungen organisieren:

„[...] dass ich versuche interessante Leute aus ganz unterschiedlichen Bereichen, die müssen nicht unbedingt aus der Politik sein, in den Wahlkreis zu holen und dort vor Ort ein Gespräch anzubieten.“

Eine andere berichtet sogar, sie würde multikulturelles Kochen und Tanzabende organisieren. Die westlichen Abgeordneten erzählen eher, dass sie Einladungen von Vereinen, Verbänden, Unternehmen etc. wahrnehmen.

3 Ungleiche Schwestern auf dem Weg zur Macht?

In den vorangegangenen Abschnitten wurde deutlich, dass Selbstverständnis und Handlungsstrategien der Abgeordneten in ihren Sozialisationserfahrungen im jeweiligen Teil Deutschlands verwurzelt sind.

Schemata, wie eine prinzipielle Gleichgültigkeit in Geschlechterfragen bei den Traditionalistinnen und eine gewisse Fixiertheit auf Männer als Kontrahenten bei den Westfrauen beziehungsweise die grundsätzliche Fokussierung von Ostfrauen auf das

12 In den Interviews mit männlichen Abgeordneten wird immer wieder darauf hingewiesen, dass auch Frauen Seilschaften und ‚Kungelrunden‘ pflegten.

„System“ und auf die schon realisierte Gleichheit der Geschlechter, wie sie Helwerth/Schwarz (1995: 131) beschreiben, kommen auch bei den Abgeordneten zum Vorschein.

Trotzdem soll betont werden, dass in der Summe die Unterschiede in den Rollenidealen im Detail liegen. So sind die meisten Frauen als Idealistinnen zu bezeichnen. Konkrete Ereignisse motivierten sie, in die Politik zu gehen.¹³ Sie haben ein Idealbild einer Gesellschaft, dem sie durch ihr Engagement näher zu kommen hoffen. Westfrauen nehmen dabei Hindernisse wahr, die in männlichen Strukturen liegen, um sich durchzusetzen beziehungsweise attraktive Themen bearbeiten zu können oder in entsprechende Positionen aufzusteigen, für Ostfrauen ist dies kein Thema.

Diese weitgehende Gemeinsamkeit lässt sich für die Geschlechterbilder nicht konstatieren, hier zeigt sich die Sozialisation deutlich. Abgeordnete, die in der alten BRD aufgewachsen sind, thematisieren spezifische Qualitäten von Frauen, was z. B. ihr Kommunikationsverhalten betrifft, und gleichzeitig „männliche“ Barrieren im Bundestag. Sie sind deutlich selbstkritischer als die Frauen aus der ehemaligen DDR gegenüber ihrer Rolle als Frau. Jene hingegen sehen das Hindernis „Mann“ nicht, denn Partnerschaft und gleiche Chancen im Parlament sind für sie selbstverständlich. Dieses Selbstbewusstsein begründen sie mit ihren Erfahrungen in der DDR.

Im Hinblick auf Handlungsstrategien gibt es eine große Gemeinsamkeit: Alle Frauen versuchen, Netzwerke zu knüpfen. Differenziert werden müssen aber die verschiedenen Typen von Netzwerken, die jeweils bevorzugt und als erfolgversprechend angesehen werden. Die Abgeordneten mit DDR-Sozialisation sehen ein Sich-Zusammenschließen, um bestimmte Ziele zu erreichen, als „normal“ an, als etwas, das sie schon früh in Studium, Ausbildung und Beruf gelernt haben. Der Faktor „Geschlecht“ ist dabei irrelevant. „Man“ will gemeinsam etwas erreichen und sucht sich Verbündete. Die Westfrauen sind, gleich wie sie zu Seilschaften, Frauennetzwerken und ähnlichem stehen, geschlechtersensibel und wägen Vor- und Nachteile der Typen ab. Sie argumentieren dabei deutlich selbstzentrierter als die Ostfrauen: Nicht ein „Gemeinsam etwas erreichen wollen“, sondern die Frage „Wie kann ich mich gut positionieren“ steht im Vordergrund. Auch diese Denkweise ist ein „Erbe“ der Sozialisationen: Westfrauen sind mit der Idee der Selbstverwirklichung und der „Entfaltung der Persönlichkeit“ in einer demokratischen Gesellschaft großgeworden. Ostdeutsche Frauen sind zwar froh, die DDR als politisches System überwunden zu haben, und wollen eine gerechte, demokratische Gesellschaft gestalten, erinnern dabei aber an einen ostdeutschen Manager,

„der zwar die Mechanismen der Marktwirtschaft begrüßt, gleichwohl in seinem Organisationshandeln eher familienähnliche Sozialbeziehungen im Unternehmen bevorzugt, bei denen Gemeinschaftsgeist, Vertrauen und persönlicher Kontakt eine zentrale Rolle spielen.“ (Bittner 2009: 11)

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die ost- oder westdeutsche Sozialisation im Detail prägend für Rollenideal, Handlungsorientierungen und Politikvermittlung der weiblichen Abgeordneten ist. Gemeinsamkeiten im Rollenverständnis, Politikvermittlung, Handlungsorientierungen lassen auf eine weitgehende Integration schließen. Es sind eher die Westfrauen, die darauf aufmerksam machen, dass Exklusionsmechanismen im Parlament greifen. Ob die Färbung und Dicke der „gläsernen Decke“ je nach Sozialisation eine andere ist, lässt sich hier nur schwer beurteilen. Klar scheint nur zu sein, dass

13 Auch das ist ein Ergebnis, das sich mit anderen Studien deckt (Geißel 1995: 28).

es für Frauen aus dem Osten doch noch etwas schwerer ist, in Spitzenpositionen zu kommen – vielleicht auch, weil sie die Grundannahme pflegen, dass Männer und Frauen gleiche Chancen haben, an Spitzenpositionen zu kommen und gleich behandelt zu werden. So gesehen ist die Karriere von Angela Merkel in zweierlei Hinsicht die große Ausnahme und nicht die Regel – als Frau und als Frau aus dem Osten. Wie das Ergebnis des Einflusses der BRD- beziehungsweise der DDR-Sozialisation, die bis in die zweite Generation greift, sich auf Repräsentanz oder Erfolg von Ostfrauen weiterhin auswirkt, bleibt abzuwarten. Die Relevanz von Generationen- und Fraktionsunterschieden kann hier noch nicht gezeigt werden. Möglicherweise lohnt in den kommenden Jahren eine Studie, die dies leistet, wenn weiterhin jüngere Abgeordnete aus dem Osten in allen Fraktionen im Bundestag sitzen, die nicht mehr in der DDR zur Schule gegangen sind. Bisher sind die Fallzahlen für eine repräsentative Studie noch zu gering. Die Frage der Integration von Frauen beziehungsweise der Transformation eines westlichen in ein gesamtdeutsches Parlament ist also weiterhin zu diskutieren.

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta. (2009). *Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen*. Die BRIGITTE-Studie. München: Pantheon
- Bittner, Regina. (2009). Deutschland seit 1990. Kulturtechniken der Transformation. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28, 9–15
- Bundestag. (2010). *Daten zum Deutschen Bundestag und den Fraktionen*. Zugriff am 21. Februar 2010 unter www.bundestag.de
- Dümig, Kathrin; Trefs, Matthias & Zohnhöfer, Reimut. (2006). Die Faktionen der CDU: Bändigung durch institutionalisierte Einbindung. In Patrick Köllner, Matthias Basedau, Gero Erdmann, Joachim Betz, Klaus Detterbeck, Saskia Richter, Siegmars Schmidt, Matthias Trefs & Claudia Zilla (Hrsg.), *Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionismus im internationalen Vergleich* (S. 99–129). Frankfurt a. M.: Campus
- Emundts, Corianna. (2006). Mütter der Nation. *Die Zeit*, 28.09.2006
- Gabriel, Oscar W. (2000). Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In Jürgen Falter (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 41–77). Opladen: Leske + Budrich
- Geißel, Brigitte. (1995). Politisierungsprozesse und politische Sozialisation von Frauen. Überblick und Diskussion zum Forschungsstand in der aktuellen deutschen und anglosächsischen Literatur. In Eva Maleck-Lewy (Hrsg.), *Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz* (S. 17–36). Berlin: edition sigma
- Helwerth, Ulrike & Schwarz, Gislinde. (1995). *Von Muttis und Emanzen. Feministinnen in Ost- und Westdeutschland*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch-Verlag
- Herzog, Dietrich. (1993). Der Funktionswandel des Parlamentes in der sozialstaatlichen Demokratie. In Dietrich Herzog (Hrsg.), *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie* (S. 13–52). Opladen: Westdeutscher Verlag
- Hoecker, Beate. (1994). Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4, 556–581
- Holland-Cunz, Barbara. (1999). Die Vergeschlechtlichung des Politischen. Etappen, Dimensionen und Perspektiven einer Theorieinnovation. In Michael Th. Greven & Rainer Schmalz-Bruns

- (Hrsg.), *Politische Theorie heute. Ansätze und Perspektiven* (S. 121–145). Baden-Baden: Nomos Verlag
- Illner, Maybrit. (Hrsg.). (2005). *Frauen an der Macht. 21 einflussreiche Frauen berichten aus der Wirklichkeit*. Kreuzlingen: Diederichs
- Inhetveen, Katharina. (2002). *Institutionelle Innovationen in politischen Parteien. Geschlechterquoten in Deutschland und Norwegen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Knaut, Annette. (2010, im Erscheinen). *Abgeordnete als Politikvermittler*. Baden-Baden: Nomos
- Koch, Thomas. (1998). Ostdeutsche Identitäten in der dualistischen Gesellschaft Bundesrepublik. Ein Modellierungsversuch. In Michael Häder & Sabine Häder (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Theoretische und methodische Beiträge zur Analyse der Situation seit 1990* (S. 38–63). Opladen: Westdeutscher Verlag
- Kreisky, Eva. (1992). Der Staat als ‚Männerbund‘. Der Versuch einer feministischen Staatssicht. In Elke Biester (Hrsg.), *Staat aus feministischer Sicht* (S. 53–62). Dokumentation des Workshops der Ad-Hoc-Gruppe „Politik und Geschlecht“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) anlässlich des 18. Wissenschaftlichen Kongresses der DVPW, Oktober 1991. Berlin: Universitätsdruckerei der Freien Universität Berlin
- Kreisky, Eva. (2004). Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In Sieglinde K. Rosenberger (Hrsg.), *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven* (S. 23–43.). Wien: WUV
- Lawless, Jennifer L. & Fox, Richard Logan. (2005). *It takes a candidate. Why women don't run for office*. Cambridge: Cambridge University Press
- Niedermayer, Oskar. (2005). *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen* (2., aktualisierte und erweiterte Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Patzelt, Werner J. (2000). „Seiteneinsteiger, Neulinge, Osis ...“: Die Integration ostdeutscher Abgeordneter in ‚gesamtdeutsche‘ Parlamente. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 3, 542–568
- Penrose, Virginia. (1995). „Ich sehe das anders---“ Machtverständnis parteipolitisch aktiver Frauen in Ost- und Westdeutschland. In Eva Maleck-Lewy (Hrsg.), *Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz* (S. 137–163). Berlin: edition sigma
- Roll, Evelyn. (2005). Ein Rollenmodell probt seine Rolle. *Süddeutsche Zeitung*, 22.11.2005
- Sarcinelli, Ulrich. (2009). *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System* (2., überarbeitete und erweiterte Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schäfer, Eva; Dietzsch, Ina & Drauschke, Petra. (Hrsg.). (2005). *Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse in Deutschland seit der Wende*. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Schöler-Macher, Bärbel. (1994). *Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten*. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag
- Schrutka-Rechtensamm, Heide. (1992). Alltag und Lebenslauf: Konzepte und Brüche. In Barbara Geiling-Maul (Hrsg.), *Frauenalltag. Weibliche Lebenskultur in beiden Teilen Deutschlands* (S. 15–23). Köln: Bund-Verlag
- Schumacher, Hajo. (2006). *Die zwölf Gesetze der Macht. Angela Merkels Erfolgsgeheimnisse*. München: Blessing
- Strauss, Anselm L. (1998). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung* (Unveränd. Nachdr. d. 2. Aufl.). München: Fink
- Weber, Ulla. (2000). Handlungskompetenzen für Frauen in der Politik. In Helga Foster (Hrsg.), *Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik* (S. 63–119). (2. Auflage). Herbolzheim: Centaurus Verlag

- Weege, Wilhelm. (2003). *Karrieren, Verhaltensmerkmale und Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten*. Berlin: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages
- Young, Iris Marion. (1995). Geschlecht als serielle Kollektivität: Frauen als soziales Kollektiv. In Katharina Pühl (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse und Politik* (S. 223–261). Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Young, Iris Marion. (2000). *Inclusion and democracy*. Oxford: Oxford University Press
- ZDWA. (2010). *Demografischer Wandel in Zahlen*. Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels. Zugriff am 22. Februar 2010 unter www.zdwa.de/cgi-bin/demo-data/index.plx

Zur Person

Annette Knaut, Dr. des., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau (Politikwissenschaft). Arbeitsschwerpunkte: Politik und Geschlecht, Politische Kommunikationsforschung, Parlamentarismusforschung, Repräsentationstheorien
Kontakt: Kaufhausgasse 9, 76829 Landau
E-Mail: knaut@uni-landau.de

Konvergenz oder Divergenz? Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Ost- und Westdeutschland

Zusammenfassung

Im vorliegenden Beitrag werden Einstellungsunterschiede zur Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen Ost- und Westdeutschland anhand der Daten des ALLBUS aus dem Jahr 2008 untersucht. Es werden Hypothesen zu den Effekten der Region, des Geschlechtes und der Religion auf die Ansichten zur Mutterrolle getestet. Die Ergebnisse zeigen, dass die modernen ostdeutschen Einstellungen zu Geschlechterrollen das Ende des Sozialismus überlebt haben und dass weiterhin Unterschiede diesbezüglich zwischen Ost- und Westdeutschland zu finden sind. Die Region ist die wichtigste Determinante, wenn es um die Frage geht, was die Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit bestimmt. Außerdem befürworten Frauen Müttererwerbstätigkeit eher als Männer. Der Einfluss der Religion ist negativ, das heißt, dass religiöse Personen sich für traditionale Geschlechterrollen aussprechen. Nach fast zwei Jahrzehnten der Wiedervereinigung gibt es innerhalb der Diskussion um die Position der Mutter noch immer keine innerdeutsche Angleichung der Einstellungen.

Schlüsselwörter

Ost-West-Unterschiede, Kulturelle Leitbilder, Einstellungen, Geschlechterrollen, Müttererwerbstätigkeit

Summary

Convergence or divergence? Attitudes towards the employment of mothers in East- and West-Germany

This article analyses differences between East and West Germany in attitudes towards the employment of mothers, using data from the 2008 ALLBUS. I test hypotheses about the effect of the region, gender and religion on attitudes towards the maternal role. The results show that the modern attitudes of East Germans towards gender roles survived the end of the socialism and that there are still differences between East and West Germany concerning this issue. Furthermore, women approve the employment of mothers more strongly than men do. There is a negative effect of religion, i. e. that religious people support traditional gender roles. After more than one decade of reunification there is still no consensus German position regarding the discussion of maternal role attitudes. Instead, the discussion continues.

Keywords

East-West differences, cultural models, attitudes, gender roles, employment of mothers

1 Einleitung

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerät zunehmend in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit. Vergleiche mit europäischen Nachbarstaaten wie Frankreich oder Schweden, die als Vorbilder für die Vereinbarkeit von Kind und Karriere dienen, sind allgegenwärtig. Im Zuge der Bildungsexpansion ist die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt in allen Industriestaaten angestiegen. Nicht selten müssen sich trotz der erzielten Fortschritte Frauen bei der Geburt eines Kindes zwischen Beruf und Familie entscheiden.

Zwar hat das Bundesfamilienministerium eine Reihe familienpolitischer Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft initiiert, dennoch bleibt das Problem aktuell bestehen. Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führt außerdem zu kontroversen Debatten, in deren Mittelpunkt häufig auch das Wohl des Kindes steht. Es zeigt sich, dass nicht nur die institutionellen Bedingungen die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern bestimmen, sondern auch die Einstellungen und Werte innerhalb einer Gesellschaft (Scheuer/Dittmann 2007).

Deutschland stellt einen besonderen Fall innerhalb Europas dar. Nach dem Zweiten Weltkrieg bewegten sich Ost- und Westdeutschland ideologisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch bei der Erwerbstätigkeit von Frauen in zwei völlig unterschiedliche Richtungen. Wurde in der DDR die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt forciert, so herrschte in der früheren BRD die traditionale, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vor, wonach der Mann allein für den Unterhalt der Familie aufkam und die Frau sich um Heim und Familie kümmerte. Die Erwerbsquoten von ostdeutschen Frauen erreichten internationale Spitzenwerte (Braun/Nowossadeck 1992: 127). Auch war die Erwerbstätigkeit von Müttern akzeptiert und wurde sowohl staatlich als auch individuell befürwortet und gefördert. In wenigen Punkten gingen die Einstellungen der DDR und BRD weiter auseinander als in der Diskussion um erwerbstätige Mütter. In Kontrast zueinander stehen die „ostdeutsche Mutti“, die Kind und Erwerbstätigkeit vereinte und dabei gesellschaftliche und materielle Unterstützung erhielt, und die westdeutsche „Rabemutter“, eine Bezeichnung, die berufstätige Mütter als egoistisch und karriereorientiert brandmarkte (Merkel 1994: 359).

Obwohl die Zahl erwerbstätiger ostdeutscher Frauen seit der Wiedervereinigung gesunken und die der westdeutschen Frauen gestiegen ist, haben sich die Abstände in der Erwerbsbeteiligung, insbesondere bei den Frauen mit Kindern, nur marginal verringert (vgl. z. B. Geisler/Kreyenfeld 2006). Die Erwerbsquoten von ostdeutschen Frauen mit Kindern haben sich trotz neuer sozialpolitischer Rahmenbedingungen nicht an das westdeutsche Erwerbsniveau angenähert. So gingen im Jahr 2002 51,7 % der ostdeutschen Mütter einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach, in Westdeutschland waren es hingegen nur 16,8 % (Geisler/Kreyenfeld 2006). Doch welchen Einfluss haben die Wiedervereinigung oder die Trennung davor heute noch auf die Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit?

Das Ziel dieses Beitrags ist es, empirisch der Frage nachzugehen, ob sich im Jahr 2008 Ost- und Westdeutschland weiterhin in ihren Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit bedeutend unterscheiden. Die folgenden Analysen basieren auf dem ALLBUS 2008 (Datenhandbuch ALLBUS 2008). Diese Daten sind für die vorliegende Fragestellung besonders geeignet, weil sie aufgrund ihrer Struktur repräsentative Aussagen sowohl für Gesamtdeutschland als auch getrennt für beide Teile Deutschlands ermöglichen.

2 Ost-West-Unterschiede in Ideologie, Politik und Struktur

Mithilfe des Rechtssystems, institutioneller Infrastruktur sowie der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik kann der Staat normativ auf Formen der Familie und der Arbeitsmärkte einwirken und diese in eine präferierte Richtung lenken. Politische Systeme, vor allem

in Verbindung mit einem umfassenden Propagandaapparat, wie er zum Beispiel in der DDR existierte, können die Erwerbstätigkeit von Frauen unterstützen oder behindern und die gesellschaftliche Akzeptanz oder Ablehnung beeinflussen (Merkel 1994: 367; Dannenbeck et al. 1995: 115f.). Die frühere BRD und DDR unterschieden sich deutlich bezüglich der Familien- und Arbeitsmarktpolitik, die jeweils eigene patriarchalische Strukturen¹ aufwiesen. Es standen sich die kulturellen Leitbilder des Sozialismus und des Kapitalismus gegenüber.² Im Zuge der Wiedervereinigung wurden die politischen, ökonomischen und gesetzlichen Institutionen und Strukturen der DDR durch das System der BRD ersetzt. Vor dem Hintergrund kongruenter institutioneller Rahmenbedingungen und in Anbetracht der negativen Entwicklung des Arbeitsmarktes nach der Wende wurde langfristig von einer Konvergenz des Erwerbsverhaltens ostdeutscher Frauen an westdeutsche Erwerbsmuster und Einstellungen ausgegangen (Geißler 2006; Rosenfeld et al. 2004). Dass die Anpassungshypothese nur bedingt zutrifft, zeigen bereits die Unterschiede in den Zahlen erwerbstätiger Frauen und Mütter in Ost- und Westdeutschland. Die bestehende Binnenvariation mag an den unterschiedlichen politischen Leitbildern, normativen Vorgaben und institutionellen Gegebenheiten in Bezug auf erwerbstätige Mütter vor der Wiedervereinigung liegen (Gerhard 1994; Alwin et al. 1992; Vogel 2000). Ein weiterer wichtiger Aspekt könnten die unterschiedlichen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Trotz der Reduzierung des Kinderbetreuungsangebots nach der Wende blieb der erwartete Zusammenbruch des ostdeutschen Betreuungssystems aus. Die Infrastruktur der Kinderbetreuung ist weiterhin um ein Vielfaches umfangreicher als in Westdeutschland. Im Jahr 2007 sind nur 8 % der unter 3-Jährigen in Westdeutschland öffentlich betreut worden, in Ostdeutschland waren es immerhin 39,7 % (DIJ Zahlenspiegel 2007).

In dieser Arbeit wird ein traditionales einem modernen Mutterrollenverständnis gegenübergestellt. Moderne Einstellungen bewerten die Erwerbstätigkeit von Müttern positiv. Hingegen werden Einstellungen als traditional bezeichnet, wenn Beruf und Familie als unvereinbar gelten und das klassische männliche Ernährermodell befürwortet wird.

2.1 Ostdeutschland

Im sozialistischen Regime wurde Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern angestrebt. Die Emanzipation und Beteiligung der Frauen am Produktionsprozess war in der sozialistischen Ideologie eine wichtige Voraussetzung für das Überleben des Sozialismus und die Befreiung der Frau aus der Abhängigkeit vom Mann (Bebel 1929). Jedoch wurde die Gleichberechtigung mit der Berufstätigkeit gleichgesetzt und nicht auf andere Bereiche übertragen.

Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und die damit verbundene Vereinbarkeit von Beruf und Familie war eine zentrale Zielvorstellung der DDR.³ Das sozia-

1 Ost- und Westdeutschland variierten in dem Ausmaß männlicher Vormachtstellung. Entscheidend dafür war der Einbezug der Frauen in den Produktionsprozess sowie die faktische Gleichstellung im Osten und die deklarierte Hausfrauenrolle im Westen Deutschlands.

2 Kapitalismus und Sozialismus sind politische Systeme, die sich auf eigene Leitbilder gründen und jeweils spezifische kulturelle Leitbilder (re-)produzieren.

3 Die ostdeutsche Emanzipation der Frauen hatte ideologische, politische und ökonomische Hintergründe (Peuckert 2002: 17).

listische Regime propagierte ein Frauenleitbild, wonach Frauen stetige Berufstätigkeit und die Erziehung mehrerer Kinder problemlos miteinander vereinbaren konnten (Gysi/Meyer 1993: 140). Um das Selbstverständnis der berufstätigen Mutter auf die Gesellschaft zu übertragen, waren, verkürzt formuliert, sämtliche politischen, institutionellen und öffentlichen Bereiche darauf ausgerichtet.

Zur Erlangung des Ziels fand Propaganda auf höchster Ebene statt. Die Verfassung, das Familiengesetzbuch und auch die Programme der SED proklamierten die Auflösung von Ungleichheiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Aufhebung des bloßen Hausfrauendaseins zur Entfaltung der Frauen (Nickel 1993: 233). Schon in der ersten Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 wurde die patriarchalische Struktur⁴ des BGB abgelöst und ersetzt. Es sollte Aufgabe des Gesetzes sein, Institutionen zu schaffen, die „es gewährleisten, dass die Frau ihre Aufgaben als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann“ (Verfassung der DDR, Art. 18 Abs. IV).

Obwohl 1989 91 % der Frauen und fast 92 % der Mütter (Sommerkorn/Liebsch 2002: 101) erwerbstätig waren und somit annähernd die gleiche Erwerbsquote wie Männer aufwiesen (Winkler 1991: 79), glückten die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur scheinbar. Zwar zeigte auch Ostdeutschland die charakteristischen Merkmale zunehmender Modernisierung, wie Inglehart (1997: 28ff.) sie definiert, vor allem durch den hohen Bürokratisierungsgrad. Dennoch stellt die Entwicklung moderner Einstellungen und Werte einen sozialistischen Sonderweg dar. Die Emanzipation der Frauen war eine von „oben“ auferlegte (Geißler 2006: 321). Basierend auf der sozialistischen Ideologie, wonach die Teilnahme am Produktionsprozess Recht und Pflicht zugleich ist, gab es für Frauen und Männer gleichermaßen keine Alternative zur Erwerbstätigkeit (Peuckert 2002: 237; Winkler 1991: 79). Die soziale Sicherung war für beide Geschlechter erwerbszentriert, während in der BRD die Absicherung der Frauen über ihren Ehemann erfolgte (Trappe 1995: 87). Frauen in der DDR erlangten aufgrund ihrer Einbindung in die Erwerbstätigkeit ökonomische Unabhängigkeit und veränderten somit ihren Status innerhalb der Familie von der Hausfrau zur Miternährerin (Vogel 2000: 10). Die Doppelrolle der Frau im Beruf und in der Familie muss jedoch aufgrund der Dreifachbelastung Familie, Haushalt und Beruf kritisch hinterfragt werden.

Es gab keinen gesellschaftlichen oder politischen Diskurs über die Notwendigkeit oder Umsetzung der Integration. Frauenbewegungen wie in Westdeutschland gab es nicht. Der Sozialismus wollte ein „kollektives Wir“ erschaffen. Individualität und Selbstverwirklichung, die postmaterialistische Werte kennzeichnen (vgl. Inglehart 1977), traten in den Hintergrund (Dölling 1993).

Das Regime der DDR zielte auf eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf und beschloss diesbezügliche sozialpolitische Maßnahmen. Familienpolitische Rahmenbedingungen sind wichtige Determinanten für Müttererwerbstätigkeit und die gesellschaftlichen Einstellungen dazu (Gomiltschak et al. 2000; Kreyenfeld 2004). Um einer rückläufigen Geburtenrate entgegenzuwirken, wurde in der DDR ab den 1970er Jahren

4 Das vorherige Familienrecht basierte auf dem Bürgerlichen Gesetzbuch aus dem Jahr 1900, welches zugrunde legte, dass die Entscheidungskompetenz in Familienangelegenheiten allein bei dem Mann liegt. Vor der Verfassungsreform konnte der Ehemann zudem in die Berufstätigkeit der Frau eingreifen (Limbach/Willutzki 2002: 7).

eine pronatalistische Bevölkerungspolitik gefördert. Insbesondere der Ausbau des Kinderbetreuungssystems, mit flexibler Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersklassen, gehörte dazu. Dies ist ein Beispiel progressiver sozialistischer Politik zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit. Sie war in einem Umfang ausgebaut, dass für jedes Kind, das betreut werden sollte, ein Platz zur Verfügung stand (Winkler 1991; Trappe 1995). Zudem war der Besuch der öffentlichen Kindertagesstätten bis auf eine geringe Verpflegungspauschale kostenlos.

2.2 Westdeutschland

In der BRD ist die Familienpolitik völlig konträr gestaltet worden. Nach 1945 unterstützte das politische System traditionelle Geschlechterrollen und verfestigte das kulturelle Leitbild der Hausfrau und Mutter und das des männlichen Versorgers. Trotz des Anstiegs des Frauenerwerbsanteils und des Wertewandels im Zuge der Bildungsexpansion war das kulturelle Leitbild der BRD durch eine andauernde klassische Aufgabenteilung gekennzeichnet. Die in der Industrialisierung erschaffene Trennung der Bereiche Öffentlichkeit/Arbeitsplatz und Privatheit/Familienleben sollte weiterhin Bestand haben. Ähnlich wie in der DDR wurden auch hier sämtliche Propagandawerkzeuge genutzt, um die Leitbilder der Hausfrau und des männlichen Familienernährers in der Gesellschaft zu verankern. Die Medien zeichnen ein Bild von Frauen, die zufrieden und glücklich ihrer Familie ein trautes Heim schufen (Cornelißen 1993). Sämtliche sozialpolitische Maßnahmen in den Bereichen der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, der Familienpolitik und vor allem des Steuersystems mit dem Ehegattensplitting unterstützten das kulturelle Leitbild und schufen negative Erwerbsanreize für Frauen.

In der westdeutschen Gesellschaft galt und gilt nach wie vor ein „kultureller Imperativ“, wonach Mütter zu ihren Kindern gehören (Sommerkorn/Liebsch 2002: 109). Obwohl die sozial- und familienpolitischen Maßnahmen negative Erwerbsanreize für Frauen schafften, kam es aufgrund des Wertewandels und der Anpassung an die ökonomischen Gegebenheiten⁵ zur Neuorientierung der Frauenpolitik und zum Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. 1989 lag der Anteil erwerbstätiger Frauen bei 58,6 % (Sommerkorn/Liebsch 2002: 112). Das Leitbild veränderte sich vom „male breadwinner model“ zur Hinzuverdienerehe und besteht bis heute. Die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit erfolgt über ein Sequenzmodell. Es propagiert eine diachrone Abfolge verschiedener Lebensbereiche (Lauterbach 1991: 23). Die Erwerbsbiografie von Frauen ist gekennzeichnet durch drei Phasen – Vollzeiterwerbstätigkeit, Unterbrechung nach der Geburt der Kinder, Wiedereinstieg mit Teilzeit (Peuckert 2002; Pfau-Effinger 2001). Dabei bleiben die geschlechtsspezifische Rollenverteilung und die Zuständigkeiten von Mann und Frau unangetastet. Der Aufgabenbereich der Frauen hat sich – wie bereits zuvor in der DDR – lediglich um die Berufsrolle erweitert (Vogel 2000: 8).

Der gesellschaftliche Diskurs über erwerbstätige Mütter ist aber weiterhin aktuell. Als besonders problematisch wird eine Vollzeiterwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Mutterschaft angesehen (Scheuer/Dittmann 2007). Mütter mit hohen beruflichen Ambitionen sehen sich mit dem Vorwurf der egoistischen Karrierefrau konfrontiert (Vinken 2001: 20).

5 Frauen profitierten von der Tertiärisierung des Arbeitsmarktes (Maier 1993).

Entsprechend den ideologischen Familien- und Geschlechterrollenleitbildern gestalteten sich die familienpolitischen Maßnahmen in der BRD und DDR unterschiedlich. In der BRD steht in Kinderbetreuungseinrichtungen die frühzeitige Förderung und Begünstigung gleicher Entwicklungsvoraussetzungen im Vordergrund und nicht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher war und ist diese aufgrund eines zu geringen Betreuungsangebots nur schwer zu bewältigen. Mit den Jahren erfolgte ein umfassender Ausbau der Kindergartenplätze, der allerdings bei Weitem nicht das Niveau der DDR erreichte. Außerdem beschränkt sich die Betreuung größtenteils auf vier Stunden am Vormittag. Die Anzahl der Betreuungsstunden ermöglicht kaum eine Teilzeiterwerbstätigkeit (Hank et al. 2003: 8).

2.3 Herleitung der Hypothesen

Zu den Leitideen der Sozialisation im sozialistischen Regime gehörten egalitäre Einstellungen zur Frauen- und Müttererwerbstätigkeit (Adler/Brayfield 1996). Als Instrument der staatlichen Sozialisation dienten unter anderem Medien, Schulen, Arbeitsplätze und übergreifende Gruppen wie politische Parteien. Diese wurden genutzt, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, die sozialistische Ideologie und deren Leitvorstellungen zu befürworten (Volgyes 1986). Es herrschte ein gesamtgesellschaftlicher Konsens über die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit (Sommerkorn/Liebsch 2002: 116). Müttererwerbstätigkeit war nicht bloß akzeptiert, sondern eine gesellschaftliche Norm. Der erhöhte Anteil an erwerbstätigen Müttern beeinflusste, neben und infolge der staatlichen Vorgabe, die Einstellungen zusätzlich positiv. Erwerbstätigkeit entwickelte sich zu einem Grundbedürfnis von Frauen. Sie sahen darin die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen und ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen. Durch die Erfahrung einer umfassenden Vollzeiterwerbstätigkeit der eigenen Mutter sind Frauen dahingehend sozialisiert worden, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich ist (Trape 1995: 215). Staatliche familienpolitische Maßnahmen ermöglichten und förderten diese Vereinbarkeit, insbesondere durch die umfassende Infrastruktur der außerhäuslichen Kinderbetreuung oder die monetären Anreize zur Familiengründung. Die sozialpolitischen Bemühungen der DDR, Frauen in den Produktionsprozess zu integrieren, führten zu einem Wandel. Die ostdeutsche Bevölkerung internalisierte die vorgegebenen formalen Gleichstellungswerte und entwickelte trotz der Probleme und Widersprüche moderne Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern.

Die ungebrochene Erwerbsneigung von Frauen mit Kindern in Ostdeutschland, auch bedingt durch die weiterhin umfassenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, lässt die Vermutung zu, dass die Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit ebenso unverändert sind. Außerdem belegen zahlreiche Studien und Analysen, dass die modernen ostdeutschen Einstellungen zur Frauen- und Müttererwerbstätigkeit überdauert haben und die Wiedervereinigung nicht zur Übernahme westlicher Einstellungen geführt hat (Adler/Brayfield 1996; Vogel 2000; Kreyenfeld 2004). Basierend auf diesen Argumenten lautet die erste Hypothese dieses Beitrags:

Es gibt weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit. Die Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung sind moderner als die der westdeutschen (H1).

Die Emanzipation in der BRD und DDR, so unterschiedlich ihre Entstehungsgeschichte auch sein mag, zielte in beiden Teilen Deutschlands lediglich auf die Erwerbstätigkeit ab. Die Einstellungen zu familiären Geschlechterrollen blieben weitestgehend unangestastet. In der DDR ging es um die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit und nicht um Elternschaft und Erwerbstätigkeit. Die größte Anzahl sozialpolitischer Maßnahmen war auf die Bedürfnisse von Müttern zugeschnitten und verfestigte somit traditionale Rollenansichten. Die klassische Aufgabenverteilung in der Familie löste sich nur graduell (Geißler 2006: 317). Die sozialistische Ideologie schuf zwar moderne Geschlechtereinstellungen in öffentlichen Lebensbereichen. Die Ansichten bezüglich privater Aufgabenverteilungen blieben dagegen resistent. Die traditionale Arbeitsteilung und Zuschreibung von Geschlechterrollen unterstützten die männliche Vormachtstellung. Trotz ungleicher Aufgabenverteilung im privaten Lebensbereich könnten Männer ihre Stellung als „Familienoberhaupt“ und Familienernährer durch Frauenerwerbstätigkeit gefährdet sehen. Außerdem vergrößert sich durch das Vordringen der Frauen auf den Arbeitsmarkt die Konkurrenzsituation. Wo vorher nur männliche Gegenspieler um Arbeitsplätze und Positionen kämpften, kommen plötzlich weibliche Kontrahenten hinzu. Dadurch wäre es möglich, dass Männer einer klassischen Rollenverteilung eher zustimmen, da sie sich zum einen in ihrer beruflichen Vormachtstellung bedroht fühlen und zum anderen diesbezüglich traditionalere Einstellungen besitzen. Frauen werden Müttererwerbstätigkeit positiver bewerten, um der Veränderung ihrer sozialen Position Nachdruck zu verleihen. Daher gilt folgende Hypothese 2:

Frauen besitzen modernere Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit als Männer (H2).

Der Prozess zunehmend modernerer Einstellungen zu Geschlechterrollen muss auch im Kontext der Säkularisierung betrachtet werden. Religion und religiöse Einrichtungen sind Bewahrer traditioneller Werte und Geschlechterordnungen. Die fehlende Einbindung in Kirchenverbände erleichtert sowohl die Durchsetzung moderner Werte als auch die Internalisierung durch die Gesellschaft (vgl. Kümmel 2006). Wilcox und Jelen (1991) fanden heraus, dass Religiosität die Haltung gegenüber Geschlechterrollen signifikant beeinflusst, da religiöse Individuen in der Regel traditionale Einstellungen unterstützen und somit egalitäre Geschlechterrollen zurückweisen. Konfessionslose vertreten hingegen moderne Ansichten (Wilcox/Jelen 1991). Sowohl die katholische als auch die protestantische Kirche unterstützen traditionale Vorstellungen zur Rolle der Frau und der geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung, gleichwohl mit unterschiedlicher Restriktivität. Mit steigender Modernisierung nimmt der Prozess der Individualisierung zu, in dessen Verlauf gesellschaftliche Traditionen und Institutionen immer weniger im Denken und Handeln präsent sind (van den Broek/Heunks 1994: 72). An ihre Stelle treten individuelle und persönliche Erfahrungen, die eine große Pluralität an Einstellungen und Lebensstilen hervorrufen. Religiöse Wertvorstellungen verlieren an Bedeutung, die zur Säkularisierung der Gesellschaft führen. Die repressive Kirchenpolitik der DDR verursachte einen hohen individuellen und gesellschaftlichen Säkularisierungsgrad. Im Jahr 1949 gehörten noch 91 % der Bevölkerung der evangelischen oder katholischen Kirche an. Ende 1989 waren es nur noch 21 % (Wohlrab-Sahr et al. 2005). In West-

deutschland ist der Anteil der Konfessionslosen mit 16 % viel geringer. 2008 gaben 26 % der Westdeutschen und etwa 58 % der Ostdeutschen an, nie in die Kirche zu gehen (Datenhandbuch ALLBUS 2008). Die westdeutsche Bevölkerung ist weitaus religiöser als die ostdeutsche. Die Abkehr von kirchlichen Normen schafft Raum für Ziele der Gleichberechtigung und Selbstverwirklichung, sodass die säkularisierende Politik der DDR die Modernisierung der Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit begünstigt haben könnte (vgl. Meulemann 1996). Die Religion dient als wichtige Kontrollvariable, wenn es um die Untersuchung eines Unterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland geht. Daher lautet die dritte Hypothese:

Je weniger religiös Individuen sind, desto größer ist die Akzeptanz des Modells erwerbstätiger Mütter (H3).

In Anlehnung an vorangegangene Studien, vor allem von Haller und Hoellinger (1994), werden vier weitere sozioökonomische Variablen auf ihre Erklärungskraft untersucht. Die AutorInnen sahen moderne Einstellungen zu Geschlechterrollen in Verbindung mit dem Individualismus, der sich aus dem Übergang zur postindustriellen Gesellschaft entwickelte, und der fortschreitenden Demokratisierung. Generell zeigt sich, dass mit zunehmendem Bildungsniveau Einstellungen moderner werden (Knudsen/Waerness 2001). Des Weiteren liefern vorangegangene Studien Belege dafür, dass jüngere Personen moderne Geschlechterrollen eher akzeptieren als Personen in einem hohen Alter (Vogel 2000; Haller/Hoellinger 1994; Adler/Brayfield 1996). Ebenso könnten die eigene Erwerbstätigkeit sowie die Konfessionszugehörigkeit bzw. Konfessionslosigkeit als Kontrollvariablen der Religiosität eine signifikante Rolle spielen. Für die vorliegenden Analysen wird daher der Einfluss der Individualmerkmale Alter, Erwerbstätigkeit, Konfession und Bildungsniveau ebenfalls kontrolliert.

3 Daten und Operationalisierungen

3.1 Datenbasis

Datengrundlage dieser Studie ist die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahr 2008 (ZA-Nr. 4600). Die Daten enthalten 3 469 Interviews privater Haushalte mit Befragten ab 18 Jahren. Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, SchülerInnen und Personen, die einen anderen als die vorgegebenen Schulabschlüsse besitzen, sind von der Analyse ausgeschlossen worden. Aufgrund der Selektion reduziert sich die Untersuchungsgrundgesamtheit auf 3 200 Fälle. Davon leben 2 155 (67,3 %) in Westdeutschland und 1 045 (32,7 %) in Ostdeutschland.⁶ Die fehlenden Werte sind als Missings definiert und bleiben im Datensatz enthalten. Aufgrund des ostdeutschen „oversamples“ werden alle Berechnungen mit gewichteten Daten durchgeführt. Hierfür wird das in dem Datensatz enthaltene Ost-West-Gewicht verwendet.

6 Unter Verwendung des Ost-West-Gewichtes sind es 2 550 (80,4 %) West- und 620 (19,6 %) Ostdeutsche. Die Fallzahl verringert sich auf 3 170 Personen.

3.2 Operationalisierungen

Als *abhängige* Variable dient ein additiver Einstellungsindex zur Müttererwerbstätigkeit. Es ist der Grad der Zustimmung oder Ablehnung traditionaler Auffassungen über die Mutterrolle. Zur Erfassung der Einstellungen werden aus dem Fragenkatalog des ALLBUS die drei abgebildeten Items⁷ verwendet.

„Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

1. Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.
2. Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.
3. Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.

Quelle: Datenhandbuch ALLBUS 2008 (ZA-Nr. 4600 DHB)

Die Antwortkategorien reichen von 0 bis 3 und wurden so kodiert, dass alle Ergebnisse der Items gleichgerichtet zu interpretieren sind.⁸ Dabei spiegelt ein hoher Wert moderne Auffassungen zur Müttererwerbstätigkeit wider und niedrige Werte gehen mit traditionellen Einstellungen einher.

Für die *unabhängigen* Variablen sind größtenteils 0-1-kodierte Dummyvariablen gebildet worden. Dazu gehören das Erhebungsgebiet (West/Ost), das Geschlecht (Mann/Frau), die Konfessionen (katholisch, protestantisch, konfessionslos), die Erwerbstätigkeit (erwerbslos/erwerbstätig), die jeweiligen Altersstufen (18–30, 31–45, 46–60, > 60) und letztlich die einzelnen Bildungsniveaus (niedrig, mittel, hoch). Die Variable der kirchlichen Integration, die Kirchengangshäufigkeit wurde auf einer Skala von 0 (nie) bis 5 (mehr als einmal in der Woche) gemessen. Sie gilt als aussagekräftiger Indikator für die christliche Glaubensvorstellung (Jagodzinski/Dobbeleare 1993: 88) und somit für die Religiosität. Wer religiös ist, wird aller Voraussicht nach häufig einen Gottesdienst besuchen. Nie beziehungsweise nur sehr selten werden nicht religiöse Personen an einem Gottesdienst teilnehmen. KatholikInnen gehen in der Regel etwas häufiger zum Gottesdienst als ProtestantInnen, was zu einer höheren Religiositätseinstufung der KatholikInnen führen könnte. Es ist wichtig hervorzuheben, dass es sich um ausschließlich traditionale, institutionalisierte Religiosität der ProtestantInnen und KatholikInnen handelt, da dies die vorherrschenden Religionen in Deutschland sind.

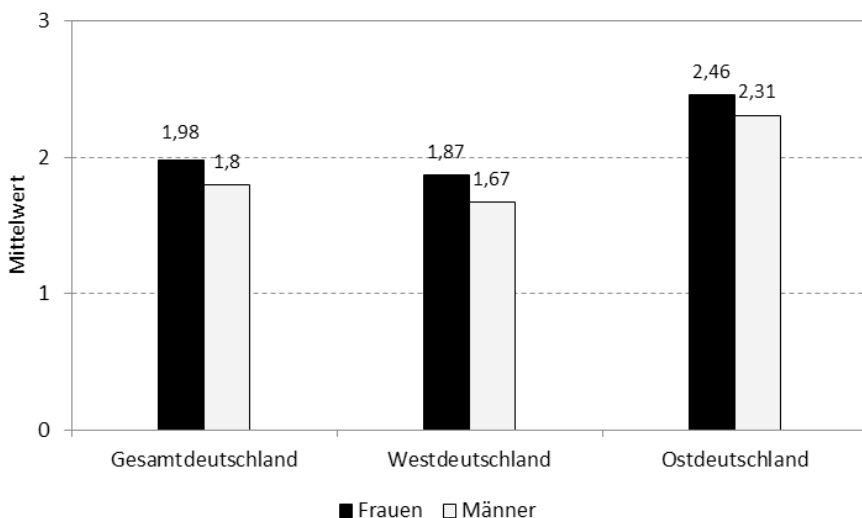
⁷ Vgl. Datenhandbuch ALLBUS 2008, v114, v116, v118.

⁸ Die Kategorisierung des Statements „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“ wird entsprechend der Interpretationskohärenz umgedreht. Der Zahlenwert 0 repräsentiert „volle Zustimmung“, 3 absolute Ablehnung.

4 Ergebnisse

In Abbildung 4.1 sind die Mittelwerte des Einstellungsindex nach Region und Geschlecht dokumentiert. Es zeigt sich, dass Männer jeweils traditionalere Einstellungen vertreten als Frauen. Die Männer in Ostdeutschland sind moderner eingestellt als die Frauen im Westen Deutschlands, was auf grundsätzliche Unterschiede zwischen den Regionen hinweist.

Abbildung 4.1: Mittelwerte des Einstellungsindex im Vergleich



Quelle: Datenhandbuch ALLBUS 2008; eigene Berechnungen, Daten für Gesamtdeutschland gewichtet

Durch ein stufenweises, multiples Regressionsmodell soll festgestellt werden, ob die beobachteten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland mit voneinander abweichenden Strukturen begründet werden können oder ob tatsächlich ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland besteht, der auch nach der Kontrolle theoretisch relevanter Individualmerkmale weiterhin existiert.

Tabelle 4.1 zeigt die Ergebnisse der einzelnen Regressionsmodelle. Im ersten Modell wurde einzig das Erhebungsgebiet in die Analyse eingefügt. So ist die Einstellung zur Müttererwerbstätigkeit in Ostdeutschland signifikant moderner als in Westdeutschland. Die Akzeptanz der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in Ostdeutschland ($\beta=0,323$) um ein Vielfaches höher. Die Hypothese 1, Ostdeutsche sind in ihren Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit moderner als Westdeutsche, kann aufgrund der vorliegenden Ergebnisse angenommen werden. Das Konzept der berufstätigen Mutter wird in Ostdeutschland nicht nur praktisch umgesetzt, sondern auch gesellschaftlich unterstützt. Allein der regionale Unterschied erklärt 10,4 % der Varianz zwischen den Befragten.

Tabelle 4.1: Ergebnisse der multiplen linearen Regression

Variable	Modell 1		Modell 2	
Ausprägung	B	β	B	β
Konstante	1,775		1,435	
Region				
(Ost)	,610***	,323	,503***	,266
Geschlecht				
(Frau)			,241***	,159
Alter				
18–30 Jahre °			,008	,004
31–45 Jahre				
46–60 Jahre			,010	,006
> 60 Jahre °			,025	,015
Bildung				
niedrig °				
mittel			,153***	,093
hoch			,287***	,173
Religiosität			-,048***	-,083
Konfession				
protestantisch			,064*	,040
katholisch °				
konfessionslos			,123**	,073
Erwerbstätigkeit				
(erwerbstätig)			,189***	,124
korrigiertes R ²	,104		,181	
N	3005		3005	

Anmerkungen: * $\alpha \leq 0,05$; ** $\alpha \leq 0,01$; *** $\alpha \leq 0,001$; ° = Referenzkategorie; angegeben sind unstandardisierte B- und standardisierte β -Koeffizienten

Quelle: Datenhandbuch ALLBUS 2008; eigene Berechnungen, gewichtet

Im zweiten Schritt werden alle soziodemografischen Individualmerkmale in die Analyse integriert (Modell 2). Die Koeffizienten dieser Variablen sind weitestgehend höchst signifikant und ihre Effekte zeigen in die vorhergesagte Richtung. Der starke und signifikante Einfluss des Erhebungsgebietes bleibt auch nach Einführung und damit unter Kontrolle aller weiteren unabhängigen Variablen bestehen. Lediglich die Stärke des Einflusses reduziert sich. Unter Kontrolle aller weiteren Variablen haben die Ostdeutschen auf der vierstufigen Skala für die Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit einen im Durchschnitt um 0,503 (B-Koeffizient) höheren Wert. Sie sind demnach in Bezug auf erwerbstätige Mütter moderner eingestellt als Westdeutsche.

Das Geschlecht hat, wie erwartet, einen signifikanten Einfluss auf die Einstellungen zur Arbeitsmarktpartizipation von Müttern. Frauen besitzen modernere Einstellungen als Männer ($\beta=0,159$). Sie unterstützen ihre eigene Bezugsgruppe und zeigen sich toleranter als Männer. Der Effekt des Geschlechts ist einer der stärksten im gesamten Modell. Hypothese 2 kann angenommen werden.

Der Koeffizient der Religiosität ist signifikant und der Effekt zeigt in die erwartete Richtung: Je religiöser eine Person ist, desto weniger akzeptiert sie die Berufstätigkeit von Müttern ($\beta=-0,083$). Religion stützt traditionale Familienmodelle und Geschlechterrollen (vgl. Wilcox/Jelen 1991; Wilcox 1991). Hypothese 3, wonach mit zunehmender Religiosität die Akzeptanz von Müttererwerbstätigkeit abnimmt, wird folglich bestätigt.

Es zeigt sich aber auch, dass trotz des Einbezugs des Kirchgangs die Region als Determinante signifikant bleibt. Ein höherer Anteil religiöser Individuen im Westen erklärt nicht allein die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland.

Gleiches gilt für die Konfessionen. Im Vergleich zu den KatholikInnen, die grundsätzlich als traditionellste der drei Gruppen gelten (Kümmel 2006), befürworten sowohl die ProtestantInnen ($\beta=0,040$) als auch die Konfessionslosen ($\beta=-0,073$) Müttererwerbstätigkeit positiver; die letztere Gruppe in einem höheren Ausmaß, was mit den Ergebnissen für die Religiosität übereinstimmt.

Das Alter hat überraschenderweise keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellung zur Berufsrolle der Mutter. Es hätte erwartet werden können, dass die Befürwortung erwerbstätiger Mütter mit zunehmendem Alter abnimmt. Jedoch besitzt keine der Altersstufen einen signifikanten Effekt.

Zusätzlich wurde der Einfluss des Bildungsniveaus geschätzt. Es zeigt sich, dass Bildung einen signifikant positiven Einfluss auf die Einstellung zur gleichzeitigen Ausübung von Beruf und Mutterrolle besitzt. Die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern liberalisieren sich mit steigender Bildung. AbiturientInnen beurteilen berufstätige Mütter am positivsten ($\beta=0,173$). Personen der niedrigsten Bildungsebene vertreten die traditionalsten Ansichten und befürworten die klassische Arbeitsteilung. Die geschlechtsspezifische Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre wird in bildungsfernen Schichten eher und vermehrt unterstützt.

Die eigene Berufstätigkeit beeinflusst die Einstellung zur Müttererwerbstätigkeit signifikant positiv. Die Erklärung liegt möglicherweise darin, dass berufstätige Personen zum einen das Bedürfnis nach ökonomischer Unabhängigkeit und zum anderen das gesteigerte Selbstwertgefühl durch Arbeit besser nachvollziehen können und das auch Müttern zugestehen. Oder aber erwerbslose Personen versuchen so ihren eigenen Lebensstil aufzuwerten. Das Gesamtregressionsmodell, welches alle betrachteten unabhängigen Variablen enthält, hat eine Erklärungskraft von 18,1 %. Das multiple lineare Regressionsmodell für Gesamtdeutschland verdeutlicht, dass ein signifikanter Unterschied zwischen den Einstellungen in Ost- und Westdeutschland besteht. Die Stärke des Effekts des unterschiedlichen Erhebungsgebietes nimmt auch unter Hinzuziehung aller weiteren Kontrollvariablen nur in geringem Umfang ab. Selbst 18 Jahre nach der Wiedervereinigung scheint der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland die wichtigste Determinante für die Binnenvariation der Akzeptanz oder Ablehnung erwerbstätiger Mütter zu sein. Das Ergebnis bestätigt die in Abhängigkeit der historisch-kulturellen Leitbilder abgeleitete Hypothese, dass Ostdeutsche modernere Auffassungen zur Müttererwerbstätigkeit besitzen als die Bevölkerung der alten Bundesländer. Außerdem unterstützen die Befunde die Ansätze der Wohlfahrtsforschung, die von einer Verbindung zwischen der Förderung weiblicher Arbeitsmarktpartizipation und positiven Einstellungen diesbezüglich ausgehen (vgl. Pfau-Effinger 2000).

Im nächsten Schritt wird untersucht, ob sich die unabhängigen Variablen in der Stärke und Richtung ihres Einflusses in Abhängigkeit von der regionalen Zugehörigkeit der Befragten unterscheiden. Diese Analyse wird durchgeführt, um die vermutete Differenz in den Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit genauer zu analysieren. Wie aus Tabelle 4.2 ersichtlich wird, bestätigt sich diese Vermutung nicht. Sowohl Ost- als auch Westdeutschland sind durch ein heterogenes Einstellungsmuster gekennzeichnet.

In beiden Regionen besitzen das Geschlecht, die Bildung und Religiosität sowie die Erwerbstätigkeit einen Einfluss auf die Einstellungen zu erwerbstätigen Müttern.

Tabelle 4.2: Multiples Regressionsmodell für Ost- und Westdeutschland

Variable	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	B	β	B	β
Ausprägung				
Konstante	1,385		2,038	
Geschlecht				
(Frau)	,257***	,172	,172***	,146
Alter				
18–30 Jahre	,051	,025	-,151*	-,092
31–45 Jahre °				
46–60 Jahre	-,001	-,000	,069	,053
> 60 Jahre	,012	,008	,074	,060
Bildung				
niedrig °				
mittel	,176***	,105	,042	,035
hoch	,317***	,195	,121*	,090
Religiosität	-,042**	-,073	-,063**	-,102
Konfession				
protestantisch	,062	,040	,147	,099
katholisch °				
konfessionslos	,126*	,062	,189	,138
Erwerbstätigkeit				
(erwerbstätig)	,219***	,146	,111*	,094
korrigiertes R ²	,099		,048	
N	2030		1016	

Anmerkungen: * $\alpha \leq 0,05$; ** $\alpha \leq 0,01$; *** $\alpha \leq 0,001$; ° = Referenzkategorie; angegeben sind unstandardisierte B- und standardisierte β -Koeffizienten

Quelle: Datenhandbuch ALLBUS 2008; eigene Berechnungen; ungewichtet

In Westdeutschland unterscheiden sich weiterhin die KatholikInnen von den Konfessionslosen. In Ostdeutschland ist die jüngste Altersgruppe im Vergleich zu den 31- bis 45-Jährigen traditionaler. Es scheint, als würde sich das homogene ostdeutsche Bild früherer Studien (vgl. Scheuer/Dittmann 2007) langsam auflösen und Müttererwerbstätigkeit sich zu einem gesellschaftlichen Thema mit Diskussionspotenzial entwickeln. Die gleichsam internalisierte Akzeptanz innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung bezüglich des Selbstverständnisses erwerbstätiger Mütter findet sich zumindest im Jahr 2008 nicht mehr im bekannten Maße.

Der Einfluss der Religiosität ist in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland. Das war aufgrund der vorangeschrittenen Säkularisierung nicht zu erwarten. Möglicherweise sind die Personen, die trotz der repressiven Kirchenpolitik des sozialistischen Systems ihren Glauben nicht aufgaben, besonders eng mit der Kirche verbunden. Der Widerstand gegen den vorgegebenen Atheismus könnte die Stärke der Religiosität der gläubigen Ostdeutschen intensiviert haben. In Westdeutschland ist die Säkularisierung ein inneliegender Prozess der Modernisierung und des Wertewandels.

In Westdeutschland können die unabhängigen Variablen 9,9 % der Varianz zwischen den Befragten erklären. In Ostdeutschland beträgt der Anteil nur 4,8 %. Die Be-

trachtung der getrennten Modelle zeigt, dass sich beide Teile Deutschlands in Bezug auf die Einflussfaktoren relativ ähnlich sind, lediglich die Einflussstärke variiert.

5 Zusammenfassung

Das Ziel dieser Studie war es herauszufinden, ob und inwieweit im Jahr 2008 noch Unterschiede in den Einstellungen zur Berufstätigkeit von Müttern in Ost- und Westdeutschland vorhanden waren. Es wurden drei Hypothesen hinsichtlich des Einflusses auf diese Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit getestet. Verallgemeinert lässt sich sagen, dass weiterhin divergente Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Demnach hat die ostdeutsche Bevölkerung gegenüber erwerbstätigen Müttern deutlich modernere Einstellungen als die westdeutsche. Noch immer wird dort mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Die Übernahme sämtlicher westdeutscher Gesetze, Strukturen und Institutionen führte in Ostdeutschland nicht zu traditionellen Einstellungen. Es scheint, als hätte das Ideal der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Wende überdauert, wenn auch mit einem heterogeneren Bild der Befürwortung als einige Jahre zuvor.

Die Ergebnisse verdeutlichen die Einflussstärke des regionalen Faktors. Über die Hälfte der Varianzaufklärung des Gesamtmodells geht bei optimistischer Schätzung auf die Ost-West-Variable zurück. Damit erklärt der regionale Unterschied mehr Varianz als die anderen Individualmerkmale zusammen. Die Wiedervereinigung hat zu keiner entscheidenden Annäherung in den Einstellungen geführt. Einer der wesentlichen Gründe ist sicherlich die Kinderbetreuungssituation (Hank et al. 2003; Geisler/Kreyenfeld 2006). Trotz der Kürzungen im Betreuungsbereich ist die Versorgungsquote in Ostdeutschland weiterhin viel höher als in Westdeutschland. Grund dafür dürften der starke Geburtenrückgang im Zuge der Wiedervereinigung, die Massenabwanderung in den Westen und die, trotz aller Sparzwänge, fortwährende Zahlungsbereitschaft der Kommunen sein. Die strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen stellen wichtige Einflussfaktoren der Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit dar. Zudem sind selbst die jüngeren Kohorten in Ostdeutschland im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sozialisiert worden. Des Weiteren erfahren sie, dass Kinder außer Haus betreuen zu lassen deutlich leichter ist als in Westdeutschland. Über weitere Gründe kann nur spekuliert werden. Die Befürwortung erwerbstätiger Mütter könnte aus der Verteidigung ostdeutscher Werte resultieren (Banaszak 2006). Die Bevölkerung verdeutlicht, dass sie sich den Gleichstellungsvorsprung nicht nehmen lassen möchte. Dies könnte als Gegenreaktion zur Eingliederung in das westdeutsche System gesehen werden.

Wie erwartet, bewerten Frauen Müttererwerbstätigkeit positiver als Männer. Sie sind sicherlich daran interessiert, die Investitionen in ihre Ausbildung nicht zu verlieren, sich selbst zu verwirklichen und durch Erwerbstätigkeit ökonomische Eigenständigkeit zu erlangen. Durch die Bildungsexpansion erweiterten sich die Möglichkeiten für Frauen, die diese auch wahrnehmen möchten. Männer profitieren von den sequenziellen Erwerbsbiografien der Frauen, die eine vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation bedingen. Es ist weiterhin das Leben der Frauen, das sich durch die neuen Gege-

benheiten und Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit ändert. So liegt es nahe, dass sie ihre Vorstellungen diesbezüglich anpassen (Braun et al. 1994).

Religiöse Wertvorstellungen reproduzieren die traditionale Arbeitsteilung (vgl. Kümmel 2006). Somit ist es nicht verwunderlich, dass religiösere Menschen traditionellere Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vertreten. Es gibt aber Unterschiede in den Konfessionen. ProtestantInnen und Konfessionslose stehen der Erwerbstätigkeit von Müttern positiver gegenüber als KatholikInnen. Der Unterschied zu den Konfessionslosen ist wie erwartet am höchsten. Steht die protestantische Kirche der Veränderung von Geschlechterrollen zu Teilen relativ offen gegenüber, so findet die Frau nach Auffassung der katholischen Kirche weiterhin ihre Erfüllung in der Rolle der Mutter (Papst Johannes Paul II. 1988: 34).

Ein hohes Bildungsniveau beeinflusst die Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit positiv. Je höher das Bildungsniveau, desto eher wird die Erwerbstätigkeit von Müttern akzeptiert und befürwortet. Dabei steht weniger die ökonomische Absicherung im Vordergrund als vielmehr die gleichberechtigten Chancen zwischen den Geschlechtern und die Förderung der Selbstverwirklichung. Zudem unterstützen erwerbstätige Personen Müttererwerbstätigkeit eher als erwerbslose, was eventuell an den jeweiligen Erfahrungen und Lebensstilen liegt. Das Alter ist die einzige Variable, die keinen signifikanten Einfluss zeigt.

Die Varianzaufklärung des Modells ist eher moderat. Das verdeutlicht, dass zusätzliche Determinanten zu den Einstellungen bezüglich erwerbstätiger Mütter vorhanden sein müssen. Eine Möglichkeit der Weiterentwicklung bestünde darin, die Kinderbetreuungsquoten und den zeitlichen Umfang der Betreuung in die Analysen mit einzu beziehen.

Die Analyse zeigt, dass es nicht, wie von vielen prophezeit, zur Übernahme westdeutscher Werte und zur Angleichung der Einstellungen kam. Es scheint, als hätten gewisse Einstellungsdeterminanten wie Sozialisationseffekte oder markante familienpolitische Rahmenbedingungen den Umbruch infolge der Wende überdauert. Die Unterschiede in den kulturellen Leitbildern zur Müttererwerbstätigkeit, die sich während der Trennung herausbildeten, sind weiterhin vorhanden. Außerdem verdeutlicht die Darstellung, dass familienpolitische Leistungen einen immensen Einfluss auf die Entscheidung für die Familien- und Berufstätigkeit haben.

Literaturverzeichnis

- Adler, Marina A. & Brayfield, April. (1996). East-West Differences in Attitudes About Employment and Family in Germany. *The Sociological Quarterly*, 37 (2), 245–260
- Alwin, Duane F.; Braun, Michael & Scott, Jacqueline. (1992). The Separation of Work and the Family: Attitudes Towards Women's Labour-Force Participation in Germany, Great Britain, and the United States. *European Sociological Review*, 8 (1), 13–37
- Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. (1949). *Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*. Dresden: Landesdruckerei Sachsen
- Banaszak, Lee Ann. (2006). The Gendering State and Citizens' Attitudes toward Women's Roles: State Policy, Employment, and Religion in Germany. *Politics & Gender*, 2 (1), 29–55
- Bebel, August. (1929). *Die Frau im Sozialismus*. Berlin: Dietz

- Braun, Michael & Nowossadeck, Sabine. (1992). Einstellungen zur Familie und zur Rolle der Frau. In Peter Ph. Mohler & Wolfgang Bandilla (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 2. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West* (S. 127–140). Opladen: Westdeutscher Verlag
- Braun, Michael; Alwin, Duane F. & Scott, Jacqueline. (1994). Wandel der Einstellungen zur Rolle der Frau in Deutschland und der Vereinigten Staaten. In Michael Braun & Peter Ph. Mohler (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger* (S. 151–173). Opladen: Westdeutscher Verlag
- Cornelißen, Waltraud. (1993). Traditionelle Rollenmuster – Frauen- und Männerbilder in den westdeutschen Medien. In Gisela Helwig & Hildegard M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945–1992* (S. 53–69). Berlin: Akademie Verlag
- Dannenbeck, Clemens; Keiser, Sarina & Rosendorfer, Tatjana. (1995). Familienalltag in den alten und neuen Bundesländern – Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In Bernhard Nauck, Norbert F. Schneider & Angelika Tölke (Hrsg.), *Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch* (S. 103–118). Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag
- Datenhandbuch ALLBUS 2008. ZA-Nr. 4600. Köln
- DJI Zahlenspiegel. (2007). *Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik*. Zugriff am 3. Juli 2010 unter www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/Zahlen-spiegel2007,property=pdf,bereich=sprache=de,rwb=true.pdf
- Dölling, Irene. (1993). Gespaltenes Bewusstsein – Frauen- und Männerbilder in der DDR. In Gisela Helwig & Hildegard M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945–1992* (S. 23–52). Berlin: Akademie Verlag
- Geisler, Esther & Kreyenfeld, Michaela. (2006). Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. Eine Analyse mit den Mikrozensen 1991–2000. *Zeitschrift für Familienforschung*, 13 (3), 333–360
- Geißler, Rainer. (2006). *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung* (4. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Gerhard, Ute. (1994). Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR. In Hartmut Kaelbe, Jürgen Kocka & Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR* (S. 383–403). Stuttgart: Klett-Cotta
- Gomilshchak, Martin; Haller, Max & Höllinger, Franz. (2000). Weibliche Erwerbstätigkeit und Einstellungen zur Rolle von Frauen. Ein Vergleich zwischen 20 Ländern. *Österreichische Zeitung für Soziologie*, 25 (3), 65–77
- Gysi, Jutta & Meyer, Dagmar. (1993). Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe. In Gisela Helwig & Hildegard M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945–1992* (S. 139–165). Berlin: Akademie Verlag
- Haller, Max & Höllinger, Franz. (1994). Female Employment and the Change of Gender Roles: The Conflictual Relationship Between Participation and Attitudes in International Comparison. *International Sociology*, 9 (1), 87–112
- Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela & Spieß, Katharina. (2003). *Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland*. MPIDR Working Paper WP 2003-002. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung
- Inglehart, Ronald. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton, New Jersey: University Press
- Inglehart, Ronald. (1997). *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton, New Jersey: University Press
- Jagodzinski, Wolfgang & Dobbeleare, Karel. (1993). Der Wandel kirchlicher Religiosität in Westeuropa. In Jörg Bergmann, Alois Hahn & Thomas Luckmann (Hrsg.), *Religion und Kultur*. Sonderheft 33 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (S. 68–92). Opladen: Westdeutscher Verlag

- Knudsen, Knud & Waerness, Kari. (2001). National Context, Individual Characteristics and Attitudes on Mothers' Employment: A Comparative Analysis of Great Britain, Sweden and Norway. *Acta Sociologica*, 44 (1), 67–79
- Kreyenfeld, Michaela. (2004). *Sozialstruktur und Kinderbetreuung*. MPIDR Working Paper WP 2004-009. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung
- Kümmel, Insa. (2006). *Besteht ein Zusammenhang zwischen Religiosität und der Einstellung zu Geschlechterrollen?* Unveröffentlichte Magisterarbeit. Köln
- Lauterbach, Wolfgang. (1991). Erwerbsmuster von Frauen. Entwicklungen und Veränderungen seit Beginn dieses Jahrhunderts. In Karl U. Mayer, Jutta Allmendinger & Johannes Huinink (Hrsg.), *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie* (S. 23–56). Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag
- Limbach, Jutta & Willutzki, Siegfried. (2002). Die Entwicklung des Familienrechts seit 1949. In Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. Eine zeitgeschichtliche Analyse* (S. 7–43). Stuttgart: Lucius & Lucius
- Maier, Friederike. (1993). Zwischen Arbeit und Familie. Frauenarbeit in den alten Bundesländern. In Gisela Helwig & Hildegard M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945–1992* (S. 257–280). Berlin: Akademie Verlag
- Merkel, Ina. (1994). Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR. In Hartmut Kaelbe, Jürgen Kocka & Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR* (S. 359–382). Stuttgart: Klett-Cotta
- Meulemann, Heiner. (1996). *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*. Weinheim: Juventa Verlag
- Nickel, Hildegard M. (1993). Mitgestalterin des Sozialismus – Frauenarbeit in der DDR. In Gisela Helwig & Hildegard M. Nickel (Hrsg.), *Frauen in Deutschland 1945–1992* (S. 233–255). Berlin: Akademie Verlag
- Papst Johannes Paul II. (1988). *Apostolisches Schreiben: Mulieris Dignitatem*. Rom: Libreria Editrice Vaticana
- Peuckert, Rüdiger. (2002). *Familienformen im sozialen Wandel*. Opladen: Leske + Budrich
- Pfau-Effinger, Birgit. (2000). *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa*. Opladen: Leske + Budrich
- Pfau-Effinger, Birgit. (2001). Wandel wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitiken im soziokulturellen Kontext. In Bettina Heintz (Hrsg.), *Geschlechtersoziologie*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 41, 487–511
- Rosenfeld, Rachel A.; Trappe, Heike & Gornick, Janet G. (2004). Gender and Work in Germany: Before and After Reunification. *Annual Review of Sociology*, 30, 103–124
- Scheuer, Angelika & Dittmann, Jörg. (2007). Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. *ISI*, 38, 1–5
- Sommerkorn, Ingrid N. & Liebsch, Katharina. (2002). Erwerbstätige Mütter zwischen Beruf und Familie: Mehr Kontinuität als Wandel. In Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland* (S. 99–130). Stuttgart: Lucius & Lucius
- Trappe, Heike. (1995). *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin: Akademie Verlag
- Van den Broek, Andries & Heunks, Felix. (1994). Political Culture. Patterns of Political Orientations and Behaviour. In Peter Ester, Loek Halman & Ruud de Moor (Hrsg.), *The Individualizing Society* (S. 67–96). Tilburg: Tilburg University Press
- Vinken, Barbara. (2001). *Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos*. München: Piper
- Vogel, Claudia. (2000). *Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien*. Zugriff am 15. Februar 2010 unter <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2007/1278/>
- Volgyes, Ivan. (1986). *Politics in Eastern Europe*. Chicago: Dorsey Press

- Wilcox, Clyde. (1991). The Causes and Consequences of Feminist Consciousness Among Western European Women. *Comparative Political Studies*, 23 (4), 519–545
- Wilcox, Clyde & Jelen, Ted G. (1991). The Effects of Employment and Religion on Women's Feminist Attitudes. *The International Journal for the Psychology of Religion*, 1 (3), 161–171
- Winkler, Gunnar. (1991). *Frauenreport '90*. Berlin: Verlag für die Deutsche Wirtschaft
- Wohlrab-Sahr, Monika; Karstein, Uta; Punken, Mirko & Schmidt-Lux, Thomas. (2005). *Generationswandel als religiöser und weltanschaulicher Wandel: Das Beispiel Ostdeutschland*. Zugriff am 10. März 2009 unter http://fowid.de/fileadmin/textarchiv/Generationenwandel_-_Das_Beispiel_Ostdeutschland.pdf

Zur Person

Stefanie Wenzel, Dipl.-Soz., wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrkraft für besondere Aufgaben im Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln. Arbeitsschwerpunkte: Einstellungen, Normen und Werte, Familiensoziologie, Partnerschaft

Kontakt: Universität zu Köln, Seminar für Soziologie, Greinstr. 2, 50939 Köln

E-Mail: wenzel@wiso.uni-koeln.de

Edeltraud Hanappi-Egger, Anett Hermann, Roswitha Hofmann

Mikrokredite für Frauen: Instrument zur Akkumulation von symbolischem Kapital?! Empowermentmaßnahmen als Basis für genderspezifischen sozialen Wandel am Beispiel des Mikrokreditsektors in Mittelägypten

Zusammenfassung

Im vorliegenden Beitrag wird die Möglichkeit diskutiert, genderspezifischen sozialen Wandel in Schwellen- und Entwicklungsländern über Mikrokreditvergabesysteme anzustoßen. Anhand einer in Mittelägypten durchgeführten Studie mit mehrfach diskriminierten Frauen wird gezeigt, wie Mikrokredite die Akkumulation nicht nur von ökonomischem, sondern vor allem auch von kulturellem und sozialem Kapital im Bourdieu'schen Sinne unterstützen können. Wenn in diesem Kontext eine Veränderung des symbolischen Kapitals gelingt, kann dies zu neuen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata der Beteiligten und zu Strukturveränderungen auf der Makroebene führen. Die theoretische Modellierung von genderspezifischem sozialem Wandel erfolgt in diesem Artikel entlang empirischer Daten, die von den Autorinnen in Mittelägypten erhoben wurden.

Schlüsselwörter

Empowerment, Mikrokredite, Sozialer Wandel, Symbolisches Kapital, Entwicklungsländer

Summary

Micro credits for Women: Instruments for accumulating symbolic capital?!
Empowerment measures as a basis for a gender specific change using the example of the micro credit sector in Middle Egypt

In this paper the authors will discuss the possibilities of triggering gender specific social changes in newly industrialized and developing countries by micro-loans based on a study conducted in Middle Egypt which dealt with women facing multiple discriminations. As shown by the presented empirical results, micro-loans as part of empowerment measures can support women accumulating economic and particularly cultural and social capital according to Bourdieu's conceptualisation. By initiating those developments, symbolic capital represented by the participants' schemes of perceiving, thinking and acting is also changing. It might also cause structural changes on a macro level. Empirical data acquired by the authors in Middle Egypt form the basis for modeling social changes on different levels.

Keywords

Empowerment, Micro credits, social changes, symbolic capital, developing countries

1 Einleitung

Mikrokredite als entwicklungspolitische Instrumente sind seit dem Internationalen Jahr der Mikrokredite 2005 und der Vergabe des Friedens-Nobelpreises an Muhammad Yunus 2006 ein viel und oft auch kontrovers diskutiertes Thema. Generell ist zu beobachten, dass sie im Rahmen unterschiedlicher Systemlogiken vergeben werden. Unterschiedlich sind auch die Ziele der MikrokreditgeberInnen, die von ihnen vorgegebenen Vergabe- und Rückzahlungsbedingungen und die Bedürfnisse und Möglichkeiten der MikrokreditnehmerInnen. Eine der gängigsten Unterscheidungen von Mikrokreditsystemen in der Literatur (Hanappi-Egger/Hermann/Hofmann 2008: 32f.) ist jene zwischen dem „poverty reduction approach“ und dem „financial systems approach“. Beim „poverty reduction approach“ steht die Reduzierung der Armut im Vordergrund der Vergabeaktivitäten. Institutionen, die mit diesem Ansatz arbeiten, nutzen im Sinne der Reduktion von Armut unter anderem staatliche Subventionen, um die Kreditzinsen niedrig zu halten. Beim „financial systems approach“ hingegen werden Mikrokredite und Dienstleistungen jenen Zielgruppen angeboten, die bereits eine wirtschaftliche Basis (wie z. B. ein Stück Land) besitzen (Robinson 2001: 7ff.). Je nach Zielsetzung sind folglich auch die Wirkungsweisen der Mikrokreditvergabe im Mikro-, Meso- und Makrobereich unterschiedlich.

Auf geschlechterpolitischer Ebene ist die Diskussion über Mikrokredite eng mit der Diskussion um das Empowerment von Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern verbunden. Dabei verweist Mayoux (2007: 4f.) auf unterschiedliche Ebenen von Empowerment: persönliches, ökonomisches, soziales und politisches Empowerment. Von BefürworterInnen werden Mikrokredite als entwicklungspolitisches Konzept betrachtet, das soziale, politische und ökonomische Entscheidungs- und Verfügungsmacht von Frauen herstellen und sichern soll (Mahmud 2003). Sie haben also aus dieser Perspektive auf unterschiedliche Ebenen des Empowerments Einfluss. Durch die Verfügbarkeit über ein eigenes Einkommen können Frauen, wie in der Folge gezeigt wird, nicht nur ihr ökonomisches, sondern auch ihr persönliches und soziales Empowerment vorantreiben. Denn häufig profitieren nicht nur die Mikrokreditnehmerinnen selbst, sondern (wenn vorhanden) auch ihre Kinder, der Ehemann und andere Familienangehörige von der Mikrokreditvergabe. Der Einsatz von Mikrokrediten als Instrument des Empowerments von Frauen zielt aus geschlechterpolitischer Perspektive daher nicht nur auf die Verbesserung der individuellen ökonomischen Situation von Frauen ab, sondern im Sinne eines erweiterten Empowerment-Verständnisses ebenfalls auf einen geschlechterspezifischen sozialen Wandel, der sich aus einer veränderten Positionierung der Mikrokreditnehmerinnen in ihrem sozialen Kontext ergeben kann. Durch den Fokus auf sozialen Wandel wird die Bedeutung von Geschlecht als kulturell gebundenes Strukturmerkmal von Gesellschaften, entlang dessen Hierarchisierungen und Arbeitsteilung organisiert werden, im Zusammenhang mit der Vergabe von Mikrokrediten greifbar (Acker 1992; Frerichs 2000: 37). Durch kulturell und geschlechtsspezifisch festgelegte Rollen- und Verhaltensmechanismen kommt es in den meisten Gesellschaften über den Ausschluss aus Machtsphären, die Einschränkung in Aneignungs- und Anerkennungsverhältnissen und die Erfahrung von Entwertung in unterschiedlicher Intensität zu einer mehrfachen Vergesellschaftung von Frauen (Frerichs/Steinrücke 1994; Becker-Schmidt 2003). Mikrokredite können dabei einen Anstoß zu Veränderungen geben.

Im vorliegenden Artikel wird eine Untersuchung der Effekte von Mikrokrediten unter besonderer Berücksichtigung von spezifischen kulturellen Geschlechterkonstruktionen präsentiert. Die theoretische Basis dafür bietet die Sozialtheorie Pierre Bourdieus (1982; 1997), die sich in mehrfacher Hinsicht als Analyserahmen eignet: Zum einen erlaubt sie die Beschreibung von Hierarchisierungsprozessen innerhalb unterer sozialer Klassen im sozialen Raum sowie deren spezifische Ein- und Ausschlussmechanismen. Zum anderen rahmt sie die Positionierung von Frauen und deren Handlungsoptionen innerhalb des Untersuchungsfeldes ein. Anhand der Bourdieu'schen Sozialtheorie können zwei Aspekte identifiziert werden: der Einfluss von Entwicklungsmaßnahmen in Form von bestimmten Mikrokrediten als Irritation des Systems und die Akkumulation von symbolischem Kapital als Treiber zur Veränderung starrer Strukturen und enger Grenzen.

Im Rahmen des Beitrags wird der Frage nachgegangen, wie über das entwicklungspolitische Instrument der Mikrokreditvergabe an Frauen die Akkumulation von ökonomischem, kulturellem, sozialem und letztendlich symbolischem Kapital auf einer Mikro-, Meso- und Makroebene erfolgen kann. Ziel ist es zu zeigen, unter welchen Bedingungen Mikrokredite als Empowerment-Maßnahme über die Veränderungen in Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata zu einem genderspezifischen sozialen Wandel führen können. Zu diesem Zweck werden im nächsten Abschnitt kurz die wichtigsten Konzepte der Sozialtheorie Pierre Bourdieus vorgestellt. Nach der Skizzierung der Forschungsarbeiten erfolgt anhand ausgewählter empirischer Ergebnisse die Modellierung des geschlechtsspezifischen sozialen Wandels am Beispiel der unterschiedlichen Ebenen von Empowerment. Abschließend werden Mikrokreditsysteme als Instrument zur Initiierung von genderspezifischem sozialem Wandel in Schwellen- und Entwicklungsländern diskutiert.

2 Zentrale Konzepte der Sozialtheorie Pierre Bourdieus

Der Bourdieu'sche Begriff der sozialen Klasse ist aus Geschlechterperspektive aus mehreren Gründen überaus hilfreich für die Betrachtung von Handlungsmöglichkeiten von Frauen und Männern. Die Bestimmung der sozialen Klasse ist abhängig von der Stellung einer Person innerhalb einer gesellschaftlichen Struktur. Die Individuen innerhalb einer Klasse treten in symbolische Beziehung zueinander (absichtlich oder unbewusst) und kreieren signifikante Unterscheidungsmerkmale – auch in Form von Ein- und Ausschlussprozessen innerhalb ihrer Klasse –, die aus einem System von Handlungen und Signalelementen bestehen. In diesem Sinne konstituieren sie damit ihre eigene Stellung (Bourdieu 1997: 58). Die Orientierung erfolgt innerhalb der spezifischen Gruppe, die kulturell durch bestimmte Riten, Anschauungen und Normen geprägt ist. Klassifikationsschemata sind somit über diese spezifischen Interdependenzbeziehungen immer kollektiv. Das zeigt sich z. B. in der Stellung der Frauen bzw. der Männer innerhalb ihrer sozialen Klasse und weiterführend in einem spezifischen gesellschaftlichen System.

Bourdieu (1997: 72f.) beschreibt als Kriterium der Hierarchisierung unterer Klassen – hier als relevante Bezugsgruppe betrachtet – die Unterscheidung nach ökonomischem Kapital als unmittelbar in Geld oder institutionalisierter Form vorhandenem Kapi-

tal. Ökonomisches Kapital ist die Grundlage anderer Kapitalarten und somit von strukturbildender Bedeutung. Es wirkt vor allem in dieser sozialen Schicht als wesentliche Form von symbolischem Kapital (Bourdieu 2005: 43ff.) als Wahrnehmungskategorie der sozialen Wertschätzung und Anerkennung. Weitere wesentliche Kapitalarten sind kulturelles und soziales Kapital.¹ Kulturelles Kapital kann in inkorporierter, objektivierter und institutionalisierter Form erscheinen und dient als Zugang zu Position und Status (Bourdieu 1983, 1997), soziales Kapital bestimmt die Quantität und Qualität sozialer Beziehungen. Pierre Bourdieu zeigt, dass die Positionierung von Individuen im sozialen Raum nach der Struktur und dem Volumen von ökonomischem und kulturellem Kapital erfolgt. Kapitalvolumen als Umfang des vorhandenen Kapitals und die Kapitalstruktur in Bezug auf die Zusammensetzung des Gesamtkapitals bestimmen somit die vertikale und horizontale Gliederung, die durch die dritte Dimension der zeitlichen Entwicklung ergänzt werden.

Anerkennungsprozesse innerhalb von sozialen Klassen und weiterführend innerhalb einer Gesellschaft finden durch die Transformation von Kapitalarten in symbolisches Kapital statt (Rankin 2002; Edwards 2004). Aus Geschlechterperspektive unterscheidet sich in den meisten Gesellschaften die Ausstattung von Männern mit symbolischem Kapital von jener der Frauen, wobei letztere zumeist über weniger und damit über geringere Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügen. Über Wahrnehmungs- und Bewertungskategorien als Gemeinbesitz aller Gruppenmitglieder wird positives oder negatives symbolisches Kapital unterschieden (Bourdieu 1998: 112, 175). Diese Prozesse finden sich als inkorporierte Strukturen im Habitus der Personen wieder, als System von Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata (Bourdieu 1997: 153). Der Habitus-Begriff ist ein weiteres zentrales Element von Bourdieus Sozialtheorie (Bourdieu 1982, 1998), der als System „dauerhafter und übertragbarer Dispositionen“ (Hermann 2004: 156), in das Lebenswege im Sinne von durchlaufenen Strukturen inkorporiert sind, ein Erzeugungs-, Bewertungs- und Klassifikationsprinzip von Handlungen darstellt. Handeln wird bei Bourdieu nicht als das Ergebnis von absichtlichem, zielgerichtetem und zweckbestimmtem Bewusstsein gesehen, sondern als relationale Beziehung zwischen den Möglichkeiten im Körper der AkteurInnen, als erworbene Dispositionen und der Struktur der Situation, in der sie agieren. Das heißt, der Habitus legt einen Handlungsrahmen mit bestimmten Handlungsoptionen fest. Dieser Möglichkeitsraum hängt wiederum von der Ausstattung der Individuen mit kulturellem Kapital und der Struktur des jeweiligen sozialen Feldes ab (Karrer 1998: 34f.). Verändern sich die Bedingungen, so verändert sich potenziell auch der individuell wahrgenommene Handlungsspielraum.

3 Forschungsfeld und Untersuchungsdesign

Das Forschungsinteresse im Zusammenhang mit Mikrokrediten lag vor allem auf der Frage, welche Rolle dieses entwicklungspolitische Instrument in Bezug auf nachhaltigen genderspezifischen sozialen Wandel spielt bzw. spielen kann. Der Fragestellung angemessen wurden ein ethnomethodologischer Zugang und ein dementsprechendes qualitatives Forschungsdesign gewählt, das die Zusammenführung der unterschiedli-

1 Bourdieu nennt noch weitere Kapitalarten, auf die in diesem Beitrag nicht eingegangen wird.

chen Lebenskontextebenen der MikrokreditnehmerInnen und deren soziale Einbettung sowie die Abbildung der unterschiedlichen Vergabelogiken gestattet.²

Diese methodologische Verortung ermöglicht im Sinne der Bourdieu'schen Perspektive die Beschreibung des sozialen Feldes, in dem die beteiligten AkteurInnen mit ihrem jeweils spezifischen Habitus agieren. Für die Deskription des sozialen Feldes wurden elf ExpertInneninterviews mit hauptsächlich ägyptischen Fachleuten geführt, die auf unterschiedlichen Ebenen in den Bereich der Mikrokreditvergabe involviert sind.³ Die Befragung der ExpertInnen gestattete eine Generierung spezifischen Wissens über das Untersuchungsfeld (Deeke 1995; Krafft/Ulrich 1995; Mayring 1993; Karrer 1998).

Das Sample der befragten Mikrokreditnehmerinnen bestand aus 17 Frauen, mit denen episodische Interviews geführt wurden. Diese Form des Interviews ermöglichte den Frauen, frei über ihre Erfahrungen im Rahmen von Mikrokreditvergabesystemen zu erzählen, und eröffnete eine vertiefende Genese des Habitus über die Beschreibung des Lebenslaufs, der jetzigen Lebenssituation, der Werthaltungen, Ziele und Träume. Ziel war es, die jeweilige Situation der Mikrokreditnehmerinnen bzw. ihre spezifische Lage in ihrem Kontext zu erfassen und zu rekonstruieren (Strodtholz/Kühl 2002). Die Interviews wurden von einer ägyptischen Sozialwissenschaftlerin durchgeführt und im Verfahren der Fallrekonstruktion (den Habitus konstituierende Elemente und Merkmale über bestimmte Kapitalien) bearbeitet. Zuerst wurde die strukturelle Eigenlogik des Falls in seiner Besonderheit betrachtet, danach wurden darauf aufbauend latente Sinnstrukturen erfasst. Der Abgleich mit den Ergebnissen der ExpertInneninterviews ermöglichte es, spezielle Phänomene zu erfahren und gleichzeitig Wirkungsmechanismen der Ein- und Ausschließung von Individuen zu erfassen (Geertz 1987). Diese Vorgehensweise und die Ergebnisse wurden durch die in einer zweiten Phase durchgeführten vertiefenden Interviews unterstützt. 2008 wurden weitere zwölf Interviews in Form von Einzel- und Gruppeninterviews von einer arabischen Wissenschaftlerin in Minia durchgeführt. Die Ergebnisse flossen in die Fallstudien ein.

Die Untersuchungsgruppe bestand aus Mikrokreditnehmerinnen in Mittelägypten, die aufgrund der Absenz von Ehemännern einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt waren. Sie waren verwitwet, geschieden oder ihre Ehemänner saßen in Haft. Sie befanden sich, bevor sie einen Mikrokredit erhielten, durch differenzierte Ausschließungsmechanismen am unteren Rand der Gesellschaft. Diese Aspekte machen die Besonderheit des Samples aus, die bei der Betrachtung von Mikrokreditvergabesystemen im Zusammenhang mit genderspezifischem sozialem Wandel beachtet werden müssen.

Die Mikrokredite wurden an die Frauen im Untersuchungssample mit dem Ziel der Armutssreduktion vergeben (poverty reduction approach). Die Vergabe wurde begleitet durch Maßnahmen wie Alphabetisierungskurse, vocational trainings und Gesundheitskurse.

2 Die Beschäftigung der Autorinnen mit diesem spezifischen Thema begann 2005 mit der Evaluierung von Entwicklungsmaßnahmen auf der Basis von Mikrokrediten in Minia/Mittelägypten, die zwei der Autorinnen durchführten. Auf der Basis der Evaluierungsergebnisse wurde 2007–2008 ein Forschungsprojekt (finanziert durch den Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank) durchgeführt.

3 Es wurden eine Entwicklungsberaterin, ein Mitarbeiter einer internationalen Organisation, ein Mitarbeiter einer Entwicklungsbank, eine Mitarbeiterin einer Regierungsorganisation im Bereich Entwicklung und sieben NGO-MitarbeiterInnen (inkl. dreier ÜbersetzerInnen, die in den NGOs tätig waren) befragt. Die Leitfadenterviews fanden bis auf eines – mit der Entwicklungsberaterin – in Kairo und Minia/Ägypten statt.

4 Das soziale Feld des Mikrofinanzierungssektors und der Habitus der AkteurInnen

Über das beschriebene empirische Design war es möglich, den Mikrofinanzierungssektor in Mittelägypten als spezifisches soziales Feld zu beschreiben, in dem die AkteurInnen – ExpertInnen (GeberInnen)⁴ und Mikrokreditnehmerinnen – agieren. Damit gelang eine Darstellung sowohl der sozialen Klasse der Untersuchungsgruppe als auch der in diesem Feld stattfindenden Hierarchisierungsprozesse (Positionierung der Mikrokreditnehmerinnen innerhalb ihrer Gemeinschaft), die die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata bestimmen.

Mittelägypten ist strukturell durch fehlende soziale Einrichtungen vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich geprägt. Strukturelle Benachteiligungen in dieser Region spiegeln sich in der festen Verankerung von kulturell geformten Geschlechterverhältnissen wider, die sich in Werten, Normen und Riten zeigen. Die Untersuchungsgruppe mit ihrem charakteristischen Habitus ist am unteren Ende des sozialen Raums aufgrund der sehr geringen Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital positioniert. Die Orientierung und Bewertung innerhalb dieser unteren sozialen Klassen erfolgt fast ausschließlich über ökonomisches Kapital und auf kultureller Ebene über bestimmte Bräuche, Anschauungen und Normen. Dadurch werden Anerkennungsprozesse initiiert. Religionsübergreifend sind Frauen in dieser Region durch bestimmte Vermählungs- und Beschneidungsrituale, ihre untergeordnete Stellung und festgelegte Verantwortungsbereiche im Haushalt gekennzeichnet. So erfolgt die Identitätsbildung oft ausschließlich über das Dasein als Ehefrau. Diese speziellen Symbole und Riten sowie die Stellung der Frau verweisen auf eine starke Ausprägung von männlicher Macht als Form von symbolischer Macht (Bourdieu 2005), die sich in symbolischer Gewalt zeigt. Symbolische Gewalt gegenüber Frauen wird ausgeübt, indem ihnen der Zugang zu ökonomischem Kapital erschwert bzw. nur in eingeschränkter Form möglich ist. Damit geht die Verweigerung einher, kulturelles und soziales Kapital zu erwerben. Kennzeichen dafür sind fehlende formale Identitätskarten und Geburtsurkunden für Frauen, fehlende Schulbildung von Mädchen und Frauen, frühe Verheiratung der Mädchen durch die Eltern mit erwarteter Jungfernschaft, Versorgungspflicht für die Schwiegereltern und deren Haushalt und nicht zuletzt die ausgeübte psychische und physische Gewalt der Beschneidungspraktiken. Auf individueller Ebene zeigt sich symbolische Gewalt gegenüber Frauen in dem Recht des Ehemanns zur Ausübung physischer Gewalt (vgl. auch Sultana/Nigam 1999: 5ff.).

Die Frauen der Untersuchungsgruppe erlebten zusätzlich vielfältige Ausschließungserfahrungen, die durch ihre spezifische Situation – in diesem Fall die Absenz eines Ehemannes – begründet waren. Der Ein- und Ausschluss als Zeichen von Gemeinschaft und Unterscheidung erfolgt in erster Linie über den Ehemann im Sinne eines symbolischen Aktes, der eine Voraussetzung zum Erwerb von Kapital für die Frauen ist. Den Mikrokreditnehmerinnen der Untersuchungsgruppe und ihren Kindern wurde durch Stigmatisierung (Verantwortlichkeit der Ehefrau für Scheidung oder Gefängnisauenthalt des Mannes) innerhalb der Gemeinschaft und dem damit einhergehenden Selbstauss-

4 Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der ExpertInneninterviews findet sich bei Hanappi-Egger/Hermann/Hofmann 2008.

schluss aus dem öffentlichen Leben auch die Möglichkeit zum Erwerb kulturellen und sozialen Kapitals in Form von Teilnahme am sozialen Leben verwehrt.

Der Habitus der (zukünftigen) Mikrokreditnehmerinnen ist somit entsprechend den Wahrnehmungs- und Bewertungskategorien innerhalb ihrer sozialen Klasse durch eine Nichtbefriedigung der Grundbedürfnisse, fehlendes Selbstwertgefühl, fehlende Geborgenheit und Sicherheit, einen geringen Grad der Kontrolle über das eigene Leben, fehlende soziale Netzwerke, fehlende Anerkennung in der Gemeinde und fehlendes Eigentum geprägt. Durch ihre Situation sind sie stigmatisiert und ihnen fehlt symbolisches Kapital. Parallel dazu erfolgt durch die Mikrokreditnehmerinnen selbst eine Anerkennung dieser Ausschlussmechanismen durch Verständnis sowie negative Selbstbewertung und den damit verbundenen Selbstausschluss.

Das dargestellte soziale Feld mit seinen spezifischen Strukturen und den darin agierenden AkteurInnen mit ihrem charakteristischen Habitus ist die Basis für die Beschreibung der Handlungsweisen der Mikrokreditnehmerinnen. Nach Bourdieu sind Kapitalstrukturen auf der einen Seite durch ständige Reproduktion und ein ausgesprochenes Beharrungsvermögen gekennzeichnet (Bourdieu 1983: 183). Auf der anderen Seite sind soziale Felder prinzipiell offen (Bourdieu/Wacquant 1996: 134f.), womit gleichzeitig eine bestimmte Dynamik verbunden ist. Soziale Strukturen sind also gleichzeitig beständig und innerhalb bestimmter Grenzen veränderbar, was ebenso für den Habitus zutrifft und was im Folgenden anhand ausgewählter Fallsequenzen dargestellt wird.

5 Ausgewählte Ergebnisse: Empowerment-Effekte durch Mikrokreditvergaben aus Sicht der Bourdieu'schen Sozialtheorie

Die Darstellung und Analyse dieser Habitus bestimmenden Elemente bei der Untersuchungsgruppe zeigt im zeitlichen Verlauf Formen der Kapitalakkumulation von ökonomischem, kulturellem und vor allem sozialem Kapital als Form der Anerkennung. Dadurch werden Empowerment-Effekte auf unterschiedlichen Ebenen deutlich und gleichzeitig wird sozialer Wandel erklärbar.

Die Frauen der Untersuchungsgruppe haben einen Mikrokredit im Rahmen des „poverty reduction approach“ bekommen oder beantragt. Die Mikrokredite sind – wie bereits erwähnt – alle in unterschiedliche Maßnahmen zum Erwerb von kulturellem und sozialem Kapital eingebunden und dürfen nicht für Konsumzwecke genutzt werden. Die Rückzahlungsquote liegt bei 100 Prozent.

Aus dem umfassenden Datenmaterial können hier nur ausgewählte Beispiele und Resultate zur Abschätzung des Veränderungspotenzials von Mikrokrediten präsentiert werden.⁵

5 Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der ExpertInneninterviews findet sich bei Hanappi-Egger/Hermann/Hofmann 2008.

Fallbeispiel Halima

[...] Vor über einem Jahr hat Halima [...] erfahren, dass es die Möglichkeit gibt, einen Mikrokredit zu bekommen: [...]

„Durch den Kredit habe ich Hoffnung bekommen. Ich erhielt 500 ägyptische Pfund und habe mit diesem Geld eine Ziege erworben. Wir haben nun die Möglichkeit, nicht nur die Milch der Ziege zu verkaufen, sondern auch meine Kinder zu ernähren, was mir vor dem Kredit nicht möglich war.“ [...]

Die Befragte hat etwas Geld gespart, wovon sie ihre Wohnung umgebaut hat.

„Wir haben nun vier Zimmer und ein WC (traditionell). Mein Sohn hat ein eigenes Zimmer bekommen, er hat geheiratet und lebt mit seiner Frau zusammen.“ [...]

Halima hat gelernt, mit Geld umzugehen, was nicht nur der Wohnungsumbau zeigt, sondern auch ihr Bewusstsein dafür, u. a. Entscheidungen selbst zu treffen.

„Zum ersten Mal habe ich Geld in meiner Hand, mein eigenes Geld, und ich kann damit tun, was ich will.“ [...]

Halima hat kein Problem, den Kredit zurückzuzahlen, und will einen neuen Kredit aufnehmen.

„Ich würde gern eine weitere Ziege kaufen, weil ich ein Geschäft für den Milchverkauf in der Zukunft plane. Ich will, dass meine jüngste Tochter etwas für ihre Zukunft erlernt.“

Die Aussagen aus dem Fallbeispiel von Halima zeigen den bewussten Umgang mit ökonomischem Kapital (Sparen, Rückzahlung, Investition). Dafür muss kulturelles Kapital aufgebaut werden, was bei dieser Untersuchungsgruppe durch umfassende Begleitmaßnahmen (Alphabetisierungskurse, Entwurf und Prüfung der Projektidee, durchgängige Betreuung etc.) erfolgte. Veränderungen in Denk- und Handlungsschemata werden erkennbar durch die Planung der Zukunft, unter anderem an den Überlegungen zur Bildung der jüngsten Tochter. Damit wird bewusst in kulturelles Kapital investiert, was wiederum die Basis für Veränderungsprozesse ist, in diesem Fall die Positionierung der eigenen Tochter im sozialen Raum durch Erhöhung ihres Kapitalvolumens, durch Veränderung der Kapitalstruktur (Anteil des kulturellen Kapitals) und den Wert der Anerkennung (symbolisches Kapital durch Bildung). Gleichzeitig werden habituelle Strukturen, die ein kulturell spezifisches Beharrungsvermögen zum Ausdruck bringen, deutlich – der Ausbau der Wohnung mit dem eigenen Zimmer für den Sohn und die Ermöglichung seiner Hochzeit. Das heißt: Halima bleibt zum einen in der Einstellung und ihren Handlungsweisen gegenüber ihrem Sohn und den dazugehörigen symbolischen Akten in traditioneller Weise verpflichtet (Anerkennung in der sozialen Gemeinschaft), durchbricht dieses Wertesystem andererseits durch den Umgang mit ihrer jüngsten Tochter.

Persönliches und ökonomisches Empowerment werden auch im Fall von Souad deutlich:

Fallbeispiel Souad

Souad ist 55 Jahre alt, hat zwei Töchter und zwei Söhne. Die ältere Tochter ist geschieden und hat einen dreijährigen Sohn. Der erste Mikrokredit gab Souad die Möglichkeit, ihre Tochter bei der Scheidung zu unterstützen.

„Meine Tochter war zwei Jahre mit der Gewalt ihres Ehemannes konfrontiert und litt darunter. Sie hat keinen anderen Weg gesehen, sie konnte nichts anderes tun, als bei ihm zu bleiben, obwohl er sie ständig geschlagen und geprügelt hat. Er hat sie auch angelogen, dass er von seiner ersten Frau geschieden ist, was nicht der Fall war.“ [...]

„Bevor ich den Kredit bekommen habe, war es nicht möglich, meine Tochter finanziell zu unterstützen. Ich wusste nicht, wie wir das Problem lösen können. Danach habe ich mir überlegt, meine Tochter bei der Scheidung zu unterstützen. Sie kann nun bei mir leben und mir bei meiner Arbeit helfen. Ich war mit ihr beim Gericht und habe die Scheidung eingereicht, das war nicht leicht. Sie wissen – unsere Tradition.“ [...]

Das Gewerbe der Mutter ermöglicht es der Tochter, ebenfalls etwas Geld zu verdienen und die Mutter auf dem Markt zu unterstützen. Obwohl es eine Schande ist, geschieden zu sein, lebt sie dadurch nicht als Ausgegrenzte.

„Trotz dieser Hemmungen meiner Tochter will ich sie unterstützen, dass sie vielleicht einen eigenen Kredit aufnimmt und ihr eigenes Projekt macht. Die Menschen werden wahrscheinlich viel über sie reden, weil sie geschieden und jung ist, aber es braucht Zeit, bis alle das verstehen können. Ein weiterer Kredit gibt uns Hoffnung. Daher werden wir nicht aufgeben. Wichtig ist, dass meine Tochter befreit ist.“

Durch das ökonomische Kapital war es Souad möglich geworden, sich gegen traditionelle Regeln zu stellen und für ihre Tochter die Scheidung einzureichen. Dabei wird deutlich, dass bewusst eine Außenseiterinnenposition für die Tochter gewählt wird (negatives symbolisches Kapital), um eine Verbesserung der unmittelbaren persönlichen Situation zu erreichen. Souad ist es möglich, durch ihre eigene finanzielle Unabhängigkeit, ihr erworbenes Wissen aus den Begleitmaßnahmen innerhalb des Mikrokreditvergabesystems und ihre soziale Einbettung über die von der NGO angebotenen Kurse, sich persönlich und gesellschaftlich zu emanzipieren und Rechtsansprüche durchzusetzen.

Ein mittel- bis langfristiger Schritt ist der Aufbau von sozialem Empowerment über Sozialkapital, was anhand von Ausschnitten aus dem Fallbeispiel von Halima am Thema Sparen verdeutlicht werden soll.

Fallbeispiel Halima

Halima ist jetzt in einem Sparverein, in welchen mehrere Frauen regelmäßig Geld einzahlen. Jede Frau zahlt den gleichen Betrag jeden Monat und bekommt das Geld von allen beteiligten Frauen im Rotationssystem.

„Das dauert 6 Monate, da wir 6 Frauen sind, die sich an diesem Fund beteiligen.“

Sie spart somit etwas Geld innerhalb eines traditionellen Systems. In ihrer Umgebung ist das bekannt.

„Mit diesem Geld will ich die Hochzeit meiner Töchter vorbereiten [...]“

Dieses Sparsystem hat noch einen Nebeneffekt:

„Wir treffen uns und unterhalten uns. Wir erzählen von den Krediten und wie wir alles schaffen, wir tauschen Nachrichten aus, die wir im Dorf und in anderen Dörfern gehört haben, und wir haben dadurch Spaß.“

Halima wird es durch den Mikrokredit möglich, sich an einem im arabischen Raum typischen Sparmodell zu beteiligen. Dabei ist nicht nur die finanzielle Seite von Interesse, sondern gleichzeitig werden Anerkennungsprozesse sichtbar, die verdeutlichen, dass hier ökonomisches Kapital unmittelbar in symbolisches Kapital transformiert wird. Vor dem Mikrokredit wäre aufgrund der beschriebenen Außenseiterinnenposition eine Integration in eine Gruppe von Frauen nicht möglich oder nur sehr schwer gewesen.

Der Aufbau sozialen Kapitals erfolgt über institutionelle Einbindung, den Zusammenschluss in Netzwerken oder die Übernahme von Verantwortung innerhalb der Gruppe durch den Sparverein. Für die Untersuchungsgruppe ergibt sich dadurch die Möglichkeit sozialer Kontakte. Durch diese Aktivität verbringen die Frauen Zeit miteinander, bauen Beziehungsnetzwerke auf und nutzen Informationen für ihre berufliche Selbstständigkeit. Im Fall von Halima wird angedeutet, dass ihr durchaus bewusst ist, dass sie das Geld für die Hochzeit einer ihrer Töchter erst sparen muss, im Sinne der Erwirtschaftung eines Mehrwertes, und nicht den Mikrokredit dafür aufbraucht. Hier zeigen sich längerfristiges Handeln und Zielorientiertheit als Ergebnis eines individuellen Entwicklungsprozesses.

Das folgende Beispiel von Salw – sie ist etwa 24 Jahre alt – veranschaulicht die multiplikatorische Wirkung von Mikrokrediten und eine Veränderung in der Wahrnehmung der eigenen Rolle als Frau innerhalb des gesellschaftlichen Systems. Bei Salw ist die Mutter Mikrokreditnehmerin, die mit dem Geld den Schulbesuch ihrer Tochter finanzieren kann.

Fallbeispiel Salw

Salw ist die jüngste Tochter von Mahasin, die einen Mikrokredit aufgenommen hat. Sie lernte Lesen und Schreiben und geht weiter in die Schule. Sie sagt, seitdem sie in die Schule geht, hat sie mit ihrer Mutter über verschiedene Dinge diskutiert, was früher nicht möglich gewesen wäre:

„Es war nie möglich, ein Wort zu unserer Mutter zu sagen, wenn sie mit uns über unsere Verheiratung redete. Jetzt habe ich es gewagt, ihr zu sagen, dass es mir nicht schlecht geht, wenn ich keinen Mann finde. Ich will weiter lernen, weiter in die Schule gehen und einen Job haben, vielleicht einen Kredit, damit ich mein Leben besser arrangieren kann, kaufen, was ich will, und meinen Weg selbstständig bewusst gehen.“

Die Bildungsmöglichkeiten von Salw führen dazu, dass sie kritisch Traditionen hinterfragt und einen eigenen Weg gehen möchte. Hier wird nicht nur persönliches Empowerment sichtbar, sondern auch eine Infragestellung gesellschaftlicher Strukturen.

An diesen ausgewählten Interviewsequenzen werden noch einmal die Starrheit und Unveränderlichkeit von Strukturen auf der einen Seite und die Dynamiken der Entwicklung dieser Strukturen innerhalb bestimmter Grenzen deutlich, die sich über den Habitus zeigen. Die Untersuchungsgruppe der mehrfach diskriminierten Frauen zeigt – Sample-bedingt – spezifische Wirkungen innerhalb des sozialen Systems, die aufgrund ihrer speziellen Lage entstehen. Aufgrund ihrer beschriebenen Situation müssen sie ihre eigene Positionierung im kulturspezifischen Raum hinterfragen und können durch ihr Handeln zur Irritation des Systems beitragen. Zusammenfassend sollen die oben dargestellten Ergebnisse noch einmal in Verbindung mit den verschiedenen Ebenen von Empowerment gebracht werden:

Veränderungen im Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Mikrokreditnehmerinnen innerhalb der Familie werden nach kurzer Zeit bereits sichtbar. Auf der Mikroebene entwickelt sich persönliches Empowerment durch die Steigerung des Selbstvertrauens der Frauen in Verbindung mit daraus hervorgehenden Wirkungen innerhalb des Haushaltes. Mit ökonomischem Kapital als Basis können weitere Kapitalarten (vor allem kulturelles Kapital) akkumuliert werden. Die Frauen handeln nachhaltig durch Investitionen in ihre Kinder, deren Gesundheit und Bildung (Fallbeispiel Halima). Sie entscheiden selbst über die Verwendung des erwirtschafteten Kapitals (Ausbau der Wohnung usw.). Ökonomisches Kapital wird auf dieser Ebene bereits in den meisten Fällen in positives symbolisches Kapital transformiert (Hochzeit des Sohnes und Zimmer für ihn und seine Frau). Bei allen Mikrokreditnehmerinnen der Untersuchungsgruppe kam es direkt zu einer Veränderung von Status und Ansehen innerhalb des Haushaltes und zu einer Steigerung des Selbstbewusstseins.⁶ Gleichzeitig entsteht über eigenes Einkommen ökonomisches Empowerment, das den Frauen Zugang zur Gemeinschaft und selbstständige Kontrolle über Ressourcen verschafft und über die individuelle Ebene hinauswirkt.

Bei der Betrachtung der Mesoebene zeigt sich, dass familienübergreifend innerhalb der Gemeinde Prozesse initiiert werden, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit und eine gesellschaftliche Emanzipation der Mikrokreditnehmerinnen darstellen. Rechtsansprüche werden durchgesetzt (Fallbeispiel Souad), die eine ökonomische Absicherung und soziale Einbindung voraussetzen. Mittel- und langfristig ändert sich über die soziale Einbindung und den Aufbau von Kontakten und Netzwerken der Handlungsspielraum der Akteurinnen, soziales Empowerment entsteht. Um nachhaltige Veränderungsprozesse zu erreichen, ist allerdings eine „critical mass“ notwendig, um ebenfalls politisches Empowerment zu erreichen.

Langfristig kann es auf der Makroebene über Veränderungen in Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata (Fallbeispiel Salw) zu einem genderspezifischen sozialen Wandel kommen. Dazu sind sowohl Bottom-up- als auch Top-down-Strategien notwendig. Vom ägyptischen Staat werden Strategien (vgl. Towards a National Strategy of Microfinance in Egypt 2005) festgelegt, um Veränderungsprozesse in Gang zu setzen. Aktivitäten sind dabei unter anderem die Verfolgung von Gender-Mainstreaming-Ansätzen (durch EU-Vorgaben) innerhalb der Mikrokreditvergabe oder auch die bewusste Vergabe von Mikrokrediten an Frauen, die als Multiplikatorinnen gesehen werden – wie diese hier dargestellte Gruppe von Frauen.

6 Zusammenfassung: Bedeutung der Mikrokreditvergabe für nachhaltigen genderspezifischen sozialen Wandel

Bourdieu erklärt sozialen Wandel innerhalb seines Habitus-Konzepts durch die Verbindung von objektiven Strukturen, individueller Wahrnehmung und sozialer Praxis. Auf diese Weise führen Veränderungen in den Strukturen, zum Beispiel durch bestimmte

⁶ Diese Statusverbesserung trifft auch auf verheiratete Mikrokreditnehmerinnen zu, wie in der letzten Evaluierung von Mikrokreditprojekten im Juni 2010 festgestellt werden konnte, in der über 200 Personen befragt wurden.

Entwicklungsprozesse wie staatliche Frauenförderungsmaßnahmen, auch zu Veränderungen innerhalb der Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata. Veränderte Bedingungen und neue Einflüsse müssen bewertet und angepasst werden, was nicht mit festgeschriebenen, starren Interpretationsschemata möglich ist.⁷ Innerhalb eines Interpretationsrahmens können neue Handlungsrouinen und Bewertungsmuster entstehen. Die den Habitus bestimmenden Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster beruhen auf Erfahrungen, die ständig Einflüssen ausgesetzt sind und damit ein gewisses kreatives Potenzial entfalten. So muss es den AkteurInnen möglich sein, mit veränderten Lebensbedingungen oder biografischen Brüchen reaktiv umzugehen. Aber auch pro-aktiv sind Individuen an der Veränderung ihrer sozialen Position interessiert (Fallbeispiel Salw) (Triebe 2007).

Die ausgewählten Beispiele zeigen, dass die Unterstützung eines nachhaltigen genderspezifischen sozialen Wandels durch Mikrokreditvergaben ein vielschichtiges Interaktionsmodell braucht. Die Fokussierung auf eine bestimmte Ebene (oder ein bestimmtes Kapital) greift zu kurz oder verursacht kontraproduktive Effekte (z. B. Verschuldung). Der Aufbau ökonomischen Kapitals durch Mikrokredite muss in ein System eingebunden sein, das den Aufbau von kulturellem und sozialem Kapital fördert und damit eine Verbesserung der Positionierung im sozialen Raum ermöglicht. Dafür sind Bedingungen notwendig, die die Transformation dieser Kapitalarten in symbolisches Kapital unterstützen. Auf diese Weise können sich AkteurInnen in den sozialen Strukturen nachhaltig etablieren. Der Aufbau von symbolischem Kapital erfordert allerdings begleitende Maßnahmen. Werden Mikrokredite ohne Unterstützungsmaßnahmen ausschließlich als Mittel zur Armutsbekämpfung vergeben, kommt es zu Effekten, die immer wieder als Kritikpunkte der Mikrokreditvergabe genannt werden (Nilges 2005: 38ff.; Wichterich 2006: 25): Mikrokredite werden aufgenommen und konsumiert (für Lebensmittel, Hochzeiten, Beerdigungen, Schuldentilgung etc.) und Kreditnehmerinnen geraten so in eine „Schuldenfalle“. Mikrokredite können somit nur ein (allerdings zentrales) Instrument in der Entwicklungshilfe sein, das kontextbezogen und eingebettet in begleitende Maßnahmen eingesetzt werden sollte.

Die Ergebnisse der Studie zeigen auch, dass sich kulturelle Dispositionen aufgrund ihrer inhärenten Trägheit nur sehr langsam verändern und zunächst häufig nur Modifikationen von Handlungsmustern innerhalb bestimmter Grenzen vollzogen werden. Trotzdem lässt sich mithilfe von Maßnahmen zur Initiierung von Top-down- und Bottom-up-Strategien sozialer Wandel durchaus anstoßen. Auf der Mikroebene kann über ökonomisches Kapital (Mikrokredit) eine Kapitalakkumulation erfolgen, die Veränderungen in Bewertungs- und Handlungsmustern hervorruft, womit ein persönliches und soziales Empowerment erreicht werden kann. Das funktioniert allerdings nur, wenn gleichzeitig Maßnahmen auf der Meso- und Makroebene durchgeführt werden. Auf der Mesoebene müssen Anerkennungsprozesse innerhalb der bestehenden Werte- und Normenstruktur initiiert werden. Hier zeigt sich deutlich, wie notwendig der Erhalt wesentlicher Orientierungssysteme innerhalb eines sozialen Raums ist. Die bestehenden Bewertungsmechanismen in der sozialen Gruppe ermöglichen es den mehrfach diskriminierten und

7 Die angenommene Stabilität des Habitus zählt zu den wesentlichen Kritikpunkten an den theoretischen Konzeptionen Bourdieus (Bohn/Hahn 1999: 261; Meuser 1998: 115), ebenso wie die Aussage zur primären Klassensozialisation gegenüber der sekundär erfolgenden Geschlechtssozialisation (Lovell 2000).

ausgeschlossenen Frauen, über ökonomisches Kapital aus ihrer Isolation herauszukommen. Gleichzeitig gibt es Multiplikatorinnen-Effekte, da es gerade Frauen sind, die in ihre Kinder und damit nachhaltig in die Zukunft investieren.

Auf der Makroebene ist ebenfalls das Eingreifen in Systemlogiken notwendig – auch im Sinne von symbolischem Handeln –, um eine aktive Beeinflussung von sozialen Strukturen zu erreichen (Abdelraham 2004: 67).

Literaturverzeichnis

- Abdelraham, Maha M. (2004). *Civil Society Exposed: The Politics of NGOs in Egypt*. London: Tauris Academic Studies, I. B. Tauris & Co. Ltd.
- Acker, Joan. (1992). Gendering Organizational Theory. In Albert Mills & J. Peta Tancred (Hrsg.), *Gendering organizational analysis* (S. 248–260). London: Sage
- Becker-Schmidt, Regina. (2003). Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Zugriff am 24. Dezember 2009 unter http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/becker_schmidt/becker_schmidt.pdf
- Bohn, Cornelia & Hahn, Alois. (1999). Pierre Bourdieu. In Dirk Kaesler (Hrsg.), *Klassiker der Soziologie* (S. 252–271). Bd. 2. München: Beck
- Bourdieu, Pierre. (1982). *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bourdieu, Pierre. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt* (S. 183–198). Sonderband. Göttingen: Schwartz & Co.
- Bourdieu, Pierre. (1997). *Die feinen Unterschiede*. 9. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bourdieu, Pierre. (1998). *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bourdieu, Pierre. (2005). *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bourdieu, Pierre & Wacquant, Loïc J. D. (1996). Die Ziele der reflexiven Soziologie. In Pierre Bourdieu & Loïc J. D. Wacquant (Hrsg.), *Reflexive Anthropologie* (S. 95–249), Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Deeke, Axel. (1995). Experteninterviews – ein methodologisches und forschungspraktisches Problem. Einleitende Bemerkungen und Fragen zum Workshop. In Christian Brinkmann, Axel Deeke & Brigitte Völkel (Hrsg.), *Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (S. 7–22). Beitr. 191. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
- Edwards, Rosalind. (2004). Social Capital. *Organization Management Journal*, 1 (1), 81–88
- Frerichs, Petra. (2000). Klasse und Geschlecht als Kategorien sozialer Ungleichheit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52, 36–59
- Frerichs, Petra & Steinrück, Margareta. (1994). Sie tun, was von ihnen verlangt wird, und das auch nicht immer ... – Zur Beteiligung von Männern an der Haus- und Familienarbeit. *Arbeit*, 3 (3), 203–219
- Geertz, Clifford. (1987). *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Hanappi-Egger, Edeltraud; Hermann, Anett & Hofmann, Roswitha. (2008). *Mehr als Geld. Die Rolle von Mikrokreditsystemen für den genderspezifischen sozialen Wandel in Entwicklungsländern*. Wien: Facultas
- Hermann, Anett. (2004). *Karrieremuster im Management. Pierre Bourdieus Sozialtheorie als Ausgangspunkt für eine genderspezifische Betrachtung*. Wiesbaden: DUV
- Karrer, Dieter. (1998). *Die Last des Unterschieds: Biographie, Lebensführung und Habitus von Arbeitern und Angestellten im Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag

- Krafft, Alexander & Ulrich, Günter. (1995). Akteure in der Sozialforschung. In Christian Brinkmann, Axel Deeke & Brigitte Völkel (Hrsg.), *Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (S. 23–34). Beitr. 191. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
- Lovell, Terry. (2000). Thinking feminism with against Bourdieu. *Feminist Theory*, 1 (1), 11–32
- Mahmud, Simeen. (2003). Actually how Empowering is Microcredit? *Development and Change*, 34 (4), 577–788
- Mayoux, Linda. (2007). Empowerment vs. Sustainability? Gender Innovations in Microfinance. An Online Speaker's Corner Discussion led by Dr. Linda Mayoux and hosted by Microlinks. Org. January 16–18, 2007. United States Agency for International Development, International Resources Group and QED Group LLC. Zugriff am 24. Dezember 2009 unter www.microlinks.org/ev01.php?ID=15707_201&ID2=DO_TOPIC
- Mayring, Philipp. (1993). *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. 2. Auflage. Weinheim: Psychologie-Verlags-Union, Beltz
- Meuser, Michael. (1998). *Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelles Deutungsmuster*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Nilges, Thorsten. (2005). *Zunehmende Verschuldung durch Mikrokredite. Auswertung eines Experiments in Südindien*. Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, Nummer 63/2005. Duisburg: Universität Duisburg-Essen
- Rankin, Katharina N. (2002). Social Capital, Microfinance and the Politics of Development. *Feminist Economics*, 8 (1), 1–24
- Robinson, Marguerite S. (2001). *The Microfinance Revolution – Sustainable Finance for the Poor*. Washington, D. C. and San Francisco, California: International Bank for Reconstruction and Development/THE WORLD BANK. Edited by Communications Development Incorporated
- Strotholz, Petra & Kühl, Stefan. (2002). Qualitative Methoden der Organisationsforschung – ein Überblick. In Stefan Kühl & Petra Strotholz (Hrsg.), *Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch* (S. 11–29). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Sultana, Monawar & Nigam, Ashok. (1999). *Impact Assessment Study of the Family Development Fund*. Egypt, New York: UNICEF Staff Working Papers (Evaluation, Policy and Planning Series, Number EPP-EVL-99-003)
- Triebe, Benjamin. (2007). *Die Möglichkeit sozialen Wandels in Bourdieus Habitus-Konzept*. Essay. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, E-Book, veröffentlicht am 15. Januar 2007
- UNDP. (2006). United Nation Development Program – Regional Bureau for Arab States: *Arab Human Development Report 2005 – Towards the Rise of Women in the Arab World*. New York: United Nations Publication
- Wichterich, Christa. (2005). Die Millenniums-Entwicklungsziele und Frauenrechte. Zugriff am 8. August 2008 unter www.oneworld.at/wide/dokumente/MDGsundFrauenrechte.pdf

Zu den Personen

Edeltraud Hanappi-Egger, Univ. Prof. Dipl.-Ing. Dr., seit 2002 Universitätsprofessorin für „Gender and Diversity in Organizations“ an der WU Wien. Arbeitsschwerpunkte: Organisationsstudien und Gender/Diversität, Technik und Gender, Diversitätsmanagement

Anett Hermann, Dipl.-Kffr. Dr.in, WU Wien, Arbeitsbereich „Gender and Diversity in Organizations“. Arbeitsschwerpunkte: Karriere- und Gruppenforschung unter Gender- und Diversitätsperspektive

Roswitha Hofmann, Mag.a Dr.in, Assistenzprofessorin an der WU Wien. Arbeitsschwerpunkte: Wissen- und Kompetenzentwicklung in Organisationen unter Diversitätsperspektive, Diversitätsdimensionen: Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter, Nachhaltige Entwicklung unter Diversitätsperspektive

Kontakt: WU Wien, Abteilung für Gender und Diversitätsmanagement, Institut für Organisation und Verhalten in Organisationen – Department für Management, Augasse 21/7, A-1090 Wien – Tel: +0043 (0)1/31 336-5182, Fax -759
www.wu.ac.at/gender/

Pacific Trans-Formations: Politische Ökonomie, Körper und Geschlecht in Larissa Lais *Salt Fish Girl* (2002)

Zusammenfassung

Seit nordamerikanische ÖkonomInnen in den 1990ern begannen, das 21. Jahrhundert euphorisch als „pazifisches Jahrhundert“ zu feiern, kennzeichnet ein auffällig prophetischer Utopianismus den Diskurs des „Pacific Rim“, dessen ideologische Konstruktion seit jeher von hegemonialen Repräsentationsstrategien des Westens bestimmt wird. Fast analog dazu tauchen in der nordamerikanischen fiktionalen Literatur um 2000 Texte auf, die diese diskursive Aneignung im Dienst des globalisierten Kapitalismus und dessen rassistische und sexistische Implikationen ausstellen und konterkarieren. Anhand eines close reading von Larissa Lais Roman *Salt Fish Girl* untersucht der Aufsatz die ästhetischen, politischen und ethischen Strategien dieser Literatur, die zugleich die Möglichkeit einer egalitären, post-humanistischen Subjektivität verhandelt.

Schlüsselwörter

Neueste nordamerikanische Literatur, Utopie des Pacific Rim/Pazifisches Jahrhundert, Spekulation, Postfeminismus/Posthumanismus

Summary

Pacific Trans-Formations: Political Economy, Corporeality and Gender in Larissa Lai's *Salt Fish Girl* (2002)

Beginning in the 1990s a growing number of North-American economists euphorically announced and celebrated the coming of a golden "Pacific Century", thereby contributing to a prophetic utopianism that increasingly characterizes a Pacific Rim discourse that has been defined by Western conceptualizations for centuries. Almost simultaneously, around 2000, there appeared on the North American literary scene a striking number of fictional texts that address this discursive construction and appropriation of the Pacific area and expose its racializing, sexualizing and gendering implications. By means of a close reading of Larissa Lai's *Salt Fish Girl* the essay aims to analyze the aesthetic, political and ethic strategies of this literature that also probes possibilities of an egalitarian, post-humanistic subjectivity.

Keywords

Recent North-American fiction, Pacific Rim utopianism, speculation/speculative fiction, post-feminism/post-humanism

1 Pacific Trans-Formations: Larissa Lais „speculative fiction“ und der ökonomische Diskurs des „pazifischen Jahrhunderts“

Es ist das Jahr 2044 und in der Stadt „Serendipity“ ist alles unter Kontrolle: Abgeschirmt hinter Mauern und regiert von „Saturna“, einem der sechs Megakonzerne, die den Markt und damit die Welt beherrschen, lebt hier eine wohlhabende Mittelklassebevölkerung von virtueller Arbeit im Stil von Computerspielen und makellosen, gentechnisch erzeugten Lebensmitteln. Aufgabe dieser Bevölkerung ist die Verwaltung von Profit, Konsum und Produktion, einer Produktion allerdings, die vorwiegend an weibliche, durch genetische Manipulation erzeugte Klone delegiert wird. Während das Leben

in Serendipity und den anderen weltweit verstreuten, konzernregierten Städten von den Möglichkeiten und dem sterilen Glanz einer hypertrophen Technologieentwicklung bestimmt wird, fristet eine Klasse von Gesetzlosen und Unberührbaren ein schmutziges, gefährliches und doch seltsam glamouröses Dasein in der „Unregulated Zone“, dem Überrest des macht- und funktionslos gewordenen Nationalstaats.

Mit dem Entwurf dieses düsteren Szenariums hat Larissa Lai, kanadische Autorin chinesischer Abstammung, Literaturwissenschaftlerin und identitätspolitische Aktivistin, das Setting eines Handlungsstranges ihres 2002 erschienenen Romans *Salt Fish Girl* in die nahe Zukunft projiziert und ihren zweiten Roman dem Genre der „speculative fiction“ zugeordnet. Bei „speculative fiction“, so Margaret Atwood, deren Romane *The Handmaid's Tale* (1995) und *Oryx and Crake* (2003) ebenfalls dem Genre zuzurechnen sind, gehe es weder um Marsmenschen noch um Weltraumabenteuer, „speculative fiction“ sei vielmehr „an extrapolation of life [...] a slight twist on the society we have now.“ (Atwood 1998: 317) Es liegt auf der Hand, dass Texte des Genres vor dem Hintergrund dieser Definition generell vor allem als kritischer Kommentar auf bestehende Verhältnisse gelesen werden müssen. Pilar Cuder-Domínguez betont darüber hinaus: „[t]his kind of fiction has been peculiarly useful as a vehicle for women writers' critique of patriarchy and of unpacking the contradictions of their own positions within it.“ (2008: 116) Dies gilt auch für zeitgenössische Texte des Genres, die seit der Jahrtausendwende von AutorInnen der nordamerikanischen Pazifikküste veröffentlicht werden. Zugleich widersetzen sich die Texte jedoch einer reduktiven Rezeption als feministische Kritik und verweisen auf die Möglichkeit einer posthumanen Subjektivität, wie im vorliegenden Aufsatz am Beispiel von *Salt Fish Girl* gezeigt werden soll.

Dabei muss zunächst auf die zentrale Korrespondenz dieser neuesten nordamerikanischen Literatur mit einem ökonomischen Pazifik-Diskurs hingewiesen werden, der besonders seit den 1990er Jahren von einem geradezu prophetischen Ton bestimmt wird. Der Historiker Alexander Woodside identifiziert die Ankündigung eines schicksalhaften pazifischen Jahrhunderts in den Texten amerikanischer ÖkonomInnen¹ als „Pacific Rim prophetic culture“ (1998), eine Art kapitalistischen Utopianismus und als neueste Variante einer jahrhundertealten, diskursiven Aneignungsstrategie des Westens gegenüber dem pazifischen Raum (vgl. Dirlik 1998). Woodside entlarvt das euphorische amerikanische Loblied auf den Erfolg asiatischer *miracle economies* in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts als präventiven Umarmungsgestus und als Versuch, die wirtschaftliche Bedrohung einer „exzessiv-kapitalistischen“ asiatischen Konkurrenz zur Affirmation des euro-amerikanischen Kapitalismus umzudeuten und so die hegemoniale Kontrolle über das ideologische Konstrukt „Pacific Rim“ zu behalten. Bezeichnend ist dabei, dass diese ideologische Vereinnahmung mit ihrer Darstellung des asiatischen ökonomischen Erfolgs als Exzess auf einen Topos zurückgreift, der traditionelles Versatzstück in der nordamerikanischen Konstruktion „des Asiaten“ ist (vgl. So 2008).

Neben der strategischen Inkorporation und einer quasi-sakralen Verklärung innovativer Technologien ist der seit den 1980er Jahren immer wieder geäußerte Ruf nach „convergence“, also nach der Bildung von Freihandelszonen, charakteristisch für den Pazifik-Diskurs. Die Freihandelszone muss dabei als Symbol neoliberaler nordamerika-

1 Woodside nennt etwa Publikationen wie Robert Naisbitts *Megatrends 2000* (1990), Robert Elegants *Pacific Destiny* (1990) und S. B. Linders *The Pacific Century* (1986).

nischer Bemühungen um eine grenzenlose globale Marktfreiheit und um Konkurrenzfähigkeit mit Blick auf vergleichbare europäische Zusammenschlüsse gelten. Mit dem Ziel, ungehinderten Kapitalströmen auch noch den letzten Winkel der Welt zu öffnen (vgl. Harvey 2006: 33), während staatliche Gesetze die Bewegungsfreiheit von MigrantInnen reglementieren und so ein Trugbild nationalstaatlicher Territorialität aufrechterhalten (vgl. Miyoshi 2001: 290), erzeugen Freihandelszonen wie ASEAN oder NAFTA zugleich die Illusion von Homogenität und Kohärenz. Mit seiner Unterdrückung von Widersprüchen und Differenzen, wie etwa der traditionell sexistischen und rassistischen Codierung von Migrationsbewegungen im pazifischen Raum, gibt sich das Konzept der Freihandelszone als typische Repräsentationsstrategie des euro-amerikanischen Pazifikkonstrukts zu erkennen.

Derartig homogenisierende Repräsentationsstrategien im Dienste des deterritorialiserten, globalen Kapitalismus sind jedoch nicht unbeantwortet geblieben. Seit den späten 1990er Jahren tauchen in der nordamerikanischen Literatur zunehmend fiktionale Texte auf, die sich kritisch mit der Glorifizierung des Konzepts der Freihandelszone auseinandersetzen und den Blick auf die anhaltend rassistischen und sexistischen Implikationen des hegemonialen westlichen Pazifik-Diskurses und der nordamerikanischen Gesellschaften lenken. Dabei kann weder die Tatsache überraschen, dass die AutorInnen dieser Texte AmerikanerInnen bzw. KanadierInnen asiatischer Abstammung sind, noch dass ihre Texte vorwiegend dem Genre der „speculative fiction“ angehören und damit auch generisch mit der hoch spekulativen, utopischen Qualität des offiziellen Wirtschaftsdiskurses korrespondieren.

Auch Larissa Lai greift in *Salt Fish Girl* Grundzüge des ökonomischen Pazifik-Diskurses auf und entwickelt sie weiter. Indem sie den futuristischen Handlungsstrang des Romans mit einem zweiten konterkariert und mischt, der die Lebenszyklen und Transformationen einer mythischen chinesischen Göttin und Tricksterfigur darstellt, gelingt ihr die Einschreibung von Differenz und migratorischer Bewegung (vgl. Lai 2004: 173) in die dominante symbolische Ordnung und zugleich der Entwurf einer deterritorialiserten, hybriden Subjektivität außerhalb des Dualismus hegemonialer Identitätskonstrukte. Im Folgenden sollen Lais textuelle Strategien und die „Excessive Trans-Formations“ ihrer komplexen Repräsentation kollektiver und individueller, geschlechtlich codierter Körper untersucht werden.

2 Excessive Trans-Formations

Wie kaum ein anderer Topos eignet sich die Figur des Exzesses als Fokus einer Analyse von Larissa Lais komplexer Verhandlung der Ökonomie von politischem Körper und Körperpolitik. Der Exzess-Begriff beschränkt sich dabei weder auf Lais Darstellung eines überbordenden, nationale und moralische Grenzen gleichermaßen überschreitenden Kapitalismus und seiner Produktion, Fragmentierung und radikalen Kommodifizierung subalternen Körper, noch auf ihre Repräsentation des Widerstands eben dieser fragmentierten und kapitalisierten Körper. Er umfasst vielmehr auch die generische Hybridität des Romans selbst, den Textkörper also, ebenso wie die Proliferation paratextueller, auktorialer Kommentare und den Körper der Autorin und seine Zirkulation als Paratext.

2.1 Capital Bodies

Im futuristischen Setting ihres Romans entwirft Larissa Lai das Bild einer postapokalyptischen Gesellschaft, deren rigide Regeln und Gesetze von den Interessen der sechs multinationalen Konzerne bestimmt werden, die nach dem Zusammenbruch der Nationalstaaten die globale Herrschaft unter sich aufgeteilt haben. Die „Big Six“ (*Salt Fish Girl*, im Folgenden zitiert als SFG: 11) „versorgen“ die BewohnerInnen ihrer Städte mit einem bescheidenen Gehalt, der konzerneigenen Produktpalette und dem Schutz etwa vor unkontrollierter, möglicherweise kontaminierter Nahrung oder Angriffen feindlicher Konkurrenzkonzerne. Im Austausch fordern sie Gesetzestreue, Sichtbarkeit, Verfügbarkeit und bedingungslose Loyalität innerhalb der Mauern ihrer Städte. Es ist bezeichnend, dass diese Form der Herrschaft neben der systematischen Verteilung von Subjekten in Einschließungsmilieus, wie sie Michel Foucault als charakteristisch für Disziplinalgesellschaften beschrieben hat (1976), zugleich auf der Internalisierung eines Ehrenkodex beruht, der an das notorische Arbeitsethos asiatischer, insbesondere japanischer Firmen erinnert. Die Passage, in der Miranda Ching, die Hauptfigur und Ich-Erzählerin des futuristischen Handlungsstranges, über ihren Vater spricht, macht das deutlich:

„In his past life, my father would not have sold Saturna out for any price. He understood what we had. He understood the safety of the compound. *He was not a greedy man.* Our life was comfortable in a middle-class, suburban sort of way. *It was not excessive. My father was content with that.* He was proud of having fathered a child at such a late age. At seventy-five, he was proud that he was able to continue working for the company, that they valued his labour and his trust. That he could not afford to retire on the meagre pension offered did not bother him.“ (SFG: 95; Hervorhebungen S. W.)

Beschrieben werden hier Tugenden wie Fleiß, Stolz und Bescheidenheit, ein selbst- und reibungsloses Funktionieren im Getriebe einer „company“, deren Interessen als persönliche Ziele internalisiert werden, die jedoch selbst merkwürdig gesichts- und körperlos bleibt. Obwohl die hervorgehobenen Sätze mit ihrer Betonung maßvoller Zufriedenheit vordergründig ein Bild loyaler Subjektivität entwerfen, hat Larissa Lai ihnen zugleich auf subtile Weise, nur durch eine Häufung von Negationen, den Geist der körperlosen Großkonzerne eingeschrieben, der entschieden mit der Bescheidenheit der MitarbeiterInnen kontrastiert. So rückt gerade die nachdrückliche Betonung der Tatsache, dass Mirandas Vater Stewart Ching „*not a greedy man*“ und sein Leben „*not excessive*“ sei, die charakteristische „Gier“ einer exzessiven globalen Ausbreitung der sechs „Megacorporations“ in den Blick, die den laut Karl Marx der kapitalistischen Produktionsweise gesetzmäßig immanenten Zwang zu Wachstum, Überschreitung und Exzess evoziert (vgl. Marx 2008: 167). Es bleibt festzuhalten, dass Lais Darstellung einer exzessiven Herrschaft der „Big Six“ die Überwachung und Verteilung der Subjekte im Raum mit dem „Gas“ (Deleuze 1990) der Gouvernamentalität, die „sich verheimlichende Macht“ (Foucault 1976: 261) der Disziplinalgesellschaften mit der chiffrierten Unfassbarkeit der Kontrollgesellschaften (vgl. Deleuze 1990) verbindet.

Dabei deutet die zitierte Passage mit der auffälligen, prägnanten Kürze ihrer Sätze auch eine Fragmentierung der so regierten Subjekte an, auf die Tara Lee in ihrem Aufsatz über *Salt Fish Girl* hinweist und die sie als signifikantes Merkmal und Strategie der

„scattered hegemonies“ und des „multinational power network“ des globalen Kapitalismus beschreibt:

„This network is premised on a breaking apart of bodies and a blurring of boundaries that were previously considered stable. Late capitalism imposes itself on the globe by fragmenting the body until it is nothing more than pieces for power dispersal. [...] Just as power moves in a state of disjuncture, the objects and people affected by this power are subject to fragmentation and dispersal themselves.“ (Lee 2004: 95f.)

Larissa Lai zeigt diese Fragmentierung der Körper und lädt sie mit einer ambivalenten Gendercodierung auf, die traditionelle Genderstereotypen des amerikanischen Pazifik-Diskurses und der staatlichen Multikulturalismus-Diskurse Nordamerikas zugleich zitiert und dekonstruiert. Der Hinweis darauf, dass Stewart Ching stolz darauf ist, in seinen Sechzigern noch Vater einer Tochter – Miranda – geworden zu sein, dient in der zitierten Passage nicht nur dazu, seine generelle Zufriedenheit zu unterstreichen. Er ergänzt vielmehr das Bild eines in einer unglücklichen Ehe lebenden und in seiner Geschlechtsrolle tief verunsicherten Mannes, der an anderer Stelle als „soft, gentle and bookish“ (SFG: 27) beschrieben wird. Er macht deutlich, dass Stewarts Zufriedenheit in mehrfacher Hinsicht das Ergebnis von Illusionen ist: Illusionär ist sowohl die Annahme, Saturna bringe seiner Arbeit und Treue echte Wertschätzung entgegen (eine tatsächliche Wert-Schätzung müsste sich in angemessener Bezahlung ausdrücken und würde folglich die Kapitalisierung des unbezahlten Mehrwertes der geleisteten Arbeit verhindern), als auch die Vorstellung, er, Stewart, sei der Erzeuger Mirandas. Lai evoziert mit diesem Bild des sanften Stewart Ching das Stereotyp des effeminierten asiatischen „coolie“, Symbol einer als unfrei und servil stilisierten, leicht auszubeutenden Klasse asiatischer ImmigrantInnen, das im ausgehenden 19. Jahrhundert als Kontrastfolie für die ideologische Verklärung der weißen Arbeiterklasse zum „American freeman“ diene (vgl. So 2008: 10) und bis heute Subtext und Konnotation eines überdeterminierten rassistischen Stereotyps ist.

In hartem Kontrast zu diesem ideologisch aufgeladenen Klischee „des Asiaten“ als Signifikant defizitärer „Männlichkeit“ und Ökonomie zeigt Lai Stewart Ching jedoch an anderer Stelle als Terminator-ähnlichen Superhelden. Die Szene, in der Ching seiner noch kleinen Tochter Miranda seine Arbeit als Steuereintreiber für Saturna und die Funktion seines „Business Suit“ bei dieser Aufgabe demonstriert, ist in ihrer komplexen Dichte eine der eindrucksvollsten des Romans. Der schwarzglänzende „Business Suit“ ist eine Art elektronische Ganzkörperschnittstelle, die es ihrem Träger erlaubt, sich virtuell, wie in einem Computerspiel, in „Real World“, einem Simulacrum der verbotenen „Unregulated Zone“, außerhalb der Mauern des konzerneigenen „Compound“ zu bewegen. Zusammengesetzt aus einzelnen Teilen für Arme, Beine, Torso und Kopf, symbolisiert diese utopische Interpretation eines Geschäftsanzugs deutlich die Destabilisierung, Auflösung und Neuordnung des Körpers gemäß der Logik und dem Bedarf eines deterritorialiserten Kapitalismus, auf die Tara Lee hinweist (vgl. 2004: 96). Diese Fragmentierung und Funktionalisierung des Körpers setzt sich in der erstaunlichen Verwandlung ihres Vaters in „Real World“ fort, die Miranda gebannt auf einem zum Anzug gehörenden Videobildschirm verfolgt:

„It was my father, but a much stronger, younger, more heroic version of him, both like the man I knew and entirely without the soft, gentle, bookish demeanour with which he carried himself through family life. A woman and child appeared at his feet. Their clothes were ragged. The woman's cheek was bleeding. The child was screaming and scrabbling with its sharp desperate little claws for her breast *which jutted through her clothing just a little too sexily for one so abject*. My father helped the woman to her feet. He unhooked a canteen from his belt and gave it to her to drink. Suddenly a flock of something like birds swooped towards them – round discs with razor-sharp edges that screamed like crows. My father's eyes turned red and shot lightning bolts at them. He raised his arm. It was a gun, shooting rapid machine-gun fire. He continued to walk and as he put each knee forward a spray of bullets shot out. The birds were subdued. The swooping became slow tumbling. *They flickered, lost their solidity, became a thin stream of digits*. My father opened his mouth wide and swallowed them.“ (SFG: 27; Hervorhebungen S. W.)

Mithilfe der augenfälligen Fragmentierung wird hier ein heldenhafter, supermännlicher Körper entworfen, der, obwohl oszillierend zwischen karitativer Erlöserfigur und „Egoshooter“, zudem deutlich erotisch konnotiert ist. Neben der plakativ aggressiven Transformation von Gliedmaßen in Schusswaffen trägt dazu auch die fast beiläufige Erwähnung der *zu* sexy wirkenden nackten Brust der Frau im dystopischen Setting des Computerspiels bei, das Stewart Chings Arbeitsplatz ist. Diese Erwähnung unterstreicht, dass Chings Arbeit als „tax-collector“ ein virtuelles Abenteuer ist, exponiert dessen Einbettung in ein sentimentales Narrativ mit einem erotischen Subtext und damit die doppelte Fiktionalität der Situation und lenkt so den Blick auf die prekär gewordene Grenze zwischen virtueller Inszenierung und realer Erfahrung, deren Medium der Körper ist. Diese Grenze markiert der „Business Suit“, der das Paradoxon des „Real World“-Spiels ermöglicht, das den Körper suspendiert, ihn auflöst und in einen Strom digitaler Zeichen verwandelt, die ihre referentielle Funktion verloren haben.

Es erscheint konsequent, dass diese Darstellung sowohl im Unklaren lässt, wessen Steuern es sind, die hier eingetrieben werden, als auch, wie die so gesammelten „digits“ in die Finanzwelt Serendipitys und Saturnas übertragen werden und welchen Wert sie repräsentieren. Statt referenzieller Eindeutigkeit etabliert die Szene eine quasi-hyperfiktionale Ebene innerhalb der diegetischen Welt von *Salt Fish Girl*, die mit jener Hyperfiktionalität korrespondiert, die Jean-Joseph Goux als Charakteristikum des elektronischen Geldverkehrs und seiner „dizzying linkages between finance and computer technology“ (1999: 122) definiert. Gerade vor dem Hintergrund der isomorphen Zeichenhaftigkeit und Repräsentativität von Geld und Sprache wird deutlich, dass Lais Einführung eines fiktionalen Narrativs zweiter Ordnung die postmoderne Entkoppelung beider Repräsentationssysteme von einem universellen Äquivalent (vgl. Goux 1999: 120–126) verhandelt. Der durch die digitale „time-space-compression“ (Harvey 1990: 284) grenzenlos gewordene Möglichkeitsraum des globalen Kapitalismus wird so als Repräsentationsraum sichtbar, dessen AgentInnen und Operationen in einer unendlichen Kette aufeinander verweisender Signifikanten nur flüchtige Spuren hinterlassen.

Während die ProgrammiererInnen und ProfiteurInnen von „Real World“ dieser Logik entsprechend körperlos und verborgen bleiben, lässt Larissa Lai jedoch keinen Zweifel daran, dass es der rassistisch und geschlechtlich kodierte, subalterne Körper ist, dessen Leiden der Virtualität der Geldströme einen letzten, nicht hintergehbaren Horizont entgegensetzt. Der Einsatz Mirandas als Medium der beiden narrativen Ebenen ermöglicht dabei deren dramatischen Zusammenprall: Während sie auf dem Bildschirm verfolgt, wie virtuelle PolizistInnen mit Schlagstöcken die einverlebten Datenströme

aus den Körpern Stewart Chings und seiner KollegInnen „extrahieren“, muss sie zugleich mit ansehen, wie sich sein Körper unter der Hülle des „Business Suit“ in Schmerzen windet. Als Miranda ihrem spontanen Impuls folgen und mit dem Schalter am Handgelenk des Anzugs die virtuell induzierten und doch sinnlich erfahrenen Schmerzen ihres Vaters beenden will, wird sie von Stewart Ching trotz seiner Agonie mit einer schnellen, überraschend entschlossenen Bewegung und den Worten „Don’t you ever do that. You must never interfere with the Business Suit.“ (SFG: 28) daran gehindert.

Tara Lee liest dieses Verhalten Stewart Chings gegen Ende der „Business Suit“-Szene als Ausdruck einer selbstverleugnenden Komplizenschaft mit und Kapitulation vor der Hegemonie des unfassbaren, körperlosen Kapitals und die Aufforderung „don’t interfere“ als „motto for the individual’s role in the global market. Be active participants, but above all, do not interfere“ (Lee 2004: 97). Doch es ist erst Mirandas Kommentar, mit dem Lai die Erinnerung an die Szene aus ihrer Kindheit enden lässt: „I felt I’d betrayed him deeply by witnessing what I’d witnessed.“ (SFG: 29) Auffällig ist die umschreibende Bewegung in diesem Ausdruck von irrationalen Schuldgefühl und Scham, ein Unsagbarkeitstopos, mit dem Lai Stewart Ching als Leerstelle und seinen so widersprüchlich repräsentierten Körper als „floating signifier“ (Levi-Strauss 1987: 63f.) entwirft. Äußerst subtil gelingt ihr so die Einführung eines nicht fixierbaren Elements exzessiver Differenz in die rigide kulturelle Codierung des Körpers durch die Konstrukte von Gender und Rasse und damit eine semiotische Destabilisierung, die eine vordergründige Kapitalismuskritik weit überschreitet.

2.2 Abject Bodies/Hybrid Texts

Während sich das Konzept exzessiver Differenz in Lais Darstellung Stewart Chings nur einer sehr genauen Lektüre erschließt, ist dasselbe Konzept in der Omnipräsenz von Tropen der Verschmutzung und des Abjektalen auf anderen Textebenen des gesamten Romans nicht zu übersehen. Lai selbst weist in einem Aufsatz auf die auffällige Häufung solcher Tropen im orientalistischen Pazifik-Diskurs hin und räumt ein: „I am fascinated by the language of infiltration and contamination – language that has historically been used to describe Asian migration to the West.“ (Lai 2008b: 29) Topoi einer exzessiven, abjektalen Hybridität kennzeichnen folglich die Ich-Erzählerinnen beider Handlungsstränge in *Salt Fish Girl* ebenso wie viele der ProtagonistInnen ihrer jeweiligen „histoire“, die am Ende des Romans zudem als Elemente *einer* „queeren“ Erzählung erkennbar werden.

Der Roman beginnt mit der Welt- und Selbstschöpfung der chinesischen Göttin Nu Wa, die das Raum-Zeit-Kontinuum einer ungeformten, vor-symbolischen Welt durch ihre Erzählung eines Ursprungsmythos unterbricht:

„The materials of life still lay dormant, not yet understanding their profound relationship to one another. There was no order, nothing had a clear relationship to anything else. The land was not the land, the sea not the sea, the air not the air, the sky not the sky. The mountains were not yet mountains, nor the clouds clouds.

But wait. Here comes the sound of a river, water rushing in to fill the gap. Here comes the river. Hushhhhh. Shhhhhh. Finger pressed vertically against lips, didn’t I tell you? Of course I have lips, a woman’s lips, a woman’s mouth, already muttering secrets under my breath. Look. I have a woman’s eyes, woman’s rope of smooth, black hair, extending past my waist. A woman’s torso. Your gaze slides

over breasts and belly. The softest skin, warm and quivering. And below? Forget modesty. Here comes the tail, a thick cord of muscle undulating, silver slippery in the early morning light. Lean closer and you see the scales, translucent, glinting pinks and greens and oily cobalt blues." (SFG: 1)

Es ist ein fabelhaftes, amphibisches Mischwesen aus Frau, Fisch und Schlange, das hier mit dem Wasser des Gelben Flusses in die Welt gespült wird und die Szene augenblicklich mit Signalen erotischer Verführung auflädt. In der ewigen Gegenwart des Mythos bleibt unklar, wer Adressat dieser Verführung ist, wer mit den geflüsterten Geheimnissen, dem glänzenden Haar und den – „forget modesty“ – irisierenden Schuppen des Fischschwanzes umworben werden soll. Als LeserInnenadresse wirbt diese Exposition jedenfalls um Vertrauen zu einer schillernden, sinnlichen und verspielten Erzählerfigur jenseits von Logik und Rationalität, um Vertrauen zu einer aus Schlamm und Wasser entstandenen Gottheit und Ur-Fruchtbarkeit jenseits jeder symbolischen Dichotomie.

Beschrieben wird hier das Eindringen des Logos in den Mythos durch die Setzung einer symbolischen Ordnung und es ist im Wortsinn bezeichnend, dass der Titel dieses ersten Kapitels „The Bifurcation“ lautet. Dieser Titel bezieht sich nur vordergründig auf Nu Was scheiternden Versuch, aus dem Schlamm des Flusses Abbilder ihrer selbst zu formen und ihre wütende Spaltung der Schlangen/Fischschwänze ihrer Kreaturen, als diese sich noch während des Schöpfungsaktes über ihre Schöpferin lustig machen. Diese naiv-mythische Bedeutungsebene, auf der Menschwerdung als Strafe einer bereits im Ursprung angelegten Hybris entworfen wird, korreliert mit einer tieferen, subtileren Ebene, die „The Bifurcation“ als Einführung eines symbolischen Regimes von Dualismen und binären Codes zeigt, dem Hierarchie und Asymmetrie immer schon immanent sind.

Doch wie schon ihre fantastische Verkörperung signalisiert, ist Nu Wa die Gestalt eines hybriden Dritten, nicht Fisch, nicht Fleisch, weder ganz Mensch noch eindeutig Tier, und es ist kein Zufall, dass ihr Versuch misslingt, sich selbst als Maß aller Dinge zu setzen. Es ist vielmehr programmatischer Ausdruck eines alternativen prokreativen Prinzips, wenn Nu Wa anstelle der Ausübung symbolischer Macht so viel Freude an der sinnlichen Lebendigkeit ihrer menschlichen Geschöpfe entwickelt (vor allem an deren sexueller Lust, die letztlich erst durch die Spaltung des Fischschwanzes und damit durch Abweichung und Differenz vom göttlichen Modell ermöglicht wird), dass sie selbst menschliche Gestalt annehmen will.

Motiviert von diesem dionysischen Begehren nach Begehren und mithilfe einer Fülle von Anspielungen auf märchenhafte Intertexte zeigt der Roman im dritten Kapitel Nu Was Wiedergeburt als Mädchen in einem chinesischen Dorf des 19. Jahrhunderts und damit die erste einer Reihe von Re-Inkarnationen, die konsequente Fortsetzung des Prinzips alternativer Prokreation sind. Die Geburt als Mädchen verdankt sich dabei bezeichnenderweise einer Form der Kontamination: Nachdem auch Nu Was Schlangen/Fischschwanz sich in einer schmerzhaften Transformation gespalten hat, schrumpft ihr nunmehr menschlicher Körper auf mikroskopische Größe und landet zunächst im Trinkwasser und dann im Körper einer als unfruchtbar geltenden chinesischen Frau, als deren Tochter Nu Wa wiedergeboren wird (vgl. Paul Lai 2008: 171).

Bereits in den Grundzügen dieser mythischen Darstellung Nu Was lässt sich unschwer eine feministische Kritik und Dekonstruktion des Phallogozentrismus westlicher Ursprungsnarrative erkennen. Laiss Revision des patriarchalen Imaginären nimmt

eine radikale Umdeutung des durch die Hierarchien der dominanten symbolischen Ordnung marginalisierten Anderen vor. Von Anfang an verknüpft die Autorin dabei äußerst geschickt Topoi der Fruchtbarkeit mit Topoi der Hybridität, Verunreinigung und Kontamination, die implizit Julia Kristévas Theorie des Abjektalen zitieren. Assoziiert mit Liminalität und der Grenze zwischen dem Selbst und dem Anderen markiert die Idee des Abjektalen nach Kristéva Prozesse individueller und kollektiver Identitätsbildung durch Ausstoßung bedrohlicher „schmutziger“ Elemente. Kristéva verweist in diesem Zusammenhang auf Mary Douglas und ihre Erkenntnis, dass die Idee der Verschmutzung klar definierte soziale und symbolische Strukturen voraussetzt: „The potency of pollution is [therefore] not an inherent one; it is proportional to the potency of the prohibition that founds it.“ (Kristéva 1982: 69) Das Abjektale ist folglich eine Art identitätsspendendes Nebenprodukt der symbolischen Ordnung. Körperflüssigkeiten wie Menstrualblut, Exkremente oder Speichel, die ihre abjektale Existenz erst ihrem grenzüberschreitenden Austritt aus dem Körper verdanken, werden deshalb als metaphorische Inkarnation der Durchlässigkeit und Zerbrechlichkeit der Grenzen dieser symbolischen Ordnung tabuiert (vgl. Kristéva 1982: 70).

In *Salt Fish Girl* ist es vor allem das Motiv des Gestanks, das als eine Art abjektales Leitmotiv sowohl im mythisch-historisierenden als auch im futuristischen Erzählstrang des Romans eine zentrale Rolle spielt. Dabei nutzt Larissa Lai die besondere Liminalität und Ambiguität, die Paul Lai zufolge dem flüchtigen Aggregatzustand von Gerüchen geschuldet ist: „Smell connects with change or in-between-ness because smells linger and their diffuse quality as airborne molecules disconnected from their sources endows them with confusion or lack of clarity about categories and origins.“ (Paul Lai 2008: 176) Indem er die diffuse, doch grundsätzlich neutrale Uneindeutigkeit überschreitet, die hier als zentrales Charakteristikum von Geruch beschrieben wird, bietet sich Gestank als idealtypische Metapher abjektales Liminalität im Kontext einer Ökonomie des Exzesses an. Schon in der mythischen Schöpfungsszene zu Beginn des Romans führt Larissa Lai das Motiv des Gestanks durch einen Erzählerkommentar Nu Was ein, der ausdrücklich den oben zitierten „lack of clarity about categories and origins“ betont: „In the beginning there was me, the river and a rotten-egg smell. *I don't know where the smell came from*, dank and sulphurous, but there it was, the stink of beginnings and endings, not for the faint of heart.“ (SFG: 2; Hervorhebung S. W.)

Wie in diesem Erzählerkommentar, der eine Art „Ur-Gestank“ mit dem Kreislauf von Fruchtbarkeit und Verwesung verbindet, wird der Topos des Gestanks in einer Szene aus dem im China des 19. Jahrhunderts spielenden Lebenszyklus, in der sich Nu Wa auf dem Marktplatz in die Tochter des Fischhändlers – das titelgebende *Salt Fish Girl* – verliebt, mehrfach und widersprüchlich determiniert. Auch in dieser Beschreibung von Gestank verbinden sich Konnotationen von Verwesung und fruchtbarer, nährender Mütterlichkeit, die darüber hinaus mit der Erotik des homosexuellen Begehrens verknüpft werden, das Nu Wa für *Salt Fish Girl* empfindet: „She stank of that putrid, but nonetheless enticing smell that all good South Chinese children are weaned on, its flavor being the first to replace that of mother's milk“ (SFG: 48).

Noch deutlicher ist diese Verbindung von olfaktorischem Exzess und erotischem Begehren in dem komplexen Ursprungsnarrativ, mit dem der futuristische Erzählstrang beginnt. Lai spielt hier mit generischen Konventionen autobiografischen Erzählens,

wenn sie die Ich-Erzählerin Miranda mithilfe einer Fotografie, die ihre Mutter zeigt, das Verhältnis ihrer Eltern kurz vor ihrer eigenen Zeugung rekonstruieren lässt. Raffiniert verknüpft Lai dabei ein ausgeklügeltes fotografisches Arrangement, bei dem Aimee Ching, vor dem Spiegel ihres Toilettentisches sitzend, von ihrem Ehemann Stewart fotografiert wird, dessen Kamera und Körper, vom Spiegel reflektiert, ebenfalls auf dem so entstandenen Foto abgebildet sind, mit Mirandas Spekulationen über die Beziehung ihrer Eltern. So entsteht eine symbolisch hoch aufgeladene Momentaufnahme des Paares, die Aimee als glamouröse „dragon lady“ und alternden Ex-Star des chinesischen Nachtclubs von Serendipity und Stewart als ihren ungeliebten, farb- und gesichtslosen – der Blitz der Kamera blendet sein Gesicht aus – Ehemann vorstellt. Bedeutungsschwanger vor dem Toilettentisch mit Aimees Sammlung geschliffener Parfümflakons inszeniert, bereitet diese bildhafte Exposition der Eheleute, die trotz ihres fortgeschrittenen Alters Mirandas Eltern werden, die Bühne für den olfaktorischen Sündenfall, der zu Mirandas Zeugung und Geburt führt.

Am Anfang dieses Sündenfalls steht das Verlangen nach einer Durian, der asiatischen Frucht, die für ihren durchdringenden, faulig-süßen Gestank bekannt und vorwiegend in asiatischen Ländern beliebt ist. Es wird ausgelöst, als Aimee Ching in der „Unregulated Zone“, außerhalb des an der nordamerikanischen Pazifikküste gelegenen Serendipity, einen Durianbaum entdeckt, der dort trotz des ungeeigneten Klimas gedeiht. Trotz aller Gefahren – dazu zählt das verbotene Betreten der „Unregulated Zone“ ebenso wie der verbotene Verzehr unkontrollierter, nicht konzernproduzierter Früchte – gelingt es Stewart, Aimee eine der wilden Durianfrüchte zu bringen, deren Gestank Erinnerungen an ihre asiatischen Wurzeln und eine Welle der Leidenschaft für ihren bisher ungeliebten Ehemann weckt:

„‘Durian’ he said. ‘Come eat’ He stood in the doorway and did not move. She rose from the worn seat of her ancient vanity, and on her dainty, small, now lithe feet, practically wafted up to him and pressed her warm lips to his. He dropped the durian in surprise. As they tumbled to the floor, it tumbled between them, its green spikes biting greedily into their flesh, its pepper-pissy juices mixing with their somewhat more subtly scented ones and the blood of the injuries it inflicted with its green teeth.“ (SFG: 14f.)

Unmittelbar im Anschluss an diese „Urszene“ exzessiver Hybridität, die noch einmal das orientalistische Stereotyp der sexbesessenen asiatischen ‚dragon lady‘ aufruft und die mit ihm verbundenen Zuschreibungen aggressiv-exzessiver Erotik gleichzeitig mit einer Darstellung der Frucht verbindet, die diese in ihrer Überschreitung der Grenzen zwischen Frucht und Tier als ebenso aggressiv-exzessiv entwirft, lässt Lai ihre Ich-Erzählerin sehr geschickt eine Quintessenz ziehen, die das Spektakuläre ihrer Erzählung durch das Bekenntnis des Spekultativen relativiert:

„As for the precise nature of my conception in this incident, what shall I say? That the third gender is more unusual and more potent than most imagine? That my conception was immaculate, given the fact that my mother was a good eight years past menopause? I can tell you none of these things because I know nothing about them.“ (SFG: 15)

Hier werden beiläufig und im Gestus unzuverlässigen Erzählens ein unerhörtes drittes Geschlecht und eine fantastische Form der Parthenogenese als Ursprung der Erzählerin

entworfen und zugleich mit dem christlichen Dogma der unbefleckten Empfängnis in Verbindung gebracht. Mit der Einschreibung von Topoi des Abjektalen, zu denen die stinkende Durianfrucht ebenso gehört wie die rassistischen und sexistischen Stereotypen „der Asiatin“, appropriiert und transformiert Lai den patriarchalen westlichen Ursprungsmythos vom Paradiesgarten und, mit seiner Verortung an einer konzernregierten Pazifikküste Nordamerikas im Jahr 2044, zugleich den futuristischen, hegemonialen Pazifik-Diskurs.

Als Produkt dieser abjektalen Urszene verkörpert Miranda, Erzählerin und Protagonistin des futuristischen Handlungsstranges, abjektale Alterität und Hybridität par excellence. Von Geburt an verströmt ihr Körper den ambivalenten Gestank der Durianfrucht, der bald ihr Elternhaus und alles darin Befindliche durchdringt. Zu Beginn noch als eigenwilliger Duft und Aphrodisiakum beschrieben, wird dieser mit Mirandas Entwicklung stetig intensiver werdende, unkontrollierbare Gestank zunehmend zum sozialen Problem in Serendipitys Gesellschaft, deren konzerngesteuertes kollektives Imaginäres von Reinheitsfantasmen und einem technologiebeflügelten Kontrollwahn bestimmt wird. Nach dem Scheitern der verzweifelten Versuche Stewart Chings, ein „Heilmittel“ gegen Mirandas Gestank zu finden – hier verhandelt Lai mit der Pathologisierung zugleich die in Gender und Ethnicity Studies kontrovers diskutierte Frage des Essentialismus –, müssen Mirandas Eltern Serendipity mit ihren Kindern verlassen und eröffnen in der gefährlichen „Unregulated Zone“ einen Gemüseladen, der auf den Handel mit „wilden“ Durians spezialisiert ist.

Dieser geradezu detailverliebte Symbolismus im überdeterminierten Motiv des subversiven, exzessiven, „wilden“ Gestanks steht einer ebenso konsequent-symbolischen Darstellung gegenüber, die eine radikale Kolonisierung weiblicher Körper durch die „Megacorporations“ zeigt, die vor keiner Form der biologischen Manipulation zurückschrecken. So werden etwa die rassistisch markierten Körper illegaler Migrantinnen in den „Compounds“ der „Big Six“ zuerst pathologisiert – sie werden zu ÜberträgerInnen der „Drowning Disease“ erklärt, einer epidemischen depressiven ‚Erkrankung‘, die im Suizid durch Ertrinken im Wasser des Pazifiks gipfelt –, und dann, unter dem Vorwand der Behandlung, regelrecht chirurgisch „umgebaut“. Als „janitors“, in deren Rücken Fenster aus Klarsichtfolie ständigen Einblick ins Körperinnere erlauben, repräsentieren sie eine Variante der ultimativen Kontrolle und Ausbeutung subalternen, weiblicher Körper durch die Macht der Konzerne.

Die andere, weniger augenfällige Variante sind die Klone, die Saturna mithilfe von Gentechnologie gezielt für unterschiedliche Formen primitiver Arbeit produziert. Hergestellt durch eine Kreuzung von menschlichen und tierischen Genen, verkörpern die Klonserien der „Sonjas“ und „Miyakos“ auf erschreckend konkrete Weise Patricia McCormacks kritischen Kommentar zu den neuen Herrschaftsformen des Spätkapitalismus: „Women and animals are territories of new empire.“ (McCormack 2009: 78) Diese Extremform der Kolonisierung wirft auch die entscheidende Frage auf, die Larissa Lai in einem Aufsatz über ihren Roman formuliert: „The question becomes how to fight back when your body itself is the battleground?“ (Lai 2008: 29).

In *Salt Fish Girl* ist es die Figur Evies, eine rebellische Klonmutation des Sonja-Modells, die deutliche Züge von Donna Haraways Konzept des Cyborgs trägt und eine Art biologischen Widerstand gegen die Macht der Konzerne organisiert. Als Produkt

einer Kreuzung von Fisch- und Menschengenen verströmt auch sie jenen exzessiven, durchdringenden Geruch, der als Auslöser eines gleichgeschlechtlichen erotischen Begehrens die Handlung in *Lais Roman* vorantreibt und zugleich Metapher abjektalen Widerstands gegen eine hegemoniale symbolische Ordnung ist.

Dabei erscheint es widersprüchlich, dass Lai hier mit den transgenetischen Verfahren, in denen genetisches Material von Tieren mit dem von Frauen gemischt wird, den Topos abjektaler Hybridität gleichzeitig auch mit dem hyper-technologischen Herrschafts- und Kontrollinstrumentarium eines radikalisierten Kapitalismus verbindet. Und auch in diesem Kontext ist es ein paratextueller Kommentar der Autorin, der eine Deutung ihres fiktionalen Textes anbietet:

„Much of the environmental work that critiques bio-engineering is strangely xenophobic in its language. [...] While I believe in environmentalism, I am troubled by its rhetoric of purity and return, rhetoric that just as easily slides into fascist discourse as progressive discourse. [...] We are entering an era in which scientific and corporate manipulations of biology are happening at unprecedented depth, and with unprecedented lack of regulation. It affects our food, our bodies, and our environment. And those of us who consume its products are both victims and supporters of these dubious practices. *I want to be careful here, as I hope I was in the novel*, not to dub these practices as evil across the board. Our historic fear of the biological emerges, in my mind, from misogyny, from a longstanding fear of fertility, which of course is connected to fear of women.“ (Lai 2008: 29; Hervorhebung S. W.)

Lai beschreibt hier die Unmöglichkeit einer eindeutigen, durch eine dialektische Beziehung zu einer dominanten Mehrheit entworfenen Alterität, eine Uneindeutigkeit, die Rosi Braidotti als Charakteristikum der omnipräsenten Herrschaft eines schizophrenen Kapitalismus definiert, der empirische ReferentInnen von Alterität (z. B. Frauen) von Praktiken ihrer diskursiven Konstruktion entkoppelt (Braidotti 2009: 104). Anstelle von Foucaults „Biopower“ (2003: 243) arbeitet dieses Regime der „informatics of domination“ (Haraway, zitiert in Braidotti 2009: 104) mit einer Fülle von Operationen, die alle Gesellschaftsmitglieder zu seinen AgentInnen macht und Grenzen zwischen Subjekt und Objekt verwischt.

Während ihr Roman also verhandelt, wie dieses Regime das weiblich konnotierte Biologische appropriiert, kontrolliert und dabei moralische Uneindeutigkeit produziert, kontrolliert und steuert Larissa Lai durch eine wuchernde Fülle paratextueller Kommentare wie dem oben zitierten die Rezeption ihres fiktionalen Texts. Selbstbewusst stellt sie dabei immer wieder auch den eigenen Körper als hybriden, rassistisch und sexistisch markierten und marginalisierten Paratext aus und problematisiert dessen Zirkulation und Instrumentalisierung als kulturelles Kapital im Dienst eines präventösen kanadischen Multikulturalismus (Lai 2008: 30). Vor dem Hintergrund ihrer langjährigen kulturpolitischen Arbeit und im Sinne einer identitätspolitischen „correctness“ ist Lais paratextuelle Rezeptionssteuerung zumindest nachvollziehbar. Zugleich erweckt diese Form der diskursiven Kontrolle aber den Eindruck, als misstrau die identitätspolitische Aktivistin Lai der fiktionalen Autorin Lai und dem komplexen ästhetischen Spiel ihres Romans.

Dass dieses Misstrauen unbegründet ist, wird besonders im Kontext der Forderungen nach neuen feministischen Tropen und Darstellungsformen deutlich, die Donna Haraway formuliert hat:

„Feminist humanity must have another shape, other gestures; but, I believe, we must have feminist figures of humanity. They cannot be man or woman; they cannot be the human as historical narrative has staged that generic universal. Feminist figures cannot, finally, have a name; they cannot be native. Feminist figures must, somehow, both resist representation, resist literal figuration, and still erupt in powerful new tropes, new figures of speech, new turns of historical possibility.“ (Haraway 1992: 86)

Mit dem exzessiven Gestank der hybriden, abjektalen Körper eines dritten Geschlechts, der die beiden Narrative in Larissa Lai's Roman zu einer ‚queeren‘ Erzählung verbindet, hat die Autorin einen kraftvollen Topos subversiver Alterität entworfen, der sich jeder Kategorisierung entzieht. Und trotz ihrer Darstellung einer dystopischen Welt unter dem totalisierenden Regime des globalisierten Kapitalismus deutet sich am Ende des Romans auch der von Haraway geforderte „new turn of historical possibility“ an: Nachdem Miranda sich in Evie verliebt hat und klar geworden ist, dass beide Re-Inkarnationen der archetypischen Figuren Nu Wa und Salt Fish Girl aus dem mythisch-historischen Handlungsstrang sind, bringt auch Miranda nach dem Genuss einer ‚wilden‘ Durian ein Kind zur Welt und schließt so den Zyklus subversiver und alternativer Prokreation, die immer neue, transgressive Lebensformen hervorbringt.

4 Trans-Pacific „Feminethics“

Mit seiner Verknüpfung von chinesischer Mythologie und einer dystopischen Vision einer nahen Zukunft an der nordamerikanischen Pazifikküste trägt Larissa Lai's Roman eine Ursprungserzählung des Anderen und der Migration in das hegemoniale Imaginäre des westlichen Pacific-Rim-Diskurses ein, auf dessen Repräsentationsstrategien sie mit einer Fülle subtiler Anspielungen Bezug nimmt. So kann z. B. „Serendipity“, der sprechende Name der konzernregierten Stadt, die im futuristischen Setting von *Salt Fish Girl* an der kanadischen Pazifikküste etwa auf der Höhe des heutigen Vancouver liegt (vgl. SFG: 111), nur als ironischer Kommentar auf den von lyrischen Euphemismen und prophetischen Heilsideen geprägten ökonomischen Pazifik-Diskurs gelesen werden, denn Serendipity bedeutet „glücklicher Zufall“ und bezeichnet vor allem unerwartete Entdeckungen in der Naturwissenschaft. Der Name steht damit nicht nur in paradoxem Widerspruch zum ubiquitären Kontrollanspruch der machthabenden Konzerne, sondern deutet zugleich die Unmöglichkeit dieser totalen Kontrolle und die Möglichkeit von Widerstand und biologischer Subversion an.

In ähnlicher Weise paradox setzt Lai auch den Begriff der „Unregulated Zone“ ein, der im Roman den Bereich außerhalb der konzernregierten Städte bezeichnet und vor einer nicht näher beschriebenen Katastrophe Territorium des Nationalstaates war. Hier spielt Lai mit der Umkehr des Verhältnisses von Freiheit und Regulation und exponiert so die politische Vereinnahmung und Umdeutung dieser Begriffe durch den neoliberalen Diskurs der Freihandelszone.

Eingebettet in paradoxe Referenzen wie diese zeigt Lai die Instrumentalisierung und Ausbeutung subalternen Körper durch einen globalisierten Kapitalismus, dessen Strategie der exzessiven Fragmentierung den Körper selbst in den Austragungsort eines Kampfes zwischen subjektivierender Macht und subversiver Subjektivität verwandelt. Lai macht deutlich, dass die „global flows“ (Appadurai 1996: 27–47) eines entgrenz-

ten Kapitalismus rassistische und sexistische Asymmetrien zwar perpetuieren, aber auch neue Möglichkeitsräume für eine Ethik des Widerstands schaffen. Diese Ethik zeigt deutliche Bezüge zu Gilles Deleuzes und Felix Guattaris *A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia* (1987), in dem die Autoren einer Vereinnahmung und Absorption subversiver Subjektivität durch hegemoniale Ideologien das Konzept eines fluiden, ständigen Minderheitlich-Werdens entgegensetzen. Patricia MacCormack hat eine derartige Ethik als „Vitalistic Feminethics“ bezeichnet und plädiert für eine posthumanistische Subjektivität, die auch die Rechte von Tieren einschließt, denn „[A]nimals, like women cannot become majoritarian.“ (MacCormack 2009: 85). In *Salt Fish Girl* entwirft Larissa Lai das Szenarium eines solchen Minderheitlich-Werdens und eine nicht-anthropozentrische, posthumanistische Subjektivität.

Literaturverzeichnis

- Appadurai, Arjun. (1996). *Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy. Modernity at Large: Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis: University of Minnesota Press
- Atwood, Margaret. (1998). An Interview with Margaret Atwood on Her Novel *The Handmaid's Tale. A Reader's Companion to The Hand Maid's Tale*. New York: Doubleday Zugriff am 17. Dezember 2009 unter www.randomhouse.com/resources/bookgroup/handmaidstale_bgc.html
- Braidotti, Rosi. (2009). Locating Deleuze's Eco-Philosophy between Bio/Zoe-Power and Necro-Politics. In Rosi Braidotti, Clare Colebrook & Patrick Hanafin (Hrsg.), *Deleuze and Law: Forensic Futures* (S. 96–116). New York: Palgrave Macmillan
- Cuder-Domínguez, Pilar. (2008). The Politics of Gender and Genre in Asian Canadian Women's Speculative Fiction: Hiromi Goto and Larissa Lai. In Eleanor Ty & Christl Verduyn (Hrsg.), *Asian Canadian Writing Beyond Autoethnography* (S. 115–131). Waterloo, Ca: Wilfred Laurier University Press
- Deleuze, Gilles. (1990). Postskriptum über die Kontrollgesellschaften. *Le Autre Journal*, 1. Zugriff am 20. Juli 2009 unter www.nadir.org/nadir/archiv/netzkritik/postskriptum.html
- Deleuze, Gilles & Guattari, Felix. (1987). *A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia*. Minneapolis: University of Minnesota Press
- Dirlik, Arif. (1998). The Asia Pacific Idea: Reality and Representation in the Invention of a Regional Structure. In Arif Dirlik (Hrsg.), *What Is In A Rim: Critical Perspective on the Pacific Region Idea* (S. 15–36). Lanham, New York, Oxford: Rowman and Littlefield
- Foucault, Michel. (1976). *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Foucault, Michel. (2003). *Society Must Be Defended: Lectures at the College de France, 1975–1976*. New York: Picador
- Goux, Jean-Joseph. (1999). Cash, Check, or Charge. In Martha Woodmansee & Mark Osteen (Hrsg.), *The New Economic Criticism: Studies at the Intersection of Literature and Economics* (S. 114–127). London, New York: Routledge
- Haraway, Donna. (1992). Ecce Homo, Ain't (Ar'n't) I a Woman and Inappropriate/d Others. In Judith Butler & Joan W. Scott (Hrsg.), *Feminists Theorize the Political* (S. 86–100). New York, London: Routledge
- Harvey, David. (1990). *The Condition of Postmodernity: An Enquiry into the Origins of Cultural Change*. Cambridge, MA: Blackwell
- Harvey, David. (2006). *Spaces of Global Capitalism: Towards a Theory of Uneven Geographical Development*. London: Verso

- Kristéva, Julia. (1982). *Powers of Horror: An Essay on Abjection*. New York: Columbia University Press
- Lai, Larissa. (2002). *Salt Fish Girl*. London: Routledge
- Lai, Larissa. (2004). Future Asians: Migrant Speculations, Repressed History and Cyborg Hope. *West Coast Line*, 38 (2), 168–175
- Lai, Larissa. (2008). Brand Canada: Oppositional Politics, Global Flows, and a People to Come. In Charlotte Sturges & Martin Kuester (Hrsg.), *Reading(s) from a Distance: European Perspectives on Canadian Women's Writing* (S. 23–32). Augsburg: Wißner
- Lai, Paul. (2008). Stinky Bodies: Mythological Futures and the Olfactory Sense in Larissa Lai's *Salt Fish Girl*. *MELUS*, 33 (4), 167–187
- Lee, Tara. (2004). Mutant Bodies in Larissa Lai's *Salt Fish Girl*: Challenging the Alliance between Science and Capital. *West Coast Line*, 38 (2), 94–110
- Levi-Strauss, Claude. (1987). *Introduction to Marcel Mauss*. London: Routledge
- MacCormack, Patricia. (2009). Vitalistic Feminethics. In Rosi Braidotti, Clare Colebrook & Patrick Hanafin (Hrsg.), *Deleuze and Law: Forensic Futures* (S. 73–95). New York: Palgrave Macmillan
- Marx, Karl. (2008). *Das Kapital. Band 1: Der Produktionsprozess des Kapitals*. Marx Engels Werke (MEW), Band 23. Berlin: Dietz
- Miyoshi, Masao. (2001). Turn to the Planet: Literature, Diversity, and Totality. *Comparative Literature*, 53 (4), 283–287
- So, Christine. (2008). *Economic Citizens. A Narrative of Asian American Visibility*. Philadelphia: Temple University Press
- Woodside, Alexander. (1998). The Asia-Pacific Idea as a Mobilization Myth. In Arif Dirlik (Hrsg.), *What Is In A Rim: Critical Perspective on the Pacific Region Idea* (S. 37–52). Lanham, New York, Oxford: Rowman and Littlefield

Zur Person

Susanne Wegener, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Anglistik und Amerikanistik, Universität Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: Fiktionstheorien, Narratologie, Paratexte, Economic Criticism, Governmentality/Critical Securitization Studies
 Kontakt: FB Anglistik/Amerikanistik, Universität Salzburg, Akademiestraße 24, 5020 Salzburg, Österreich, 0043 662 8044 4417
 E-Mail: Susanne.Wegener@sbg.ac.at

Unpacking Feminist Consciousness and Racial Politics: Representation and the Vanguard in Contemporary Cuban Visual Culture

Zusammenfassung

Die Entschleierung des feministischen Bewusstseins und der Rassepolitiken: Repräsentation und Avantgarde in der zeitgenössischen visuellen Kultur Kubas

Seit den 1990er Jahren umfasst das Spektrum post-sowjetischer Ästhetik auf Kuba aufgrund der nach dem Fall der Berliner Mauer eingetretenen politischen Entspannung vielfältige Ausdrucksformen, die von Blutvergießen bis zu Klage und von komisch bis grandios reichen.

Doch wie gehen kubanische Künstlerinnen mit den Widersprüchen, Ironien, Mehrdeutigkeiten und sozialen Aushandlungen des kubanischen Lebens um? Dieser Beitrag geht der Frage nach, inwiefern kubanische Künstlerinnen am Gender- und Rassediskurs teilgenommen und auf diesen eingewirkt haben.

Mehr denn je repräsentiert das künstlerische Schaffen heute einen quasi-unabhängigen, sich im Dialog mit dem Staat befindlichen Raum vor dem Hintergrund der eigenen Perspektiven auf die Revolutionserfahrung. Die Vielfalt zeitgenössischer experimenteller und konzeptueller kubanischer KünstlerInnen nachzeichnend, wird deutlich, dass diese anerkannte künstlerische und politische Diskurse nicht nur in ihrer eigenen Gesellschaft, sondern auch auf globaler Ebene infrage gestellt und verändert haben. Dabei werden auch die Umkehrung konventioneller Vorstellungen von „Zentrum“ und „Peripherie“ sowie die Verkörperung dieses provokativen, ironischen, humorvollen und zugleich alles verschlingenden Ansatzes nachgezeichnet. Die Arbeiten dieser Künstlerinnen geben Aufschluss über den Alltag kubanischer Frauen auf und fernab der Insel, über Geschlechter- und Rassepolitiken, Sexualität und Macht sowie einen globalen Feminismus in der Post-Sowjet-Ära.

Schlüsselwörter

Kuba, Frauen, Kunst, Feminismus, Sexualität, Afro-Kubanisch, Exil

Summary

In the 1990s and 2000s, sensing that the critical situation had loosened with the fall of the Berlin Wall, post-Soviet aesthetics in Cuba ranged from bloodletting to bitching and from comical to grandiose. How then do women artists in Cuba deal with the contradictions, ironies, ambiguities and social negotiations in Cuban life? This paper will look at how Cuba's artists have participated and contributed to this discourse on gender and racial politics.

Now more than ever, the artistic production represents a quasi-independent space in dialogue with the State in their views of the revolutionary experience. Drawing on a variety of experimental and conceptual contemporary Cuban artists this paper shows how they have challenged accepted artistic and political discourse not only in their own society but in the global arena, reversing conventional notions of "center" and "periphery" and embodying a provocative, ironic, humorous, and omnivorously critical approach. Their work sheds light on the everyday life of Cuban women living on the Island and abroad, gender and racial politics, sexuality and power, and the discourse of global feminism in a post-Soviet context.

Keywords

Cuba, women, art, feminism, sexuality, Afro-Cuban, exile

To confuse Cuban art and politics is a political mistake.
To separate art and politics is another mistake.

Armando Hart Dávalos, former Minister of Culture

In Gerardo Mosquera's essay, "The Infinite Island" (1998), he notes that one novelty in contemporary Cuban art production is that there are more women artists than ever before. At the same time he asserts that, in Cuba, "a feminist consciousness does not exist, and the female artists usually reject the label by considering that such labeling confines them to a ghetto." I argue against his generalization, since many of the artists in this study illustrate a wealth of feminist, gender, and queer issues that go well beyond what Mosquera identifies as "centrifugal feminism" (Mosquera 1998: 29). Mosquera argues that centrifugal feminism, or organized feminist consciousness, has not been at the center of Cuban culture.

Detrimental to the strength and continuity of Cuban art is the mass exodus of its practitioners from the island. A complex network of artists now works inside and outside of Cuba. Due to the fall in Soviet subsidies, Cuba suffered a great "brain drain" of intellectuals and artists that reached its climax in the 1990s. Many of the artists included in this study are now living and working outside of Cuba, and a reexamination of contemporary artistic and cultural production is much needed. Many of these artists also embrace exile as their status. The idea and imagination of a Cuban nation and identity is deeply woven into the history of a Cuba that transcends national boundaries. At the margins of the nation as such, this community has identified itself in relation to the island for over fifty years and functions both as mirror, sharing traditions, codes, symbols, discursive strategies, and as supplement. In different ways, their works articulate and attempt to contain the traumas of exile by repeating and denouncing the actual experience (the history of departures) and by symbolically reconstructing the "lost" home in a new imagined community.

In this essay, I use "Cuba" and "Cuban" to refer to the greater nation, beyond the geographical confines of the island, which includes the exiled communities. Despite this "brain drain," Cuba's cultural energy persists given the fact that "art in Cuba is like a machine that has kept on running although the motor has been turned off" (Mosquera 2003: 240).

Today, Cuban art production exists as much inside as outside of its national borders and a critical study on this phenomenon has yet to be explored in detail. The problem of how Cuban (and Latin American art) is defined and received is as much at issue inside as outside the region. This is in part a result of a renewed interest in many international biennials, from Havana to Istanbul. Also, there has been a growth in the world's commercial art fairs and the emergence of prominent, international curators who have focused much of their curatorial theses on Cuban and Latin American artists in their high profile traveling exhibitions. Gerardo Mosquera has been an indispensable curator and critic who has helped promote Cuban art abroad. According to Mosquera (1994), the economic reality of having to look outside Cuba for cash has turned many artists into 'fishermen': "They live here [in Cuba] and work here, where it's cheaper to get materials. But they are developing their careers abroad – in Europe, Latin America, and now

the United States. It's like exportation of art, in a way" (Mosquera 1994: 105) Access to foreign capital has put a relative handful of Cuban artists in an unusually fortunate situation. The 1980s and 1990s generation became part of Cuba's elite. The Special Period¹ not only created a second wave of immigration, but an exile of artists and intellectuals. During those years, Cuban artists preserved a "vanguardist spirit and group solidarity." Art continued to be linked to society and, because of that, art production was "frequently ironic, disassembling and self-referential" (Mosquera 1994: 35).

Finally, the emboldened art market, resulting from economic prosperity in the 1990s, facilitated many collectors to buy Cuban art at the biennials, art fairs, and then in galleries and museums. As a result, the profile of Cuban artists living and working outside their country increased dramatically during the 1990s. In many instances, these Cuban born, global art "stars" conceived visual statements without reference to their cultural heritage. Instead their art expressed the language of the avant-garde and was indistinguishable in subject and medium from that of many global artists. This study takes into consideration the issue of exile and emigration and examines the possibility of a Cuban culture and art that transcends geographical borders. Though its diasporic core is in Miami, its ramifications are extensive. They reach many art centers from Madrid and Caracas, San Juan and Mexico City, to New York and Paris.

The Rise of a Feminist Consciousness

Since the 1920s, a national feminist movement has played an influential role in Cuba. Many women leaders have been at the forefront of asserting women's rights, racial and gender politics, among other issues. In 1960, the Federation of Cuban Women (FMC) was founded, shortly after the triumph of the revolution. Since then, the FMC has played a pivotal role in channeling the activities and enthusiasm of the masses of women into many different areas. The FMC is organized throughout the island in both urban and rural sectors, with between 50 and 70 women in each of its grassroots organizations. This is just one of several institutional organizations that were created since the Revolution.

In the arts, women have been somewhat marginalized in the educational system. Many have complained of isolation. In 1981, the year the Cuban Renaissance was born, only 10 percent of the graduating students at the Instituto Superior de Arte (ISA) were female. Between 1982 and the early 1990s, the number increased to approximately 25 percent (Camnitzer 2003: 161). By the end of the 1980s, 43 percent of university students (in all sectors) were women. This rose to 60 percent in the second half of the nineties and the start of the decade (Oficina Nacional de Estadísticas 2001). These numbers demonstrate the need for further analysis since they reflect changes in women's social roles and the opportunities for social equity.

Vilma Espín founded the FMC and remained president of the organization until her death in 2007. The FMC is comprised of more than 65 000 delegates in the cities, towns

1 The Special Period in Time of Peace in Cuba was an extended period of economic crisis that began in 1991 after the collapse of the Soviet Union. The economic depression of the Special Period was at its most severe in the early-to-mid 1990s before slightly declining in severity towards the end of the decade.

and rural areas. Espín, who was once married to current President Raúl Castro, was often described as Cuba's first lady and one of Cuba's leading public figures. She explains that feminism in Cuba reached a certain peak in the 1920s, mainly among intellectuals. In her book, *Cuban Women Confront the Future: Three Decades after the Revolution*, she describes that a strong female consciousness began:

"in 1924 and 1925 [when] the first and second feminist congresses took place in Cuba. But their demands, apart from the right to vote for women, were eminently bourgeois and elitist [...] we concur with feminists in the idea that women confront a specific situation in society as a result of the secondary role they have been assigned by capitalism and all preceding class societies. Fidel described the women's movement [in Cuba] as a 'revolution within a revolution'" (Espín 1992).

In the arts, many artists, writers and musicians have contributed a contemporary vision to Cuba's national feminist consciousness. In the literary field, Lydia Cabrera and Nancy Morejón's legendary work on Afro-Cuban women and history has been central to Cuban history, literature, and culture. Among the vanguard in contemporary visual arts are artists like María Magdalena Campos-Pons, Belkis Ayón, Cirenaica Moreira, and performance artists Alina Troyano (Carmelita Tropicana), Tania Bruguera, and Ana Mendieta. Mendieta's *Silueta Series* (1975) merged her own body with the landscape. Some critics have drawn parallels between her *Siluetas Series* and the early work of feminist artists that sought to reestablish the link between the female form and the Mother Earth figure.

Abb. 1: Ana Mendieta: *Silueta Series*, 1973–1980 (Jacob 1991)



In recent years, several Cuban artists have participated at the Elizabeth Sackler A. Center for Feminist Art at the Brooklyn Museum, the only official space for feminist art in the world. Ernesto Pujol's *The Nun*, for instance, was displayed at the venue through *Body of Faith*, a project showing a painterly tableaux of women and men consumed by religious faith and practice. In this series, Pujol gets into the spirit by dressing in a nun's habit for the self-portraits. María Magdalena Campos-Pons, who also worked on this project, uses her body through different media to explore the transatlantic voyage from Africa during the slave trade in the 18th century, to its aftermath in Cuban sugar plantations, to the present day in the United States. Her work utilizes a matriarchal image to build a family history that is intermingled with the sugar industry's presence in her hometown of La Vega.

Abb. 2: Ernesto Pujol: *The Nun* (frontal view), 1998–1999, © Ernesto Pujol



Campos-Pons, has worked to give voice to her Afro-Cuban identity in a contentious manner. Her multimedia installations and her large-format Polaroid photographs are based on oral family history, family relationships, and the meaning of objects and daily rituals. They explore her identity as a black woman in Cuba from her current experience in the United States. Her recent work has been an introspective negotiation with the legacy of her African roots, the Cuban slave trade, and the Diaspora experience. Based

on her readings of Homi Bhabha's concept of the "interstitial space" in "Beyond the Pale," she states:

"I placed myself in a Third Space: a space between territory, between what is home, between languages, between media, between performance versus ritual, between three- and two-dimensional, between all these layers and what happens there 'in between.' As a black Cuban female living outside of Cuba, I have to say that is particular and personal about this 'in-between' space" (Bell 1998: 42).

Abb. 3: María Magdalena Campos-Pons: *Bin Bin Lady, Harvest Series*, 2005. A striking series of six large Polaroids grouped together to form a self-portrait, the nude artist appears veiled under a lattice-patterned fuchsia-color burka (Freiman/Enwezor 2007)

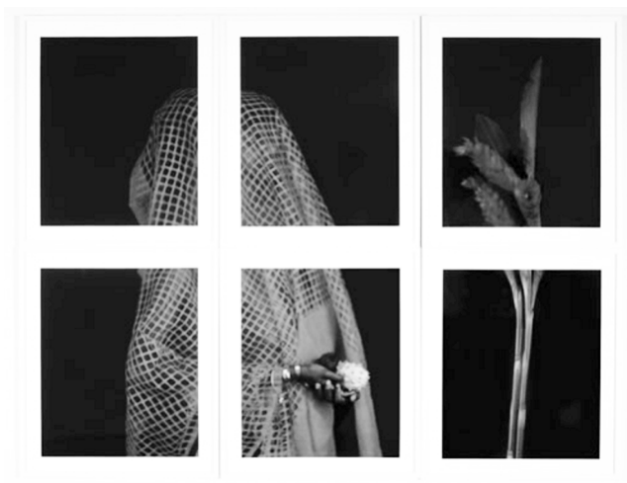
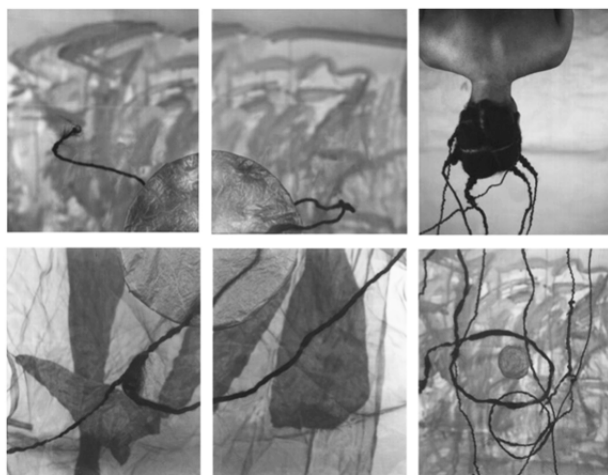


Abb. 4: María Magdalena Campos-Pons: *Elevata*, 2002 (Freiman/Enwezor 2007)



Campos-Pons' work engages her personal biography to revisit national concepts of race and gender within the larger historical context of African Diaspora. In her many-layered bodies of work she has used photography, painting, sculpture, video, film, installation, and performance to investigate issues of identity, displacement, autobiography, patriarchy, domestic labor, race, femininity, memory, and acculturation. Campos-Pons uses aspects of personal and collective memories to reflect on her own heritage as a woman of Nigerian descent now exiled from Cuba and living and working in Boston. From large-scale photographs to multimedia installations, Campos-Pons continually uses her body as the site where she asserts blackness and female subjectivity. Her entire body is painted in a bright blue with white waves drawn throughout, so as to signify the sea and by extension Yemayá, the Yoruba deity of the sea associated with the Middle Passage² and motherhood. The artist is holding a small wooden canoe that covers her waist. From her neck are hanging two feeding bottles half filled with milk and ending with two orange nipples that hang at the same level as the artist's nipples, which are covered. The photograph is striking in its beauty because of the bright indigo-blue paint that covers the body superimposed with the small white wavelike lines. The pose of the truncated body is quite self-possessed, particularly in its symbolic meaning of a body as vessel (of milk), itself holding a vessel (of the sea).

By way of example, Flora González-Mandri's analysis of her large-scale Polaroid photograph titled *When I am Not Here/Estoy Allá* (1996) describes how Campos-Pons's work transcends the violence perpetrated on women of the African Diaspora by painting her body with blue and white, the colors of Yemayá. In this piece:

"The painted body symbolizes not only the Atlantic Ocean and the Atlantic Passage but also the Caribbean Sea and the Pre-Columbian cultures (the boat is canoe). This Polaroid reinforces the survival of African women living in the Caribbean despite their historic function as the bearers of future slaves and the nurturers of children not their own. In Cuban vocabulary, a *criollera* (one who takes care of children) is a black woman who nurses white children as her own. In this respect, black women become "mothers" of the Cuban nation. In most instances, because these women were separated from their offspring, they were seldom able to nurse their own. Slave women's bodies, because they were sold and raped by their masters, became vessels for public consumption rather than private bodies who could choose to reproduce and nurture children" (González-Mandri 2006: 12).

2 As part of the Atlantic slave trade, the Middle Passage was the stage of the transatlantic or triangular trade route in which millions of people from Africa were taken to the Americas. Estimates of up to 10 million slaves took part in the brutal Middle Passage voyage to reach the Americas.

Abb. 5: María Magdalena Campos-Pons: *When I Am Not Here/Estoy Allá*, 1996 (Freiman/Enwezor 2007)



Regarding her work, Campos-Pons states that she feels torn apart because for her Africa is not a continent—Africa is her backyard. As an adult, as an intellectual, as an artist she has been looking at what constitutes “Africa” (Bell 1998: 35). In *Estudio para Elevata* (2002), Campos-Pons uses multiple frames and out-of-focus watercolors, which work in unison as a space of isolated time where every element assumes a metaphorical role. In this piece, “hair extensions float weightlessly like cellular tentacles of roots. The chain of stereotypes around the black female body has been abruptly dissolved, and the self-portrait is revealed as a terrain of conflict.” (Mena Chicuri 2007: 61).

Belkis Ayón was also an important graphic artist who used Afro-Cuban elements and imagery in her work. At the age of 32, Ayón committed suicide on September 11, 1999. Her work has left an undoubtedly strong mark in contemporary Cuban art. She held two concurrent posts, one as chair of the Printmaking Department at the Instituto Superior de Arte and as Vice-President of UNEAC (she also served temporarily as the acting President). She scandalized the island’s art circuit when she symbolically marched into an Abakuá ceremony, a patriarchal all male, Afro-Cuban secret religious society.³

Abakuá was founded in the early 1800s. The all male society functioned as an underground resistance movement to Spanish rule. It is one of four religious-cultural groups of African origin that have been present in Cuba since the slave trade. This secret

3 The historical antecedents of the *Abakuá* or *ñānguismo* are in secret society that existed in Nigeria and Calabar. Its organization and contents have the roots in the African legend that tells the story of the violation of a secret by a woman: the princess Sikán. She found the sacred fish Tanze and reproduced the roar in the sacred drum Eku.

society does not allow women, homosexuals, or any form of visual representation or recording. In Africa, all-male secret societies have allowed affluent women to become honorary members, though they have never granted full membership or knowledge of their secrets. Rejecting females to the point that interlopers of the opposite sex were put to death, the Abakuá are an amalgamation of spiritual sources brought to Cuba from Africa.

The term *ñáñigo* has also been used for the organization's members. Ayón caused quite a controversy when she entered the ceremony and later created art works that reflected Abakuá ceremonies. In these art pieces, she juxtaposed female imagery with male Abakuá figures performing sacred ceremonies. Though her graphic works made significant contributions to Cuban art, her work was considered sacrilegious and offensive to many Abakuá practitioners. In Cuba, Abakuá restrictions were stricter than in Africa or elsewhere. Inserting herself into a space that was all male, she assertively, powerfully, and boldly made a statement to the exclusive all-male social and religious sphere. The Cuban government has designated her work national patrimony, and so it is very difficult for her work to leave the island. However, her work has been exhibited throughout the globe.

Abb. 6: Belkis Ayón: *Nl/oro*, 1991, collography, © Courtesy Estate Belkis Ayón, Photographs José A. Figueroa



Ayón was interested in relating the myths and rituals of the Abakuá to larger themes and issues, where she emphasized her role in uncovering the mysteries of this closely guarded secret male society. The principle feature of this artist's work is her depiction of the symbols and rites of the secret society. A recurring character in her work was Sikán, a woman who discovered the secrets of Abakuá and was sacrificed by the men in the society in order to prevent the dissemination of the sect's secrets.⁴ In Ayón's prints, the sacrificed victim becomes an active participant, and one cannot help but see the artist in the figure of Sikán; Through her suicide, she is metaphorically a martyred Sikán.

4 The myth and death of Sikán established that only men could be initiated into the secret society.

Belkis Ayón was an influential artist that challenged patriarchal notions and traditions, and through her work she brought to light the secrets of Abakuá. Her suicide cut short a creative process in which a young female artist challenged established notions on several fronts.

Abb. 7: Belkis Ayón: *La Cena*, 1993, collography, © Courtesy Estate Belkis Ayón, Photographs José A. Figueroa



As a result of Ayón's suicide, Elsa Mora created a moving photograph, *Perda do Sentido* (2001), where Mora came to terms with Ayón's death. Mora and Ayón had worked together the previous year in New York, and before her death they were being exhibited in a two-woman show in Canada. The impact of the loss greatly influenced Mora's work. In this piece, Mora presents herself to the camera with her face transformed into a silent symbol of the tragedy. The piece's title, in Portuguese, is scratched on her forehead and refers to the absurdity of Ayón's decision to take her life. Her hands are covered in leopard spots alluding to the Abakuá society's history with the leopard. In a statement on Elsa Mora's homepage on September 25, 2007, she explains that Ayón's death came:

"as a big shock to me and to all the people who knew her. Her work was unique; she made these large black and white paper collographs with human figures flying away etc. Her work turned around this particular religion practiced in Cuba (Abakuá) that carries a secret revealed only to men. Belkis became a researcher of this religion and her work was a recreation of what she learned from it. She was fascinated with the 'secret' I think. In her work she created the figure of a fish that represented fears, the unknown and mystery. I remember an interview where she said that fears, unknown things and mystery were like a fish, slippery, because it was hard to keep them under control in your hands.

[...]

These photos were my homage to Belkis. I painted my face in black and took some pictures of myself. I just wanted to document my very personal good-bye ritual for my friend. I made the object that you see in the second picture in order to represent the fish that she was obsessed with. I am holding the object with my hands as a symbolic way to embrace all those things that even today I can't explain about what she did and about so many other things in life" (Mora 2008).

Abb. 8: Elsa Mora: *Perdida do Sentido Series*, 1999–2001, © Elsa MoraAbb. 9: Elsa Mora: *Perdida do Sentido Series*, 1999–2001, © Elsa Mora

Though the government allowed for Santería and other Afro-Cuban religions to thrive to a certain extent, the Abakuá societies were marginalized due to their “delinquent,” “antisocial” and “criminal” tendencies. Santería has entered the national iconoclasm – its music, songs, musical instruments, dances, and folkloric art have been catalogued as the folkloric, national patrimony. The Abakuá, however, never received national attention, although it entered popular culture and the daily lexicon of Cuban culture. For instance, words like *jeba*, the sexist, slang word used for “woman,” and epithets like *chévere*, which originally meant a brave, macho man, is now widely equivalent to the North American word “cool.”

Between the abolishment of slavery in 1886 through the US occupation of Cuba (1899–1902) and up to the early 1920s, the Cuban government marginalized and attacked many Afro-Cuban organizations. Many were arrested under Spanish colonial laws, and in 1839, the Abakuá society was outlawed for more than forty years of *ñáñiguismo*.

The practitioners of the Abakuá are also known as *ñáñigos*, a term that comes from the Efik *nyan-nyan* (ñan-ñan), or “man impersonator” and *-ngo*, meaning “leopard.” Its full literal meaning is “the leopard man,” so-called because of the original African ritual where the impersonator would crawl like a leopard before jumping on its prey.⁵ *Ñañiguismo* was the historical term for identifying the Abakuá society, though now it is mostly a pejorative term. Their putative origins lay in the men’s gerentocratic trading, judicial, recreation, and slave “leopard societies” of Old Calabar and the hinterlands of the Cross River Delta at the border of Nigeria and Cameroon (Brown 2003). The peoples of Calabar were one of the last ethnic groups to be transported to Cuba, and their first society was founded in 1836 on the island.

An official campaign by the Cuban government was set to eradicate “backward” African-based societies. Since the Abakuá societies controlled many of the Havana docks, the government wanted to have sole control over the docks (Hugh 1977). Policies like these were attempts by the government to further control the labor force. Even though the Revolution claimed to eliminate racism, its policies resonated with the idea of black criminality, as seen in the work Fernando Ortiz’s first book, *La africanía de la música folklórica de Cuba* (1950). Ortiz looks at a time when *babalaos* (Afro-Cuban high priests) were arrested by police in an attempt to derail black Cuban power. For many, Fernando Ortiz is the founder of Afro-Cuban culture. Though the term Afro-Cuban has been shunned by some on the Island, Ortiz is credited with first using the term, and developing “transculturation”, a concept that analyzes and deconstructs the notion of converging or hybrid cultures. In his chapter “Los Ñáñigos: Su origen y progresos,” Rafael Roche y Monteagudo (1908) believed that the exposure of their practices, though masked in mystery, would help realize the extinction of the Abakuá society in Cuba, though he considered this a “grave offense to our culture” (Roche y Monteagudo 1908: 142).

Cuba’s roots in the formation of the image of blackness in society has been a problem since early nation building, and remains an ongoing issue in the context of Caribbean, Latin American, and North American modernity. In her book on race in Cuba, Helg states:

“Race was a fundamental social construct that articulated hierarchy of Cuban society...there were two social grouping distinguished from each other by physical appearance, and one group was dominant against the other. The barrier maintaining this hierarchy was founded on physical appearance, and one group was dominant against the other. The barrier maintaining this hierarchy was founded on physical differences characteristic of continental space (Europe versus tropical Africa), including skin color, hair texture, and facial features, as well as on cultural differences such as social customs and religious beliefs. In rough terms, it established the superiority of persons of full European descent over those with partial or full African descent” (Helg 1995: 12f.).

Brazil and Cuba were the last two countries to abolish slavery in the Americas (1888 and 1886). Cuba’s connection with racism is evident since the birth of the nation. Racism was partly based on fear of the black *brujo* (witch) who purportedly stole white children as sacrificial victims and of the black *ñáñigos* who were linked with the rape of white

5 See Rafael A. Núñez Cedeño’s essay (1988): “The Abakuá Secret Society in Cuba: Language and Culture”. His study Reports on attempts to determine whether Cuban Abakuá is a pidginized Afro-Spanish, Creole, or a dead language. He concludes that some of this language, spoken by a secret society, has its roots in Efik, a language of the Benue-Congo, and seems to be a simple, ritualistic, structureless argot.

women. If the Revolution is to continue to proclaim an end to racism in Cuban society, it must disassociate racist fears from physical features. Today, Afro-Cubans still occupy a minority space within the artistic, intellectual, and literary canons.

Alina Troyano, is another artist who has participated in the Elizabeth Sackler Center for Feminist Art. She is another example of a Cuban performance artist who has used gender and a strong feminist perspective in her work. Many Cuban, as well as Chicana, and US Latina(o) performance artists have been at the forefront by creating cutting edge performance pieces that are sexually transgressive and deeply rooted in themes from sexuality and gender, and heteronormativity, to a wide range of other different forms of expressing a feminist consciousness. Her campy sensibility and hilarious performance pieces led by her stage character Carmelita Tropicana, the self-proclaimed diva known as “Ms. Lower East Side beauty queen, famous nightclub entertainer, superintendent, and performance artiste.” In her artist statement Troyano explains how she came to terms with her feminist consciousness:

“I confess, in the beginning I shunned the word feminism. For years I was in the dark, blinded by a *chiarascuro*, lost. Until 1982 when I stepped into the WOW Café [in the Lower East Side] (Women’s One World) the door flung open and there was light. I stepped into the spotlight and became a thespian feminist. Finally I could see feminism was full of choices: you could be a fashionista or not, shave or be naturally hirsute. It was abundant, colorful and for women of color, fun, funny, sexually transgressive. I suffered an ecstasy greater than that of St. Teresa in the statue by Bernini. I had found my tribe – the feminists; I’d found my calling: *Kunst is my waffen* – art is my weapon. As an enlightened being I began to make mama and dada art dedicating myself to *Kunst*.” (Troyano, Elizabeth A. Sackler Center for Feminist Art Feminist Art Base)

Abb. 10: Carmelita Tropicana: *Candela*, 1988 (<http://carmelitatropicana.com>)



Tania Bruguera is another performance artist who has been at this forefront. Bruguera exhibited at the Global Feminisms at the Brooklyn Museum of Art (2007), where she exhibited *Estadística* (part of her *Memoria de la posguerra* series). *Estadística* was fabricated from human hair collected from residents of Cuba. During a five-month collaborative project, Bruguera worked with artists and citizens from all over the island who contributed their hair and assisted in the rolling or sewing of the work. After being rolled into cloth strips, the hair was then attached to the work's support structure. The textile is suggestive of the Cuban flag in its design and recalls the mourning flags flown outside homes on the island. Its technique of fabrication recalls the role of women during the Cuban war of independence (1868–78), when they sewed what was at the time a flag of liberation (*Global Feminisms* 2007).

Abb. 11: Tania Bruguera: *Estadística (Statistics)*, 1996–1998; Installation; Human hair of anonymous Cubans, thread/ fabric 11.80' x 5.57', Courtesy of Studio Bruguera, © Tania Bruguera



Estadística represents Bruguera's exploration of the mass exodus of Cubans to the United States during the Mariel Boatlift of the 1980s. Of this she says: "What we were left with looked like a landscape of trenches devastated by war, in which many of us who remained were exhausted, beaten, or disillusioned and changed our outlook or picked ourselves up in a more personal, private way." In this manner, *Estadística* stands as a powerful symbol of nationalism woven out of the collective daily existence of ordinary people (*Global Feminisms* 2007).

All of these works counter Mosquera's argument, and show that there is a vibrant Cuban feminist movement and consciousness that continues to thrive since the 1920s. This movement spanned from institutional spaces to intellectual circles to artistic and literary manifestations. The artists mentioned above are just one example of how a feminist vanguard has led to an unprecedented role in racial politics and the formation of a national feminist consciousness. Their work also sheds light on the everyday life of Cuban women, gender and racial politics, sexuality and power, and the ongoing discourse of Cuban and global feminism. Because the new socialist revolution constricted the space available for discussions and considerations on race, the artists examined have created new spaces and found creative ways to represent race. These artists, most of them women, have redefined blackness and gender subjectivity, all while asserting their agency through their work.

Literaturverzeichnis

- Bell, Lynn. (1998). History of people who were not heroes. A conversation with Maria Magdalena Campos-Pons. *Third Text*, 12 (43), 33–42
- Bhabha, Homi. (1993). Beyond the Pale: Art in the Age of Multicultural Translation. In Ria Lavrijsen (Ed.), *Cultural Diversity in the Arts: Art, Art Policies and the Facelift of Europe* (S. 21–30). Amsterdam: Royal Tropical Institute
- Brooklyn Museum. Elizabeth A. Sackler Center for Feminist Art Base. *Carmelita Tropicana*. Zugriff am 12. Februar 2010 unter www.brooklynmuseum.org/eascfa/feminist_art_base/gallery/carmelita_tropicana.php
- Brown, David H. (2003). *Santería Enthroned: Art, Ritual, and Innovation in an Afro-Cuban Religion*. Chicago and London: University of Chicago Press
- Camnitzer, Luis. (2003). *The New Art of Cuba*. (Revised Edition). Austin: University of Texas Press
- Espín, Vilma & Shnookal, Deborah. (Ed.). (1992). *Cuban Women Confront the Future: Three Decades after the Revolution*. Melbourne, Australia: Ocean Press
- Freiman, Lisa D. & Enwezor, Okwui. (2007). *Maria Magdalena Campos-Pons: Everything Is Separated by Water*. Yale: Yale University Press
- González-Mandri, Flora. (2006). *Guarding Cultural Memory: Afro Cuban Women in Literature and the Arts*. Charlottesville and London: University of Virginia Press
- Helg, Aline. (1995). *Our Rightful Share: The Afro-Cuban Struggle for Equality, 1886–1992*. Chapel Hill: University of North Carolina Press
- Hugh, Thomas. (1977). *The Cuban Revolution*. New York: Harper
- Jacob, Mary Jane. (1991). *Ana Mendieta: The 'Silueta Series', 1973–1980*. New York: Galerie Lelong
- Mena Chicuri, Abelardo; Oliver-Smith, Kerry & González-Mora Alfonso, Magda. (2007). *Cuba Avant-Garde: Contemporary Cuban Art from the Farber Collection*. Gainesville: Samuel P. Harn Museum of Art, University of Florida

- Mora, Elsa. (2008). Homepage. Zugriff am 12. Februar 2010 unter <http://elsita.typepad.com/>
- Mosquera, Gerardo. (1994). Some Problems in Transcultural Curating. In Jean Fisher (Ed.), *Global Visions: Towards a New Internationalism in the Visual Arts* (S. 105–112). London: Kala Press and the Institute of International Visual Arts
- Mosquera, Gerardo. (1998). The Infinite Island: Introduction to New Cuban art. In Gerardo Mosquera (Ed.), *Contemporary Art from Cuba: Irony and Survival on the Utopian Island = Arte contemporáneo de Cuba: ironía y sobrevivencia en la isla utópica*. (S. 23–29). Pheonix: Arizona State University Museum
- Mosquera, Gerardo. (2003). The New Cuban Art. In Aleš Erjavec (Ed.), *Postmodernism and the Postsocialist Condition Politicized Art under Late Socialism* (S. 208–247). Berkeley: University of California Press
- Núñez Cedeño, Rafael A. (1988). The Abakuá Secret Society in Cuba: Language and Culture. *Hispania*, 71 (1), 148–154
- Reilly, Maura & Nochlin, Linda. (2007). *Global Feminisms: New Directions in Contemporary Art*. New York: Merrell Publishing
- Roche y Monteagudo, Rafael. (1908). *La policía y sus misterios*. Havana: Imprenta La Prueba
- Tropicana, Carmelita: <http://carmelitatropicana.com>

Zur Person

Alexander Lamazares, PhD, Assistant Professor at the City University of New York. His current research interests are Latin American and Latino visual culture, urban and gender studies, late-socialist Cuba, and Latin American and Caribbean Avant-Gardes

Kontakt: Department of Modern Languages, Bronx Community College of the City University of New York

E-Mail: Alexander.Lamazares@bcc.cuny.edu

Elke Gramespacher, Kerstin Melzer¹

Dual-Career-Strategien als Teil gender- und diversity-gerechter Personalentwicklung an Hochschulen

Zusammenfassung

Der Beitrag stellt den Stellenwert der Dual-Career-Strategien an deutschen Hochschulen vor und ordnet sie in eine gender- und diversity-gerechte Personalentwicklung ein. Dual-Career-Strategien tragen dazu bei, den Anteil von Frauen in der Wissenschaft zu erhöhen. Ein diversity-orientiertes Argument besteht darin, dass die Unterstützung der Dual Career Couples dazu beiträgt, die Humanressourcen in ihrer Vielfalt zu erschließen, was innovative Forschung fördert und im (inter-)nationalen Wettbewerb der Hochschulen von Vorteil ist. Abschließend gibt der Beitrag Hinweise darauf, wie Dual-Career-Strategien in der Praxis gender- und diversity-gerechter Personalpolitik an Hochschulen umgesetzt werden können.

Schlüsselwörter

Doppelkarrierepaare, Gleichstellungspolitik, Diversity-Politik, Personalentwicklung, Hochschulentwicklung

Summary

Dual career strategies as part of gender- and diversity-oriented human resource development at universities

The contribution highlights the significance of dual career strategies at German universities and integrates them into gender- and diversity-orientated human resource management. The gender dimension focuses here on the increase of women in science and humanities. In regard to diversity, supporting dual career couples includes, for example, developing the variety of human resources; this enhances creative research and is advantageous in (inter)national competition among universities. Finally, the contribution indicates how dual career strategies in a gender- and diversity-oriented human resource policy at universities might be realised.

Keywords

Dual career couples, gender policy, diversity policy, human resource management, university development

Das Partnerschaftsmodell *Dual Career* bezeichnet Paare, in denen beide PartnerInnen hoch qualifiziert sind und eine eigenständige Berufslaufbahn verfolgen (vgl. Solga/Wimbauer 2005: 9). Dieses Partnerschaftsmodell leben viele WissenschaftlerInnen. Hohe Anforderungen des Wissenschaftssystems an räumliche Mobilität und zeitliche Flexibilität stellen die wechselseitige Abstimmung zweier akademischer Laufbahnen – und insbesondere zweier wissenschaftlicher Karrieren – aber vielfach vor große Probleme. An deutschen Hochschulen wurde der Unterstützungsbedarf der Dual Career Couples erkannt, nicht zuletzt, da die Studie „Brain Drain - Brain Gain“ (vgl. Stifterverband 2002) gezeigt hat, dass etwa 80 % der im Ausland tätigen WissenschaftlerInnen

1 Die Autorinnen sind im seit 2007 bestehenden Netzwerk „Förderung Dualer Karrieren“ tätig. Das Netzwerk wird am Gleichstellungsreferat der Universität Konstanz geleitet und koordiniert. Es befasst sich mit dem Dual-Career-Thema aus förderpraktischer, hochschulpolitischer sowie wissenschaftlicher Perspektive (vgl. Gramespacher et al. 2010) und verankert das Thema in der Gleichstellungsarbeit. Informationen zum Netzwerk unter: www.uni-konstanz.de/dcc.

ihre Entscheidung, ob sie an deutschen Hochschulen arbeiten möchten, auch davon abhängig machen, ob ihre PartnerInnen eine Dual-Career-Unterstützung erhalten.

Bis zum Wintersemester 2009/10 hatten etwa 30 deutsche Hochschulen Dual-Career-Services etabliert und/oder Ansprechpersonen für eine Dual-Career-Beratung benannt (vgl. Dübner-Gee/Speith-Kölbl 2010; Hochfeld 2010; Melzer 2010). Die Zielgruppe der Dual-Career-Beratung sind die PartnerInnen der neu an die Hochschule kommenden WissenschaftlerInnen. Die Beratungsthemen beziehen sich auf die wissenschaftlichen beziehungsweise beruflichen Anschlussmöglichkeiten der PartnerInnen – an der neuen Hochschule sowie bei Arbeitgebern in der neuen Region – und/oder auf die soziale Integration des Paares oder der Familie in der neuen Stadt.

Insgesamt dienen die Dual-Career-Strategien den Hochschulen dazu, exzellente WissenschaftlerInnen vor allem im internationalen Wettbewerb um die *besten Köpfe* rekrutieren zu können; für einige Hochschulen ist dies das einzige Ziel (vgl. Dübner-Gee/Speith-Kölbl 2010). Andere Hochschulen binden ihre Dual-Career-Strategien zudem explizit in eine gender- und diversity-gerechte Personalpolitik ein. Um zu zeigen, inwiefern Dual-Career-Strategien gerade hierfür relevant sind, stellen wir sie im Folgenden in den Kontext gender- und diversity-gerechter Personalentwicklung an Hochschulen.

1 Personalentwicklung an Hochschulen

WissenschaftlerInnen sind autonom, individuell und haben ein hohes Wissen. Daher bewegt sich die Personalentwicklung an Hochschulen in einem Spannungsfeld zwischen der Ausrichtung auf die Entwicklungsziele der Hochschule und der Orientierung an den speziellen Entwicklungszielen ihres wissenschaftlichen Personals. Dieses Spannungsfeld führt dazu, dass alle Maßnahmen der Hochschulen darauf ausgerichtet sind, exzellentes wissenschaftliches Personal zu gewinnen, dessen Qualifikationen und Kompetenzen zu erfassen und zu vertiefen sowie diese den individuellen Vorstellungen der WissenschaftlerInnen entsprechend zu erweitern.

Der strategische Umgang mit den Humanressourcen wird an deutschen Hochschulen im Fokus von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Qualitätsmanagement zunehmend relevant. Zukunftssicherung durch Personalentwicklung bedeutet hierbei auch, gender- und diversity-politische Anliegen aufzunehmen, denn eine proaktive Nutzung der Vielfalt der Humanressourcen sichert eine zukunftsfähige Entwicklung der Hochschulen. Um die Vielfalt der Humanressourcen zu identifizieren, ist eine Orientierung an allen Kategorien sozialer Ungleichheit hilfreich. Zum konstruktiven Umgang mit der sozialen Ungleichheitskategorie Gender etwa fordert die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit ihren forschungsorientierten Gleichstellungsstandards auf: Es geht darum, „so schnell wie möglich eine signifikante Steigerung der Frauenanteile auf allen Karriereestufen des deutschen Wissenschaftssystems zu erreichen“ (www.instrumentenkasten.dfg.de/ueber-den-instrumentenkasten/#c193).

1.1 Personalentwicklung an Hochschulen gender- und diversity-gerecht gestalten

Gender Mainstreaming ist an Hochschulen nicht neu, wohl aber die Etablierung von Diversity-Maßnahmen. Beide Maßnahmen fördern eine proaktive Entwicklung der Hochschulen, und zwar auch in Bezug auf ihre Aktivitäten in der Personalentwicklung. Sie verbinden die Frage nach der Chancengleichheit mit Innovationsfähigkeit und Ressourcennutzung an Hochschulen. Ihr direkter Bezug auf die (Re-)Organisation, Verbesserung und Evaluation von Entscheidungsprozessen verweist zudem auf die Organisationsentwicklung. Damit zählen Gender-Mainstreaming- und Diversity-Maßnahmen zu den Strategien der Qualitätssicherung und -steigerung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Hochschule.

Gender Mainstreaming zielt auf die Chancengleichheit von Männern und Frauen in allen Strukturen und Prozessen; es ist daher systematisch in alle hochschulpolitischen Ausrichtungen zu integrieren. Die Umsetzung von Gender-Mainstreaming-Maßnahmen verändert also durchweg und nachhaltig die Hochschulstrukturen.² Um die Veränderungen der Hochschulstrukturen zu erreichen, ist Genderkompetenz erforderlich. Genderkompetenz bedeutet etwa, Wissen über geschlechterdifferenzierende Strukturen, über die Konstitution und Hierarchisierung der Geschlechterverhältnisse zu haben und Methoden zur Auflösung der Geschlechterverhältnisse anwenden zu können. Theorien der Frauenforschung und der Gender Studies sowie Kenntnisse für einen angemessenen Umgang mit genderbedingten Konflikten sind hierbei relevant. Das Wissen über Geschlechterverhältnisse kann aber nicht ohne Weiteres angeeignet werden, da „die Vorstellungen zu Geschlecht [...] eine *spezifische Art von Wissen* darstellen, das sich nicht einfach durch Umlernen oder Aufklärung außer Kraft setzen lässt“ (Andresen/Dölling 2005: 181; Hervorhebung im Original). Wie langwierig es sein kann, dass die für die Top-down-Prozesse des Gender Mainstreamings entscheidende Ebene – die Hochschulleitung – genderkompetent wird, zeigt eine Studie zur Einführung von Gender Mainstreaming an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Zu erkennen ist eine „subtile, kulturelle Resistenz gegenüber der Integration von Frauen in das deutsche Wissenschaftssystem“ (Metz-Göckel/Kamphans 2002: 53). Gleichwohl fassen die befragten Hochschulleitungen die Chancengleichheit der Geschlechter als ein Element einer auf die Potenziale der AkteurInnen bezogenen Hochschulpolitik auf. In dieser Sichtweise liegt – so die Autorinnen – die Chance, dass die Hochschulleitung in Richtung Gender Mainstreaming aktiv werden kann:

„Der zentrale Vorteil des GM Konzepts aus Sicht der Hochschulleitungen ist der Kommunikations- und Akzeptanzgewinn. Es wird offener über Gleichstellung geredet, und es zeichnet sich mehr innere Akzeptanz ab, die auf eine größere Übereinstimmung zwischen der öffentlichen Rede und dem Subtext hinweist“ (Metz-Göckel/Kamphans 2002: 53).

Auch wenn die Autorinnen feststellen, dass die Bemühungen um Gender Mainstreaming an Hochschulen zum Erhebungszeitpunkt noch eher unsystematisch aufgenommen

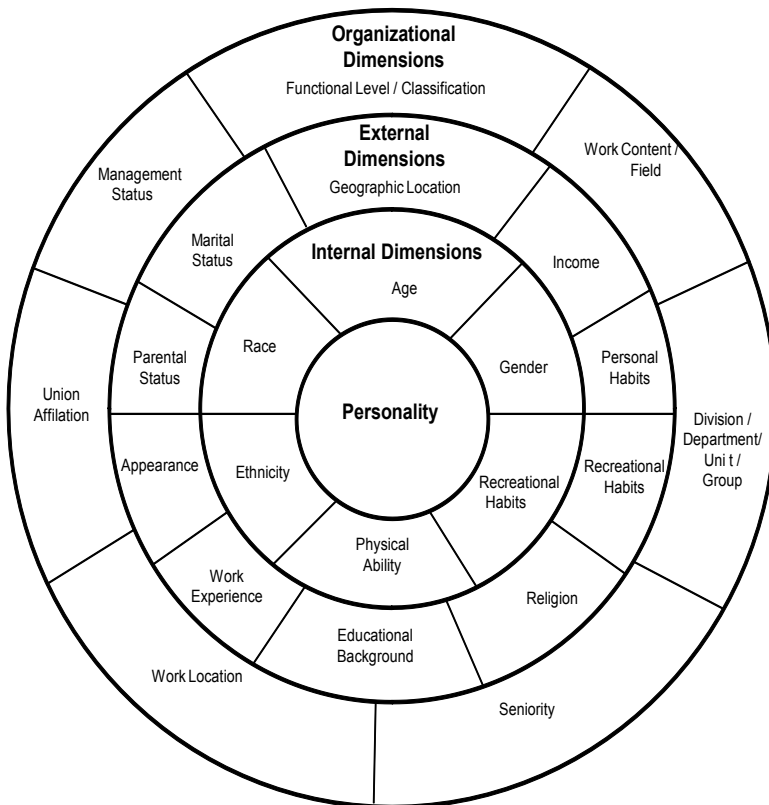
2 In Deutschland gängige Gender-Mainstreaming-Methoden fokussieren die für die Personal- und die Organisationsentwicklung relevanten Aspekte. Hierbei finden etwa Gender-Trainings (vgl. Burbach/Schlottau 2001) oder die 6-Schritte-Methode (vgl. Krell et al. 2001) Anwendung.

wurden und formale Effekte noch nicht erkennbar waren, birgt ihren Ausführungen nach bereits eine Beschäftigung mit Gender Mainstreaming speziell in der Hochschulleitung die Chance auf einen Umschwung von der unbewussten Abwertung der Frauen zu „einer Kultur der Anerkennung von Frauen“ (Metz-Göckel/Kamphans 2002: 53). In dieser potenziellen Einstellungsänderung sehen die Autorinnen einen Zugang zu Gender Mainstreaming an Hochschulen. Diese Veränderung ist nötig, da die Einführung von Gender Mainstreaming mikropolitischen Aushandlungsprozessen unterliegt (vgl. Andresen/Dölling 2005: 182) und es im Gender-Mainstreaming-Prozess entscheidend ist, wem die Definitionsmacht über die Gleichstellungspolitik obliegt. Die Top-down-Strategie Gender Mainstreaming verlagert diese Definitionsmacht (vgl. Wetterer 2002: 137), und zwar an die Hochschulleitung. Gerade deshalb ist die Einstellung der Hochschulleitung zu Gender Mainstreaming für den Erfolg genderbezogener Maßnahmen von entscheidender Bedeutung. Dasselbe gilt für die Maßnahmen, die auf Diversity-Ansätzen fußen und das Gender Mainstreaming erweitern.

Bei den jüngst an einigen Hochschulen eingeführten Diversity-Maßnahmen geht es nicht nur um die Chancengleichheit, sondern um die Förderung der Vielfalt von Persönlichkeiten an der Hochschule. Diversity-Maßnahmen legen der Personalpolitik an Hochschulen nahe, eine möglichst heterogene Zusammensetzung, zum Beispiel von Arbeitsgruppen, anzustreben. WissenschaftlerInnen sollen in einem Umfeld tätig sein, in dem sie ihre individuellen Potenziale bestmöglich entfalten können. Um Heterogenität näher zu bestimmen, ist etwa das Diversity-Konzept von Gardenswartz/Rowe (2003) heranzuziehen: Es beschreibt ein differenziertes, mehrdimensionales, soziales Organisationssystem, in dessen Mitte die Persönlichkeit gestellt ist (Abbildung 1).

„At the center is personality, the innately unique aspect that gives us our own particular style. This core aspect permeates all other layers. [...] the internal dimensions [...] are aspects over which we have little or no control [...]. The next layer of factors [...] is made of external influences, those brought to bear by society and one's experiences in the world. Finally, there are organizational dimensions such as seniority, your level within the company, and your work location“ (Gardenswartz/Rowe 2003: 32).

Abb. 1: The Four Layers of Diversity (Gardenswartz/Rowe 2003: 33)



Bei Dual Career Couples sind zum Beispiel die organisationale Dimension *Work Location* und die äußere Dimension *Marital Status*, die sich auch auf unverheiratete und verpartnerte Paare erweitern lässt, wichtig; bei Partnerinnen ist die innere Dimension *Gender* zusätzlich bedeutend und bei Paaren mit Kindern die äußere Dimension *Parental Status*. Die Dimensionen nutzen der präzisen Identifizierung der sozialen, kulturellen und individuellen Vielfalt des Personals.

Diversity-Maßnahmen dienen auch dazu, dass diskriminierte Minderheiten in die Personalentwicklung aktiv mit einbezogen werden. Mögliche Benachteiligungsgründe aufgrund personenbezogener Merkmale wie zum Beispiel des Geschlechts oder der kulturellen Herkunft werden bei Diversity-Maßnahmen nicht als Defizit des Individuums verstanden, sondern explizit als das Problem der Hochschule. Um dieses Problem (auf-)zulösen, zielen die Diversity-Maßnahmen darauf ab, alle Kompetenzen und Potenziale der HochschulakteurInnen zu erfassen und zu entwickeln. Zusätzlich zum rechtlichen Auftrag des Schutzes vor Diskriminierung werden in einem solch umfassenden Integrationsprozess Aspekte der präventiven Verhinderung von Benachteiligung und Chancengleichheit inhärenter Bestandteil der Personalentwicklung der Hochschule.

Insgesamt verbindet sich mit dem Einbezug des Diversity-Ansatzes an Hochschulen die Hoffnung, dass sich die Prozesse des Gender Mainstreamings durch Maßnahmen, die der Diversity-Ansatz nahelegt, sinnvoll ergänzen lassen. Der kombinierte Einsatz von Gender Mainstreaming, das die an Hochschulen nach wie vor wichtige Kategorie Gender fokussiert, und Diversity-Maßnahmen, die alle personenbezogenen Benachteiligungsgründe in den Blick nehmen, kann integrativ wirken und dazu beitragen, dass sich die Personal- und die Organisationsentwicklung mit Qualitätssicherung und -steigerung an Hochschulen verbinden. Zugleich bietet die kombinierte Umsetzung beider Konzepte ein profilbildendes Merkmal, das auch im (inter-)nationalen Wettbewerb der Hochschulen relevant ist. Aber eine kombinierte gender- und diversity-gerechte Personalentwicklung an Hochschulen ist voraussetzungsvoll: Ob sie gelingt, hängt – darauf weist die oben dargestellte Erfahrung mit Gender Mainstreaming an Hochschulen hin – von der Hochschulleitung ab, bei der die Definitionsmacht und die Führung in der Personalentwicklung liegen. Da aber Gender-Mainstreaming- und Diversity-Maßnahmen zugleich eine Organisationskultur erfordern, in der *alle* AkteurInnen im Sinne einer Lernenden Organisation (vgl. Senge 1996) zum Umdenken bereit sind, gilt es, alle HochschulakteurInnen für eine gender- und diversity-gerechte Personalentwicklung zu gewinnen. Um sich diesem umfassenden und anspruchsvollen Ziel anzunähern, sind Maßnahmen umzusetzen, von denen alle HochschulakteurInnen profitieren. Dual-Career-Strategien besitzen unseres Erachtens genau dieses Potenzial.

1.2 Wer profitiert von den Dual-Career-Strategien an Hochschulen?

Die Personalentwicklung des wissenschaftlichen Dienstes obliegt den Hochschulleitungen. Sie profitieren von Dual-Career-Strategien, denn diese Strategien tragen dazu bei, die Anwerbung exzellenter WissenschaftlerInnen – vor allem im internationalen Kontext – voranzubringen. Hochschulleitungen kommen mit Dual-Career-Strategien überdies den Anforderungen nach, die sich in den Exzellenzdebatten ergeben: die Umsetzung innovativer und international anerkannter Konzepte. Innovativ sind Dual-Career-Strategien, da sie sich explizit gleichermaßen an Frauen wie an Männer richten und der Personalentwicklung ein besonderes Instrument bieten: ein Instrument, das bereits *vor* der Anstellung des Personals eingesetzt werden kann – in der Regel in den Berufungsverhandlungen (vgl. Deutscher Hochschulverband 2009). Überdies schließen Dual-Career-Strategien an international anerkannte Konzepte an: Als Teil gender-gerechter Personalpolitik folgen sie dem positiv evaluierten Beispiel US-amerikanischer Hochschulen (vgl. Schiebinger et al. 2008), als Element diversity-gerechter Personalpolitik fördern sie die Internationalisierung der Wissenschaft (vgl. Schiebinger 2010: 115).

Aber nicht nur die Hochschulleitung profitiert von Dual-Career-Strategien. Werden die PartnerInnen, die mit den neu anzuwerbenden WissenschaftlerInnen an die Hochschule kommen, in die eigene Hochschule integriert, erhöht sich das Potenzial an Vielfalt im wissenschaftlichen Personal. Ein solcher Integrationsprozess ergibt eine Win-Win-Situation – für die Dual Career Couples und für die Hochschule beziehungsweise ihre Fakultäten.

Um den weiteren Gewinn für die Dual Career Couples zu erfassen, ist ihre Ausgangssituation in Betracht zu ziehen, die Walther und Lukoschat (2008)³ wie folgt kennzeichnen: Frauen in Dual-Career-Paarkonstellationen verfolgen ihre eigenen Karrierepläne und möchten auf ihre beruflichen Ziele zugunsten der Partnerschaft oder der Familie nicht verzichten. Dual-Career-Männer wollen aktive Väter sein sowie Familien- und Haushaltsaufgaben wahrnehmen. Dual Career Couples haben neue Rollenvorstellungen und Werte und leben einen Gegenentwurf zur traditionellen Ein-Ernährer-Familie. Doppelkarrierepaare aber beschreiben strukturell bedingte Mängel (meist Zeit oder Infrastruktur). Diesen Mängeln können etwa familienfreundliche Organisationsstrukturen, eine Flexibilisierung der Arbeitsorte und -zeiten oder entsprechende Kinderbetreuung entgegengesetzt werden, wie erprobte Modelle aus der Wirtschaft zeigen (vgl. etwa Krause-Nicolai 2010). Die Integration des Partners oder der Partnerin im Sinne einer Dual-Career-Förderung an der Hochschule aber geht über diese Unterstützungsmöglichkeiten hinaus: Sie bietet die Chance, dass sich ein Paar oder eine Familie direkt gemeinsam von einem Lebens- und Arbeitsort zum nächsten bewegen kann und weder die beiden Karrieren noch das Paar- beziehungsweise Familienleben unter der Umorientierung leiden.

Die Hochschule als Organisation profitiert von Dual-Career-Strategien, da sie es ermöglichen, innovative Gleichstellungspolitik umzusetzen. Die Partner kommen bei Dual-Career-Strategien ebenso wie die Partnerinnen in den Blick. Dies erleichtert die Rufannahme für eine Professorin erheblich, denn die Partner der Professorinnen sind meist beruflich sehr gut etabliert und (noch) selten bereit, ihre berufliche Position für einen Umzug aufzugeben. Dass Dual-Career-Strategien auch explizit der Frauenförderung an Hochschulen dienen, deutet sich hier bereits an; dieser Aspekt ist gerade im Hinblick auf die ProfessorInnen wichtig: Die Partner eines Drittels der Professorinnen, aber nur von 5 % der Professoren sind als HochschullehrerInnen tätig (vgl. Krimmer et al. 2003). Dual-Career-Strategien tragen also auch dazu bei, den Anteil der Professorinnen, der an deutschen Hochschulen 2008 immer noch bei nur 17,4 % (vgl. CEWS 2010) lag, zu erhöhen. Hierbei profitieren wiederum alle AkteurInnen an Hochschulen – auch die Studierenden, die damit mehr Professorinnen erwarten können.

Von den Dual-Career-Strategien profitieren aber nicht nur die Dual Career Couples selbst sowie die Hochschulen und deren AkteurInnen, sondern auch die Region, in der die Hochschule angesiedelt ist, und darüber hinaus – dies liegt angesichts der aktuellen demografischen Entwicklung auf der Hand – der Hochschulstandort Deutschland beziehungsweise Europa. Daher legen führende deutsche Wissenschaftsorganisationen (vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft/Stifterverband 2004; Deutscher Hochschulverband 2009) wie auch europäische Wissenschaftsorganisationen (vgl. European Science Foundation 2009: 36) großen Wert auf die Förderung der Wissenschaftlerinnen *und* auf die Veränderung der Rahmenbedingungen bei der Rekrutierung der WissenschaftlerInnen anhand von Dual-Career-Strategien.

Im Folgenden geben wir aus einer praxisbezogenen Perspektive Hinweise darauf, wie Hochschulen Dual-Career-Strategien innerhalb einer gender- und diversity-gerechten Personalentwicklung gestalten können.

3 In der Studie „Kinder und Karrieren. Die neuen Paare“ (vgl. Walther/Lukoschat 2008) wurden Dual Career Couples untersucht, die Führungspositionen in der Wirtschaft innehaben.

2 Personalentwicklung an Hochschulen mithilfe von Dual-Career-Strategien gender- und diversity-gerecht gestalten

Um die Personalentwicklung an Hochschulen anhand der Dual-Career-Strategien gender- und diversity-gerecht zu gestalten, sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Abstimmung der Dual-Career-Strategien mit der Gleichstellungs- oder der Frauenbeauftragten
- Aufnahme der Dual-Career-Strategien in Gleichstellungs- oder Frauenförderpläne und/oder in die Vereinbarungen zur Familienfreundlichkeit
- Angliederung der Dual-Career-Beratungsstellen bei den Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragten; alternativ dazu eventuell eine enge Kooperation mit den Gleichstellungsressorts
- Fokussierung der Dual-Career-Beratung auf die wissenschaftliche oder berufliche Entwicklung am Hochschulstandort (Relocation-Angebote obliegen eher Welcome-Centern etc.)
- Formulierung der Dual-Career-Strategien für ProfessorInnen *und* für NachwuchswissenschaftlerInnen

Die Option, den/die Dual-Career-PartnerIn an der eigenen Hochschule einzustellen, ist für Dual-Career-Strategien, die in der gender- und diversity-gerechten Personalentwicklung verankert sind, außerordentlich interessant. In der Praxis müssen für eine positive Entscheidung darüber, ob die Anstellung der Partnerin oder des Partners an der eigenen Hochschule infrage kommt, allerdings einige Voraussetzungen gegeben sein: Das deutliche Interesse der Hochschulleitung am/an der zu rekrutierenden WissenschaftlerIn sowie ein entsprechender Umgang der Hochschulleitung mit den in Deutschland noch vielerorts üblichen Nepotismusvermutungen sind hier besonders wichtig. Fallen beide Aspekte im Sinne der Dual-Career-Förderung positiv aus, sind zudem das Qualifikationsprofil des zu fördernden Partners oder der zu fördernden Partnerin sowie die Nachfrage nach dem wissenschaftlichen Profil an der Hochschule relevant. Überdies ist zu klären, wie die Stelle für den/die Dual-Career-PartnerIn, der/die an der eigenen Hochschule tätig werden soll, finanziert werden kann. Für diese Finanzierung hat zum Beispiel der Stifterverband ein „Förderprogramm Doppelkarriere“ aufgelegt (vgl. Winde 2010) und Hubert Detmer (2009) vom Deutschen Hochschulverband weist auf Chancen hin, die Gastprofessuren oder ähnliche Optionen bieten. Insgesamt ist die Finanzierungsfrage flexibel, bezogen auf den Einzelfall und möglichst unter Einbezug der Fakultät, die die Partnerin oder den Partner aufnimmt, zu lösen.

Der Dual-Career-Beratungsstelle kommt in Bezug auf die Anstellung der Partnerin oder des Partners an der eigenen Hochschule primär die Aufgabe der vermittelnden Kommunikation innerhalb der Hochschule zu. Sie steht dabei an der Schnittstelle zwischen der Hochschulleitung, dem Doppelkarrierepaar und der aufnehmenden Fakultät und/oder Institution. Der in der Dual-Career-Beratung gegebene Bedarf an Netzwerken zeigt sich hier sehr deutlich innerhalb der eigenen Hochschule (vgl. Funk/Gramespacher 2008).⁴

4 Soll der/die PartnerIn außerhalb der Hochschule beruflich tätig werden, sind Netzwerke zu Arbeitgebern in der Region sowie zu deren zentralen Verwaltungsstellen (etwa Industrie- und Handelskammer) wichtig.

Abschließend illustrieren wir, wie ein Dual-Career-Fall⁵ in dem dargelegten Sinn gestaltet werden kann. In dem Beispiel aus unserer Beratungspraxis profitieren alle AkteurInnen und die Dual-Career-Strategie wird Teil der gender- und diversity-gerechten Personalentwicklung.

Herr Prof. Dr. A. ist im europäischen Ausland tätig und erhält einen Ruf an eine deutsche Universität. Er nimmt Kontakt mit der an der Gleichstellungsstelle angesiedelten Dual-Career-Beratungsstelle auf. Seine beruflich sehr erfolgreiche Partnerin Frau Dr. B. ist im gehobenen Management eines international agierenden Unternehmens tätig – ebenfalls im europäischen Ausland. Die ohnehin bestehende Pendelsituation des Doppelkarrierepaares droht sich mit seinem Ruf nach Deutschland zu verschärfen. In der Dual-Career-Beratung ergeben sich zwei Optionen:

1. Ein international agierendes Unternehmen in der neuen Hochschulregion ist nach Anfrage der Dual-Career-Beratungsstelle an einer Initiativ-Bewerbung von Frau Dr. B. interessiert. Das Unternehmen signalisiert, dass Frau Dr. B. trotz des durch die Wirtschaftskrise bedingten Einstellungsstopps angestellt werden könnte.
2. Im Laufe der Dual-Career-Beratung entwickelt Frau Dr. B. eine neue berufliche Perspektive. Sie hat eine gute Ausgangssituation für eine Professur an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften, denn ihr Qualifikationsprofil (Promotion und mehrjährige einschlägige Berufserfahrung) passt prinzipiell für eine solche Bewerbung. Ihr Profil könnte sie mit der Lehr- und Forschungserfahrung sinnvoll erweitern, die ihr die Dual-Career-Förderung mit einer Stelle an der Universität ermöglichen könnte.

Die zweite Option rückt Frau Dr. B. in den Fokus der Frauenförderung der Universität. Die Hochschulleitung unterstützt diese gender- und diversity-gerechte Personalmaßnahme, ein Nepotismusverdacht stellt sich nicht, da Frau Dr. B. an einem anderen Institut als Herr Prof. Dr. A. tätig werden kann, und die Leitung des aufnehmenden Instituts sowie die entsprechende Fakultät steuern einen Teil zur Finanzierung der befristeten Dual-Career-Stelle für Frau Dr. B. bei.

Das Paar verlagert gemeinsam seinen Arbeits- und Lebensmittelpunkt an den neuen Hochschulort und nimmt zeitgleich die wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität auf. Herr Prof. Dr. A. steht seinem Institut und der Universität somit umfassend zur Verfügung. Das die Partnerin aufnehmende Institut gewinnt mit Frau Dr. B. eine hoch qualifizierte und praxiserfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterin und kann so sein Lehrangebot und Forschungsprofil einschlägig ausweiten.

Die Dual-Career-Beratung unterstützt Frau Dr. B. im Sinne der Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses auch weiterhin, sodass ihre wissenschaftliche Karriere am Hochschulstandort Deutschland günstige Rahmenbedingungen erhält. Die Förderung führt schließlich zum gewünschten Erfolg.

3 Fazit

Eine gender- und diversity-gerechte Personalentwicklung an Hochschulen ist Teil einer innovativen und international anschlussfähigen Hochschulentwicklung. Dual-Career-Strategien bilden hierbei eine Maßnahme innerhalb einer gender- und diversity-gerechten Personalentwicklung, von der alle AkteurInnen an Hochschulen profitieren. Durch die explizite Einbettung der Dual-Career-Strategien in eine gender- und diversity-gerechte Personalentwicklung gewinnt die Personalpolitik an Hochschulen in zweierlei Hinsicht: erstens in Bezug auf ihre nach außen gerichtete Personalpolitik, bei der die Rekrutierung exzellenter WissenschaftlerInnen in den Blick kommt; zweitens bei ihrer nach innen gerichteten Personalpolitik, bei der es um die Einbeziehung und Nutzung aller Humanressourcen an der Hochschule, um das Erreichen gleichstellungspolitischer Ziele, um die Wahrnehmung der Interessen moderner WissenschaftlerInnen-Paare sowie um einen sichtbaren Beitrag zur

⁵ Das Beispiel ist hier in aller Kürze dargestellt und anonymisiert.

Verbesserung des regionalen, nationalen und europäischen Hochschulstandortes geht. In einem solch umfassenden Verständnis leisten Dual-Career-Strategien einen Beitrag dazu, dass das Wissenschaftssystem humaner und damit attraktiver wird für – auch im Ausland tätige – WissenschaftlerInnen sowie für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Literaturverzeichnis

- Andresen, Sünne & Dölling, Irene. (2005). Umbau des Geschlechter-Wissens von ReformakteurInnen durch Gender Mainstreaming? In Ute Behning & Birgit Sauer (Hrsg.), *Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen* (S. 171–188). Frankfurt a. M.: Campus
- Burbach, Christiane & Schlottau, Heike. (2001). *Abenteuer Fairness. Ein Arbeitsbuch zum Gender Training*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Center of Excellence Women and Science [CEWS]. (2010). *Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn*. Zugriff am 29. Januar 2010 unter www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/statistiken/01_t.gif
- Detmer, Hubert. (2009). *Dual Career Konstellationen in Berufungsverhandlungen*. Vortrag am 24. Juli 2009 auf dem Tübinger Symposium zu „Dual Career Couples fördern – eine Herausforderung für das Wissenschaftsmanagement“. Zugriff am 19. März 2010 unter www.uni-tuebingen.de/dcc
- Deutsche Forschungsgemeinschaft & Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. (Hrsg.). (2004). *Dual Career Couples – Karrieren im Duett – Mehr Chancen für Forscherpaare*. Bonn: Trio
- Deutscher Hochschulverband. (2009). *Dual Career. Best-Practice-Papier des DHV*. Bonn. Zugriff am 18. August 2009 unter www.hochschulverband.de/cms1/uploads/media/BestPractice_Dual_Career.pdf
- Dübner-Gee, Kerstin & Speith-Kölbl, Selma. (2010). Paarweise gewinnen. Dual Career Service als Recruitinginstrument. *Forschung & Lehre*, 17 (2), 94–95
- European Science Foundation. (2009). *Research Careers in Europe. Landscape and Horizons. A Report by the ESF Member Organisation Forum on Research Careers*. Zugriff am 19. März 2010 unter www.esf.org/publications.html
- Funk, Julika & Gramespacher, Elke. (2008). Netzwerke bilden. Wie Hochschulen Dual Career Couples unterstützen können. *Forschung & Lehre*, 15 (10), 691
- Gardenswartz, Lee & Rowe, Anita. (2003). *Diverse Teams at Work. Capitalizing on the Power of Diversity*. Virginia (VA): SHRM
- Gramespacher, Elke; Funk, Julika & Rothäusler, Iris. (Hrsg.). (2010). *Dual Career Couples an Hochschulen. Zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik*. Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Hochfeld, Katharina. (2010). Dual Career Services an deutschsprachigen Universitäten – Doppelkarrierepaare als Chance und Herausforderung für Universitäten. In Martina Schraudner (Hrsg.), *Diversity im Innovationssystem* (S. 123–148). Stuttgart: Fraunhofer Verlag
- Krause-Nicolai, Doris. (2010). Dual Career Couples – Handlungsbedarf und Nutzen aus der Sicht der Unternehmen. In Elke Gramespacher, Julika Funk & Iris Rothäusler (Hrsg.), *Dual Career Couples an Hochschulen. Zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik* (S. 89–98). Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Krell, Gertraude; Mückeberger, Ulrich & Tondorf, Karin. (2001). *Gender Mainstreaming – Informationen und Impulse*. Herausgegeben vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (2. Auflage). Zugriff am 13. Juli 2005 unter www.niedersachsen.de/MS1.htm

- Krimmer, Holger; Stallmann, Freya; Behr, Markus & Zimmer, Anette. (2003). *Karrierewege von ProfessorInnen an Hochschulen in Deutschland. Projekt Wissenschaftskarriere*. Münster: Institut für Politikwissenschaft
- Melzer, Kerstin. (2010). Die Dual Career Landschaft in der Bundesrepublik. In Elke Gramespacher, Julika Funk & Iris Rothäusler (Hrsg.), *Dual Career Couples an Hochschulen. Zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik* (S. 149–160). Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Metz-Göckel, Sigrid & Kamphans, Marion. (2002). *Gender Mainstreaming in Hochschulleitungen von NRW. Mit gebremstem Schwung und alter Skepsis. Gespräche mit der Hochschulleitung*. Dortmund: o. V.
- Schiebinger, Londa; Davies Henderson, Andrea & Gilmartin, Shannon K. (2008). *Dual Career Academic Couples. What Universities Need to Know*. Michelle R. Clayman Institute for Gender Research: Stanford University
- Schiebinger, Londa. (2010). Dual Career Academic Couples: University Strategies, Opportunities, Policies. In Elke Gramespacher, Julika Funk & Iris Rothäusler (Hrsg.), *Dual Career Couples an Hochschulen. Zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik* (S. 113–126). Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Senge, Peter M. (1996). *Die fünfte Disziplin*. Stuttgart: Klett Cotta
- Solga, Heike & Wimbauer, Christine. (2005). „Wenn zwei das Gleiche tun ...“ Ideal und Realität sozialer (Un-)Gleichheit in Dual Career Couples. Eine Einleitung. In Heike Solga & Christine Wimbauer (Hrsg.), *„Wenn zwei das Gleiche tun ...“ Ideal und Realität sozialer (Un-)Gleichheit in Dual Career Couples* (S. 9–26). Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Stiftungsverband für die Deutsche Wissenschaft. (2002). *Brain Drain - Brain Gain. Eine Untersuchung über internationale Berufskarrieren*. Essen
- Walther, Kathrin & Lukoschat, Heike. (2008). *Kinder und Karrieren. Die neuen Paare*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Wetterer, Angelika. (2002). Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen. *Zeitschrift für Frauen- und Geschlechterstudien*, 20 (3), 129–148
- Winde, Mathias. (2010). Brain Gain durch Dual Career Couples. Fazit eines Förderprogramms für Doppelkarrierepaare. In Elke Gramespacher, Julika Funk & Iris Rothäusler (Hrsg.), *Dual Career Couples an Hochschulen. Zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik* (S. 185–194). Opladen: Verlag Barbara Budrich
- www.instrumentenkasten.dfg.de, Zugriff am 18. Januar 2010

Zu den Personen

Elke Gramespacher, Dr. phil., Dipl.-Päd., Leiterin der Servicestelle Dual Career Couples der Eberhard-Karls Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Dual Career Couples an Hochschulen, Gender Mainstreaming in Bildungsinstitutionen, Gender und Sport/Schulsport
Kontakt: Eberhard-Karls Universität Tübingen, Servicestelle Dual Career Couples, Gleichstellungsbüro, Wilhelmstraße 26, 72074 Tübingen
E-Mail: elke.gramespacher@uni-tuebingen.de

Kerstin Melzer, M.A., Koordinatorin des Dual Career Programms an der Universität Konstanz. Arbeitsschwerpunkte: Dual-Career-Förderung, Netzwerkkoordination, Gleichstellungspolitik an Hochschulen
Kontakt: Universität Konstanz, Gleichstellungsreferat, Fach 59, 78462 Konstanz
E-Mail: kerstin.melzer@uni-konstanz.de

Women Leading in Education Across the Continents

Zusammenfassung

WissenschaftlerInnen aus der ganzen Welt gründeten 2007 auf einer Konferenz in Rom das Netzwerk Women Leading Education Across the Continents (WLE). Ziel war es, einen qualitativen und quantitativen Überblick über Frauen in Führungspositionen im Bildungssystem (Schul- und Hochschulwesen) zu erhalten. Das Netzwerk verfolgt mehrere Ziele: eine Datensammlung zu Frauen in Führungspositionen im Bildungswesen weltweit; die Untersuchung von Gründen, die das Erreichen einer Führungsposition erleichtern oder erschweren; eine Unterfütterung dieser Daten anhand einer Analyse der Biografien der WLE-Mitglieder; die Einflussnahme auf Forschung, Politik und Praxis mithilfe von Publikationen und einem Online-Gender-Audit.

Schlüsselwörter

Frauen in Führungspositionen im Bildungswesen, Frauen und Bildung, Strategien für Führungsstile und -verhalten

Summary

Women Leading in Education Across the Continents

Scholars across the globe created the Women Leading in Education Across the Continents (WLE) group at a conference held in Rome in 2007. The goal was to fill a knowledge vacuum; an understanding of the status of women in educational leadership, in both basic and higher education, from both a qualitative and quantitative view. The group emerged with the following goals: to gather data from an increasing number of countries across all continents regarding the number of women represented in positions of leadership in education; to describe issues that are either barriers or facilitators regarding the ability of women to attain the highest levels of educational leadership; to bring those issues to life through an analysis of the lives and stories of women within the group; to impact research, policy making and practice through publications and an online gender audit.

Keywords

Women Leading in Education, Women and Education, Strategies of Leadership and Power

Die weltweit zunehmende Feminisierung im Bildungssystem bedeutet nicht, dass Frauen tatsächlich auch einflussreich sind. Im Gegenteil: Strategisch wichtige Führungspositionen werden ihnen verwehrt. Macht und Machtübertragung werden innerhalb von Bildungsinstitutionen und der Bildungspolitik vom Kindergarten bis zur Universität im Wesentlichen von Männern reguliert. Aus diesem Grund ist es notwendig, Forschungen mit qualitativen und quantitativen Daten durchzuführen. Auf diese Weise können strukturelle Barrieren, interaktive Praxen und personelle Hindernisse analysiert werden, die Frauen auf ihrem Weg in Führungspositionen im Bildungssystem antreffen. Diese Daten sollten weltweit erhoben werden, um sie miteinander zu vergleichen und daraus weitere Maßnahmen abzuleiten. Bislang existierte kein weltweites Netzwerk, bei dem interessierte ForscherInnen, PolitikerInnen und Fachleute vergleichende Daten über soziale

und bildungsrelevante Einflüsse auf die Marginalisierung von Frauen in Führungspositionen im Bildungssystem erhalten konnten (Sobehart 2009).

Gründung des WLE-Netzwerks

Es waren ForscherInnen des Arbeitskreises SIG (Women's Special Interest Group) der University Council for Educational Administration (UECA), die dieses Thema aufgriffen. Denn obwohl es mittlerweile eine Vielzahl von Forschungsarbeiten zu verschiedenen Aspekten des Themas ‚Gender und Führungspositionen im Bildungssystem‘ gibt, existiert bisher keine vergleichende Analyse der Rahmenbedingungen der Ausbildungsformen in diesem Bereich (Sobehart 2009). Daher entschied der Arbeitskreis SIG der UECA zusammen mit Dr. Helen Sobehart (Duquesne University in Pittsburgh, USA), der derzeitigen Vorsitzenden des WLE, einen Ort zu schaffen, an dem WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Fachleute sich austauschen können. Bereits ein Jahr später organisierten sie eine internationale Tagung zum Thema ‚Frauen in Führungspositionen im Bildungssystem‘ in Rom.

Folgendes Schwerpunktthema wurde dort behandelt: die gegenwärtige Situation weiblicher Führungskräfte im Bildungssystem in der jeweiligen Region der TagungsteilnehmerInnen. Folgende Aspekte wurden dabei diskutiert:

- demografische Faktoren, die die Repräsentanz weiblicher Führungspositionen im Bildungssystem betreffen,
- Tendenzen, die einen positiven oder negativen Einfluss auf eine steigende Anzahl von Frauen in Führungspositionen haben (dies können soziale, politische, wirtschaftliche, kulturelle, psychologische oder andere Aspekte sein),
- Organisationen, die den Einfluss der WLE-Arbeit kritisch betrachten,
- zukünftige Themen, die möglicherweise einen Einfluss auf die Entwicklung der Führungspositionen in Bildungssystem haben,
- und die Methodologie, mit der dieses Thema erforscht werden soll.

Das erklärte Ziel war, VertreterInnen aus mindestens einem Land von jedem Kontinent zu erreichen. Die TeilnehmerInnen sprachen sich ausdrücklich für eine Gewinnung demografischer und qualitativer Daten aus, um für eine zweite Tagung eine größere Repräsentanz zu erreichen und zudem eine zielgerichtete Forschungsagenda bereitstellen zu können.

Aus all diesen Bemühungen folgte eine erste Publikation, „Weibliche Führungspositionen im Bildungssystem auf allen Kontinenten“ (Women Leading Education Across the Continents: Sharing the Spirit, Fanning the Flame), in Kooperation mit der American Association of School Administrators (AASA) (weitere Informationen unter: www.women-leading-education.com).

Die zweite Tagung des Netzwerks, „Gender and Education – Towards new Strategies of Leadership and Power“, fand 2009 an der Universität Augsburg in Deutschland statt. ForscherInnen aus 17 Nationen kamen zusammen, um Probleme der sozialen Gerechtigkeit und der Geschlechterungleichheit zu diskutieren. Die TeilnehmerInnen

stellten ihre Forschungsarbeiten vor und besprachen Möglichkeiten der Vernetzung. Daraus entwickelte sich das Projekt, gemeinsam weltweite Forschungsergebnisse mit vier verschiedenen Forschungslinien zu erstellen und in einem globalen Gender-Audit zusammenzufassen.

Auch die anvisierte Forschungsagenda nahm auf dieser Tagung Gestalt an und wurde in vier Teilen ausgearbeitet.

Shared Research Principles des Netzwerks WLE (Präambel)

Zunächst wurde das forschungsmethodische und -ethische Selbstverständnis der WLE Group (Shared Research Principles) festgelegt: Demnach möchte die WLE handlungsrelevantes Wissen erzeugen, das sich dem sozialen Engagement und der gesellschaftlichen Analyse verpflichtet fühlt. Die WLE vertritt einen integrativen Forschungsansatz, der nicht auf Konfrontation ausgerichtet ist und sowohl quantitative als auch qualitative Forschungsmethoden umfasst. Auf der Abschlussdiskussion wurden folgende Forschungsperspektiven mit entsprechenden Arbeitsgruppen für die Erstellung eines weltweiten Gender-Audits „Women Leading Education“ vereinbart:

Gruppe 1: Analyseebenen (Analytical Frameworks)

(Leitung: Esther Sui-chu Ho, Maureen Porter)

Die Forschungsprojekte dieser Gruppe beinhalten mehrere Ebenen der Analyse, wobei die gewonnenen Daten für WissenschaftlerInnen anderer Disziplinen abrufbar sein werden.

- Individuelle Analyseebene:

Hier geht es um das doppelte Bewusstsein der Forschungsperspektive: Betroffene und zugleich ForscherIn zu sein, um die Berücksichtigung vielfältiger Identitäten in einem interkulturellen Kontext, um die Einbeziehung theoretischer Ansätze der Intersektionalität sowie um das Aufzeigen von Ausgrenzungen und Stigmatisierungen.

- Organisationale Analyseebene:

Hier stehen Erforschung, Formulierung und Etablierung von geschlechtersensiblen Führungsmodellen im Mittelpunkt (Gendered Leadership Models).

- Gesellschaftliche Analyseebene:

Der Fokus liegt hier auf der Analyse von Linearität in Karriereverläufen, konkreten Arbeitsbedingungen (labour), geschlechtsspezifischen Rollen sowie auf den Kontextbedingungen von Familie und der Analyse von Möglichkeiten *von* Macht und dem Umgang *mit* Macht.

Gruppe 2: Demografische Daten/Gender-Audit

(Leitung: Hildgard Macha, Jill Sperandio, Jacky Lumby)

Mithilfe eines verbindlichen Erhebungsinstruments werden demografische Daten in allen beteiligten Ländern erhoben und so die strukturellen Rahmenbedingungen für eine gendersensible Analyse von Frauen in Führungspositionen im Bildungssystem in den verschiedenen Ländern ermittelt. Dies beinhaltet zum Beispiel Parameter der allgemeinen Schulpflicht, länderspezifische Statistiken von Frauen in Führungspositionen in Grund-, Haupt- und Realschule sowie Gymnasium oder in Ministerien/höheren Bildungspositionen; Parameter der Einkommensaufteilung, des Status, der Entscheidungsfindung, des Schultyps (ländlich/städtisch), des Alters etc.

Gruppe 3: Fragebogen/Interviews

(Leitung: Marianne Coleman, Jacky Lumby, Saeeda Shah, Helen Sobehart)

Zu diesem Themenbereich gibt es bereits Forschungsarbeiten von Marianne Coleman (Großbritannien). Die Arbeitsgruppe testete einen Fragebogen (von Marianne Coleman entwickelt) in einer vorläufigen Pilotstudie auf kulturelle Unterschiede, die von der Commonwealth Council for Educational Administration (CCEAM), der Matthew Goniwe School of Leadership und der Regierung von Südafrika finanziell unterstützt wurde (Lumby 2009).

Gruppe 4: Geschichten (Narrative Illumination)

(Leitung: Linda Lyman)

Diese Arbeitsgruppe sammelt die lebensbiografischen Geschichten von einzelnen Mitgliedern der WLE Group, die auf freiwilliger Basis eingereicht werden können. Das Projekt ist sowohl auf Inspiration als auch auf Information ausgerichtet und möchte nicht nur die Erfolge verdeutlichen, sondern auch Fallgruben und Barrieren herausarbeiten.

Mittlerweile wurden durch die Mitglieder des Netzwerks Studien und Interviewfragen weiterentwickelt und für die kulturelle Verwendung in einer reliablen und validen Studie getestet, die von Marianne Coleman für das UK-Projekt (Coleman 2005a), das CCEAM und das Matthew-Goniwe-Projekt entwickelt wurde. In mehreren Ländern gab es Pilotstudien. Die Ergebnisse wurden bereits an der UCEA (University Council for Educational Administration), AERA (American Educational Research Association), AASA (American Association of School Administrators), CCEAM (Commonwealth Council for Educational Administration and Management) und Council for a Parliament of the World's Religions in Melbourne präsentiert.

Kursorischer Überblick über die Forschungsliteratur

In den letzten 30 Jahren haben hauptsächlich ForscherInnen aus Industriestaaten das Grundlagenwissen über weibliche Führungspositionen im Bildungssystem vorangebracht. Dazu gehören Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Amerika (Blackmore 2009; Brunner 1999; Coleman 2002; Dunlap/Schmuck 1995; Grogan 1999, 2002; Kenway/Langmead 2002; Lumby/Coleman 2007; Marshall 1993; Reynolds 2002; Rusch/Marshall 1994; Shakeshaft 1999; Strachan 2002). Ältere und aktuelle Untersuchungen dokumentieren das Fehlen von Frauen in schulischen Führungspositionen. Dieses Muster wird durch den weiblichen Lebenslauf begünstigt (Brunner/Grogan 2007; Rusch/Marshall 1994; Grogan/Shakeshaft 2009; Macha/Fahrenwald 2007).

Diese eingeschränkte Perspektive konnte durch die WLE-Tagungen aufgebrochen werden, da nicht zuletzt ForscherInnen aus Entwicklungsländern ihre Ergebnisse mit einbringen konnten (Bandiho 2009; Kagoda/Sperandio 2009; Malachias 2009; Phendla 2009).

Forschungen haben gezeigt, dass die Diskriminierung von Frauen eine akzeptierte Verhaltensstruktur ist, die meist in Kulturen von Entwicklungsländern auftaucht (Strachan et al. 2010; Coleman 2005b). Eine solche geschlechterorientierte Diskriminierung heißt auch, dass Frauen signifikant weniger Zugang zu Bildung und äußerst begrenzte Möglichkeiten haben, Führungspositionen einzunehmen. Sie haben also ein strukturell bedingtes Defizit an beruflicher Mobilität und Entfaltung (Strachan 2009; Strachan et al. 2010; Coleman 2005b; Macha et al. 2010). So werden beispielsweise der Einfluss und die Relevanz von Religion im Leben von Frauen im Zusammenhang mit der Besetzung von Führungspositionen von westlichen ForscherInnen nicht untersucht, obwohl dies ein signifikantes Merkmal der Erfahrungen von Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist (Strachan et al. 2010). Die Hälfte der Nationen, die in der WLE vertreten sind, sind Entwicklungs- und Schwellenländer wie Tansania, Uganda, Ghana, Südafrika, Pakistan, Türkei, Indien, Thailand und Brasilien.

Nutzen des Netzwerks

Das WLE-Netzwerk schafft einen neuen konzeptuellen Rahmen und entwirft einen globalen Sinnzusammenhang für ein gemeinsames Verständnis des hochkomplexen Themas weiblicher Führungspositionen im Bildungssystem auf den Ebenen der allgemeinen und höheren Bildung. Ziel ist die weitere Vernetzung der verschiedenen Forschungen und ein gemeinsames interkulturelles Verständnis aller ForscherInnen aus den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern für die angesprochenen Themen. Dafür soll ein entsprechender Datensatz zur Verfügung gestellt werden, an dem ForscherInnen aus unterschiedlichen Kulturen mit unterschiedlichen theoretischen Perspektiven und unterschiedlichen Disziplinen beteiligt sind.

Ein weiteres Ziel ist die Entwicklung der Gender-Audit-Datenbank. Diese Datenbank ist ein wichtiges politisches Mittel zur Umsetzung sozialer Gerechtigkeit in Führungspositionen. Obwohl es derzeit überwiegend Daten zur Repräsentanz weiblicher Führungspositionen in englischsprachigen Ländern und in den USA gibt, besteht laut

Tallerico und Blount (2004) ein de facto grenzenloser Mangel solcher Daten in nicht-englischsprachigen Ländern.

Langfristig sollen nicht nur diese Daten, sondern auch weitere WLE-Studien, Forschungsinterviews und persönliche Erfahrungen von WLE-Mitgliedern gesammelt werden. Dafür bietet das Netzwerk eine internationale Face-to-face-Kooperation. Interkulturelle Erkenntnisse werden mit relevanten demografischen und anderen Daten im Gender-Audit-Datensatz verknüpft. Nicht zuletzt stellt dieser Datensatz eine methodologische Innovation dar.

Bereits Coleman (2005b) ging davon aus, dass es zu einer größeren sozialen Gerechtigkeit im Bildungssystem führt und gleichzeitig eine Bereicherung für Praxis und Theorie in den Führungspositionen im Bildungssystem darstellt, wenn diskriminierte Minderheiten gleichberechtigt daran teilnehmen können.

Netzwerktreffen 2011

Die nächste WLE-Tagung findet im Sommer 2011 in Bangalore in Indien statt, und zwar in Kooperation mit dem Institute for Social and Economic Change (ISEC). Folgende Themenschwerpunkte sind zum jetzigen Zeitpunkt vorgesehen:

1. Was ist der weltweite Status quo der Repräsentanz von Frauen in den höchsten Führungsebenen in allgemeiner und höherer Bildung?
2. Welche politischen, praktischen, demografischen, psychologischen, sozialen und geopolitischen Faktoren erhöhen oder mindern die Wahrscheinlichkeit für die Erhöhung des Frauenanteils an und die erfolgreiche Besetzung von Führungspositionen innerhalb und zwischen den Kulturen?
3. Wie kann ein verbessertes Verständnis der Unterrepräsentanz mithilfe verschiedener theoretischer Konzepte erreicht werden? Und wie können entsprechende Daten erarbeitet und in der Folge daraus Erkenntnisse abgeleitet werden?

Zu einigen dieser Forschungsfragen haben die Ausarbeitungen bereits begonnen.

Da es keine systematischen quantitativen oder qualitativen Quellen zum Status von Frauen in internationalen Führungspositionen im Bildungssystem gibt, sind auch keine multidisziplinären Untersuchungen vorhanden, die die Ursachen und Effekte dieser Repräsentanz beschreiben. Die WLE möchte dafür ein Netzwerk etablieren und weiterentwickeln. Falls jemals Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Einflüsse in den einzelnen Kulturen verstanden werden sollen, ist ein Netzwerk für eine systematische Zusammenstellung, Analyse und Verbreitung der dazugehörigen Informationen mehr als notwendig. Der Nutzen für WissenschaftlerInnen besteht unter anderem darin, dass sie Informationen abrufen können von WissenschaftlerInnen, die bereits Erfahrungen mit vielen Kulturen gesammelt haben. Ein weiterer wichtiger Vorteil ist der Zugang zu einer Vielfalt von Daten für weitere Untersuchungen. Nicht zuletzt möchte das Netzwerk kooperativ inter- und multidisziplinäre Forschungen initiieren und begleiten.

Literaturverzeichnis

- Anyon, Jean. (2005). *Radical possibilities: Public policy, urban education, and a new social movement*. New York and London: Routledge
- Bandiho, Hellen. (2009). Status of Educational Leadership and Women Participation: The case of Tanzania. In Helen C. Sobehart (Hrsg.), *Women leading education across the continents* (S. 43–48). Lanham, MD: Rowman & Littlefield Education
- Bandiho, Hellen. (2009). Quality of African Catholic University Education: The Challenges of our Time. *ACUHIAM Journal*, 1, 21–34
- Blackmore, Jane. (2009). Re/positioning women in educational leadership: The changing social relations and politics of gender in Australia. In Helen C. Sobehart (Hrsg.), *Women leading education across the continents* (S. 73–83). Lanham, MD: Rowman & Littlefield Education
- Brunner, C. Cryss. (1999). “Back talk” from a woman superintendent: Just how useful is research? In C. Cryss Brunner (Hrsg.), *Sacred dreams: Women and the superintendency* (S. 179–198). New York: State University of New York Press
- Brunner, C. Cryss & Grogan, Margaret. (2007). *Women leading school systems: Uncommon roads to fulfillment*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield
- Coleman, Marianne. (2002). *Women as headteachers: Striking the balance*. Stoke on Trent, UK: Trentham books
- Coleman, Marianne. (2005a). *Gender Audit of Leading from the Middle - Final Report to NCSL*. London: National College for School Leadership.
- Coleman, Marianne. (2005b). Gender and secondary school leadership. *International Studies in Educational Administration*, 33 (2), 3–20. Zugriff am 24. Januar 2010 unter <http://web.ebscohost.com.proxy.lib.ilstu.edu/ehost/pdf?vid=5&hid=9&sid=d02bec47-e0c0-4c32-8a30-beca48eb14d0%40sessionmgr14>
- Court, Marian. (1992). ‘Leading from behind’: Women in educational administration. In Sue Middleton & Alison Jones (Hrsg.), *Women and education in Aotearoa 2*. (S. 181–196). Wellington: Bridget William Books
- Delpit, Lisa D. (1995). *Other people’s children: Cultural conflict in the classroom*. New York: Free Press
- Dunlap, Diane M. & Schmuck, Patricia A. (Hrsg.). (1995). *Women leading in education*. Albany: SUNY Press
- Grogan, Margaret. (1999). Equity/equality issues of gender, race and class. *Educational Administration Quarterly*, 36 (1), 117–142
- Grogan, Margaret. (2002). Influences of the discourse of globalisation on mentoring for gender equity and social justice in educational leadership. *Leading and Managing*, 8 (2), 124–135.
- Grogan, Margaret & Shakeshaft, Charol. (2009). Conscious leadership in a political world. In Helen C. Sobehart (Hrsg.), *Women leading education across the continents* (S. 21–28). Lanham, MD: Rowman and Littlefield Education
- Hall, Valerie. (2002). Reinterpreting entrepreneurship in education: A gender perspective. In Cecilia Reynolds (Hrsg.), *Women and school leadership* (S. 13–28). Albany, New York: State University of New York Press
- Kagoda, Alice & Sperandio, Jill. (2009). Learning from experience: Improving equality of access and outcomes for girls in Uganda’s universal post primary education and training initiative. In Baker, D. & Wiseman, A. (Hrsg.). *Gender, Equality, and Education from International and Comparative Perspectives*. Volume 10: *International Perspectives on Education and Society Series* (S. 89–121). St. Louis, MO: Elsevier Science/Emerald Publishing
- Kenway, Jane & Langmead, Dianna. (2002). Is there a future for feminism in the contemporary university? In Cecilia Reynolds (Hrsg.), *Women and school leadership: International perspectives* (S. 129–146). Albany: SUNY Press

- Larson, Colleen L. & Murtadha, Khaula. (2002). Leadership for social justice. In Joseph Murphy (Hrsg.), *The educational leadership challenge: Redefining leadership for the 21st century* (S. 134–161). Chicago: NSSE, distributed by University of Chicago Press
- Lumby, Jacky. (2009). 'Performativity and identity: mechanisms of exclusion', *Journal of Education Policy*, 24 (3), 353–369
- Lumby, Jacky & Coleman, Marianne. (2007). *Leadership and Diversity: Challenging Theory and Practice in Education*. London: Sage
- Lumby, Jacky & English, Fenwick W. (2009). From Simplicity to Complexity in Leadership Identity and Preparation: Exploring the Lineage and Dark Secrets. *International Journal of Leadership in Education*, 12 (2), 95–114
- Macha, Hildegard & Fahrenwald, Claudia. (2007). *Gender Mainstreaming und Weiterbildung – Organisationsentwicklung durch Potentialentwicklung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Macha, Hildegard; Handschuh-Heiß, Stephanie; Magg, Marion & Gruber, Susanne. (2010). *Gleichstellung und Diversity an der Hochschule. Implementierung und Analyse des Gender Mainstreaming-Prozesses*. Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Macha, Hildegard; Bauer, Quirin J.; Gruber, Susanne & Struthmann, Sandra. (i. V.). *Die Hochschule strukturell verändern: Gleichstellung als Organisationsentwicklung an Hochschulen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Malachias, Rosangela. (2009). Communicative actions: Brazilian women in educational leadership. In Helen C. Sobehart (Hrsg.), *Women leading education across the continents* (S. 199–205). Lanham, MD: Rowman & Littlefield Education
- Marshall, Catherine. (Hrsg.). (1993). *The new politics of race and gender: The 1992 yearbook of the Politics of Education Association*. London: Falmer
- Marshall, Catherine & Oliva, Maricela. (2006). *Leadership for social justice: Making a revolution in education*. Boston: Pearson Education
- Phendla, Thidziambi. (2009). Women on the rise: Women navigating across social, political, economic, and cultural arenas to claim their stake in educational leadership positions in South Africa. In Helen C. Sobehart (Hrsg.), *Women leading education across the continents* (S. 57–64). Lanham, MD: Rowman & Littlefield Education
- Rapp, Dana. (2002). Social justice and the importance of rebellious, oppositional imaginations. *Journal of School Leadership*, 12, 226–245
- Reynolds, C. (Hrsg.). (2002). *Women and school leadership: International perspectives*. Albany: SUNY Press
- Rusch, Edith A. & Marshall, Catherine. (1994). *Gender filters at work in the administrative culture*. A paper presented at the 1995 annual meeting of the American Educational Research Association
- Shakeshaft, Charol. (1999). The struggle to create a more gender-inclusive profession. In Joseph Murphy & K. S. Louis (Hrsg.), *Handbook of Research on Educational Administration* (S. 99–118). San Francisco: Jossey-Bass Publishers
- Shoho, Alan R.; Merchant, Betty M. & Lugg, Catherine A. (2005). Social justice: Seeking a common language. In Fenwick W. English (Hrsg.), *The Sage handbook of educational leadership* (S. 47–67). Thousand Oaks, CA: Sage Publications
- Sobehart, Helen C. (Hrsg.). (2009). *Women leading education across the continents*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield Education
- Strachan, Jane. (2002). *A Gender Analysis of the Education Sector in Vanuatu*. Ministry of Education, Port Vila
- Strachan, Jane. (2005). Working out of my comfort zone: Experiences of developing national women's policy in Vanuatu. *Delta*, 57, 1 & 2, 47–66
- Strachan, Jane. (2009). Women and educational leadership in New Zealand and Melanesia. In Helen C. Sobehart (Hrsg.), *Women leading education across the continents* (S. 100–113). Lanham, MD: Rowman & Littlefield Education

- Strachan, Jane; Akao, Shalom; Kilavanwa, Bessie & Warsal, Daisy. (2010). You have to be a servant of all: Melanesian women's educational leadership experiences. *School Leadership and Management*, 30 (1), 65–76
- Tallerico, Marilyn & Blount, Jackie M. (2004). Women and the superintendency: Insights from theory and history. *Educational Administration Quarterly*, 40 (5), 633–662

Zu den Personen

Hildegard Macha, Prof. Dr., Direktorin des Gender Zentrums Augsburg, Inhaberin des Lehrstuhls für Pädagogik mit Berücksichtigung der Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugendbildung, Universität Augsburg, Universitätsfrauenbeauftragte. Arbeitsschwerpunkte: Gender Forschung und Weiterbildung, Erwachsenenbildung, Familienerziehung
Kontakt: E-Mail: hildegard.macha@phil.uni-augsburg.de

Quirin J. Bauer, Dr., Mitarbeiter in der Zentralen Studienberatung, Universität Augsburg, stellvertretender Universitätsfrauenbeauftragter, EU-Koordinator für das WLE-Netzwerk. Arbeitsschwerpunkte: Personal-, Potenzial- und Organisationsentwicklung, Gender & Diversity Management
Kontakt: E-Mail: quirin.bauer@zsb.uni-augsburg.de
www.women-leading-education.de

Kathrin Houda, Jennifer Jäckel

Neue Karrierewege für Frauen an der Hochschule? Tagung vom 22.–23. Juli 2010 in Frankfurt am Main

Zusammenfassung

„Neue Karrierewege für Frauen an der Hochschule?“ war der Titel einer Tagung, die am 22. und 23. Juli 2010 stattfand. Organisiert wurde sie vom Gleichstellungsbüro und vom Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Anhand der Themen Wissenschaftsmanagement, Exzellenzinitiative und Übergänge vom Postdoc zur Professur wurden Geschlechtergerechtigkeit, Frauenförderung und Karrierechancen für Frauen in Hochschule und Wissenschaft diskutiert. In den acht Beiträgen wurden vielfältige Perspektiven eröffnet; einige brachten neue Ideen und Einsichten ein, andere verwiesen auf noch zu erwartende Forschungsergebnisse. Die Perspektiven der ReferentInnen sowie ihre zentralen Einsichten und Ausblicke werden in diesem Beitrag zusammengefasst und abschließend kommentiert.

Schlüsselwörter

Geschlechtergerechtigkeit, Hochschule, Gender, Gleichstellung, Karriere, Frauen

Summary

New career paths for women at the university? Conference on the 22nd and 23rd July 2010 in Frankfurt/Main

“New career paths for women at the university?” was the title of a conference on the 22nd and 23rd July 2010. It was organized by the Equal Opportunity Office and the Department of Social Sciences, Goethe-University of Frankfurt/Main.

Using the subjects of management science, excellence initiative and transition from post-doctoral to professorship gender equality, women's advancement and career opportunities for women in higher education and science were discussed. Diverse perspectives have been established in the eight articles. Some brought new ideas and insights, others referred to expected research results. The perspectives of the speakers, as well as their key insights and perspectives are summarized in this review and then commented upon.

Keywords

Gender equality, university, gender, equal treatment, career, women

Mehr als 100 Forschende und im Gleichstellungsbereich Aktive hatten sich für die Tagung „Neue Karrierewege für Frauen an der Hochschule?“ angemeldet, die vom 22.–23. Juli 2010 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main stattfand. Das Gleichstellungsbüro und der Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften der Universität hatten dazu eingeladen, gegenwärtige – durch Stichworte wie Exzellenzentwicklung, Profilbildung, Hochschulautonomie und Internationalisierung geprägte – Veränderungsprozesse an den Hochschulen zu bilanzieren und mögliche Auswirkungen auf die Karrierechancen von Wissenschaftlerinnen zu diskutieren.

Die Tagung war in drei Blöcke gegliedert: Wissenschaftsmanagement – Exzellenz weiblich? Gleichstellung in der Exzellenzinitiative – Bruchige Übergänge: Vom Postdoc zur Professur.

1 Wissenschaftsmanagement

„[...] managender, lehrender Nachwuchs ist weiblich!“ (Pellert)

Den Auftakt machte *Ada Pellert* von der Deutschen Universität für Weiterbildung in Berlin mit ihrem Vortrag zum Thema „Wissenschaftsmanagement – ein interessantes Berufsfeld für Frauen?“. Sie benannte aktuelle Themen der Hochschulmodernisierung und betonte die Notwendigkeit der Gestaltung von Veränderungsprozessen. So seien Kommunikations- und Entscheidungsprozesse, Forschung als kommunikativer Prozess, die Professionalität und Reputation der Lehre sowie Personalentwicklung und Diversity Management zentral. An vielen Hochschulen dominierten jedoch wirtschaftliche Interessen und bürokratische Vorgaben, Lehre sei „lustlose Pflicht ohne Reputation“, in der Forschung überwiege der Mainstream und im Personalbereich werde nicht ausreichend differenziert und gefördert. Erforderlich seien die Modernisierung der Verwaltung, die Ausstattung der Hochschullehrenden mit Managementkompetenzen und die Professionalisierung des Hochschulmanagements.

Wissenschaft müsse sich als attraktives Berufsfeld für Frauen darstellen. Eine Veränderung der Organisations- und Wissenschaftskultur könne unter anderem durch den Einbezug der Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung bei Reformprozessen, die Entwicklung vielfältiger Leitbilder und die Berücksichtigung differenzierter Karrierewege herbeigeführt werden.

Dorothea Jansen von der Deutschen Hochschule für Verwaltung in Speyer referierte anschließend zum Thema „New Public Management – ein Steuerungsmodell für das Wissenschaftssystem?“. Nach einer kurzen Einführung in die Ursprünge und theoretischen Hintergründe des New Public Management (NPM) und der Darstellung bereits etablierter Steuerungskonzepte ging sie der Frage nach, ob es durch die an Hochschulen neu eingeführten Instrumente zu Widersprüchen oder sogar zu Fehlsteuerungen kommen kann.

Eine Verschiebung der Governance zugunsten des New-Public-Managements stelle eine Belastung der akademischen (Selbst-)Verwaltung und der koordinierenden Funktionen der wissenschaftlichen Gemeinschaft dar. Wissenschaftsmanagement sei auf detaillierte Kenntnisse über Produktionsprozesse der Wissenschaft angewiesen, auch, um nicht intendierte Effekte und Steuerungsdefizite vermeiden zu können. Bei der Gestaltung von Anreizsystemen, aber auch bei Evaluations-Indikatorensystemen seien Disziplinunterschiede und Spezialisierungsprofile zu berücksichtigen. Zu beachten seien letztlich auch der Mehrebenencharakter und die Verflechtungen des Wissenschaftssystems. So wirke sich die Benachteiligung einzelner Disziplinen bzw. die „Nicht-Belohnung“ von Profilen nachteilig auf das Gesamtsystem aus.

Jansen verwies in der Folge auf die Möglichkeiten für ergebnisoffene Forschung und betonte die Notwendigkeit der Erhaltung und Schaffung von Freiräumen in der Grundausrüstung der Professuren und Universitäten sowie die erforderliche Suche nach Alternativen zu Peer-Review-Verfahren für unkonventionelle Forschung. Die gegenwärtige Drittmitteldynamik, durch die diejenigen profitieren, die bereits gute Bedingungen haben, sei zu unterbrechen. Stattdessen sollten Mitbewerbende der zweiten Reihe Unterstützung erfahren. Eingeworbene Drittmittel seien als Indikatoren für Performanz

in der Forschung ungeeignet, stattdessen sollten (Ko-)Publikationen und Zitationen herangezogen werden.

Birgit Blättel-Mink, Kendra Briken und Alexandra Rau von der Goethe-Universität Frankfurt präsentierten in ihrem Vortrag „Wissenschaftsmanagement: Neue Karrierewege für Frauen?“ Ergebnisse eines an fünf hessischen Universitäten (Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Marburg) durchgeführten Projekts. Das Team ging der Frage nach, ob sich bereits ein Trend zur Feminisierung neuer Dienstleistungsstellen auf der mittleren Führungsebene abzeichnet und welche Karrieremöglichkeiten sich für Frauen in diesem Bereich ergeben.

Top-Management-Positionen an deutschen Universitäten seien nach wie vor überwiegend männlich besetzt. Die Erhöhung der Frauenanteile in Spitzenpositionen werde unter anderem durch die mit der Ökonomisierung einhergehende Entpolitisierung/Entdemokratisierung der Hochschulen erschwert.

Neue Dienstleistungsstellen würden tendenziell mit Frauen besetzt. Die Karrieremöglichkeiten seien allerdings noch nicht abzuschätzen. Der Einstieg hochqualifizierter Frauen in die Administration könne zudem als Abzug oder Ausstieg aus der Wissenschaft gelesen werden. Fraglich sei auch, ob angesichts der vornehmlich mit Frauen besetzten neuen Dienstleistungsstellen bereits von Feminisierung gesprochen werden kann. Diese sei ein unsichtbares Phänomen, böte die Chance auf Karriere und zur Vereinbarkeit und könne ein Weg zur fehlenden kritischen Masse an Hochschulen sein.

Die männliche Konnotation des Elite-Begriffs gehe schließlich mit einer Abwertung weiblicher Lebensweisen einher. Das Team betonte: „Die unternehmerische Exzellenzuniversität diskriminiert strukturell weibliche Lebensentwürfe und Existenzweisen.“

2 Exzellenz weiblich? Gleichstellung in der Exzellenzinitiative

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von *Dagmar Simon*, Leiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, mit dem Titel „Gleichstellung durch forschungsorientierte Gleichstellungsstandards? Herausforderungen für die Organisationsentwicklung an Hochschulen“. Simon referierte über Ergebnisse einer ersten Auswertung von Zwischenberichten derjenigen DFG-Mitgliedsorganisationen, die am 2. Juli 2008 die Vereinbarung zu strukturellen und personellen Gleichstellungsstandards ratifiziert hatten. Simon selbst ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards“ der DFG. Diese Arbeitsgruppe wurde 2009 eingesetzt, um die Umsetzung der Vereinbarungen unterstützend zu begleiten, neue Maßnahmen zu evaluieren sowie Empfehlungen auszusprechen.

Die Vereinbarungen beziehen sich auf vier Aspekte, die jeweils auf der strukturellen und personellen Ebene umgesetzt werden sollen:

- a) Durchgängigkeit, das heißt die Umsetzung auf allen Organisationsebenen und in allen Aspekten der Personal- und Ressourcenverwaltung

- b) Transparenz vor allem in Form von Datenerhebungen und -veröffentlichungen, aber auch bei der Festlegung eigener Zielvorgaben beim Personal und der öffentlichen Stellungnahme zur (Nicht-)Erreichung dieser Vorgaben
- c) Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsorientierung, die durch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Ermöglichen vielfältiger Lebensentwürfe und die Entwicklung von leistungs- und potenzialorientierten Auswahlverfahren realisiert werden sollen
- d) Kompetenz, die in Form strukturierter, transparenter und formalisierter Verfahren zu Personalentscheidungen und hinsichtlich der Forschungsinhalte implementiert wird

Als Ergebnis formulierte Simon, dass für die Zwischenberichte 2011 eine stärkere Formalisierung der Berichtsform notwendig sei. Die bisherigen Berichte seien äußerst heterogen und kaum vergleichbar. Dennoch könne eine erste Einordnung der Organisationen in vier Gruppen vorgenommen werden:

- Organisationen, die bereits vorhandene Gleichstellungsstandards vollständig umgesetzt haben und durch weitere Maßnahmen ergänzen
- Organisationen, die über ein einheitliches Gleichstellungskonzept verfügen, das beinahe vollständig umgesetzt ist
- Organisationen, die Einzelmaßnahmen etabliert haben und weitere Maßnahmen planen
- Einrichtungen, die erste Umsetzungsschritte eingeleitet haben

Mit der Veröffentlichung der stärker standardisierten und damit besser vergleichbaren Berichte der Mitgliedsorganisationen ist 2011 (Zwischenberichte) und 2013 (Abschlussberichte) zu rechnen.

Deutlich expliziter auf die Exzellenzinitiative ging *Sandra Beaufays*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Globalisierung und Governance der Universität Hamburg, in ihrem Vortrag „Gleichstellung in der Exzellenzinitiative“ ein. Sie stellte erste Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderten Forschungsprojekts „Frauen in der Spitzenforschung“ vor. Vor dem Hintergrund der im Rahmen der Exzellenzinitiative geforderten Darlegung von Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Nachwuchsförderung sollen Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen in diesem Bereich wissenschaftlich begleitet werden.

Die im Rahmen des Projekts begleiteten Prozesse sind der ersten Förderrunde der Exzellenzinitiative zuzuordnen. Ziel des Projekts sei explizit keine Evaluation, sondern eine Fortentwicklung der Gleichstellungsinstrumente und zukunftsfähiger Handlungsansätze. Zu den vorgestellten Instrumenten gehören die aktive Gewinnung von Frauen für den Nachwuchs durch die Aktivierung von Keyplayern mit hohem Renommee und internationalen Kontakten; die Förderung von Vereinbarkeit durch den Einsatz von Hilfskräften auch im Bereich der Haus- und Familienarbeit, Teilzeitprofessuren und Job-Sharing für Frauen; die Erhöhung der Planbarkeit von Karrieren durch Tenure-Track-Verfahren sowie eine Kompetenzsteigerung bei PersonalentscheiderInnen zum Thema Geschlecht. Weitere Ergebnisse sind nach der zweiten Erhebung zu erwarten.

3 Brüchige Übergänge vom Postdoc zur Professur

Carmen Leicht-Scholten, Leiterin der Stabsstelle Integration der RWTH Aachen und Gastprofessorin für Gender und Diversity Management in den Ingenieurwissenschaften der TU Berlin, schloss mit ihrem Vortrag „Karriereziel Professur in Zeiten der Exzellenz: alte Schwierigkeiten, neue Herausforderungen, geeignete Maßnahmen“ an das Thema Exzellenzinitiative an. Sie berichtete über die Entwicklungen der Gender- und Diversity-Strategien an der RWTH Aachen im Rahmen der Beteiligung an der Exzellenzinitiative. Dabei hob sie besonders erfolgreiche Good-Practice-Beispiele hervor. Sie plädierte auch dafür, nicht immer neue Maßnahmen zu entwickeln, sondern bestehende zusammenzuführen und ein dichtes Netz aufzubauen, das die Akkumulation von Nachteilen im Karriereverlauf von Frauen auffangen könne. Zum Elite- und Exzellenzdiskurs nahm sie eine eindeutige Position ein: So sei es vorteilhaft, Gender und Diversity Management im Sinne einer Verkaufsstrategie mit ökonomischen, gesellschaftlichen, rechtlichen und globalen Fragen zu verknüpfen. Der Vortrag zeichnete ein insgesamt äußerst positives Bild von den Entwicklungen an der RWTH Aachen.

Trotzdem stellte sich die Frage, wie beständig die Verbesserungen sind, ob beispielsweise Verstetigungen geplant werden und sich eine veränderte Kultur in der Personalpolitik auch langfristig bemerkbar machen kann.

Astrid Franzke, Mitarbeiterin des Gleichstellungsbüros und Projektkoordinatorin von ProProfessur an der Goethe-Universität Frankfurt, beschäftigte sich mit dem „Aufstieg mit Hindernissen – Vom PostDoc zur Professur – Mentoring als Unterstützungsinstrument“. Sie begann ihren Vortrag mit der Anmerkung, dass der Gleichstellungsdiskurs ökonomisch überformt werde und ambivalent zu bewerten sei. Damit schloss sie an die bisherige Diskussion an und referierte ihr Verständnis von Hochschule als Organisation im Vergleich zu anderen Organisationsformen und den daraus resultierenden Herausforderungen für Mentoring.

Der zentrale Referenzpunkt ihres Vortrags waren die Erkenntnisse aus dem Projekt ProProfessur. An diesem Projekt sind die fünf hessischen Universitäten Goethe-Universität Frankfurt, Technische Universität Darmstadt, Justus-Liebig-Universität Gießen, Universität Kassel und Philipps-Universität Marburg beteiligt. Das Projekt unterstützt Wissenschaftlerinnen in der Phase vor dem Erreichen einer Professur. Franzke ermöglichte einen Einblick in das Programm und schilderte, dass durch das Programm beispielsweise auch Wiedereinsteigerinnen nach Kinderpausen gefördert würden. Wichtig sei auch die Frage, ob eine stärkere Formalisierung einen Vorteil für Frauen mit sich bringe. So verwies sie auf erleichternde Regelaufhebungen (z. B. Juniorprofessur, Aufhebung von Altersgrenzen) sowie auf Gender Controlling und andere Gleichstellungsmaßnahmen.

Als Fazit formulierte Astrid Franzke, dass die klassische Betreuungssituation für die Mentees aufgebrochen werde und so eine größere Autonomie entstehe. Der Blick von außen sei oft sehr hilfreich, weil andere Lücken und Bedarfe erkannt würden. Durch die interdisziplinäre Gestaltung sei zudem ein hierarchiearmer Raum entstanden, in dem eine neue Form des Austausches und der Unterstützung möglich sei, eine „strategische Netzwerkbildung“. Weitere positive Effekte seien der statusübergreifende Erfahrungsaustausch, der Aufbau personenbezogener Beziehungen, Wissenstransfer über Fächer

und Institutionen hinweg sowie der Ausbau wissenschaftsspezifischer Kompetenzen. Die Bilanz fiel demnach deutlich positiv aus. Wünschenswert wäre eine Veröffentlichung dieses Beitrags, da derzeit keine weiteren bewertenden Materialien aus dem Projekt zugänglich sind.

Fazit

Trotz der vielfältigen Beiträge blieben kontroverse Diskussionen aus. So wurde nur partikulär Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff ‚Exzellenz‘ und der zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulen sichtbar. Eine intensivere Diskussion der Frage, ob nicht die Durchsetzung der Teilhabe aller auf allen Ebenen für eine funktionierende Demokratie unablässig ist, wäre wünschenswert gewesen. Hier könnte sich eine Debatte darüber anschließen, welche Solidarisierungen mit der Abschaffung der Gesamthochschulen, dem Start der Exzellenzinitiative und der Einführung von Studiengebühren aufgegeben wurden und welche Auswirkungen dies auf die Fähigkeit der Gender Studies hat, eine kritisch-distanzierte Perspektive einzunehmen. In diesem Zusammenhang wäre weiterhin eine kritische Auseinandersetzung über die Reproduktion von Stereotypen durch den Gender- und Diversity-Management-Diskurs notwendig.

Interessant waren die Einblicke in derzeit noch laufende Projekte, da sich hier Entwicklungen und Trends abzeichneten. Auffallend war die breite theoretische Fundierung der Beiträge, denn noch vor etwa 10 Jahren lagen nur wenige organisationstheoretisch fundierte Arbeiten zum Thema der Tagung vor. So wurde vor allem Joan Ackers Konzept der „gendered organizations“ intensiv rezipiert. Die von Lind (2004) beschriebene mangelnde Theoriegebundenheit im Forschungsfeld Frauen und Wissenschaft scheint damit jedoch noch nicht behoben.

Literaturverzeichnis

- Acker, Joan. (1990). Hierarchies, Jobs, Bodies: A Theory of Gendered Organizations. *Gender & Society*, 4 (2), 139–158
- Blättel-Mink, Birgit; Briken, Kendra & Rau, Alexandra. (2010). *Grenzen des Gender Mainstreaming? Professionalisierung der akademischen (Selbst-)Verwaltung und die Beharrlichkeit von „doing gender“*. Projektbericht im Rahmen der Förderung kleiner Frauen- und Genderforschungsprojekte. Zugriff am 20. September 2010 unter www.gesellschaftswissenschaften.uni-frankfurt.de/uploads/10112/Grenzen_Gender_Mainstreaming.pdf
- Lind, Inken. (2004). Aufstieg oder Ausstieg? Karrierewege von Wissenschaftlerinnen. – Ein Forschungsüberblick. (CEWS Beiträge Frauen in Wissenschaft und Forschung Nr. 2). Bielefeld: Kleine Verlag

Zu den Personen

Kathrin Houda, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Koordinierungsstelle zur Förderung der Chancengleichheit an sächsischen Universitäten und Hochschulen und Lehrbeauftragte. Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Praxis von Gleichstellungspolitiken, Gender und Diversity in Lehre und Beratung

Kontakt: TU Chemnitz, Koordinierungsstelle zur Förderung der Chancengleichheit an sächsischen Universitäten und Hochschulen, 09107 Chemnitz

E-Mail: k.houda@chancengleichheit-in-sachsen.de

Jennifer Jäckel, M.A. Phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Netzwerk Frauenforschung NRW, Universität Duisburg-Essen. Arbeitsschwerpunkte: Queer Studies, Intersektionalität, Soziale Ungleichheiten, Qualitative Sozialforschung; Redakteurin Freiburger Geschlechterstudien

Kontakt: Netzwerk Frauenforschung NRW, Institut für Berufs- und Weiterbildung, Fakultät für Bildungswissenschaften, Universität Duisburg-Essen, Berliner Platz 6–8, 45127 Essen

E-Mail: jennifer.jaeckel@uni-due.de

Rita Schäfer

kursWECHSELN. Alternative NobelpreisträgerInnen in Bonn

Friedensaktivistinnen und Frauenrechtlerinnen fordern umfassende politische Veränderungen

Konferenz am 16. September 2010 in Bonn

Zusammenfassung

Die Konferenz ‚kursWECHSELN‘ zum 30-jährigen Bestehen des Alternativen Nobelpreises versammelte in einem der Foren wichtige Aktivistinnen aus der Friedens- und Frauenrechtsarbeit. Sie stellten ihre Projekte vor und diskutierten zentrale Themen wie Krieg und sexualisierte Gewalt, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen, Arbeitsrechte und Arbeitsbedingungen von Frauen weltweit.

Schlüsselwörter

Alternative Nobelpreisträgerinnen, Frauenrechte, Friedensarbeit, Frauenorganisationen, politische Lobbyarbeit

Summary

kursWECHSELN. Bearers of the ‚Alternative Nobel Prize‘ in Bonn. Conference in Bonn at 16th of September

Women's rights and peace activists gathered at the conference "Changing courses" in the context of the 30th anniversary of the Alternative Nobel Award. They presented their projects and discussed about war, sexualized violence, militarism and gender based violence, labour rights and working conditions for women around the globe.

Keywords

Right Livelihood Award, women's rights, peace building, women's organisations, political lobbying

1 Frauen in Kriegen und Friedensprozessen

Zum 30-jährigen Bestehen des Alternativen Nobelpreises und im Rahmen der Konferenz ‚kursWECHSELN‘ organisierte medica mondiale am 16. September 2010 in Bonn ein Forum mit namhaften Preisträgerinnen. Monika Hauser (Deutschland), Christina Hagner (Schweden) und Vesna Teršelič (Kroatien) erläuterten die Rolle von Frauen in Friedensprozessen. Zweiter Schwerpunkt war die Durchsetzung von Frauenrechten. Darüber informierten Ruth Manorama (Indien), Namrata Bali (Indien) und Irene Fernandez (Malaysia).

An konkreten Beispielen, wie den Ländern des südlichen Kaukasus und Zentralafrikas, diskutierten die Preisträgerinnen über die Mitwirkung von Frauen in Friedensnetzwerken und beim Wiederaufbau. Dr. *Monika Hauser*, Gynäkologin und Gründerin der Frauenrechtsorganisation medica mondiale, betonte, wie wichtig die umfassende Aufarbeitung von sexualisierter Kriegsgewalt für die demokratische Entwicklung und die soziale Gerechtigkeit in Nachkriegsgesellschaften ist. Dr. *Monika Hauser* war 2008

für ihre Arbeit zur Unterstützung von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden. Sie erläuterte, dass Vergewaltigungen und die mangelnde Gesundheitsversorgung millionenfach zu schweren Traumatisierungen und zur sozialen Isolation von Frauen führen. Um so wichtiger sei die strafrechtliche Verfolgung der Täter, die vielerorts jedoch nicht gewährleistet sei. Unter Bezug auf die grassierende sexualisierte Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo verlangte Monika Hauser, die Bundesregierung solle sich stärker dafür einsetzen, dass der Gewalt Einhalt geboten wird und vergewaltigten Frauen und Mädchen Gerechtigkeit widerfährt. Es gehe darum, sexualisierte Kriegsgewalt und geschlechtsspezifische Gewalt, die in Nachkriegsgesellschaften besonders hoch ist, als Strukturprobleme wahrzunehmen und auf die politische Agenda zu setzen.

Auch *Christina Hagner*, Leiterin der schwedischen Frauenrechtsorganisation „Kvinna till Kvinna“, die 2002 den Alternativen Nobelpreis erhielt, forderte klare politische Absagen gegen sexualisierte Gewalt. Sie kritisierte, dass die Militarisierung von Gesellschaften nach einem offiziellen Kriegsende die Akzeptanz der geschlechtsspezifischen Gewalt forciert. Um so wichtiger seien politische Gegenstrategien. Deshalb unterstützt „Kvinna till Kvinna“ Frauenorganisationen in Nachkriegsgesellschaften, die sich für die politische Partizipation von Frauen einsetzen. Christina Hagner unterstrich, wie wichtig Aus- und Fortbildungen für Politikerinnen seien. Häufig hätten sie Vorbildfunktionen und würden gesellschaftliche Veränderungen in Gang setzen. Während der letzten Jahre hat „Kvinna till Kvinna“ insbesondere in Palästina, in den Ländern des südlichen Kaukasus und auf dem Balkan Schulungen für politisch aktive Frauen finanziell gefördert, wobei lokale Trainerinnen für die Durchführung verantwortlich waren.

Darüber hinaus nimmt „Kvinna till Kvinna“ auf die schwedische und europäische Außenpolitik Einfluss. Das betrifft beispielsweise das Verhältnis der EU gegenüber außereuropäischen Frauenzusammenschlüssen: Das Engagement europäischer PolitikerInnen sei – so Christina Hagner – bedeutend, denn sie könnten auf diplomatischer Ebene zur Anerkennung lokaler Frauenorganisationen in Nachkriegsländern beitragen. Dies sei für deren Verhandlungsmacht wichtig. Innerhalb der EU setzt sich „Kvinna till Kvinna“ für die Einführung und Einhaltung nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 ein. Diese im Oktober 2000 verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrats fordert den Schutz von Frauen vor sexualisierter Kriegsgewalt und ihre stärkere Mitwirkung bei Friedensverhandlungen. Allerdings haben erst wenige europäische Länder nationale Aktionspläne beschlossen. Gemeinsam mit anderen skandinavischen Frauenorganisationen verlangt „Kvinna till Kvinna“ klare Zeitpläne und die Einführung von Frauenquoten bei Friedensmissionen.

Von schwierigen Friedensprozessen und langfristigen Kriegsfolgen berichtete auch die kroatische Friedensforscherin *Vesna Teršelič*, die 1998 für ihre Anti-Kriegs- und Dokumentationsarbeit mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden war. Sie hob hervor, dass es für die Aufarbeitung von Kriegsgräueln wichtig sei, insbesondere die Vergewaltigungen und die Misshandlungen von Frauen zu dokumentieren. Vor und während des Krieges in den 1990er Jahren prangerte Vesna Teršelič als Leiterin einer Anti-Kriegskoalition die eskalierende Gewalt – gerade auch gegen Frauen – an. Heute arbeitet sie an der Erforschung von Kriegsverbrechen und setzt sich für friedliche Lösungen ethnischer Konflikte ein. Sie erläuterte, wie wichtig Informations- und Diskus-

sionsprogramme in Schulen seien, um die Übertragung von Gewaltmustern auf Jugendliche zu verhindern. Allerdings gab sie auch zu bedenken, dass es auf staatlicher Ebene oft am politischen Willen zur Förderung solcher Programme mangelt. Immer wieder müssen sie und ihre Mitstreiterinnen die finanziellen und personellen Ressourcen zur Fortsetzung der Anti-Gewalt- und Versöhnungsarbeit beharrlich einfordern.

2 Frauenrechte umsetzen – Gewalt und Ausbeutung überwinden

Unsichere Finanzierungen belasten auch Frauenrechtsorganisationen, die sich gegen Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung einsetzen. Dazu zählt die „National Federation of Dalit Women“ (NFDW) in Indien. Ihre Leiterin *Ruth Manorama* wurde 2006 mit dem Alternativen Nobelpreis für ihre couragierte Arbeit geehrt. Während der Konferenz in Bonn erklärte sie, dass die Grundlage ihrer Arbeit die internationalen Menschenrechte und die Gleichheitsgrundlagen in der indischen Verfassung sowie zahlreiche Gesetze gegen Diskriminierung seien. Trotz dieser rechtlichen Vorgaben werden Dalit-Frauen, die oft auch als Unberührbare oder Kastenlose bezeichnet werden, in mehrfacher Hinsicht diskriminiert. Gegen die Benachteiligung auf der Basis der Herkunft in der Kastengesellschaft, die mit *class*- und *gender*-Hierarchien verbunden ist, geht Ruth Manorama vor.

Eindrücklich illustrierte sie die Exklusionsmuster in der indischen Gesellschaft und die Gewalt gegen Frauen in Dalit-Familien. Neben konkreter Basisarbeit in indischen Slums leitet sie die Dalit-Frauenorganisation und die nationale Frauenallianz. Ihr geht es vor allem darum, der fortschreitenden Verarmung und Ausbeutung von Dalit-Frauen durch die Umsetzung von Rechtsreformen Einhalt zu gebieten. Zudem will sie Selbstbewusstsein und die Vernetzung zwischen Dalit-Frauen stärken. Beharrlich arbeitet sie daran, Frauen anderer gesellschaftlicher Gruppen für die spezifische Problemlage der Dalit-Frauen zu sensibilisieren und die auf Kastenzugehörigkeit basierenden Vorurteile zwischen Frauen zu überwinden.

Die Herausforderung, Allianzen zwischen indischen Frauen unterschiedlicher Herkunft zu bilden, thematisierte auch *Namrati Bali*, Repräsentantin der „Self Employed Women’s Association“ (SEWA). Ihre Arbeit war bereits 1984 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet worden. Die 1972 gegründete Frauenorganisation hat heute über eine Million Mitglieder und gilt als größte Gewerkschaft Indiens. Dennoch gab Namrati Bali zu bedenken, dass SEWA gegenüber den etablierten und von Männern dominierten Gewerkschaften jahrelang um Anerkennung als eigenständige Gewerkschaft ringen musste. Schließlich vertritt SEWA nicht Arbeiterinnen in Fabriken oder Unternehmen, sondern die Interessen der im informellen Sektor tätigen Frauen; zu ihnen zählen Straßenhändlerinnen, Heimarbeiterinnen, Landarbeiterinnen und Müllsammlerinnen. Sie arbeiten oft für minimale Löhne, haben keine soziale Absicherung und müssen extrem lange Arbeitszeiten durchhalten. Vielerorts werden ihnen jegliche Arbeitsrechte verweigert, Ausbeutung und Misshandlungen sind an der Tagesordnung. Um so wichtiger ist die politische und rechtliche Lobbyarbeit durch SEWA, wie Namrati Bali erklärte. Die gelernte Textildesignerin und Expertin für die Textilindustrie skizzierte die Gründe, warum sich ihre Organisation 2006 an der Gründung des internationalen Gewerkschafts-

bundes beteiligte: Angesichts der weltweit steigenden Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern in prekären Beschäftigungsverhältnissen und „Selbstständigen“ im informellen Sektor sei es wichtig, deren Ausbeutung durch internationale rechtliche Regelungen Einhalt zu gebieten. Schließlich werden im formellen Sektor im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung und Globalisierung überall Arbeitsplätze abgebaut und in den informellen Sektor, zum Beispiel nach Indien und andere asiatische Länder, verlagert. Die ökonomische Ausbeutung von Frauen hat demnach eine internationale Dimension, die politische und rechtliche Lösungen verlangt.

Wie wichtig die internationale Vernetzung zur Durchsetzung von Arbeitsrechten ist, betonte auch *Irene Fernandez*, Gründerin und Direktorin der malaysischen Organisation „Tenaganita“. Sie setzt sich für die Rechte von Gastarbeiterinnen ein, schließlich arbeiten über drei Millionen Menschen aus Indonesien, Bangladesch, Kambodscha, Vietnam und anderen asiatischen Ländern oft unter unmenschlichen Bedingungen auf Plantagen, in Bordellen und privaten Haushalten Malaysias. Irene Fernandez schilderte, dass sich in Malaysia ähnlich wie in Indien die Auswirkungen der globalen Verlagerung von Produktionsleistungen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zeigen und vor allem junge Frauen von Ausbeutung und Gewalt betroffen seien. Sie kritisierte, dass internationale und nationale rechtliche Regelungen in Malaysia nicht angewandt werden, was die völlige Rechtlosigkeit der Immigrantinnen zur Folge habe. Irene Fernandez kennt diese Probleme aus ihrer langjährigen Bildungsarbeit für junge Arbeiterinnen. Vielen wird jegliche medizinische Versorgung verweigert, was wiederholt zu Todesfällen durch Krankheiten und AIDS führte. Anstatt gegen diese Missstände vorzugehen, griff die malaysische Regierung „Tenaganita“ und namentlich Irene Fernandez an. Nach jahrelangen zermürbenden Gerichtsverhandlungen wurde sie 2003 schuldig gesprochen, das Ansehen Malaysias nachhaltig beschädigt zu haben. Nur gegen Zahlung einer Kaution entging sie einer Haftstrafe. Selbst ihre Reise zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises im Jahr 2005 wurde zum Politikum. Fünf Jahre nach der Preisverleihung ist die Situation für Irene Fernandez nicht einfacher geworden. Sie wies darauf hin, dass die internationale Aufmerksamkeit, wie sie die Bonner Konferenz ermöglichte, für die Frauen- und Menschenrechtsarbeit ihrer Organisation um so wichtiger sei. Diese Einschätzung teilten die anderen Preisträgerinnen; damit unterstrichen sie die Bedeutung dieses auf Frauenrechte, Friedensprozesse und geschlechtsspezifische (Kriegs-)Gewalt fokussierten Forums.

Insgesamt bot die Veranstaltung eine gute Möglichkeit zum Austausch zwischen den Preisträgerinnen. Gleichzeitig ermöglichte sie einer interessierten Öffentlichkeit, deren Erfahrungen, Problemanalysen und Lösungsstrategien kennenzulernen.

Links

www.rightlivelikelihood.org/
www.medicamondiale.org/
www.kvinnatillkvinna.se/
www.documenta.hr/eng/
www.nawoindia.org/
www.sewa.org/
www.tenaganita.net/

Zur Person

Rita Schäfer, Dr., Ethnologin. Arbeitsschwerpunkte: Forschungen in Sierra Leone, Südafrika, Simbabwe, Namibia. Mehrere Forschungsprojekte über Gender, Frauenrechte, geschlechtsspezifische Gewalt und Frauenorganisationen in Afrika. Gastprofessorin an der HU Berlin und an der Universität Göttingen. Gutachterin für Entwicklungsorganisationen
Kontakt: E-Mail: marx.schaefer@t-online.de

Ulrike Vogel

Renate Tobies, 2010: „Morgen möchte ich wieder 100 herrliche Sachen ausrechnen“. Iris Runge bei Osram und Telefunken. (BOETHIUS Texte und Abhandlungen zur Geschichte der Mathematik und der Naturwissenschaften Band 61). Stuttgart: Franz Steiner Verlag. 396 Seiten und 16 Bildtafeln mit Fotos. 72,00 Euro

Dieses Buch berichtet von Iris Runge (1888–1966) und ihrem Arbeitsleben in einer Männerdomäne, der Elektroindustrie. Es ist eine Fundgrube für alle, die sich für Frauen- und Geschlechterforschung sowie Strukturen von Wissenschaft und Industrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts interessieren.

Der Quellenbezug dieser mathematik- und naturwissenschaftshistorischen Arbeit zeigt sich im Anhang mit Kurzbiografie und Publikationsverzeichnis von Iris Runge sowie in bisher nicht publizierten Dokumenten zu ihrem privaten, wissenschaftlichen und politischen Umfeld. Fußnoten auf jeder Seite des Buches bieten neben Literatur- und Quellenhinweisen Erläuterungen zu Leben und Werk der zahlreich erwähnten Personen sowie zu den verschiedenen Interaktionszusammenhängen von Iris Runge. Ein Stammbaum der Herkunftsfamilien (S. 8) dient der weiteren Orientierung. Belegt wird, dass die oft erstmalige Berücksichtigung von Originalmaterialien zu Korrekturen des bisherigen Wissensstandes führen konnte.

Die Autorin führt biografische und wissenschaftshistorische Perspektiven zusammen, um „am Beispiel einer Forscherin zu zeigen, wie mathematisches Arbeiten seit dem zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in die elektro- und nachrichtentechnische Industrie zunehmend eindrang und wie dies konkret funktionierte“ (S. 15). Grundlage der Untersuchung sind insbesondere Unterlagen aus den Archiven der Firmen Osram und Telefunken, der Nachlass der Herkunftsfamilien Runge/du Bois-Reymond, der Privatnachlass von Iris Runge, zahlreiche Einzelrecherchen und Gespräche sowie frühere Arbeiten zu Frauen in der Mathematik (vgl. Tobies 2008; vgl. Abele/Neunzert/Tobies 2004).

Nach der Einführung bezieht sich das zweite Kapitel auf „prägende Gruppen“, so das weltoffene, liberale Elternhaus mit internationalen Traditionen aus dem bildungsbürgerlichen und Gelehrtenmilieu, das für Töchter und Söhne schon um 1900 die gleiche Förderung und eine Berufsbildung vorsah (S. 40). Im Elternhaus verkehrte z. B. der Philosoph Leonard Nelson, der Iris Runge Bereitschaft zu kritischem politischem und sozialem Engagement nachhaltig beeinflusste. Der Vater Carl Runge ließ als Mathematikprofessor seine Tochter teilhaben an seinem „Denkkollektiv“ und „Denkstil“ in theoretisch angeleiteter, anwendungsbezogener Mathematik mit Rückwirkungen auf die Theorie und prägte ihren Zugang zur Mathematik grundlegend. Während des Studiums der Physik und Mathematik (ab 1907) legte sie zusammen mit Arnold Sommerfeld, einem Professor der theoretischen Physik, ihre erste Publikation vor und erwarb wesentliche theoretische Kompetenzen. Nach dem Staatsexamen für das höhere Lehramt in Mathematik und Physik 1912 absolvierte sie 1920 das Staatsexamen in Chemie. Ihr späterer Doktorvater Gustav Tamann, Professor für Physikalische Chemie, hatte sie in

seinen SchülerInnenkreis integriert. Da sie mit ihrem Engagement für die SPD nach 1918 keine Anstellung im öffentlichen Dienst erwarten konnte, nahm sie 1920 eine Stelle im Internat Schloss Salem an. Nebenher bereitete sie ihre Promotion vor, die sie 1922 in Physikalischer Chemie, Angewandter Mathematik und Physik abschloss (S. 116). Da sich Iris Runge in dem elitären Salem nicht wohlfühlte und sich fachlich unterfordert sah, bewarb sie sich, unterstützt durch Absolventen der Göttinger Universität, für Industrieforschung in Berlin und begann 1923 bei Osram (S. 135ff.).

Im dritten Kapitel „Mathematik bei Osram und Telefunken“ belegt Renate Tobies, dass in der noch jungen Elektroindustrie zunehmend mathematische Experten gefragt waren, um theoretische Anleitungen für die experimentierenden Techniker zu erstellen. Anhand der Unterlagen von Osram und nach 1939 von Telefunken, die mit der Übernahme der Röhrenfabrik von Osram die größte Röhrenfabrikation Europas darstellte (S. 146), wird die Position der mathematischen Experten, z. B. von Iris Runge, innerhalb der Strukturen der Industrieforschung für technische Massenfabrikation rekonstruiert. Iris Runge konnte ihre breiten Kenntnisse in Mathematik, Physik und Chemie für Anleitungen zu technischen Lösungen nutzen sowie aus Experimenten Anregungen gewinnen. Sie nahm am Austausch zwischen Industrie- und Hochschulforschung, auch in den USA, teil und war Mitverfasserin von Lehrbüchern für diese beiden Bereiche. In diesen Anfängen der Techno- und Wirtschaftsmathematik ergaben sich auch in anderen industriellen Bereichen Berufsmöglichkeiten für Männer und Frauen (S. 254).

Im vierten Kapitel „Interaktionen zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft“ zeigt sich, dass Iris Runge an ihrer gemäßigten sozialdemokratischen Einstellung auch während politischer Turbulenzen festhielt und sich kritisch über den Nationalsozialismus äußerte (S. 262ff.). Angesichts der Vertreibung von Bekannten, Freunden, Verwandten und jüdischen Kollegen konzentrierte sie sich auf ihre Arbeit und engagierte sich in der Wissenschaftsgeschichte. Pläne, in diesem Bereich in den USA Fuß zu fassen, zerschlugen sich (S. 287f.). So blieb Wissenschaftsgeschichte ihre Beschäftigung in der Freizeit. Sie verfasste eine Biografie über ihren Vater, „Carl Runge und sein wissenschaftliches Werk“, sowie eine Geschichte der Spektroskopie. Grundsätzlich liberalere Einstellungen bei Osram und Telefunken sowie der Fachkräftemangel nach 1945 schützten die Mathematik-Expertin trotz ihrer kritischen politischen Einstellung.

Im fünften, abschließenden Kapitel wird betont, dass sich Iris Runge als Frau nicht in der wissenschaftlichen Arbeit, wohl aber im Erkennen politischer Rahmenbedingungen von männlichen Kollegen unterschied. Sie blieb wissenschaftlich wie politisch, aber auch im Privaten, stets kritisch und unangepasst (S. 308).

So scheiterten eine Verlobung 1914/15 und andere Ansätze zu engeren Beziehungen an ihrer geistigen Selbstständigkeit im fachlichen, politischen und sozialen Engagement, aber auch daran, dass damals die Entscheidung für eine Ehe die Aufgabe des Berufs zur Folge gehabt hätte.

Für die Frauen- und Geschlechterforschung stellt dieses Buch reichlich Material für weitere Analysen, z. B. zur Intersektionalität, bereit.

So zeigt sich, dass ein privilegiertes Herkunftsmilieu, die Entwicklung der Mathematik und der Industrieforschung mit neuen Berufsfeldern sowie Fachkräftemangel übliche Unterprivilegierungen, z. B. von Frauen, kompensieren konnten. Die massive Benachteiligung durch die Unvereinbarkeit von Ehe und eigener Familie mit einer Be-

rufskarriere konnte damals u. U. durch Einbindung in die Herkunftsfamilie teilweise kompensiert werden, weil enge Kontakte zu Eltern und Geschwistern emotionale Geborgenheit boten. Gerade die Privilegierungen von Iris Runge weisen in ihrer Verflochtenheit auf die vorherrschende Unterprivilegiertheit von Frauen sowie auf das Gewicht zeithistorischer Bedingungen hin.

Insgesamt ist dieser Publikation eine weite Verbreitung in der Frauen- und Geschlechterforschung zu wünschen.

Literatur

- Tobies, Renate. (2008). „*Aller Männerkultur zum Trotz*“: *Frauen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag
- Abele, Andrea E.; Neunzert, Helmut & Tobies, Renate. (2004). *Traumjob Mathematik! Berufswege von Frauen und Männern*. Basel: Birkhäuser Verlag

Zur Person

Ulrike Vogel, Prof. Dr. Arbeitsschwerpunkte: Sozialisationsforschung, Geschlechterforschung in biographischer Perspektive, insbesondere Frauen und Männer im Technikstudium, Hochschulkarrieren von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Kontakt: Kötherberg 8, 38104 Braunschweig, Telefon: 0531-361282

E-Mail: u.vogel@tu-braunschweig.de

Verena Schuh

Heinz Jürgen Voß, 2010: *Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive*. Bielefeld: transcript Verlag. 2., unveränd. Auflage. 466 Seiten. 34,80 Euro

Das Buch hält inhaltlich, was der Titel verspricht. In drei Kapiteln schildert Heinz Jürgen Voß die Genese der Kategorie Geschlecht in den Naturwissenschaften, hier der Biologie, ihre jeweilige Historizität und gesellschaftliche Einordnung. Ausgehend von antiken naturphilosophischen Geschlechtertheorien schlägt das Buch einen Bogen über neuzeitliche Vorstellungen bis zu aktuellen Forschungsansätzen.

Im ersten Kapitel widerlegt Voß die These von Thomas Laqueur, von der Antike bis zur Renaissance habe das Primat des ‚Ein-Geschlechter-Modells‘ vorgeherrscht. Vielmehr ist seiner Meinung nach bereits zu dieser Zeit die Kategorie Geschlecht ein Konglomerat aus verschiedenen gesellschaftlichen Annahmen und Zuschreibungen gewesen. In Bezug auf Geschlechtervorstellungen kann nicht von einem homogenen naturphilosophischen Raum ausgegangen werden, denn Vorstellungen über Fortpflanzung, Geschlecht und Gesellschaft stehen in einem engen Verhältnis und verweisen auf

soziale Ordnungen und Hierarchien. Die Vorstellung, der Mann sei im Vergleich zur Frau die vollkommenere Ausführung des Menschen, gilt jedoch übergreifend und steht in einem engen Verhältnis zum männlichen Führungsanspruch, der in eine gesellschaftsstrukturierende, dichotome Matrix aus Dominanz und Subordinarität eingegliedert ist. Die Ehe und das daran gekoppelte strategische Ziel der Fortpflanzung bilden den legitimen Kern der Gesellschaft. Zeugungs- und Vererbungslehren weisen Männern eine gesellschaftlich und biologisch superiore Stellung zu. Zwar kommen der Entwicklung des Mannes qualitative Spielräume zu, diese sind jedoch mit gesellschaftlichen Sanktionen belegt. Herrschaft ist also an Kraft und Penetration gebunden. Auch wenn in den verschiedenen Theorien Frauen bei der Fortpflanzung ein Eigenanteil zugesprochen wird, bleibt ihre Funktion grundsätzlich qualitativ minderwertig.

Das zweite Kapitel widmet sich Geschlechtertheorien der Neuzeit. Der Blick auf Geschlechtlichkeit hat sich in diesem Zeitraum von einer makroskopischen zu einer mikroskopischen Perspektive verlagert. Bedeutung wird nun nicht mehr dem Phänotypen, sondern inneren Strukturen zugeschrieben. Wissen und Deutungshoheit über Geschlecht werden ausgewählten Experten zugeschrieben. Wendete sich das erste Kapitel gegen die Theorie, dass vor der Neuzeit von einem einheitlichen ‚Ein-Geschlechter-Modell‘ auszugehen sei, hinterfragt Voß nun die Vorstellung, mit der Entstehung der modernen Naturwissenschaft sei ein diskretes ‚Zwei-Geschlechter-Modell‘ konstitutiv geworden. Am Beispiel des Umgangs mit ‚Hermaphroditismus‘ stellt er die überdauernde Wirksamkeit der dichotomen Geschlechterordnung deutlich heraus. Wissenschaftliche Aussagen über Geschlecht sind keine unabhängigen, objektiven Größen, sondern eng an Vorstellungen über die Geschlechterordnung, körperliche Entwicklung und das zur Verfügung stehende technische Instrumentarium gebunden. Der wissenschaftliche Kanon kann dementsprechend nicht als homogen verstanden werden. Die Tatsache jedoch, dass Dissonanzen bestehen, hinterfragt nicht die Strukturierung und Rahmung der Forschung durch ein dichotomes Geschlechterverständnis.

Im dritten Kapitel widmet sich Voß dem aktuellen Stand der Forschung, insbesondere in der Genetik. Obwohl Geschlecht als Kategorie auf molekularer Ebene durch mannigfaltige Verweise und Zusammenhänge vermeintlich durchlässig geworden zu sein scheint und der Umwelt und den Erfahrungen des jeweiligen Menschen eine Bedeutung für die physiologische Entwicklung eingeräumt wird, bleibt die Vorstellung eines dichotomen Geschlechtermodells dominant. Der Autor stellt heraus, wie als Forschungsparadigma der Genetik eine überlegene „männliche“ Entwicklung in Form von Hodenbildung in den Vordergrund gestellt wird, mit anderen Worten: Die Ausbildung von Hoden wird als aktive Weiterentwicklung und Abgrenzung zum weiblichen Prototyp als Default, als minderwertige Grundform, verstanden. Eigenständige Untersuchungen zur Entwicklung von Ovarien erfolgten erst seit den 1990er Jahren und in geringerem Maß. Zwar liegt der Fokus der zeitgenössischen Forschung auf Prozessualität, dennoch vollziehen sich die Deutungen primär zugunsten des dichotomen Geschlechtermodells, während intersexuellen Ansätzen kaum Raum geboten wird.

In der aktuellen Debatte um Sex und Gender scheinen gesellschaftliche Einschlüsse und Bedingungen zugunsten des Primats der Naturwissenschaften überholt zu sein, da sich Sex und Gender vermeintlich aus der Physiologie ableiten lassen, technisch also messbar sind. Mit ‚Making Sex Revisited‘ öffnet Voß hier jedoch eine Flanke, indem

er die Abhängigkeit der naturwissenschaftlichen Deutungszuschreibungen von gesellschaftlichen Entwicklungen nachvollzieht. Aufgrund der guten Strukturierung und der ausführlichen Darlegung wird es der lesenden Person leicht gemacht, sich ein Bild über die naturwissenschaftliche Landschaft und ihre Entwicklung zu machen. Dass die biologische Forschung keinen gesellschaftlich unabhängigen Raum eröffnet, schildert der Verfasser am Beispiel des unreflektierten Sprachgebrauchs innerhalb der genetischen Forschung, der sich einer zweigeschlechtlichen und wertenden Metaphorik bedient. Zur Beschreibung naturwissenschaftlicher Phänomene wird in diesem Bereich auf dichotome Geschlechterordnungen zurückgegriffen, was andere Deutungen deutlich erschwert. Das Buch eröffnet neue Diskussionsansätze und plädiert für eine die dichotome Geschlechterordnung übersteigende Ausrichtung der naturwissenschaftlichen Forschung, in der Ansätze zur Intersexualität Raum erhalten. Kurzum, ‚Making Sex Revisited‘ ist eine Wohltat, bietet Ansätzen kritischer Gender Studies breite Anschlusspunkte, ist erkenntnisreich und spannend zu lesen.

Zur Person

Verena Schuh, B.A., WHK Gender Studies, Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Gender in Naturwissenschaften, Wissenschaftskritik, Bioethik
Kontakt: Ruhr-Universität-Bochum, Universitätsstraße 150, GA 05/158, 44801 Bochum
E-Mail: schuhvbn@rub.de

Eva Buchholz

Barbara Kavemann, Heike Rabe (Hrsg.), 2009: Das Prostitutionsgesetz. Aktuelle Forschungsergebnisse, Umsetzung und Weiterentwicklung. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich. 314 Seiten. 29,90 Euro

Die Debatte darum, wie Prostitution politisch und gesellschaftlich zu bewerten sei, ist nach wie vor höchst aktuell und auch seit der Einführung des Prostitutionsgesetzes (ProstG) im Jahr 2002 nicht verstummt. Im gesellschaftlichen Diskurs treffen scheinbar unvereinbare Positionen (moralisch- und/oder menschenrechtlich-abolitionistische vs. liberalistische) aufeinander, ein gesellschaftlicher Konsens scheint in weiter Ferne. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Buch von Kavemann und Rabe das Anliegen, die Diskussion über die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes voranzubringen und die gesellschaftliche Debatte über die unterschiedliche Bewertung von Prostitution zu befördern. Hierfür wurden Beiträge versammelt, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Thema Prostitution auseinandersetzen und aktuelle Entwicklungen und Problemlagen in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ein thematischer Schwerpunkt des Sammelbandes widmet sich dem internationalen Prostitutionsdiskurs sowie dem unterschiedlichen politischen und rechtlichen Umgang mit Prostitution in ausgewählten europäischen Staaten: So diskutiert *Barbara Kavemann* das deutsche Prostitutionsge-

setz im Vergleich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen in den Niederlanden und in Schweden. Beide Staaten sind in der internationalen Prostitutionsdebatte wichtige Bezugspunkte, da sie bei einer ähnlichen Zielsetzung (Gleichstellung, Antidiskriminierung) ganz unterschiedliche politische Strategien entwickelt haben (Liberalisierung in den Niederlanden versus Abolitionismus in Schweden), die jeweils Impulse für gesetzgebende Aktivitäten in anderen europäischen Staaten gegeben haben – und noch geben.

Zwei westeuropäische Staaten werden in Bezug auf ihren politischen und rechtlichen Umgang mit Prostitution untersucht (Großbritannien und Frankreich). Beide Beispiele zeigen, dass repressive Vorgehensweisen zu einer Prekarisierung der Prostitutionsausübung geführt haben und die in der Prostitution tätigen Frauen aufgrund von Isolation, schlechten Arbeitsbedingungen und steigenden gesundheitlichen Risiken ausbeutbarer geworden sind. Deshalb fordern beide Autorinnen eine Entkriminalisierung sowie die Einführung von Mindeststandards, die die Arbeitsbedingungen in der Prostitution regeln und den Prostituierten die Kontrolle über diese zurückgeben.

Bärbel Heide Uhl untersucht die Diskurse der internationalen und europäischen Menschenhandelspolitik und zeichnet nach, wie sich die Konzeption von Prostitution in völkerrechtlichen Abkommen zu Menschenhandel historisch gewandelt hat. Sie kommt zu dem „paradoxen Ergebnis“, dass die Überfokussierung von Menschenhandel als Zwangsprostitution einerseits und die Nicht-Einbeziehung der Sexindustrie in die Debatte der Arbeitsausbeutung andererseits dazu führt, dass sich in beiden Menschenhandelsdiskursen die Sexindustrie nicht als Ort qualifiziert, an dem die Frage des Arbeits- und Menschenrechtsschutzes geprüft wird (S. 45), was in der Tat als höchst problematisch zu bewerten ist.

Neben der (inter-)nationalen Diskursebene vereint der Sammelband aktuelle deutsche Forschungsergebnisse zu Prostitution sowie Fragestellungen und Probleme in der Praxis. So präsentiert *Barbara Kavemann* die Ergebnisse einer Untersuchung, in der die Einschätzung des Prostitutionsgesetzes aus der Perspektive von AkteurInnen im Bereich der Prostitution erhoben wurde. Die Antworten der Befragten spiegeln eine recht große Unsicherheit wider, was die neue Rechtslage betrifft. So war zwar meist die Existenz des Gesetzes bekannt, aber nur die Hälfte der befragten Prostituierten wusste, dass sie in einer gesetzlichen Krankenkasse aufgenommen werden, einen Arbeitsvertrag als Prostituierte abschließen, einen zahlungsunwilligen Kunden verklagen und als Prostituierte sozial- und versicherungspflichtig arbeiten können (S. 97). Die befragten Prostituierten sowie die befragten BetreiberInnen von Prostitutionsbetrieben befürworteten mehrheitlich das Gesetz und verbanden vielfältige Wünsche mit seiner Umsetzung, unter anderem eine Abnahme der gesellschaftlichen Ausgrenzung und Stigmatisierung, Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation sowie eine Stärkung ihrer Rechte. Insgesamt wurde das ProstG von den meisten Befragten als „Schritt in die richtige Richtung“ (S. 100) gesehen.

Joachim Renzikowski zeichnet in seinem Beitrag die strafrechtliche Entwicklung bis zum Prostitutionsgesetz nach und skizziert den durch die Verabschiedung des Gesetzes erfolgten „Paradigmenwechsel“, der als „Abkehr vom Schutz vor der Prostitution, hin zum Schutz in der Prostitution“ beschrieben werden kann, und den Renzikowski als „Ausdruck eines freiheitlichen Rechtsverständnisses“ bewertet, „wonach es nicht zur Aufgabe eines am Rechtsgüterschutz orientierten Strafrechts gehört, moralische Verhal-

tensstandards zu setzen oder Menschen vor den Folgen ihrer Lebensentscheidungen zu bewahren, die sie in freier Selbstverantwortung getroffen haben“ (S. 137). Stattdessen gelangt nun die Unterscheidung zwischen eigenverantwortlich und unfreiwillig ausgeübter Prostitution stärker in den Blickpunkt. Allerdings benennt Renzikowski auch einige Unzulänglichkeiten der erfolgten Strafrechtsänderung, unter anderem unzureichende Kontrollmöglichkeiten der Polizei zur Identifizierung von Zwangsprostituierten, mangelhaften Jugendschutz (die Schutzaltersgrenze sollte auf 18 Jahre angehoben werden) und fehlende Strafbarkeit der bewussten Nachfrage von Zwangsprostituierten („Freierbestrafung“).

Der Artikel von *Margrit Brückner* und *Christa Oppenheimer* diskutiert die Ergebnisse einer Untersuchung zu Gewalt in der Prostitution im großstädtischen Raum eines westdeutschen Bundeslandes. Diese zeigen auf, dass Prostituierte noch immer in sehr hohem Maß von zum Teil schwerer Gewalt betroffen sind. Um einige Ergebnisse zu nennen: 68 % der Befragten hatten bereits lebensbedrohliche Gewalt bzw. Gewalt mit Verletzungsfolgen erlebt und 46 % der Befragten gaben an, bereits mehrfach vergewaltigt worden zu sein (S. 155). Nach erlebter sexueller Gewalt litt ein Drittel der Befragten unter Suizidgedanken (S. 158). Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Arbeits- und Lebenssituation von Prostituierten noch immer sehr stark von gesundheitlichen und gewaltbezogenen Beschwerden gekennzeichnet ist.

Weitere Artikel, auf deren Ergebnisse in dieser Besprechung aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden kann, beschäftigen sich unter anderem mit den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf Ausstiegshilfen aus der Prostitution (*Barbara Kave-mann*), mit der Praxis der Staatsanwaltschaft fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes (*Ina Holznagel*), mit der Frage der Besteuerung sexueller Dienstleistungen (*Michael Ernst-Pörksen*) oder auch mit verschiedenen Konzepten sozialer Arbeit im Bereich der Beratung von Prostituierten in verschiedenen Städten in Deutschland (Nürnberg, Köln, Bochum) (*Andrea Weppert; Anne Rossenbach et al. und Mechthild Eickel*). In diesem Zusammenhang werden sowohl die viel zitierten „Verrichtungsboxen“ als auch die Arbeit der Gesundheitsämter thematisiert.

Der vorliegende Sammelband zeichnet sich dadurch aus, dass er die Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes in einer Vielzahl von Anwendungsbereichen analysiert und aufgrund der Diversität der Beiträge einen interdisziplinären Rahmen zur wissenschaftlichen und praktischen Weiterbeschäftigung mit der Thematik bietet. Das Buch dürfte deshalb auch für unterschiedliche Zielgruppen (WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen aus der sozialen Arbeit, VertreterInnen von Behörden sowie Prostituierte und BordellbetreiberInnen) interessant sein.

Den im Vorwort benannten Zielen, die Diskussion über die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes anzuregen und eine breite gesellschaftliche Debatte über die unterschiedliche Bewertung von Prostitution zu entfalten, wird der Band durchaus gerecht, wenngleich zu kritisieren ist, dass in den Beiträgen ein gewisses Ungleichgewicht zugunsten liberalistischer und zulasten abolitionistischer Verständnisse bezüglich Prostitution vorherrscht. Dies wird insbesondere im ersten Teil („Prostitutionsdiskurse international“) deutlich. Nichtsdestotrotz stellt das Buch eine wichtige Bereicherung für die deutsche Auseinandersetzung mit Prostitution dar und legt eine Zwischenbilanz zur Umsetzung des Gesetzes vor. Die verschiedenen Beiträge machen deutlich, dass die dem Prostituti-

onsgesetz zugrunde liegenden Intentionen des Gesetzgebers (Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Prostitution und Erleichterung des Ausstiegs) noch nicht erreicht werden konnten, und zeigen auf, in welchen Bereichen noch Handlungs- und Nachbesserungsbedarf besteht.

Zur Person

Eva Buchholz, M.A., geb. 1978, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gender Research Group an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Promovendin bei Prof. Dr. Uta Klein, CAU Kiel. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechtsspezifische Gewalt, Prostitutions- und Menschenhandelsdiskurs, Migrationspolitik, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik
Kontakt: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Institut für Sozialwissenschaften, Gender Research Group, Westring 383, 24118 Kiel
E-Mail: buchholz@gender.uni-kiel.de

Gertrude Eigelsreiter-Jashari

Christa Wichterich, 2009: Gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung. Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer. 240 Seiten. 19,90 Euro

Christa Wichterich ist seit Jahren nicht nur wissenschaftlich und journalistisch tätig, sondern auch in der internationalen Frauenbewegung aktiv. Dadurch hat sie sowohl die Innen- als auch die Außensicht, kennt aus erster Hand die Situation und die Entwicklungen von Lebens- und Geschlechterverhältnissen in vielen Ländern genauso wie den internationalen Diskurs zu den von ihr behandelten Aspekten und Folgen der Globalisierung für Frauen.

Ihre neueste Publikation über Frauenrechte in der Globalisierung gliedert sie in drei Bereiche: Im ersten Teil schildert sie die Entwicklung der Frauenrechte in den letzten 30 Jahren, zeigt Erfolge, Herausforderungen und Widersprüche auf internationaler Ebene auf. Der zweite, umfassendste Teil ist betitelt mit „Paradoxe Integration“ und greift Bereiche der Globalisierung anhand einzelner Themen wie Marktintegration, Armut oder Handel auf. Auch Länderbeispiele wie Deutschland oder China machen aktuelle, widersprüchliche Auswirkungen von Globalisierung auf Frauen deutlich.

Anschaulich schildert die Autorin an Beispielen wie einem Turnschuh, dem globalen Huhn oder der Wasserversorgung, wie durch Freihandelsabkommen jene Entwicklungsprogramme zunichte gemacht werden, die seit Jahrzehnten durch einkommensschaffende Maßnahmen und Empowerment-Projekte vor allem Frauen bei der Bekämpfung von Armut unterstützten.

Im letzten, aus meiner Sicht spannendsten Teil über Perspektiven führt Christa Wichterich vielfältige Beispiele aus der Praxis an, wie Frauenorganisationen, Netzwerke und Wissenschaftlerinnen erfolgreich Globalisierungsprozesse (mit-)gestalten und/

oder wo Brüche auftreten. Mit Hannah Arendt nennt sie es „das Wunder der Freiheit“ (S. 186), dass Menschen Prozesse unterbrechen und einen Neuanfang machen können. Sie zeigt auf, wie feministische Perspektiven in das Spektrum der Globalisierungsbewegung eingebracht werden und dabei nicht Leerstellen von Herrschaftskritik ausgefüllt, sondern eigenständige Alternativen entwickelt werden. Bei diesen Konzepten spielt die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ebenfalls eine wichtige Rolle. Gegenmacht und Demokratie von unten sind gefragt. Da kommen die „Frauen in Schwarz“ (S. 191) genauso vor wie die Kleinbäuerinnen als Investorinnen in traditionelles Wissen als Überlebensressource (S. 201). Zugleich geht sie auf jene Politiken ein, die Frauen bessere Chancen einräumen, und auf jene staatlichen Maßnahmen, die beispielsweise das Modell des weißen, männlichen Ernährers zuungunsten von Frauen wieder verstärken.

Wichterichs differenzierte Analysen, Berichte und Essays sind gut lesbar. Konkrete Beispiele erläutern und veranschaulichen die komplexe Thematik. Für jüngere LeserInnen und mit der Thematik nicht so Vertraute gibt die Lektüre einen guten Überblick, Anregungen für eigenes Handeln und Einmischen. Ihre Schlussfolgerungen lauten: Statt Wachstum und Profit muss die Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur im Vordergrund stehen, bezahlte und unbezahlte Arbeit muss neu verteilt werden, eine gerechte Bewertung von Arbeit ist notwendig, die Entwicklung von Alternativen muss an den Rändern ansetzen, bei den Marginalisierten, Migrantinnen, Indigenen. Pointiert formuliert bringt sie ihre Aussagen auf den Punkt: „Die Wirtschaft muss vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße gestellt werden!“ (S. 218)

Ein wichtiges Buch sowohl für Studierende, Lehrende und AkteurInnen im Bereich der internationalen Entwicklung als auch für allgemein Interessierte. Mit ihrer Doppelperspektive von Geschlechtergerechtigkeit und gleichzeitiger „Transformation von Herrschafts- und Ungleichverhältnissen“ ist dies ein wichtiger Beitrag zur Globalisierungskritik aus feministischer Perspektive.

Zur Person

Gertrude Eigelsreiter-Jashari, Mag^a, Drⁱⁿ, Soziologin und Kulturanthropologin, hauptamtliche Geschäftsführerin von Südwind Entwicklungspolitik Niederösterreich in St. Pölten, Lehrbeauftragte der Universität Wien und der Fachhochschule St. Pölten, Mitarbeiterin im Frauennetzwerk WIDE – Women In Development Europe. Arbeitsschwerpunkte: Ökonomische Globalisierung und Gender, Frauen- und Geschlechterforschung, Internationale Frauenrechte, Entwicklungssoziologie, feministische Kritik an makroökonomischen Politiken

Kontakt: Südwind Entwicklungspolitik Niederösterreich, Schreinergrasse 1/1/1, A-3100 St. Pölten, Tel.: +2742/352045/1

E-Mail: gertrude.eigelsreiter-jashari@univie.ac.at

auf Prof. Dr. Ulla Knapp

geb. 15.04.1952, gest. 14.10.2010

Am 9. November 2009 jährte sich zum 20. Mal der Fall der Berliner Mauer, der den Ulla Knapp hatte die erste Professur für Ökonomie in Deutschland inne, die eine Denomination in der Frauenarbeit auswies, und war zunächst an die Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg berufen worden. Als Arbeitsmarktextpertin und theoretisch kritischer Kopf hat sie viele Veröffentlichungen zu Arbeitsmarktfragen publiziert. Bis in die letzten Jahre hinein hat sie in Lehre und Forschung ihre Aufgaben wahrgenommen und noch im letzten Jahr publiziert, immer gegen den wissenschaftlichen Mainstream anschreibend und in tiefer Loyalität für die Schwachen in der Gesellschaft. Obwohl aus materiell gesicherten Familienverhältnissen stammend, hat sie immer kritisch Partei für die Unterdrückten und Benachteiligten ergriffen und die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung aus dieser Perspektive betrachtet. Eine akademische Gedenkfeier ihrer Fakultät und ihrer Studierenden wird ihre wissenschaftlichen Leistungen würdigen.

Ulla Knapp ist nach sehr langer, schwerer MS-Krankheit, die zunächst einen langsamen, dann aber einen beschleunigten schubweisen Verlauf nahm, im Oktober dieses Jahres viel zu früh gestorben. Auf bewundernswürdige Weise und mit ungeheurer Anstrengung hat sie mit ihrer Krankheit gelebt und immer wieder neu Mut gefasst. Sie wurde ungemein liebevoll von ihrem Ehemann Gerhard Will und ihrem Sohn, der dem Abitur entgegengeht, umsorgt.

Wir verlieren mit Ulla Knapp nicht nur eine brillante und produktive Wissenschaftlerin, sondern auch eine politisch denkende und engagierte Frau. Sie hat sich in den 1980er Jahren von Anfang an im Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen von NRW engagiert. Auf sie geht das Amt der Frauenbeauftragten an den Hochschulen zurück. Sie hat dazu eine öffentliche Veranstaltung an der Universität Wuppertal organisiert und dabei erstmalig diese damals unerhörte, innovative Idee vertreten. Sehr wichtig und hervorzuheben ist auch, dass sie die erste Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für erwerbslose Wissenschaftlerinnen des Arbeitskreises beantragt hat und dann als Referentin im Wirtschaftsministerium von NRW unter Minister Reimut Jochimsen prospektiv die Regionalstellen Frau und Beruf in vielen Städten des Ruhrgebiets durchgesetzt hat. Ulla Knapp hat viele zukunftsweisende wissenschafts- und frauenpolitische Initiativen angestoßen, die nachhaltig belegen, wie wichtig einzelne integrale Personen in sozialen Bewegungen sein können.

Um ihre Studierenden hat sie sich sehr gekümmert, sie gefordert, persönlich begleitet und sich an ihrer Vernetzung über den Studienabschluss hinaus beteiligt.

Ulla Knapp ließ sich nicht vereinnahmen. Sie war ein unabhängiger Geist, initiativ und strukturell denkend, lebenslustig und einfühlsam, vielseitig begabt und konkret pragmatisch. Fahrradfahren, allein und mit ihrer Frauengruppe, hat sie bis in die letzten Monate hinein gern gemacht, mit allen technischen Hilfsmitteln, mit denen sie ihre Beweglichkeit



aufrechterhielt. Musik war ein Lebenselixier für sie. Wer sie am Klavier gesehen und gehört hat, bekam eine Ahnung davon, wie viel Lebensfreude und Lebenskraft in dieser Frau steckten. Als sie nicht mehr Klavier spielen konnte, hat sie das Saxophonspielen gelernt.

Trotz ihrer körperlichen Leiden blieb sie bis zum Schluss zugewandt und aufmerksam für andere, eine äußerst angenehme, intelligente Gesprächspartnerin. Klagen war ganz und gar ihre Sache nicht. Ein großer Verlust für ihre Familie und für die WissenschaftlerInnen in NRW und in der Bundesrepublik.

Sigrid Metz-Göckel